

Zeitschrift: Neujahrsblatt / Gesellschaft für das Gute und Gemeinnützige Basel
Herausgeber: Gesellschaft für das Gute und Gemeinnützige Basel
Band: 165 (1987)

Artikel: Die Geschichte der Basler Arbeiterbewegung von den Anfängen bis 1914 : Band II
Autor: Haeberli, Wilfried
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1006835>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 01.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

165. Neujahrsblatt

Wilfried Haerberli

Warum streifen die Färber?

Am 21. Mai sind über 2000 Färbereiarbeiter von Basel und Friedlingen in den Streik getreten. Warum? Weil ihnen

auf die Forderung eines Lohntarifes

von den Färbereiindustriellen auch nach mehrfacher und dringlicher Aufforderung

nicht einmal geantwortet

wurde. Dieses proßige Verhalten der Unternehmer, die durch ihre Arbeiter schwer reich geworden sind, hat die Arbeiter um so mehr erbittert, als

trotz wiederholter Erhöhung der Preise

die Unternehmer gerade den von der in den letzten Jahren eingetretenen Teuerung so schwer betroffenen Färbereiarbeitern

seit Jahren keine Lohnerhöhung

ausgerichtet haben. Es war ein Akt allergrößter Notwehr, wenn die Arbeiter zum letzten Mittel, dem

Streik

greifen mußten. Nicht in der „Tätigkeit ausländischer Hezer und Wühler“ — wie die Unternehmer behaupten —, sondern in der Not aller Färbereiarbeiter hat dieser Streik seine Begründung und seine Ursache. Schon deshalb waren auch alle Lockmittel der Unternehmer, die Judasofferten wie die Meistertitel, ohne Resultat; noch mehr aber erbitterten die **offenbaren Lügen**, welche die Unternehmer in Plakaten und Briefen verbreiteten.

Unwahr war alles, was über den Streik in Grefeld gesagt wurde, tatsächlich harrten auch die dortigen Färber, die von unsern Unternehmern beschimpft wurden, **wie ein Mann aus**. Gelogen wurde über die Haltung der Färbereiarbeiter der übrigen Schweiz, sie seien teilnahmslos. In Wahrheit besteht heute ein

nationaler und internationaler Färbereiarbeiterstreik.

Tatsache ist das eine: Gegen die Solidarität der Unternehmer, die schon längst keine Landesgrenze mehr kannte, ist die Solidarität der Arbeiter erwacht.

Die Färbereiarbeiter Deutschlands und der Schweiz sind einig.

Die Tyrannen reichen sich die Hände, sie lehren uns, was wir tun sollen.

Diese Lehre haben die Färber befolgt, und sie tun kein Unrecht daran.

Mitbürger! Leset folgendes Dokument, das gestern einem Arbeiter zugestellt wurde:

Zeugnis.

K. K., Basel.

Eintritt 1884, Mai 26.

Austritt 1913, Mai 26.

Basel, den 26. Mai 1913.

Färbereien Joseph Schetty Söhne A.G.

Carl Schetty.

Wenden!

Die Geschichte der Basler Arbeiterbewegung von den Anfängen bis 1914

Band II

Wilfried Haerberli

Die Geschichte der Basler Arbeiterbewegung von den Anfängen bis 1914

Band II

Wilfried Haeberli

Die Geschichte der Basler Arbeiterbewegung von den Anfängen bis 1914

Band II

165. Neujahrsblatt
Herausgegeben von der Gesellschaft
für das Gute und Gemeinnützige

In Kommission bei Helbing & Lichtenhahn, Basel 1987

CIP-Kurztitelaufnahme der Deutschen Bibliothek

Haeberli, Wilfried:

Die Geschichte der Basler Arbeiterbewegung von den Anfängen bis 1914/Wilfried Haeberli.

– Basel: Helbing und Lichtenhahn

Bd. 2 (1987).

(Neujahrsblatt/Gesellschaft für das Gute und Gemeinnützige; 165)

ISBN 3-7190-0961-0

NE: Gesellschaft für das Gute und Gemeinnützige

⟨Basel⟩: Neujahrsblatt

© 1986 by Helbing & Lichtenhahn, Basel
Druck: Boehm-Hutter AG, Reinach BL
Fotolithos/Umschlag: Steiner + Co. AG, Basel
Fotolithos Inhalt: Lithoteam AG, Basel
Einband: Buchbinderei Flügel, Basel
ISBN 3 7190 0961 0
Bestellnummer 21 00961

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	7
<i>II. Teil: Die Sozialdemokratie im Zeitalter des Hochklassenkampfs, 1900–1914</i>	9
<i>1. Kapitel: Demographische, wirtschaftliche und soziale Voraussetzungen. Arbeitskämpfe</i>	9
a) Bevölkerungsentwicklung	9
b) Wirtschaftliche Entwicklung	11
c) Soziale Voraussetzungen: Lebens- und Arbeitsverhältnisse	15
d) Arbeitskämpfe	20
<i>2. Kapitel: Die Reorganisation der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz .</i>	24
<i>3. Kapitel: Die Entwicklung der lokalen Parteiorganisation</i>	32
a) Die Parteireorganisation von 1901	32
b) Mitgliederbewegung	34
c) Die Entwicklung der Quartiervereine	35
d) Der Grütliverein im Niedergang	37
e) Der Deutsche Arbeiterverein	38
f) Die übrigen Parteivereine	41
g) Die Frauenorganisationen	42
h) Die sozialdemokratische Jugendorganisation	46
i) Die Parteifinanzen	48
k) Agitation	50
l) Die letzte Statutenänderung der Vorkriegszeit (1914)	53
<i>4. Kapitel: Der Arbeiterbund im Zeitalter des Hochklassenkampfs, 1900–1914</i>	54
a) Mitgliederbewegung	54
b) Organisatorisches	56
c) Die Finanzen	58
d) Tätigkeit	59
e) Die führenden Männer	60
f) Das Arbeitersekretariat	61
g) Die Arbeitslosenkasse des Arbeiterbunds Basel	66
h) Bildungstätigkeit	68

5. Kapitel: Ideologische und taktische Kämpfe	75
6. Kapitel: Der «Basler Vorwärts» im Zeitalter des Hochklassenkampfs . . .	86
7. Kapitel: Die SP, der Arbeiterbund und die Genossenschaftsbewegung, 1900–1914	90
8. Kapitel: Die führenden Männer	103
9. Kapitel: Politische Wirksamkeit: Wahlen und Abstimmungen	113
A Wahlen	113
a) Grossratswahlen	113
b) Die sozialdemokratische Grossratsfraktion	119
c) Regierungsratswahlen	125
d) Bürgerrats- und Richterwahlen	132
e) National- und Ständeratswahlen	133
B Abstimmungen	138
a) Eidgenössische Politik	138
b) Kantonale Politik	144
Politisches im engeren Sinn	144
Die Trennung von Kirche und Staat	146
Kulturelles	149
Erziehungswesen	150
Wohnwesen	152
Wirtschaftsgesetz, Baufragen	152
Steuerwesen	153
Sozialpolitik	153
Interessenvertretung für das untere Staatspersonal	155
Klassenkampf im Grossen Rat	156
Volkshausangelegenheit	161
10. Kapitel: Schlussbetrachtung	162
Anmerkungen	167
Quellen und Literatur	177
Anhang: Ausgewählte Kurzbiographien	185
Fotonachweis	191

Vorwort

Wie schon im ersten Band (164. Neujaahrsblatt, 1985) erwähnt, handelt es sich bei der vorliegenden Arbeit um einen Teil eines vor mehr als 25 Jahren von Professor Dr. Erich Gruner angeregten Forschungsprogramms über die Geschichte und Sozialstruktur der Basler Parteien bis 1914. Auf die Darstellung der Anfänge und der gemässigten Phase der Basler Arbeiterbewegung im 19. Jahrhundert folgt nun eine Schilderung der letzten anderthalb Jahrzehnte vor dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs und damit der Zeit des Hochklassenkampfs.

Die Untersuchung ist im wesentlichen schon in den sechziger Jahren konzipiert und verfasst worden, und zwar aufgrund der traditionellen Methode der Geschichtsschreibung. Zu diesem Zeitpunkt war das quantitative Verfahren in der Schweiz noch kaum bekannt, überdies von einem einzelnen nebenberuflich nicht zu bewältigen. Bei der endgültigen Formulierung wurde aber der gegenwärtige Forschungsstand berücksichtigt. Die Kapitel über die demographischen, wirtschaftlichen und sozialen Voraussetzungen in beiden Bänden sind erst 1985/86 entstanden. Aus grundsätzlichen Erwägungen und im Hinblick auf eine breite Leserschaft von Nicht-Historikern wurde völlig auf das heute übliche soziologische Vokabular verzichtet.

Grossen Dank schuldet der Verfasser Herrn Professor Gruner, nicht nur für die Anregung zu dieser Arbeit, sondern auch für den Einblick in wesentliche Teile seines noch nicht veröffentlichten umfangreichen Manuskripts über «Arbeiter, Arbeitgeber und Unternehmer in der Schweiz im Zeitalter des Hochklassenkampfs».

Dank gebührt auch diesmal Herrn Dr. Walter Lüthi für die kritische Durchsicht des Manuskripts und dem Personal des Staatsarchivs und der einschlägigen Bibliotheken für ihre Hilfe, ferner Herrn Dr. h.c. Willi Keller für die Beschaffung der Portraits von Wassilieff und Robert Grimm.

Vor allem dankt der Verfasser aber seiner Gattin, Lili Haeberli-Villard, deren Geduld während Jahren auf die Probe gestellt wurde und deren Mithilfe bei der Schlussredaktion eine grosse Erleichterung bedeutete.

Wilfried Haeberli

II. Teil: Die Sozialdemokratie im Zeitalter des Hochklassenkampfs, 1900–1914

1. Kapitel:

Demographische, wirtschaftliche und soziale Voraussetzungen. Arbeitskämpfe¹⁾

a) Bevölkerungsentwicklung

Im Verlaufe des 19. Jahrhunderts war die Bevölkerung Basels *sprunghaft angewachsen*; kurz vor der Jahrhundertwende war Basel, fast gleichzeitig wie Zürich und Genf, statistisch zur *Grossstadt* geworden.

1835, nach der Kantonstrennung, hatten in Basel erst 23 254 Einwohner gelebt. Innerhalb von 35 Jahren verdoppelte sich diese Zahl. Die eidgenössischen Volkszählungen im letzten Drittel des Jahrhunderts ergaben folgende Zahlen:

	Stadt	Kanton
1. Dezember 1870	44 122	47 040
1. Dezember 1880	60 177	63 810
1. Dezember 1888	69 809	73 749
1. Dezember 1900	109 161	112 227

Der starke Bevölkerungsanstieg beruhte vor allem auf der *Zuwanderung*. Dies gilt insbesondere für die zwölf Jahre zwischen 1888 und 1900; in dieser Zeit nahm der Stadtkanton jährlich um 3,56% zu. Hauptanziehungspunkte bildeten die neuen Industrien, vor allem die chemische, und die Errichtung grosser öffentlicher Bauten, in erster Linie der Rheinbrücken.

Nach der Jahrhundertwende hielt das Bevölkerungswachstum an, allerdings in *verlangsamtem Rhythmus*, wobei erstmals seit langem Grossbasel stärker anwuchs als Kleinbasel und der Geburtenüberschuss wegen der grossen Zahl zugewanderter junger Eltern den Wanderungsgewinn übertraf. Zwischen 1900 und 1910 betrug die jährliche Zunahme im Kanton noch 1,93%, auch zwischen 1910 und 1914 blieb sie knapp unter 2%. Die absoluten Zahlen bleiben aber weiterhin eindrucksvoll:

	Stadt	Kanton
1900	109 161	112 227
1905	119 480	122 750
1910	132 276	135 918
1914 (30. Juni)	140 053	144 496

Die Bevölkerung Basels hat sich also in den knapp 40 Jahren zwischen dem Ende des Ratsherrenregiments (1875) und dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs verdreifacht.

War die Zahl der *Kantonsbürger* anteilmässig auf 30% um 1888 und auf einen Viertel im Jahr 1900 gesunken, so nahm sie prozentual nach der Jahrhundertwende wegen einer sehr liberalen Erteilung des Bürgerrechts ständig zu. 1910 besaßen ziemlich genau ein Drittel aller Basler Einwohner das Kantonsbürgerrecht. Entsprechend ging der Anteil der übrigen Schweizer von 36,1% um die Jahrhundertwende auf 29,2% im Jahre 1910 zurück.

Relativ stabil blieb der Anteil der *Ausländer* in der stark überfremdeten Grenzstadt. 1888 betrug er 34%, erreichte um die Jahrhundertwende mit über 38% einen Höchstwert und ging dann 1910 auf 37,6% (in Kleinbasel 48,6%) und 1914 auf 35–36% zurück, nicht zuletzt als Folge der erleichterten Einbürgerung. Immer noch überwogen die *Deutschen* bei weitem: 1888 machten sie 88%, 1900 86% und 1910 83% der Ausländer aus. Neben den zahlenmässig weiterhin dominierenden Badenern, die – schon aus Sprachgründen – am ehesten bereit waren, sich einbürgern zu lassen, fielen vor allem die seit 1870/71 zum Deutschen Reich gehörenden Elsässer und Lothringer ins Gewicht. Dagegen nahm die französische Bevölkerung Basels, die 1888 mit 7,6% deutlich an zweiter Stelle gestanden war, bis 1910 auf 3,2% der Ausländer ab, während die Italiener, 1888 mit 1,6% noch eine *Quantité négligeable*, 1910 mit 9% und 1914 mit 11% nicht mehr zu übersehen waren, umso mehr als sie als Bauarbeiter und infolge ihres südlichen Aussehens und Temperaments stärker auffielen als die meisten andern Ausländer. Unter diesen verdient die wachsende russische «Kolonie» (1900: 217, 1910: 545) besondere Beachtung. Die Vermutung, dass einzelne ihrer Angehörigen in der Basler Arbeiterbewegung der Vorkriegszeit – ähnlich wie in Zürich oder Genf – eine Rolle gespielt haben könnten, wird allerdings durch die Quellen nicht bestätigt, wenn man von Dr. Wassilieff absieht, der als Arbeitersekretär zu Beginn des neuen Jahrhunderts nach Basel berufen wurde. Weder ist Basel an der Russifizierung der schweizerischen Universitäten mehr als marginal beteiligt, noch lassen sich anarchistische, sozialrevolutionäre oder bolschewistische Gruppen in der RheinStadt vor dem Ersten Weltkrieg nachweisen.

Gründlich veränderte sich in der hier untersuchten Periode die *soziale Schichtung* des Stadtkantons. Der Anteil der Selbständigerwerbenden unter den berufstätigen Einwohnern sank weiterhin ständig und betrug 1910 noch 14,9%, jener der Lohnbezüger nahm unaufhaltsam zu: 1910 machten die unselbständig Erwerbenden (ohne Hausangestellte) 73,4% aus. War um die Mitte des 19. Jahrhunderts noch jeder siebente Einwohner Basels Hausangestellter gewesen, so sank deren Anteil bis 1910 auf 9,1% – im schweizerischen Vergleich immer noch eine sehr hohe Zahl. Der Anteil der (gelernten und ungelernten) *Fabrikarbeiter* betrug 1910 rund 48%, jener der im 2. Sektor Erwerbstätigen im Jahr 1905 60%. Von 1888 bis 1910 verdoppelte sich die Zahl der Arbeiter und verdreifachte sich die Zahl der Angestellten; blaue und weisse Kragen trugen am stärksten zum Bevölkerungswachstum bei. Da im Stadtstaat nur eine geringe Zahl von Berufstätigen in der Urproduktion tätig waren – vornehmlich in Gärtnereibetrieben in Kleinhüningen und in der Breite –, war Basel seit dem

letzten Drittel des 19. Jahrhunderts eine *Industriestadt* geworden, ausgeprägter als Zürich, Bern und Genf, wegen des hohen Anteils des dritten Erwerbssektors aber doch in weniger hohem Masse als etwa La Chaux-de-Fonds oder Winterthur. Da sowohl in der Textil- wie in der chemischen Industrie in relativ grossen Betrieben (ca 80 Beschäftigte im Durchschnitt) gearbeitet wurde, war Basel nicht nur Industrie-, sondern auch ausgeprägte *Fabrikstadt* geworden.

Aus Untersuchungen Walter Lüthi lässt sich der *Industrialisierungsgrad der einzelnen* (Wahl-) *Quartiere* errechnen. 1901 betrug der Anteil der (Hilfs- und Berufs-) Arbeiter im Horburgquartier (CIBA und Eisengiessereien) 63,1%, im Bläsiquartier (Geigy, Färberei Schetty) 53,7%, im Riehenquartier 53,6%, also in ganz Kleinbasel deutlich über die Hälfte der Bevölkerung; im Quartier St. Alban/Breite, wo die sozialen Gegensätze hart aufeinander stiessen, 51,3%, im Spalenquartier 46,2%, im Stadtquartier 44,9%. Zehn Jahre später machte die Arbeiterbevölkerung im Horburgquartier 68,8%, im Bläsiquartier 54,4%, im St. Albanquartier (Bandfabriken, Spinnereien) 53,8%, im St. Johannquartier (Sandoz) 49,8% aus; im Riehenquartier war sie auf 46,2% zurückgegangen. Im Gundeldingerquartier dominierten auch im 20. Jahrhundert die Beamten und Angestellten der eidgenössischen Betriebe, der Bundesbahnen sowie der Post- und Zollverwaltung.

b) Wirtschaftliche Entwicklung

Die letzten Jahrzehnte vor dem Ersten Weltkrieg werden im wirtschaftlichen Bereich durch Entwicklungen charakterisiert, deren Summe als *Zweite Industrielle Revolution* bezeichnet wird. Es handelt sich um eine Zeit sich häufender *technischer Innovationen*. Die folgenreichste ist wohl die praktische Verwendung der elektrischen Kraft durch die Elektroindustrie. Aber auch der Übergang vom Stein- zum Backstein- und Zementbau in der Bauindustrie und die Erfindung der Konserven in der Nahrungsmittelindustrie haben in mancher Hinsicht umwälzend gewirkt.

Am augenfälligsten sind in Basel die *Modernisierungstendenzen* in der *chemischen Industrie*. Schon zu Beginn des neuen Jahrhunderts setzen hier die für das Zeitalter des Spätkapitalismus bezeichnenden Zusammenschlüsse und Kartellbildungen ein. Die Produktion erhöht sich durch Errichtung von Fabrikationsstellen im Ausland, durch chemische Erfindungen und Rationalisierung der gesamten Unternehmens- und Produktionsstruktur. Mit dem russisch-japanischen Krieg 1904/05 beginnt der Aufstieg der pharmazeutischen Branche.

Die bereits in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts einsetzende *Diversifikation* der Industrie prägte sich nach 1900 immer stärker aus. Die Vorherrschaft der Seidenbandfabrikation ging in dem Masse zurück, als andere Berufszweige einen kontinuierlichen Aufschwung nahmen. Dazu gehörten neben dem Baugewerbe, das 1905 nur noch knapp hinter der Textilindustrie zurückstand, die chemische Industrie, aber auch die Maschinen- und Elektroindustrie (wenn auch weniger ausgeprägt als in

den andern Grossstädten) und die Industrien der Bau-, Möbel-, Nahrungs- und Genussmittelbranche.

Grösste Arbeitgeberin der Stadt blieb bis 1914 die *Seidenbandindustrie*. Sie beschäftigte 1905 in der Stadt in 16 Etablissements rund 5000 Fabrikarbeiter, wovon mindestens drei Viertel weiblichen Geschlechts, dazu 650 Heimarbeiter(innen). In Baselland übertrafen dagegen die Heimarbeiter (5900) die Fabrikarbeiter (1000) bei weitem. Die Seidenbandweberei Vischer stand mit 1400 Beschäftigten an siebenter Stelle in der Liste der grössten industriellen Unternehmungen der Schweiz. Gemessen an ihren Exportziffern – Hauptabnehmer waren weiterhin Grossbritannien und seine Kolonien – hatte die Seidenbandindustrie relativ gute Zeiten. Wie in früheren Jahren war sie allerdings stark konjunkturabhängig. Kriegerische Ereignisse wie der Burenkrieg, mehr noch der Wechsel der Hutmode konnten sie in schwere Krisen stürzen, doch vermochte sie sich immer wieder zu erholen.

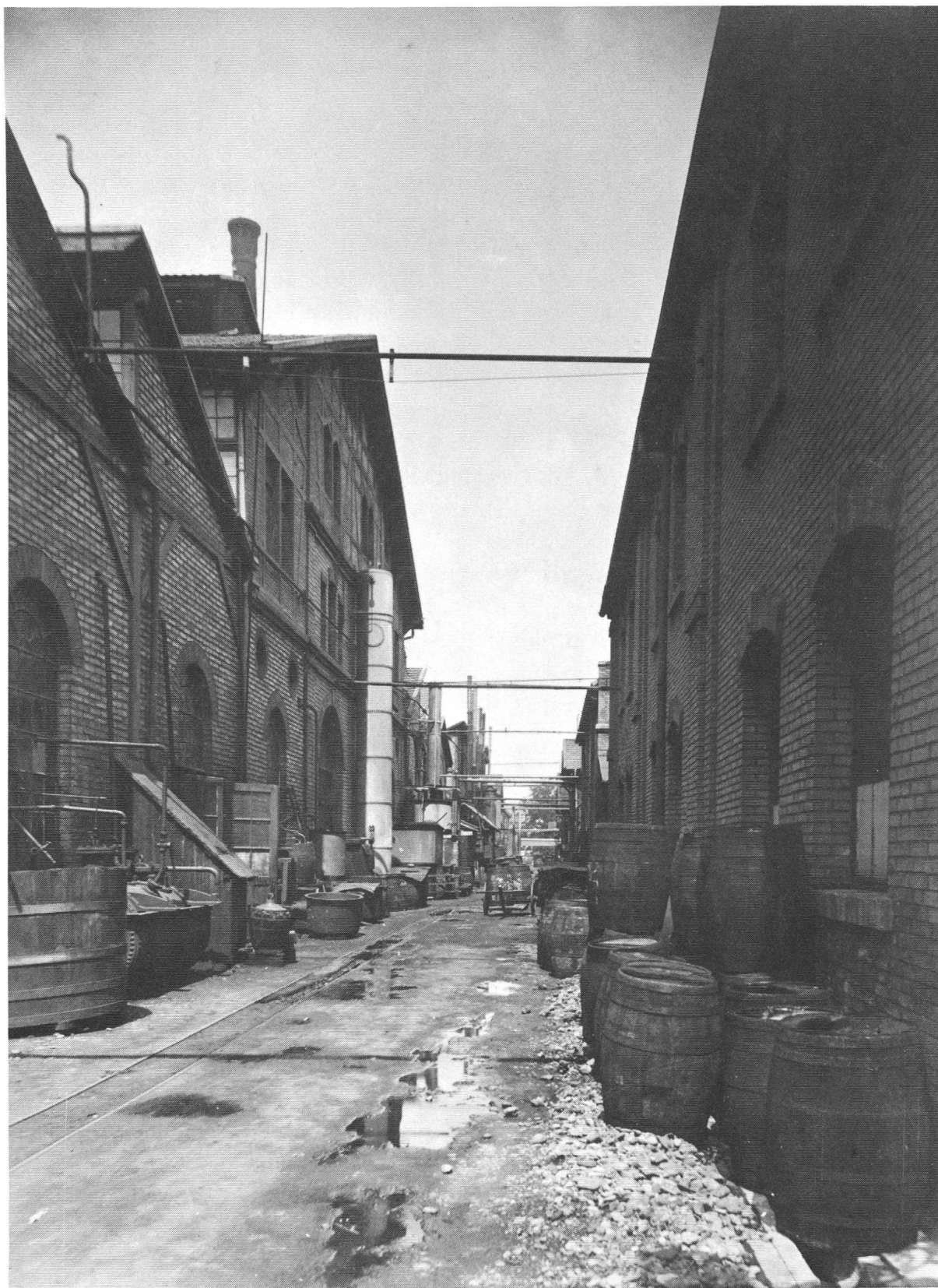
Ähnliches gilt für die *Schappeindustrie*, die in der Vorkriegszeit eine Reihe guter Geschäftsjahre zu verzeichnen hatte.

Die fünf Firmen der *chemischen Industrie* beschäftigten 1905 annähernd 3000 Arbeiter. Der Industriezweig, der in der Zwischenkriegszeit die Seidenbandfabrikation als führende Industrie Basels ablösen sollte, stand auch 1914 noch hinter der traditionellen Industrie und dem Bauhandwerk zurück, doch führte die kontinuierliche Zunahme der Ausfuhr fast zur Verdoppelung des Exports seit Jahrhundertbeginn.

Im *Bausektor* herrschte eine ausserordentlich rege Tätigkeit; neben industriellen Anlagen und öffentlichen Bauten wurden in den neuen Quartieren auch zahlreiche Wohnhäuser gebaut. Der Wohnungsbau verlief dabei gegenläufig zu den allgemeinen Konjunkturzyklen, musste er doch jeweils davon profitieren, dass keine andern Wirtschaftsbereiche das Angebot an Krediten und Arbeitskräften brauchten.

Um die Jahrhundertwende war – nicht nur in marxistischen Kreisen – die Überzeugung weit verbreitet, das traditionelle *Handwerk* werde langsam verschwinden und durch die Fabrikindustrie ersetzt werden. Das Aufkommen der Kleinmaschinen (Gas- und *Elektromotor*) am Ende des 19. Jahrhunderts verschaffte dem Handwerk aber wieder grössere Möglichkeiten, wurde es doch dadurch leistungsfähiger, ohne den Personalbestand ausbauen zu müssen.

In absoluten Zahlen nahm die *Frauenarbeit* auch nach der Jahrhundertwende noch zu, dagegen ging der prozentuale Anteil der Frauen an der Gesamtheit der Beschäftigten leicht zurück. Das lag einerseits an der starken Zunahme der weitgehend den Männern vorbehaltenen Bau- und Metallbranche sowie des Verkehrswesens, anderseits daran, dass die Löhne gewisser privilegierter qualifizierter Arbeiter nun für eine ganze Familie ausreichten. Vorherrschend blieb die Frauenarbeit in den traditionellen Frauenberufen der Textil- und Bekleidungsindustrie und im Hausdienst. In den fabrikmässigen Betrieben anderer Branchen dehnte sie sich dann aus, wenn die Tätigkeit mit Maschinenarbeit und qualifizierter Handarbeit verbunden war. In den



Fabrikstrasse, 1911

Angestelltenberufen war Frauenarbeit erst in Ansätzen vorhanden (PTT). Vor dem Krieg verdienten die Frauen bei gleicher Arbeit durchschnittlich nur 60% des Männerlohns. In der Textilindustrie lag das Fraueneinkommen – bei allgemein tiefen Löhnen – mit 85% allerdings näher bei jenem der Männer. Wenn die Geschäfte stockten, wurden die weiblichen Arbeitskräfte schneller entlassen als die männlichen.

Weitgehend eine weibliche Domäne blieb auch nach der Jahrhundertwende die immer noch rückläufige *Hausindustrie*. Während Baselland wie St. Gallen und die beiden Appenzell in seiner Beschäftigungsstruktur eindeutig von der Hausarbeit geprägt war, hatte diese in der Fabrikstadt Basel eine marginale Bedeutung, zählte der Stadtkanton 1905 doch nur 963 Heimarbeiter. Die Mehrzahl der Basler Heimarbeiterinnen waren in der Seidenbandindustrie beschäftigt, der Rest grösstenteils in der Branche Bekleidung und Putz. Im Gegensatz zu den basellandschaftlichen Heimarbeitern, die sich grösstenteils mit dem Posamenten, der eigentlichen Bandweberei, beschäftigten, verrichteten die städtischen Heimarbeiterinnen der Seidenbandindustrie ausschliesslich sehr unterschiedlich bezahlte Hilfsarbeiten. Fast alle waren ehemalige Fabrikarbeiterinnen, vorwiegend junge Frauen mit Kindern, die in dieser Betriebsform die einzige Möglichkeit sahen, Haushalt und Familie zu verbinden. Daneben finden sich auch ältere Arbeitskräfte, Männer und Frauen, die dem Rhythmus der Fabrik nicht mehr gewachsen oder teilinvalid waren. Dass die Fabrikanten mit der geschlechtsspezifisch grösseren Opferbereitschaft der Frauen für die Familie rechneten, geht unter anderem aus einer Feststellung Gruners hervor, wonach die Heimarbeiterinnen der Seidenbandindustrie häufig erst bei der Ablieferung der Ware über die Lohnhöhe informiert worden seien.

Trotz dem längerfristigen Wirtschaftsaufschwung zwischen 1895 und 1913 waren die Seidenbandindustrie und das Baugewerbe sehr krisenanfällig. Die Arbeiter beider Branchen spürten ständig das Damoklesschwert der *Arbeitslosigkeit* über sich. Während bei der Basler Hauptindustrie die Ungunst der Mode schon früh zu schwer voraussagbaren, in unregelmässigen Intervallen auftretenden Absatzkrisen führte, ist bei den Bauarbeitern erst in den neunziger Jahren grössere Arbeitslosigkeit festzustellen, hervorgerufen durch kalte Witterung und deshalb auf den Winter beschränkt. In Krisen Jahren, wie sie kurz nach 1900 vermehrt auftraten, waren durchschnittlich 1100 Personen knapp zwei Monate arbeitslos; mit Einschluss der Angehörigen waren dadurch 2500–4000 Personen betroffen. Bei den Arbeitslosen handelte es sich zu mindestens 80% um Unorganisierte; unter den Bauarbeitern waren rund 40% Ausländer, grösstenteils Italiener. Waren die Hilfsbestrebungen bis zur Jahrhundertwende vor allem von Privaten ausgegangen, so ergriff seither der Staat unter dem Druck der organisierten Arbeiterschaft die Initiative. Die Hauptschwierigkeit bestand von Anfang an darin, dass es schwer fiel zu entscheiden, ob die Notlage der eingeschriebenen Arbeitslosen mehr der momentanen Arbeitslosigkeit oder der chronischen Armut zuzuschreiben war, hervorgerufen durch grosse Kinderzahl oder Arbeitsunfähigkeit infolge Alters oder Invalidität, in Einzelfällen auch durch Arbeitsscheu oder Trunk-

sucht. Über Selbsthilfemassnahmen der Arbeiterschaft ist im Kapitel über das Arbeitersekretariat die Rede.

c) *Soziale Voraussetzungen: Lebens- und Arbeitsverhältnisse*

In Anbetracht extrem hoher Arbeitszeiten um die Mitte des 19. Jahrhunderts – 12–18 Stunden pro Tag – war die *Verkürzung der Arbeitszeit* das wichtigste Postulat der Arbeiterbewegung in sämtlichen industrialisierten Staaten. Der Achtstundentag, schon zur Zeit der Ersten Internationale in den 1860er Jahren gefordert, sollte bis in die Zwischenkriegszeit Fernziel bleiben. Seit dem eidgenössischen Fabrikgesetz von 1877 betrug die Normalarbeitszeit in Fabriken 11 Stunden, auch für Frauen und Kinder, was einer wöchentlichen Arbeitszeit von 65 Stunden entsprach. Bei den handwerklichen Berufen lagen die Arbeitszeiten z.T. beträchtlich höher.

Schon um die Jahrhundertwende entsprach der gesetzlich festgelegte elfstündige Arbeitstag nicht mehr der tatsächlichen Arbeitszeit. Bis zum Ersten Weltkrieg erkämpften sich die meisten Arbeiter den *Zehnstundentag*. Nur 10% der Arbeiter, vor allem im Bau und in der Textilindustrie, arbeiteten noch so lang, wie es das Gesetz als oberste Grenze vorschrieb.

Allerdings differierten die Arbeitszeiten sogar innerhalb der einzelnen Branchen. So arbeiteten in der Chemie 1911 nach der Fabrikstatistik 14% der Arbeiter 11 Std., 14% 10½ Std., 42% 10 Std. und 28% unter 10 Std. In der Metall- und Maschinenindustrie setzte sich 1904 der Zehnstunden-, 1914 der 9½ Stundentag durch. Die Maurer vermochten zwischen 1880 und 1905 in Basel die tägliche Arbeitszeit von 11 auf 9½ Stunden zu verkürzen. Eine Pionierstellung nahmen die Typographen ein. Seit 1889 arbeiteten sie in Basel 9, teilweise sogar 8½ Stunden im Tag. Das andere Extrem stellten die Bäcker dar; Arbeitersekretär Wassilieff errechnete 1901 eine durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit von über 90 Stunden; nach einer späteren Untersuchung seines Nachfolgers Robert Grimm haben sich wohl die Verhältnisse kaum geändert. Die im schweizerischen Rahmen zum Teil sehr hohen Arbeitszeiten der Verkäuferinnen und Kellnerinnen, die nicht dem Fabrikgesetz unterstellt waren, wurden in Basel durch den Ausbau der kantonalen Arbeiterinnenschutzgesetzgebung in Schranken gehalten.

Im 19. Jahrhundert waren *Ferien*, als bezahlter Urlaub, mit geringen Ausnahmen ein Klassenprivileg gewesen, das nur Beamten, Angestellten und Lehrern gewährt wurde. Die steigende Intensität der modernen Erwerbsarbeit und die sich daraus ergebende Übermüdung liessen diese Form der Erholung auch im Interesse der Arbeitgeber erscheinen. Bis zum Beginn des Ersten Weltkriegs dürften annähernd 10% der Arbeiter Ferien erkämpft haben. Sie betrugen 3–8 Tage und waren meist an lange Dienstzeiten (mindestens 20 Jahre) gebunden. Als relativ grosszügig erwiesen sich einerseits die öffentliche Verwaltung, anderseits die Arbeitgeber der chemischen Industrie; die grössten Kampferrfolge erzielten die Typographen. Zur Selbstverständlichkeit wurden Ferien für die Arbeiter erst in der Zwischenkriegszeit.

Die *Nominallöhne* der Arbeiterschaft stiegen in Basel zwischen 1890 und 1914 je nach Branche und Geschlecht um 45–60%, blieben aber tiefer als jene von Zürich.

Parallel zum langfristigen wirtschaftlichen Aufschwung von 1895 bis 1913 verzeichneten auch die *Reallöhne* einen leichten Anstieg. Dabei nahmen die Frauenlöhne signifikant stärker zu als jene der Männer. Bei genauerem Zusehen erweist sich allerdings, dass die steigende Tendenz der Reallöhne nur bis 1905 andauerte und mit einer Periode relativer Preisstabilität zusammenfiel. 1905 begann eine Phase der *Teuerung*, die 1912 ihren Höhepunkt erreichte; dann folgten anderthalb Jahre ganz leichten Rückgangs der Verbraucherpreise. Alles in allem stiegen die Lebensmittelpreise in Basel zwischen 1900 und 1914 um gut ein Viertel, Kartoffeln, Kaffee und Fleisch deutlich mehr. Es war dem in Basel sehr starken Allgemeinen Consumverein zu verdanken, dass die Teuerung nicht noch grössere Ausmasse annahm. Zum Steigen der Lebensmittelpreise kam, dass die Mietpreise für Arbeiterwohnungen zwischen 1906 und 1914 merklich anzogen. Bei Kriegsbeginn lagen sie allerdings knapp tiefer als jene Zürichs und deutlich tiefer als jene Berns, nicht zuletzt, weil sich die Basler Arbeiterquartiere grösstenteils in der Nähe der gesundheitsschädigenden chemischen Fabriken befanden. Diese doppelte Teuerung liess die Lebenskosten zwischen 1905 und 1914 um 20% anwachsen und führte zu einer Stagnation der Reallöhne im letzten Jahrzehnt vor Kriegsausbruch. Während des Krieges musste die Arbeiterschaft dann jene schweren Lohneinbussen in Kauf nehmen, die entscheidend zu den sozialen Auseinandersetzungen der Jahre 1918/19 beigetragen haben.

Zwar finden sich im «Basler Vorwärts» und in der Gewerkschaftspresse zahlreiche Angaben über die *Löhne einzelner Berufsarten*, aber erst für das Jahr 1912 liegen etwas *umfassendere Statistiken* vor. Die Zahlen, die der Kantonsstatistiker Dr. Jenny auf die Anfrage des Internationalen Arbeitsamts im April 1912 veröffentlichte, sind von sehr relativem Wert, weil sie nur wenige ausgewählte Branchen betreffen, einmal Stundenlöhne, ein ander Mal Taglöhne und häufig auch Wochenlöhne aufführen und nicht deutlich zwischen Minimal-, Durchschnitts- und Maximallöhnen unterscheiden. Umfassender, wenn auch nicht vollständig ist ein im Vorwärts vom 22. Februar 1913 im Zusammenhang mit der Volksabstimmung über die Besoldungserhöhung beim Staatspersonal erschiebener Vergleich der Lohnverhältnisse im Staatsbetrieb und in der Privatindustrie. Die Initialen H.B. lassen die Möglichkeit offen, dass es sich beim Verfasser um den derzeitigen Regierungsrat und seinerzeitigen Gewerbeinspektor Dr. Hermann Blocher handelt, über dessen Kompetenz es keine Zweifel geben kann.

Die Zusammenstellung weist den grossen Vorteil auf, dass alle Löhne auf das *Jahreseinkommen* berechnet und damit vergleichbar sind; zudem wird zwischen Minimal- und Durchschnittslöhnen unterschieden.

Beim *öffentlichen Personal* differieren die Minimallöhne von Fr. 1500 (Gasarbeiter) bis Fr. 1844 (Wagenführer Strassenbahn), die Durchschnittslöhne von Fr. 1824 (Strassenarbeiter) bis Fr. 2124 (Wagenführer). Eine Kategorie für sich bilden die sich

nicht zur Arbeiterschaft zählenden Polizisten mit Fr. 2040 Minimal- und Fr. 2580 Durchschnittslohn.

Grösser ist die Spanne in der *Privatindustrie*. Hier sind Minimallöhne von Fr. 1300 bis Fr. 1500 auch bei Berufsarbeitern häufig; bei Hilfsarbeitern, wozu grösstenteils die Chemiearbeiter, die Tabak- und Transportarbeiter sowie die Arbeiter in der Lebensmittelindustrie gehörten, sind Fr. 1150 üblich. Die höchsten Minimallöhne beziehen die Bäcker des ACV mit über Fr. 2100 und die Typographen mit Fr. 1950. Der Durchschnittslohn der Hilfsarbeiter, ob beim Bau oder in der Fabrik, beträgt Fr. 1500. Das mittlere Jahreseinkommen eines Berufsarbeiters bewegt sich zwischen Fr. 1800 und 2100. Zur «*Arbeiteraristokratie*» gehören die hochqualifizierten Lithographen, Typographen und Parkettleger mit Jahreseinkommen von Fr. 2300 bis 2450, dazu wieder die Bäcker des sozial aufgeschlossenen ACV. Zum Vergleich: Ein Lokomotivführer verdiente mindestens Fr. 2600, im Durchschnitt mit Fr. 3400 mehr als das Doppelte eines Hilfsarbeiterlohns.

Im ersten Teil unserer Darstellung der Basler Arbeiterbewegung haben wir festgestellt, dass die Arbeiterlöhne *nicht* als *Familienlohn* konzipiert waren, dass also weitere Familienmitglieder mitverdienen mussten. Wie verhielt es sich in dieser Beziehung in den ersten anderthalb Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts?

Gruner hat errechnet, dass im Jahre 1912 40% der Familien gelernter Arbeiter ausschliesslich vom Einkommen des Mannes lebten, bei den Hilfsarbeitern wenig über 10%. Dabei gab es natürlich beträchtliche branchenmässige Unterschiede. So vermochten zwei Drittel der Typographen ihre Familie allein zu erhalten. Gruners Untersuchungen im schweizerischen Massstab stimmen im hohen Masse mit den im Vorwärts aufgestellten Berechnungen überein. In Basel wie in der übrigen Schweiz verdiente 1912 ein ungelernter Arbeiter etwas über Fr. 1500, ein gelernter Fr. 1800 bis 2300, wobei die Holz-, Textil- und Bauarbeiter zu den schlechtverdienenden Berufskategorien gehörten. Konnte man damit leben?

Der Verfasser des Vorwärts-Artikels berechnet aufgrund einer breiten Erhebung die *Durchschnittsausgaben* einer Arbeiterfamilie mit zwei bis drei Kindern für den *Zwangsbedarf* auf Fr. 2030. Sie setzen sich folgendermassen zusammen: Nahrung Fr. 1200, Kleidung Fr. 250, Wohnung Fr. 400, Heizung und Licht Fr. 90, Steuern, Krankengeld Fr. 90, total Fr. 2030. Dazu kommen noch Auslagen für Schul- und Bildungszwecke und Reparaturen, so dass für eine mittelgrosse Familie mit einem *Existenzminimum* von Fr. 2100 bis 2200 gerechnet werden muss.

Es liegt auf der Hand, dass bei fast allen Hilfsarbeitern und bei den schlechter bezahlten Berufsarbeitern das Männereinkommen weiterhin durch *Frauen- und Kinderarbeit* oder durch *Nebenerwerb* wie Zimmervermieten, Kostgängerei und Zeitungsaustragen ergänzt werden musste. Dass dabei Frauen und Kinder durch Erwerbs- und Hausarbeit, die jungen Kinder auch noch durch die Schule *mehrfach belastet* wurden, hatte nicht zuletzt gesundheitsschädliche Auswirkungen. Die *Tuberkulose* verschonte nur wenige Arbeiterfamilien. Die verheiratete Arbeiterin war, sofern sie Kinder

hatte, einer dauernden Überanstrengung ausgesetzt, umsomehr als sie versuchte, bürgerlichen Familienidealen zu genügen.

Wir haben im 1. Band (S. 14) den *Speisezettel* der durchschnittlichen Schweizer Arbeiterfamilie um die Mitte des 19. Jahrhunderts beschrieben. Nach Gruner ist er bis 1914 zwar etwas abwechslungsreicher geworden, konnte aber auch massvollen qualitativen und gesundheitlichen Anforderungen nicht genügen. Hauptnahrungsmittel der Arbeiterbevölkerung waren nach einer Erhebung des Schweizerischen Arbeitersekretariats von 1912 weiterhin Milch, Brot und vor allem Kartoffeln. Fleisch kam nur in kleinen Mengen und mässiger Qualität, zudem häufig nur für den Vater auf den Tisch. Gemüse und vor allem Obst waren selten, etwas häufiger Teigwaren, Butter, Käse und Eier. Kaffee wurde zwar in grossen Mengen getrunken, vermochte aber infolge der schlechten Qualität nicht zu sättigen. Nach 1900 nahm der Bierkonsum – nicht nur in der Arbeiterschaft – signifikant zu; daneben trank man in manchen Arbeiterfamilien billigen Schnaps. Auch nach der Jahrhundertwende blieb der Alkohol neben der Tuberkulose der grosse Feind der Arbeiterschaft. Dass das Essen oft schlecht zubereitet war oder gar kalt gegessen werden musste, wenn die Mutter auch noch ausser Haus arbeitete, kann kaum verwundern.

Während die *Lebenserwartung* des Schweizers vor allem wegen des Rückgangs der Kindersterblichkeit nach der Jahrhundertwende auf 50 Jahre stieg, blieben die *Gesundheitsrisiken* der Arbeiterbevölkerung trotz Fabrikgesetz und Fabrikinspektion hoch, selbst wenn man die schlechte Ernährung und die ungünstigen Wohnverhältnisse nicht zusätzlich in Rechnung stellt. Zwar brachte die Ersetzung des Petrollichts durch Gas und elektrisches Licht eine deutliche Verbesserung der Lichtverhältnisse in der Fabrik. Zur Verbesserung der Raumluft wurden vielerorts Belüftungsanlagen eingerichtet, aber von den Arbeitern häufig aus Angst vor dem damit verbundenen Luftzug nicht betätigt. Den Lärm in den Fabriksälen scheinen Arbeitgeber und -nehmer als unvermeidbar hingenommen zu haben. Dagegen empfanden die Arbeiter die Steigerung der Arbeitsintensität als zunehmende Nervenbelastung. Viele waren ihr schon mit 40 Jahren nicht mehr gewachsen, was ein allmähliches Absinken des Lebensstandards zur Folge hatte. «Du sollst nicht alt werden!» leitet Gruner den Abschnitt über die *Altersdequalifikation* ein (I, 4.516).

Auffallend war die rasche *Zunahme der Unfallhäufigkeit* in den Fabriken im Zusammenhang mit der Einführung neuer, gefährlicherer Maschinen. Das grösste Gesundheitsrisiko trugen die Chemiewerker. Nicht nur waren sie in hohem Ausmass von Berufskrankheiten betroffen; sie verunfallten auch mehr als die meisten andern Fabrikarbeiter. Auch die Betriebsunfälle ausserhalb der Fabrik nahmen nach der Jahrhundertwende signifikant zu, vor allem in der Baubranche und im Transportgewerbe. Stürze vom Baugerüst mit Invaliditäts- oder gar Todesfolge waren in einer Zeit der Bauspekulation an der Tagesordnung, häufig durch die Fahrlässigkeit verantwortungsloser Bauunternehmer verursacht, die zu raschem Gewinn kommen wollten. Die Vokabel «*Gerüstmord*» machte in der Arbeiterpresse aller grossen Städte die

Runde. Sie heizte den Klassenkampf an, doch war der Vorwurf nicht aus der Luft gegriffen.

Der schon in den neunziger Jahren einsetzende Bauboom einerseits, die Tendenz der einheimischen Arbeitskräfte zum 3. Sektor, also zu sauberer Arbeit andererseits, bewirkten einen Sog in den Bausektor. Es waren vor allem die nun in Massen einwandernden *italienischen Hilfsarbeiter*, welche bereit waren, die körperlich anstrengende Arbeit zu leisten. Konflikte mit den schweizerischen Bauarbeitern ergaben sich daraus, dass die Italiener, an die heimatliche Anspruchslosigkeit gewohnt, als Lohndrücken auftraten und eher zu Überstunden bereit waren; zudem arbeiteten sie vielfach rascher als die Einheimischen. Auch dass die meisten Vorarbeiter Italiener waren, trug nicht zu einem bessern Verhältnis der Schweizer und der italienischen Arbeiter bei, umsomehr als diese, vor allem die Saisonniers, meist aus dem «Mezzogiorno» stammten und zur Hälfte Analphabeten waren.

Was Gruner über die italienischen Bauarbeiter in der Schweiz ausführt, gilt auch für Basel. «*Sparen und überleben*» hiess die Devise schon damals. Entsprechend war kurz vor 1900 der Speisezetteln: morgens Kaffee-Ersatz mit etwas Milch und Brot, abends eine Minestrone ohne Fleisch, als Zwischenverpflegungen um 10 und 16 Uhr je einen halben Liter Bier und ein Pfund Brot. Sonst wurde Alkohol streng gemieden. Um grösstmögliche Einsparungen zu erzielen, begnügten sich die italienischen Bauarbeiter mit Strohlagern oder mit Schlafgelegenheiten, die jeder sanitätsrechtlichen Vorschrift Hohn sprachen. Dass die Italiener als «*Ware Arbeit*» (Gruner) rechtlich und faktisch fast ungeschützt waren, wirft ein bedenkliches Licht auf die Mehrheit der Arbeitgeber im Baugewerbe. Die Ausbeutung des Proletariats, 1848 von Marx und Engels im Kommunistischen Manifest als Kennzeichen des Kapitalismus aufgeführt, war am Beispiel der italienischen Bauarbeiter für jedermann auch noch im 20. Jahrhundert augenfällig. Aber erst kurz vor Kriegsausbruch entstand eine gewisse Solidarisierung zwischen der einheimischen und ausländischen Arbeiterschaft aus der Einsicht in die gemeinsame Klassenlage.

Über die Gründe der *Anziehungskraft Basels für die Arbeiterbevölkerung* lassen sich nur Hypothesen aufstellen. Im Gegensatz zu heute waren es nicht die überdurchschnittlichen Löhne der Hauptindustrie, die die Arbeiter in die Rheinstadt zogen. Basel galt schon im 19. Jahrhundert für die unteren Einkommensklassen als steuergünstig; es wurde in dieser Hinsicht nur noch von Genf übertroffen. Der Arbeiter zahlte in der Vorkriegszeit 1–2% seines Einkommens ans Steueramt; bei den Angestellten, unteren Beamten und Lehrern lag die Einkommenssteuer bei 3–4%. Von grösserem Gewicht waren wohl die relativ günstigen Mietpreise und die Unentgeltlichkeit des Schulunterrichts und der Lehrmittel in der Volksschule. Den Ausschlag dürften aber die grosszügige Armenpflege, die gut ausgebaute Krankenpflege (Polikliniken) und zahlreiche andere Wohlfahrtseinrichtungen (GGG) gegeben haben. Die fortschrittliche Sozialpolitik, nicht zuletzt die Pionierleistungen auf dem Gebiet der Arbeiterinnenschutz-Gesetzgebung, und die wachsende Bedeutung der Sozialdemokratischen

Partei in Parlament und Regierung dürften wesentlich dazu beigetragen haben, dass Basel schon in der Vorkriegszeit den Ruf der Arbeiterfreundlichkeit besass.

d) Arbeitskämpfe

Der englische Staatsmann Benjamin Disraeli hat um die Mitte des 19. Jahrhunderts zwei einander schroff gegenüberstehende Nationen in Grossbritannien unterschieden: die Reichen und die Armen. Obschon die Tendenz zu einer *Spaltung des Volkes in zwei Klassen* in der Schweiz seit dem Siegeszug des Kapitalismus im Verlaufe des 19. Jahrhunderts deutlich zutage trat, erfolgte die *klassenkämpferische Konfrontation* zwischen Bürgertum und Proletariat erst relativ spät, um die Jahrhundertwende, in einer Zeit massiven Wirtschaftswachstums. Weshalb sich das soziale Klima in der bis weit in die Zwischenkriegszeit hineinreichenden Phase des *Hochklassenkampfs* verschlechterte, darüber gibt es verschiedene Hypothesen.

1. Trotz der raschen Zunahme des realen Volkseinkommens stagnierten die Real-löhne der Lohnabhängigen. Somit *vergrösserten sich die Einkommens- und Vermögensunterschiede* der verschiedenen sozialen Schichten. Die Löhne wurden von den Arbeitgebern bewusst durch die Einfuhr billigarbeitender Italiener tief gehalten. Die dadurch bewirkte *Radikalisierung der Arbeiterschaft* fand ihren Niederschlag im sozialdemokratischen Programm von 1904 und in den Statuten des Gewerkschaftsbundes von 1906. Gleichzeitig nahmen die Arbeitskämpfe an Umfang und Intensität in kaum voraussehbarem Masse zu.

2. Arbeitskämpfe im *Konjunkturaufschwung* sind erfolgversprechender, weil die steigende Nachfrage nach Arbeitskräften den Anbieter von Arbeit begünstigt und weil steigende Lohnkosten leichter auf die Preise überwälzt werden können.

3. Nach der von Fritzsche 1977 formulierten Hypothese sind die Wohnverhältnisse entscheidend für die Entstehung von Klassenbewusstsein und Klassenkampf. Die Arbeitskämpfe der Vorkriegszeit fanden fast ausschliesslich in den Industriestädten statt. Hier waren sowohl sehr hohe wie ganz tiefe Einkommen konzentriert, viel ausgeprägter als auf dem Lande oder in den Kleinstädten. Zugleich lebte die Bevölkerung *aber getrennt in schichtenspezifischen Quartieren* (Villen-, Mittelstands- und Arbeiterquartiere, diese mit extrem hoher Wohndichte). Dadurch wurden die Klassengegensätze für alle augenfällig; die Segregation förderte dagegen die Solidarität innerhalb der einzelnen Klasse, vor allem innerhalb des Proletariats.

Für Basel hat zweifellos die starke Wachstumsphase nach 1888 die Wohnsituation für die Arbeiterschaft gravierend verschlechtert. Wohnungselend kann aber leicht zu sozialer Unruhe führen. Dazu kam das massenhafte Auftreten italienischer Bauarbeiter in den Arbeiterquartieren. Dies hatte bis 1914 *Spannungen im engsten Lebensbereich* zur Folge, umsomehr als das flottante Element der Saisonniers die Unruhe noch verstärkte. Immer weniger gelang es den aus der Dorfgemeinschaft herausgerissenen Zuwanderern, sich in ihrer neuen, städtischen Umgebung zu integrieren.

Nach Auffassung des Bürgertums wurden die bürgerkriegsähnlichen Arbeitskämpfe zu Beginn des 20. Jahrhunderts ebenso durch die marxistische Doktrin hervorgerufen wie die Programme der SPS und des Gewerkschaftsbundes. Die russische Revolution von 1905 trug dann dazu bei, dass sich der schweizerische Durchschnittsbürger ein stereotypes *Feindbild* von der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften machte: auf sofortigen revolutionären Umsturz zielende Bewegungen, von vorwiegend ausländischen Theoretikern oder Aktivisten (Anarchisten) zu blutigem Terror verführt (Gruner).

Dass die Streikwelle weitgehend eine Folge der sozialen Missstände war und dass es auch einen *Klassenkampf von rechts* gab, wurde von den meisten übersehen. Zur Polarisierung trug zweifellos die *verbesserte Organisation* auf beiden Seiten bei (Zentralverbände, ständige Sekretariate).

Als *wichtiger Gegner* der organisierten Arbeiterschaft erwies sich in Basel das *gewerbliche Kleinbürgertum*; es hatte auch die Hauptlast der Streiks zu tragen. Es handelte sich weitgehend um jene Kreise, die 1911 die «fortschrittliche» Bürgerpartei bildeten, allen voran der Meisterverband des Basler Handwerks, ursprünglich eine Antistreikorganisation. Eine besonders aktive Rolle spielten die *Bauunternehmer*.

Der «neue» Mittelstand, die kaufmännischen und technischen *Angestellten*, ging darauf aus, sich vom Industrieproletariat abzugrenzen. Auch dem untersten Commis war es ein Anliegen, standesgemäss zu leben. Die Werkmeister standen, obschon aus dem Proletariat stammend, meist auf der Seite ihrer Arbeitgeber. Bei den Staatsangestellten setzte sich schliesslich der gewerkschaftliche Flügel gegenüber dem bürgerlichen durch.

In der Sicht der organisierten Arbeiterschaft war die soziale und politische Polarisierung weitgehend eine Folge des «*Klassenkampfes von oben*». Man hatte das Gefühl, einer Allianz zwischen dem Bürgerblock und dem Staat gegenüberzustehen und dabei gegen die drei Säulen des bürgerlichen Staats kämpfen zu müssen: die Polizei, die Armee und die Justiz. Die Haltung der Polizei bei Streiks war der Zielpunkt immer neuer Klagen von Partei und Gewerkschaft. Den Preussengeist, der um die Jahrhundertwende in einzelnen Offizierskreisen Einzug hielt, bekamen auch Basler Arbeiter-Wehrmänner zu spüren. Das Militäraufgebot der Regierung beim Maurerstreik von 1903 stellte geradezu den Anfang des Hochklassenkampfs in Basel dar. Schliesslich geisterte das böse Wort von der Klassenjustiz auch durch die Basler Arbeiterpresse, obschon hier nicht so krasse Fälle zu verzeichnen waren wie in gewissen anderen Städten.

Die *schlechte Konjunktur nach der Jahrhundertwende* liess Lohnbewegungen zunächst wenig aussichtsreich erscheinen. Dennoch unterbreiteten der *Maurerfachverein* und die *italienische Maurergewerkschaft* den Meistern am 26. März 1903 zehn Forderungen, worunter Minimal-Stundenlöhne von 56 Rp. für Maurer und 40 Rp. für Handlanger und die Senkung der Arbeitszeit von 10 auf 9½ Stunden. Die Meister lehnten jedoch am Samstag, den 4. April, die Teilnahme an einer vom Regierungsrat



Maurerstreik in Basel, Frühjahr 1903, Demonstration auf der Mittleren Brücke

auf Montag einberufenen Vermittlungssitzung ab. Am Sonntagabend versammelten sich in der Burgvogtei 2000 Maurer und Handlanger, grösstenteils Italiener. Diese setzten gegen die Empfehlung der Referenten einen *Streik* ab Montag morgen durch. Bereits am ersten Streiktag gelang es den Streikenden, deren lebhafteste Umzüge bei der Bevölkerung gemischte Gefühle auslösten, auf verschiedenen Bauplätzen die Einstellung der Arbeit durchzusetzen. Dabei kam es zu einer heftigen Auseinandersetzung mit der Polizei. Dies bewog den Regierungsrat zu einem Truppenaufgebot; auch der Sozialdemokrat Wullschleger gab seine Zustimmung. Am Dienstag morgen rückte das Bataillon 54 in der Kaserne ein. Die nächsten Tage brachten verschiedene Scharmützel der streikenden Italiener mit den Ordnungskräften, die aber nirgends schwere Folgen zeitigten. Die Machtdemonstration erregte nicht nur unter den knapp 2500 Streikenden Empörung, sondern auch in der übrigen Arbeiterschaft, die das Vorgehen der italienischen Bauarbeiter, unter welchen sie auch Anarchisten vermutete, zuerst missbilligt hatte. Im Arbeiterbund wurde die Ausrufung des Generalstreiks erwogen; Arbeitersekretär Wassilieff, in der Burgvogtei-Versammlung noch Gegner eines unbedachten Streikbeschlusses, trug wesentlich zur Kampflust bei. Der Höhepunkt der Spannung war aber bereits überschritten. Am 9. April entliess die

Regierung in Erwartung einer Einigung die Truppen; nach Ostern bröckelte der Streik rasch ab, am 18. April wurde der Abbruch beschlossen: Die völlige Niederlage war nicht zu vertuschen. Das *erstmalige Auftreten der Armee* in einem Basler Arbeitskampf hat wesentlich zur *Verschlechterung des sozialen Klimas* in der Stadt beigetragen, zugleich aber zu schweren Auseinandersetzungen in der Basler Arbeiterbewegung geführt.

Der *Konjunkturaufschwung*, der sich bereits 1904 abzeichnete, kam 1905 voll zum Durchbruch. Die Gewerkschaften nutzten die günstige Gelegenheit für Lohnbewegungen von bisher nie erlebtem Umfang. Im Frühling setzte der grosse *Kampf im Baugewerbe* ein. Hauptziele waren der Ausgleich der Teuerung und der Kampf um den 9½ bzw. den 9-Stunden-Tag. Ende April traten 260 Schlosser, 400 Zimmerleute und 800 Schreiner in den Streik. Beide Parteien standen einander in einer Bürgerkriegssituation voll organisiert und gerüstet gegenüber. Die Arbeiter stützten sich auf gut geleitete Zentralverbände und den unter seinem kombattanten Sekretär sehr aggressiv gewordenen lokalen Arbeiterbund, die Unternehmer auf den eben entstandenen kampflustigen Allgemeinen Meisterverband des Bauhandwerks. Die Arbeitgeber beantworteten den Ausstand am 11. Mai mit einer allgemeinen Aussperrung. Als die Meister diese am 5. Juni beendeten, streikten Zimmerleute, Schreiner und Schlosser weiter. Zu ihnen hatten sich noch 250 Maler, 150 Spengler und 300 Gipser gesellt. Im Juli traten zudem 2000 Maurer und 300 Erdarbeiter in den Streik. Auch in der Maschinenindustrie und in andern Branchen waren Arbeitsniederlegungen zu verzeichnen. Insgesamt gab es in diesem Jahr 23 Streiks mit 6987 Beteiligten. Die Bürgerschaft schwenkte auf die Unternehmerseite über, als im Juli die *Strassenbahner* in den Ausstand traten, wodurch es zum ersten Streik öffentlicher Angestellter gegen den staatlichen Arbeitgeber kam. Die Arbeitskämpfe, die ein halbes Jahr dauerten, endeten mit partiellen Siegen und Niederlagen auf beiden Seiten. Die gut organisierten Gewerkschaften setzten den 9½-Stunden-Tag und Lohnerhöhungen durch, die schlecht organisierten blieben erfolglos. *Der Klassenkrieg war in vollem Gang*. 1906 kam es wieder zu 23 Streiks; deren Umfang und Dauer gingen jedoch stark zurück. Arbeitseinstellungen erfolgten vor allem in Branchen, in denen im Vorjahr keine befriedigenden Ergebnisse erzielt worden waren. Im Sommer 1907 fand die grösste Streikwelle der Vorkriegszeit infolge der *abflauenden Konjunktur* ihren Abschluss.

Ein *neuer Konjunkturaufschwung* kündigte sich im Jahr 1910 an; er dauerte bis gegen die Mitte des Jahres 1913. Sogleich intensivierte sich das Streikgeschehen. Zu einer letzten gewaltmässigen Aktion mit Militäraufgebot kam es 1913 unter den *Färbearbeitern*, die erst sehr spät und noch ungenügend den Weg der Organisation eingeschlagen hatten. Zur Überraschung sogar gut informierter Arbeiterführer traten in einem konjunkturell ungünstigen Augenblick, beim Zusammenbruch der Textil-export-Konjunktur, am 26. Mai 1300 Seidenfärber in den Streik, vor allem um einen Tarifvertrag mit dem Neunstundentag zu erreichen, aber auch um die Streikbrecher-

dienste zu verweigern, die sie für die unter einem Riesenstreik leidenden Krefelder Seidenfärbereien leisten sollten. Da die Unternehmer jede Verhandlung mit der organisierten Arbeiterschaft ablehnten und das Vermittlungsangebot des 1911 geschaffenen Einigungsamtes ausschlugen, standen weite Kreise der Bevölkerung diesmal dem Ausstand mit Sympathie gegenüber. Wegen des Streikpostenstehens entwickelten sich Scharmützel zwischen der Arbeiterschaft und der Polizei, wobei einige Demonstranten Säbelhiebe abbekamen. Am 14. Juni beschloss der Regierungsrat, den Stab und zwei Kompagnien des Bataillons 97 *auf Pikett* zu stellen. Da es in der Folge ruhig blieb, kam die Truppe nicht zum Einsatz und wurde nach einer Woche ihrer Pflicht wieder entbunden. Trotz kräftiger Unterstützung durch die übrige Basler Arbeiterschaft, die 17 000 Franken Unterstützungsgelder aufbrachte, mussten die Ausständischen nach fünf Wochen Streik, nach Kämpfen zwischen Streikposten und Streikbrechern klein begeben, ohne einen Tarifvertrag zu erreichen.

Nach der Pause des Ersten Weltkriegs entbrannte der Hochklassenkampf auf lokaler und nationaler Ebene mit dem *Landesstreik vom November 1918* aufs neue, mit bisher noch nicht erlebter Wucht. Er hat erst mit dem «Friedensvertrag» der Metallindustrie von 1937 dem Arbeitsfrieden Platz gemacht.

2. Kapitel:

Die Reorganisation der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz¹⁾

Die 1888 gegründete Sozialdemokratische Partei der Schweiz hatte sich durch die *Statutenrevision von 1891* von einer direkten, auf Einzelmitgliedern aufgebauten, grundsätzlich zentralistischen Partei in einen weitgehend *indirekten Föderativverband* verwandelt. Auf Lokalsektionen und Kollektivmitgliedern basierend, stellte sie ein völlig dezentralisiertes Gebilde dar, dem jegliche Möglichkeit zu einer erfolgreichen Tätigkeit auf Bundesebene fehlte. Bei einer Mitgliederzahl von rund 3000 im Jahre 1893 umfasste sie nur einen *Bruchteil der organisierten Arbeiterschaft*. Bis zur Jahrhundertwende sank diese Zahl auf ca. 800 zahlende Mitglieder. Ohne ausreichende Mittel, ohne hauptamtliches Parteisekretariat war sie einem raschen Wechsel der Präsidenschaft unterworfen und entbehrte der Kontinuität in der Führung. Immer mehr verlagerte sich die Parteitätigkeit in die Kantone und einzelnen Ortschaften. Mit dem allmählichen Rückzug Stecks aus dem Parteileben trat auch dessen Konzeption der Sozialdemokratie als einer Volkspartei in den Hintergrund. Immer deutlicher wurde die Tendenz der neuen Führer, die Partei ausschliesslich zu einer Organisation der Arbeiterschaft zu machen.

Nachdem der Schweizerische Grütliverein 1893 durch Urabstimmung das Bekenntnis der Oltener Delegiertenversammlung vom Oktober 1892 zur Sozialdemokratie erhardt hatte, war die erste Voraussetzung geschaffen, die *organisatorische Grundlage* der Partei zu *verbreitern*. Am Winterthurer Parteitag von 1896 stand die Reorganisation der Partei erstmals seit der Annäherung des Grütlivereins an die Sozialdemokra-

tie auf der Traktandenliste. Eine Kommission wurde damit betraut, die Vorarbeiten an die Hand zu nehmen. Noch bevor sie ihre Arbeit abgeschlossen hatte, ergriff der Grütliverein die Initiative. Verbandssekretär Wullschleger und «Grütlianer»-Redaktor Mettier legten ein Projekt vor, das die Partei auf breiteste Grundlage stellte. Als Föderativverband sollte sie sich im wesentlichen auf die Mitglieder des Grütlivereins und des Gewerkschaftsbunds stützen, daneben aber auch andere Arbeitervereine umfassen.²⁾ Der Vorschlag scheiterte daran, dass sich der Schweizerische Gewerkschaftsbund neutral erklärte. Hätte sich das Projekt verwirklichen lassen, so hätte sich die Partei vor einem ähnlichen Dilemma befunden wie der Alte Arbeiterbund der siebziger Jahre. Die Auseinandersetzungen zwischen dem rein schweizerischen politischen und dem gewerkschaftlichen, stark vom ausländischen Element bestimmten Flügel hätten die Parteiorganisation wohl in kurzer Zeit sprengen müssen. Wullschleger zog rasch die Konsequenzen: Spätestens seit 1899 stand für ihn fest, dass die zukünftige SPS aus einer *Vereinigung der bisherigen Miniaturpartei mit dem immer noch mehr als 10 000 Mitglieder aufweisenden Grütliverein* hervorgehen und eine im wesentlichen politische Organisation bleiben müsse. Als ehemaliger Parteipräsident und dermaliger GrütliSekretär war er berufen, den Zusammenschluss in die Wege zu leiten.

Im Jahresbericht des Schweizerischen Grütlivereins für 1900 stellte *Wullschleger* der schweizerischen Arbeiterschaft erstmals sein Reorganisationsprojekt in den Grundzügen vor.³⁾ Ein ausgearbeiteter Statutenentwurf wurde der Delegiertenversammlung des Grütlivereins und dem Kongress der SPS vorgelegt, die nacheinander am 21. und 22. September in Solothurn tagten. Nach ausgiebiger Diskussion nahmen beide Gremien die neuen Statuten an. Rechtskräftig wurden sie, nachdem die Urabstimmung des Grütlivereins ihnen im Oktober zugestimmt hatte. Der *21./22. September 1901* ist unter dem Namen «*Solothurner Hochzeit*» in die Geschichte der schweizerischen Arbeiterbewegung eingegangen. Erst mit diesem Ereignis beginnt die SPS, in der schweizerischen Politik mitzuzählen.

Nach § 1 der vom 6. November 1901 datierten neuen Parteistatuten wird die SPS einerseits aus dem Schweizerischen Grütliverein, anderseits aus den kantonalen Arbeiter- und Parteiverbänden, aus lokalen Arbeiterunionen und Parteiverbänden und aus einzelnen Parteivereinen in Gebieten ohne übergreifende Organisation gebildet, wobei nur deren schweizerische Mitglieder als Parteiangehörige gelten.⁴⁾ Als Parteiorgane sieht § 3 die Geschäftsleitung, das Parteikomitee und den Parteitag vor. Der Vorort der Partei fällt mit jenem des Grütlivereins zusammen. In allen drei Organen ist der Grütliverein sehr stark vertreten. Die Finanzierung erfolgt vornehmlich durch Pflichtbeiträge aller der Partei angehörenden Verbände und Vereine im Ausmass von wenigstens 10 Rappen pro Jahr und schweizerischem Mitglied.

Die «*Solothurner Hochzeit*» stellte eine *Verbindung zweier sehr ungleicher Partner* dar. Nicht nur wies der Grütliverein das Vielfache der Mitgliederzahl auf wie die bisherige Partei; er war auch finanziell weitaus besser fundiert, besass eine lange Tradi-

tion, einen engern Zusammenhang zwischen Zentralkomitee und Sektionen und im Gegensatz zu den auf die industriellen Zentren beschränkten Parteiorganisationen im ganzen Lande herum wertvolle Stützpunkte für umfassende politische Aktionen. So war es gegeben, dass ihm in den Statuten eine vorherrschende Stellung eingeräumt wurde. Die Ebenbürtigkeit der Partner vortäuschende Metapher der «Solothurner Hochzeit» widerspricht den wirklichen Verhältnissen; eher müsste man von Anlehnung des jüngern und kleineren Bruders an den grösseren und älteren sprechen.

Die von der gegnerischen Presse rasch erkannte und zum Teil gehässig kommentierte Reorganisation der SPS hatte bei deren Mitgliedern ein verstärktes Selbstvertrauen zur Folge, was sich günstig auf die kantonalen und lokalen Wahlen des folgenden Jahres auswirkte. Die formelle Konstituierung der Partei auf der verbreiterten Grundlage zog sich allerdings noch weit ins Jahr 1902 hinein, da vielerorts die kantonale und lokale Parteiorganisation vor dem ausdrücklichen Beitritt zur Landespartei reorganisiert wurde. Der erste Parteitag neuen Stils vom 2. August 1902 in Winterthur erklärte den «Grütlianer» zum offiziellen Parteiorgan und übertrug die Funktion eines Vororts der Grütlihochburg Biel, nachdem Luzern diese Last während Jahren getragen hatte.⁵⁾

Nachdem die Partei reorganisiert war, trat ein Problem in den Vordergrund, das schon 1895 erstmals auf der Traktandenliste des Parteitags gestanden hatte: die *Revision des Steckschen Parteiprogramms*. Die Erfolge der Partei in der kommunalen Sozialpolitik hatten das Interesse der Mitglieder für die grundsätzlichen Fragen erlahmen lassen; eine Programmdiskussion war dazu angetan, es neu zu entfachen. Zudem entsprach das einseitig politische Programm Stecks nicht mehr dem wachsenden Verständnis für die gewerkschaftliche Tätigkeit und vor allem für den genossenschaftlichen Gedanken, wie ihn innerhalb der Partei am eindrucklichsten Stephan Gschwind vertrat. Eine bereits 1895 ernannte Programmkommission unter dem Präsidium Dr. Studers legte dem Oltener Parteitag vom 4. Oktober 1903 einen ersten Entwurf vor, ein im wesentlichen von Dr. Otto Lang stammender definitiver Text wurde dem Zürcher Parteitag vom 20./21. November 1904 unterbreitet und nach einlässlicher Diskussion einstimmig angenommen.⁶⁾

Das Langsche Parteiprogramm – das letzte der Vorkriegszeit – gliedert sich in einen grundsätzlichen und einen praktischen Teil. Jener umfasst eine kurze Prinzipienerklärung und zwölf sie interpretierende Erwägungen, dieser zwanzig Grundsatzforderungen mit stichwortartigen detaillierten Hinweisen auf deren Verwirklichung.

Das Programm von 1904 spiegelt einerseits die Klassenkampfsituation jener Jahre wider; gleichzeitig schlägt sich in ihm das Bekenntnis seines Schöpfers zum sogenannten *orthodoxen Marxismus Karl Kautskys* nieder.⁷⁾ Das erweist sich vor allem in der nach marxistischem Vorbild vorgenommenen Analyse von Gesellschaft, Wirtschaft und Staat, aber auch in der Zielsetzung: der Vergesellschaftung der Produktionsmittel. Die schweizerische Demokratie wird als Klassenstaat bezeichnet; gerade deshalb bekennt sich die schweizerische Sozialdemokratie zum internationalen Sozialismus.

Das Endziel soll grundsätzlich auf demokratischem Weg erreicht werden, doch fordert das Programm den «*proletarischen Klassenkampf*», den es allerdings einseitig als Folge des bürgerlichen Klassenkampfes versteht.

Zwar ist der marxistische Einschlag im sogenannten Zürcher Parteiprogramm weit eindeutiger als in jenem Stecks, doch ist es auch nach 1904 nicht angängig, die SPS einfach als marxistische Partei zu bezeichnen. Die gegnerische Presse wies schon in der Berichterstattung über den Zürcher Parteikongress mit Nachdruck auf das in der Prinzipienerklärung enthaltene Bekenntnis zum Klassenkampf hin. Die Erwägungen, das konkrete Arbeitsprogramm, vor allem die später angewandten praktischen Mittel bei dessen Verwirklichung, lassen aber erkennen, dass dieser Kampf grundsätzlich auf dem Wege der friedlichen Evolution, nicht gegen den Staat, sondern unter Benützung von dessen demokratischen Einrichtungen erfolgen soll. Die Demokratie wird als Staatsform bejaht, doch soll ihr ein anderer Inhalt gegeben werden. Das Bekenntnis zur Demokratie schweizerischer Prägung zeigt sich vielleicht am besten bei der Landesverteidigung. Diese wird – wie das Milizheer – grundsätzlich bejaht, doch fordert Punkt 4 des Arbeitsprogramms eine weitgehende Demokratisierung des Heerwesens. Nicht zuletzt im Hinblick darauf hat Wulschleger das Langsche Programm als «*urchig schweizerisch*» empfunden. Das entscheidend Neue gegenüber der Steckischen Konzeption bestand darin, dass die Sozialdemokratie weniger als Volks- denn als *Klassenpartei* aufgefasst wurde – nicht zuletzt als Folge der sich seit der Parteigründung verschärfenden sozialen und politischen Spannungen. Indem die SPS aufgefordert wurde, den gewerkschaftlichen Kampf und das Genossenschaftswesen zu unterstützen, wurden zwei Bewegungen grundsätzlich anerkannt, die seit den neunziger Jahren ständig an Bedeutung gewonnen hatten. Das gemeinsame Bekenntnis von Partei und Gewerkschaft zur klassenkämpferischen Solidarität im Jahre 1910 stellte dann einen entscheidenden neuen Schritt zu einer internationalistischen Massenpartei dar und rückte die SPS noch mehr vom Grundgedanken Stecks ab.

Gruner weist mit Recht darauf hin, dass einzelne Postulate des Programms von 1904 erst kürzlich (Gleichstellung von Frau und Mann im öffentlichen und im Privatrecht) oder noch gar nicht verwirklicht worden sind (Heranziehung von entsprechend qualifizierten Fabrikarbeitern zur Kontrollaufgabe der Fabrikinspektoren).

Nach der Verbreiterung der organisatorischen Grundlage und der Annahme eines sowohl im Grundsätzlichen wie im Praktischen Klarheit schaffenden und damit die Agitation erleichternden Programms schien einem raschen Aufstieg der Partei nichts mehr im Wege zu stehen. Wenn die bei vielen hochgespannten Erwartungen nicht sogleich in Erfüllung gingen, so lag dies an den Schwächen, die der Lösung von Solothurn anhafteten.

Da die organisatorische Verschmelzung des Grütlivereins mit der SPS beim immer noch kleinbürgerlich denkenden rechten Flügel des Vereins Anstoss erregte, konnte der Mitgliederchwund auch nach der Jahrhundertwende nicht aufgehalten werden, so dass die Grütlianner im Jahre 1905 bei einer Gesamtzahl von 20 000 Parteimitglie-

dern gegenüber den Parteigenossen im engeren Sinn in die Minderheit versetzt wurden. Aber nicht nur numerisch hatte sich das Schwergewicht innerhalb der Partei verlagert. Schon im Jahresbericht des Grütlivereins für 1903 beklagte sich dessen Verfasser, die Parteinstanzen spielten jene des Grütlivereins immer mehr an die Wand, diesen bleibe nur noch die Behandlung intern- technischer Fragen übrig.⁸⁾ Bedenklich wirkte sich das Ausscheiden Wullschlegers als Verbandssekretär nach seiner Wahl zum Regierungsrat aus. Das Sekretariat konnte erst 1905 wieder besetzt werden. Der neue Sekretär, Fähndrich, war zugleich erster Parteisekretär der SPS, was eine Erhöhung des Jahresbeitrags pro Mitglied auf 20 Rappen zur Folge hatte. Damit war aber das Problem der Parteifinanzen noch lange nicht gelöst. In den Jahresberichten nahmen die Klagen über die *Mittellosigkeit der Partei* immer beschwörendere Formen an. Wenn der Bieler Geschäftsleitung und dem mit rund 60 Mitgliedern viel zu umfangreichen Parteikomitee immer wieder mangelnde Initiative vorgeworfen wurde, so vergassen die Kritiker, dass man diesen Gremien eine im Grunde unzumutbare Last aufgebürdet hatte, war es doch für die ehrenamtlich tätigen Parteiführer praktisch unmöglich, ihrer Doppelrolle als Leiter des Grütlivereins und der Partei gerecht zu werden.

Seit 1906 wurde die *Reorganisation der Parteistatuten* ernsthaft diskutiert. Eine Revisionskommission sollte dem Oltener Parteitag des Jahres 1908 einen Statutenentwurf vorlegen. Wullschleger arbeitete darin in hervorragender Weise mit. Greulich, als Kommissionsreferent, bezeichnete am 28. November vor den Parteitagsdelegierten vor allem die Parteifinanzen als remedurbedürftig, alle andern Probleme seien daneben zweitrangig: «Werte Genossen, wir haben keine Kasse, das ist der brennende Punkt!»⁹⁾ Die von einzelnen Parteigenossen geforderte Trennung von Parteileitung und Grütli-Zentralkomitee wurde abgelehnt, der Grütliverein als Kristallisationspunkt beibehalten, umsomehr als er seit 1906 mitgliedermässig und organisatorisch wieder einen Aufschwung erlebte. Noch einmal konnte der von vielen befürchtete, von einzelnen erhoffte Bruch zwischen Partei und Grütliverein verhindert werden.

Die Statuten von 1908 änderten wenig an jenen von 1901. In der Geschäftsleitung erhielten die eigentlichen Parteidelegierten ein leichtes Übergewicht gegenüber den Grütliern, von einer wirksamen Entlastung der Parteiführer konnte nicht die Rede sein. Bezüglich der Parteifinanzen blieb vorläufig alles beim alten, d.h. bei einem Mitgliederbeitrag von minimal 20 Rappen. Greulichs Vorschlag, zu der direkten Steuer des Kartensystems überzugehen, wurde der Geschäftsleitung zur Prüfung überwiesen.

Die Revision von 1908 hatte bestenfalls Palliativmittel zur momentanen Überwindung der Schwierigkeiten innerhalb der Partei bereitgestellt, von einer Lösung der Hauptprobleme konnte nicht die Rede sein. Es war deshalb wenig verwunderlich, dass die Reorganisationsfrage bereits beim von Wullschleger geleiteten Basler Parteitag vom 26./27. November 1910 erneut zur Sprache kam. Der ehemalige Basler Arbeitersekretär *Robert Grimm* stellte erstmals an einem Parteitag die föderative Struk-

tur der Partei grundsätzlich in Frage und forderte eine weitgehende *Zentralisation der Parteiorganisation*. Auf Antrag des Parteikomitees, das die Anregung aufnahm, wurde eine neue Revisionskommission gewählt.¹⁰⁾

Am 26. Februar 1911 kam deren Entwurf heraus. Im Gegensatz zu jenem von 1908 packte er die heissen Eisen an und sah radikale Lösungen für das seit Jahren schwellende Parteimalaise vor. Der Grütliverein sollte weitgehend aus der Parteileitung ausgeschaltet, der Parteivorort von jenem des Grütlivereins getrennt werden; im Gegensatz zu den geltenden Statuten wurde auch den Ausländern das Stimmrecht zuerkannt. Begreiflicherweise lehnte die Delegiertenversammlung des Grütlivereins das Statut am 29. Juni mit überwältigendem Mehr ab. Trotzdem beschloss das Parteikomitee, den Statutenentwurf am bevorstehenden Parteitag zur Behandlung und wenn möglich zur Abstimmung zu bringen, allerdings unter beträchtlichen Konzessionen an den Grütliverein.

Der *Oltener Parteitag vom 2./3. Dezember 1911* wies eine reich befrachtete Traktandenliste auf, der es an Zündstoff nicht fehlte (Parteitaktik, Frauenstimmrecht). Wenn er zum *bewegtesten der Vorkriegszeit* wurde, so lag dies aber am Haupttraktandum, der Statutenrevision, das eine vielstündige, äusserst erregte Diskussion hervorrief. Schliesslich wurde am Schluss des ersten Verhandlungstages Eintreten auf die Revision beschlossen. Die paragraphenweise Beratung des Entwurfs der parteioffiziellen Revisionskommission – andere Projekte waren ausgeschaltet worden – nahm praktisch den ganzen zweiten Tag in Anspruch, wobei sich die Grütlianner, die in der Eintretensdebatte harte Worte gegen die radikalen Revisionsfreunde hatten fallen lassen, intensiv beteiligten. Erleichterten Herzens konnten die Delegierten nach Hause reisen, als Grütli-Zentralpräsident Pflüger in einem versöhnlichen und noblen Schlusswort ankündigte, das Zentralkomitee des Schweizerischen Grütlivereins stimme den revidierten Statuten zu. Diese wurden denn auch mit gewaltiger Mehrheit durch Aufstehen von den Sitzen angenommen.¹¹⁾

Erstmals wird in den *Statuten von 1911* genau definiert, wer als Parteigenosse zu gelten hat: jede Person, die sich zu den Grundsätzen des Programms der SPS bekennt, sich durch ein Parteimitgliedsbuch über regelmässige Beiträge ausweisen kann und einer lokalen sozialdemokratischen Parteiorganisation angehört. Als solche werden in § 4 genannt: die politischen Grütlivereine, die Mitgliedschaften, die Arbeiter- und Arbeiterinnenvereine. Obschon ein weiterer Absatz festlegte, die Grütli-sektionen träten durch ihren Gesamtverband der Partei bei, war diese doch nun eindeutig auf den Basiselementen der Ortssektionen aufgebaut. Wichtiger war noch, dass die *Arbeiterunionen als Grundlage der Parteizugehörigkeit ausgeschaltet* wurden. Damit wurde – entgegen der Absicht Grimms – das gewerkschaftliche, weitgehend radikale Element als solches aus der Partei eliminiert: Mitglieder von Gewerkschaften hatten sich den lokalen politischen Vereinen anzuschliessen, wollten sie in der Partei Sitz und Stimme haben. Grundsätzlich blieb damit den *Ausländern* weiterhin der Zugang zur Partei offen, der ihnen seit 1908 gestattet war, wenn auch die organisatorische Di-

stanzierung von den Arbeiterunionen eine Abnahme des ausländischen Elements – durchaus im Sinne des Grütlivereins – erwarten liess. Hatte sich die Partei 1901 als eine ausschliesslich nationale Partei konstituiert, so blieb sie nach 1908 und 1911 doch eine vorwiegend *schweizerische Partei*, deren massgebliche Führer Einheimische waren und schweizerisch empfanden. Dass die Partei trotz diesen Bestimmungen weder gewerkschafts-, noch fremdenfeindlich war, geht aus § 6 hervor, der die lokalen Sektionen verpflichtete, den entsprechenden Arbeiterunionen beizutreten und damit gemäss der Grimmschen Konzeption den *Schulterschluss von gewerkschaftlicher und politischer Bewegung* zu bewerkstelligen. Es ergab sich daraus, dass die lokale Bewegung leichter radikale Formen annehmen konnte als die nationale. Zentralisierende Tendenz hatte die Forderung, die lokalen Parteiorganisationen müssten sich zu kantonalen Parteiverbänden vereinigen. Wurde der grütlianische Einfluss in den Parteiorganen leicht vermindert, so konnten es die der Revision skeptisch Gegenüberstehenden als Erfolg buchen, dass der «Grütlianer» weiterhin als Zentralorgan der Partei anerkannt wurde, obschon er bei deren radikalem Flügel wenig Sympathien genoss. Wohl die einschneidendsten Änderungen stellten die auf das Finanzwesen bezüglichen §§ 8 und 20 dar. Jener verpflichtete die lokalen Organisationen, ein genaues Verzeichnis der Parteimitglieder zu führen und dieses auf Verlangen der kantonalen oder schweizerischen Geschäftsleitung vorzuweisen. Damit wurde die bisher in grossem Ausmasse betriebene Unterschlagung von Mitgliederbeiträgen wenn nicht verunmöglicht, so doch stark erschwert. § 20 erhöhte den Jahresbeitrag von 20 auf 60 Rappen, in monatlichen Raten zu zahlen. Als Ausweis über geleistete Beiträge wurde einzig die von der SPS herausgegebene Beitragsmarke anerkannt, die durch die kantonalen Parteiorganisationen von der Geschäftsleitung zu beziehen, den lokalen Organisationen abzugeben und von diesen den Parteigenossen in das Parteibuch zu kleben und zu entwerten war. Damit war die Grundlage für die schon lange fällige *Sanierung der Parteifinanzen* gelegt.

Die Statuten von 1911 zeigen *die SPS auf dem Weg zu einer zentralisierten direkten, auf dem Basiselement der Sektion aufgebauten Massenpartei neueren Stils mit demokratischer Struktur* – auch in der Finanzierung – *und ideologisch einheitlicher Basis*. Noch waren die meisten dieser Kennzeichen für die Mehrzahl der sozialistischen Parteien der unmittelbaren Vorkriegszeit nicht rein durchgeführt und konnten solange nicht verwirklicht werden, als der Grütliverein als wesentlicher Bestandteil der Partei seine ideologische und strukturelle Eigenart beibehielt. Es entsprach dem historischen Sinn und dem Verständnis der massgeblichen Parteiführer für die spezifisch schweizerischen Bedürfnisse, dass sie die Partei nicht nach dem Vorbild einheitlicher ausländischer Organisationen aufbauten. Im Bewusstsein, dass die Zeit für die Parteieinheit und gegen den Grütliverein arbeite, waren sie zu einem *Kompromiss* bereit, der für den Augenblick die optimale Lösung darstellte. Der Aufschwung der Partei in den nächsten Jahren sollte ihnen recht geben.

Nachdem Biel während neun Jahren Vorort für Partei und Grütliverein gewesen

war, übernahm Zürich 1912 beide Funktionen. Nationalrat Dr. Studer (Winterthur), der spiritus rector der Reorganisation von 1911, wurde Parteipräsident, Grütli-Zentralpräsident Nationalrat Pflüger sein Stellvertreter. Unter den übrigen Mitgliedern der Geschäftsleitung war der starke Mann der Nationalratsfraktion, Herman Greulich, die herausragende Persönlichkeit. *Die führenden Männer verkörperten den Geist von 1911, d.h. das Juste Milieu, innerhalb der Partei.* Die wenigen Vertreter der Parteilinken, wie Platten, mussten sich mit Aussenseiterposten begnügen, Grütlianer der alten, vor-sozialdemokratischen Schule waren in der Geschäftsleitung begreiflicherweise überhaupt nicht mehr vertreten.

Die erste Folge der Parteireorganisation war ein *rasches Anwachsen* der Mitgliederzahl. Hatte diese bis 1911 zwischen 20 000 und 22 000 geschwankt, so erreichte sie kurz vor Kriegsbeginn die Zahl 33 236. Noch erstaunlicher ist der *rasche Aufschwung der Parteifinanzen*. Bis zur Reorganisation von 1911 waren die Gesamteinnahmen noch deutlich unter 10 000 Franken im Jahr geblieben; schon 1912 stiegen sie auf über 20 000 Franken an und übertrafen 1913 jene aus der Bieler Vorortszeit bereits um ein Mehrfaches.¹²⁾ Damit wurde erst die Finanzierung grösserer eidgenössischer Aktionen wie die Werbung für den Nationalratsproporz und die Subventionierung der Bildungsorganisationen der Partei möglich. So trug die gestärkte Partei zusammen mit dem Bundeskomitee des Gewerkschaftsbundes 1912 wesentlich zur Gründung des Schweizerischen Arbeiterbildungsausschusses bei, der das Arbeiterbildungswesen in den folgenden Jahren nicht nur zu vereinheitlichen, sondern auch auf ein beachtliches Niveau zu heben vermochte. Intensiv nahm sich die Partei auch der Jugend- und der Frauenbewegung an. Haupttraktanden der letzten Vorkriegsparteitage waren Fragen der Parteitaktik und der Stellung zum Militarismus.

Wesentlichen Einfluss auf die Lokalpolitik der SPS vermochten die von ihr veranstalteten *Kommunaltage* auszuüben, deren erster 1907 in St. Gallen und deren letzter im Mai 1912 in Basel stattfand. In St. Gallen legte Pflüger als bester Kenner dieser Frage die *Grundzüge sozialdemokratischer Kommunalpolitik* dar. Er verstand die Kommunalisierung als einen ersten Schritt zur Verstaatlichung, da die Gemeinden die Zellen des Staates bildeten. In der Folge wurde diese dezentralisierte Form der Kollektivierung zu einem Hauptanliegen der sozialdemokratischen Politik in der Schweiz, schaltete sie doch auf begrenztem Gebiet die kapitalistische «Ausbeutung» aus.¹³⁾

Nicht die erhoffte Auswirkung hatten die Reorganisationen der Partei auf die *sozialdemokratische Vertretung in den gesetzgebenden Behörden*. Das Majorzsystem für die Nationalratswahlen und die Wahlkreisgeometrie der führenden freisinnigen Partei machten es einer erst im Aufstieg begriffenen Partei schwer, im Bundeshaus gemäss ihrer numerischen Bedeutung Einsitz zu nehmen. Zudem liess gerade in der Arbeiterschaft die Stimmbeteiligung zu wünschen übrig. Nachdem 1899 Wullschleger als bisher einziger Sozialdemokrat in Vogelsanger (ZH) und Gschwind (BL) Unterstützung erhalten hatte, wurden 1902 mit bürgerlicher Unterstützung gleich sieben So-

zialdemokraten in den Nationalrat gewählt: die nach ihrem Führer genannte *Kapelle Greulich*, die in der Folge der sozialpolitischen Gruppe der Bundesversammlung beitrug. Nach Gruner handelte es sich um eine Art grütlianischer Honoratioren-Elite, hatten doch nur sehr gemässigte Sozialdemokraten Wahlchancen. Dies zeigte sich bei den Wahlen des Jahres 1905: Der Hochklassenkampf, die antimilitaristische Grundwelle in der Arbeiterschaft und die Ablehnung jedes Wahlkompromisses durch die SP führten zu einem bedenklichen Rückschlag; es wurden nur noch zwei Sozialdemokraten gewählt. 1908 stieg die Vertretung wieder auf sieben an, und 1911 erreichte die Fraktion mit 17 Mitgliedern und dem ersten Ständerat erstmals eine beachtliche Stärke. Zwar präsidierte *Greulich* weiterhin die Fraktion; die treibende Kraft wurde jedoch der ehemalige Basler Arbeitersekretär *Robert Grimm*. Aber erst die Einführung des *Nationalratsproporz* in der unmittelbaren Nachkriegszeit liess die SPS-Vertretung aus ihrer Rolle einer *Quantité négligeable* heraustreten und gestattete ihr, in der Bundesversammlung ein entscheidendes Wort mitzureden.

3. Kapitel: *Die Entwicklung der lokalen Parteiorganisation*

a) Die Parteireorganisation von 1901

Obschon in Basel eine richtige Bürgerkriegsstimmung erst durch den Maurerstreik von 1903 entstand, spitzten sich doch bereits um die Jahrhundertwende die Klassengegensätze zu. In der Sozialdemokratie empfand man die verstärkte Tätigkeit gewerblicher Kreise als Kampfansage der äussersten Rechten an die organisierte Arbeiterschaft. Seit 1900 bediente sich der bisher in seinem Vokabular so zurückhaltende Wulschleger für seine immer noch zahlreichen Artikel im «Vorwärts» immer häufiger des Schlagworts vom Klassenkampf und verstand darunter den *Klassenkampf von rechts*. Nach der niederschmetternden Verwerfung seiner Volkshaus-Motion durch den Grossen Rat im November 1900 kommentierte er: «Endlich einmal eine klare Situation. Keine Vertuschung des Klassenkampfes mehr. Der Staat ist kapitalistischer Klassenstaat!» Es gelte, die Herausforderung zurückzuzahlen, der Weg dazu sei der umfassende Ausbau der politischen und gewerkschaftlichen Organisation.¹⁾

Die Stärkung der Gewerkschaftsbewegung war durch die Errichtung eines vollamtlichen Arbeitersekretariats bereits erfolgt. Noch vor der Neuorganisation der SPS durch die «Solothurner Hochzeit», aber im Blick darauf, wurde die *Umbildung der lokalen Partei* in Angriff genommen. Am 5. März 1901 nahm eine Parteiversammlung die neuen Statuten an.²⁾

Sie brachten zahlreiche Neuerungen. So wurden nun Ausländer als Passivmitglieder zugelassen, zwar ohne Stimmrecht bei politischen Fragen, aber mit dem Recht, über die Verwendung der Parteigelder mitzubefinden. Die in der SPS seit 1891 vorwiegende *indirekte Struktur* wurde nun auch von der lokalen Partei übernommen:

Organisatorische Grundlage wurden die Parteivereine. Den Grütlivereinen und den Allgemeinen Arbeitervereinen gewährten die Statuten weitgehende Autonomie, ausdrücklich überbanden sie ihnen das sozialpolitische Bildungswesen. Die Quartierorganisationen hatten sich an ein gleichzeitig mit den Statuten erlassenes Reglement zu halten und sollten sich insbesondere der Quartierpolitik annehmen. Als Parteimitglieder wurden sämtliche Mitglieder der Parteivereine anerkannt.

Als Organe der Gesamtpartei waren vorgesehen: die Parteiversammlung, das Parteikomitee, die Rechnungsrevisoren und die Grossratsgruppe. Die Parteiversammlung wurde gegenüber 1896 wieder aufgewertet, wie 1890 setzte sich das Prinzip der *direkten Demokratie* in der Partei durch. Die Grossratsfraktion erhielt nun auch de iure das Antragsrecht an den Parteiversammlungen. Der durch den Ausbau der Quartiervereine notwendig gewordenen Dezentralisierungstendenz schuf man dadurch ein Gegengewicht, dass man auf das Sektionsprinzip der frühen neunziger Jahre zurückgriff. Die beiden Parteibezirke (Grossbasel und Kleinbasel mit den Landgemeinden) waren mit ihrem von der Parteiversammlung gewählten Büro im Parteikomitee vertreten und damit für die Durchführung von Parteiaktionen in ihrem territorialen Umkreis prädestiniert. Der Bezirk bildete aber auch die Grundlage der Vertrauensmännerversammlung, die auf eine breitere Basis gestellt wurde.

Die neue Parteiorganisation offenbarte das Bestreben, das Parteileben im übersehbaren, *kleinen Rahmen zu aktivieren*, andererseits aber diese Tätigkeit zu koordinieren. Zellen waren die Parteivereine, die Bezirksorgane förderten deren Bestrebungen und versuchten sie zur Übereinstimmung zu bringen, die Organe der Gesamtpartei schliesslich hatten die Aufgabe, einen einheitlichen Parteiwillen zu formen und ihn in die Tat umzusetzen.

Die *Koordination* beschränkte sich aber nicht auf die eigentliche Parteiorganisation. In den Statuten ist ein besonderer Abschnitt dem Verhältnis der Partei zu verwandten Organisationen gewidmet, nämlich der Presseunion des «Basler Vorwärts», dem Arbeiterbund mit seinem Arbeitersekretariat, der Gewerkschafts- und der Genossenschaftsbewegung. Sie alle sollten eng mit der Partei verbunden werden. So wurde dem *Arbeiterbund* eine Doppelvertretung im Parteikomitee eingeräumt; mit derselben Zahl war die Partei im Ausschuss des Arbeiterbunds vertreten. Gewerkschaften, welche die Grundsätze der Sozialdemokratie anerkannten, konnten sich in der Vertrauensmännerversammlung jedes Parteibezirks durch ein Mitglied vertreten lassen. Damit erhielt das gewerkschaftliche und – zusammen mit der Schaffung von Passivmitgliedern – auch das ausländische Element Zugang zur Willensbildung in der Partei. Ob sich dieser folgenschwere Schritt zum Vor- oder zum Nachteil der Bewegung auswirken würde, mussten die folgenden Jahre erweisen.

Der Abschnitt über die Parteifinanzen unterschied bei den Einnahmen – wie bisher – zwischen obligatorischen und freiwilligen Beiträgen und Erträgen aus Veranstaltungen. Zu obligatorischen Beiträgen waren neben den wenigen Einzelmitgliedern die Quartiervereine verpflichtet: Sie hatten von ihren Mitgliedern einen Monats-

beitrag von 30 Rappen zu erheben und ein Drittel davon vierteljährlich der Partei abzuliefern. Von den übrigen Parteivereinen wurden keine fixen Beiträge gefordert, sofern sie dem Arbeiterbund angehörten und mithalfen, das Arbeitersekretariat zu unterstützen, doch machte man ihnen freiwillige jährliche Pauschalbeiträge zur moralischen Pflicht.³⁾

Ein halbes Jahr nach der Statutenrevision konnte der «Vorwärts» einen bedeutenden *Aufschwung des Parteilebens* feststellen.⁴⁾ Die SP umfasste nun 11 Parteivereine, worunter sieben Quartierorganisationen.⁵⁾ Die Reorganisation war einmal mehr unter der Führung Wullschlegers durchgeführt worden, der sich für die Jahre 1900/1901 erneut zum Parteipräsidenten hatte wählen lassen.⁶⁾ Schon im September 1900 war überdies nach deutschem Vorbild die zukünftige Agitationstätigkeit neu organisiert worden. In jedem der 94 Agitationsbezirke hatten fortan zwei tüchtige Genossen für den «Vorwärts» zu werben und bei politischen Aktionen Flugblätter zu verteilen.⁷⁾ Kein Zweifel: Die Partei war für die kommenden Kämpfe gerüstet!

b) Mitgliederbewegung

Die sozialdemokratischen Bewegungen West- und Mitteleuropas weisen ausnahmslos die *Tendenz zur Massenpartei* auf. Da ihre Mitglieder nur ganz selten führende wirtschaftliche und soziale Positionen einnahmen und daher als einzelne kaum Einfluss auf das öffentliche Leben besaßen, blieb nur die Zuflucht zur grossen Zahl übrig. Dies galt auch für die Parteifinanzen. Sie waren im wesentlichen auf den obligatorischen Mitgliederbeiträgen aufgebaut und – da diese beim damaligen Lebensstandard der Arbeiter tief angesetzt werden mussten – deshalb nur bei hohem Mitgliederstand für den politischen Kampf ausreichend.

Verglichen mit der Gesamtzahl der Arbeiterschaft Basels ist das immer wieder angestrebte Ziel einer Massenorganisation bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs nie erreicht worden. Als die lokale Parteiorganisation im Januar 1902 in aller Form der reorganisierten Landespartei beitrug, zählte sie rund 500 Mitglieder, d.h. ungefähr ein Viertel der damaligen sozialdemokratischen Wählerstimmen.⁸⁾ Der 1905 voll ausbrechende Klassenkampf und eine im ganzen geschickte Agitation liessen die Mitgliederzahl bis 1908 auf etwa 1000, bis Ende 1912 auf 2200 ansteigen⁹⁾, was mehr als 40% der Wählerstimmen bei den letzten Nationalratswahlen entsprach. Dann erfolgte ein Stillstand; bei Kriegsausbruch zählte die Partei 2265 Mitglieder.¹⁰⁾

Zu diesem Zeitpunkt umfasste der Arbeiterbund offiziell rund 10 000 Mitglieder, de facto schätzungsweise 8000. Es war also *nur jeder vierte gewerkschaftlich Organisierte Mitglied der Partei*, da umgekehrt etwa 200 Parteimitglieder keiner Gewerkschaft angehörten. Zu den schon andernorts erwähnten Hindernissen der organisatorischen Erfassung gesellten sich weitere: die *Konkurrenz* der immer stärker aufkommenden *katholischen Arbeiterbewegung*, die immer bedenklichere Formen annehmende *Teuerung* in den letzten sechs Jahren vor Kriegsausbruch, die viele Sym-

pathisanten aus finanziellen Gründen vor dem Beitritt zur Partei zurückschrecken liess, und die sich im Zeitalter des Hochklassenkampfs verstärkende *Angst vor der Entlassung*. Als *Rekrutierungsfeld* kamen ausser der Arbeiterschaft nur noch die Angestellten und die Intellektuellen in Frage. Um die *Angestelltenschaft* bemühte sich die Partei sehr intensiv, aber nur mit geringem Erfolg, nicht zuletzt wegen der Konkurrenz der Demokratischen Partei. Zwar stellten die eidgenössischen und kantonalen Angestellten einen beträchtlichen Teil der sozialdemokratischen Wählerschaft, und auch mancher Privatangestellte mochte der SP infolge ihres konsequenten Eintretens für die lohnabhängigen Schichten und die Konsumenten die Stimme geben. Den entscheidenden Schritt – die Erwerbung der Parteimitgliedschaft – vollzogen jedoch nur wenige, sei es, dass sie nicht als «Rote» gelten wollten, sei es, dass sie das Klassenkampfvocabular gewisser Parteigrössen abschreckte oder dass sie als «Stehkragenproletarier» bei der eigentlichen Arbeiterschaft auf Misstrauen stiessen. Ähnlich verhielt es sich mit den *Intellektuellen*. Zu Ende der hier behandelten Epoche dürfte die Sozialdemokratie ein knappes Dutzend Lehrer und vereinzelte Advokaten und Ärzte umfasst haben; eine kleine Gruppe von Studenten taucht erst seit etwa 1910 auf.

c) Die Entwicklung der Quartiervereine

Das Anwachsen der Gesamtmitgliederzahl der Partei war identisch mit jenem der Quartiervereine; die übrigen Parteivereine fielen daneben nicht ins Gewicht. Die Anzahl dieser Quartiervereine erfuhr bis 1914 keine Änderung. Der zu Beginn des Jahrhunderts gegründete St. Alban-Quartierverein ging mit dem Austritt seines Präsidenten Rudolf Schweizer aus der Partei bald wieder ein, wurde aber im April 1904 unter dem Namen «Sozialdemokratischer Quartierverein St. Alban und Breite» neu gegründet.¹¹⁾ Der Quartierverein St. Johann machte um die Jahrhundertwende eine Krise durch. Aus seinen Trümmern bildete Wassilieff im Herbst 1901 den *Arbeiterverein St. Johann*.¹²⁾ Dieser wurde zu einer Art von politischer Hausmacht des streitbaren Arbeitersekretärs. Nach dessen Wegzug von Basel nahm er zwar die ursprüngliche Bezeichnung als Quartierverein wieder auf, bildete aber weiterhin *innerhalb der Partei die Linke*, was sich auch darin dokumentierte, dass er als einziger Quartierverein seine Mitgliedschaft beim Arbeiterbund beibehielt. Der noch Ende des 19. Jahrhunderts entstandene Arbeiterverein Kleinhüningen fusionierte 1912 mit dem Horburgquartierverein. Obschon sich die Horburger bemühten, die Interessen des Hafenquartiers zu wahren, erwies sich die Ehe nicht als glücklich.¹³⁾

Zahlenmässig nahmen unter den sieben Quartiervereinen derjenige des Horburg- und jener des Stadtquartiers eine Ausnahmestellung ein. Während die Quartierorganisation der Arbeiterhochburg in Kleinbasel ihre Mitgliederzahl von 150 zu Ende des Jahres 1902 auf über 600 bis zum Kriegsausbruch zu steigern vermochte,¹⁴⁾ blieb der Stadtquartierverein auf knapp zwei Dutzend Mitgliedern stehen.¹⁵⁾ Die übrigen Quartiervereine zählten in den Jahren 1912–14 zwischen 200 und 300 Mitgliedern, mit

Ausnahme der Quartierorganisation St. Alban-Breite, die rund 140 Parteigenossen umfasste. Wie bei den Gewerkschaften war auch bei den Quartiervereinen die Zahl der Mutationen gross.¹⁶⁾

Da Mitgliederverzeichnisse fehlen, lässt sich die *soziale Struktur der Quartiervereine* nicht mehr feststellen. Berufsanalysen bei Neueintretenden¹⁷⁾ weisen auf gewisse quartiermässig bestimmte Unterschiede hin. So fehlt im Quartierverein St. Alban-Breite das intellektuelle Element bis zum Beitritt Gustav Wenks, des nachmaligen Regierungs- und Ständerats, ganz; auch ist hier der Anteil der Tagelöhner, Fabrikarbeiter und Staatsarbeiter besonders gross.¹⁸⁾ Beim Quartierverein Spalen fällt der relativ beträchtliche Anteil der Angestellten, Studenten und Lehrer auf.¹⁹⁾ Unter den rund 80 zwischen Februar und April 1910 dem Quartierverein Horburg neu Beitretenden waren 30 Berufsarbeiter, 20 ungelernte und Fabrikarbeiter, 18 Staatsarbeiter oder -angestellte, 5 Parteiwirte und 4 Selbständige.²⁰⁾ Daraus abzuleiten, dass die sozial gehobene Schicht hier völlig fehlte, wäre abwegig: Nicht wenige der in der Partei führenden Intellektuellen, Beamten, höheren Angestellten und Parteifunktionäre hatten im Quartier Wohnsitz und gehörten eo ipso dem Quartierverein an.

Über die Anzahl der seit 1901 als Passivmitglieder zugelassenen *Ausländer* in den Quartiervereinen besitzen wir keine Unterlagen ausser einem Hinweis des Horburgquartiervereins von 1909, dass ein Achtel seiner Mitglieder ausländischer Herkunft sei,²¹⁾ und einer Angabe des Quartiervereins Spalen, wonach er 1910 20% Ausländer umfasste.²²⁾ Eine Rolle haben die vornehmlich deutschen Genossen in den Quartierorganisationen nie zu spielen vermocht.

Der Versammlungsbesuch liess allgemein zu wünschen übrig, in den Protokollen tauchen immer wieder entsprechende Klagen der Vereinspräsidenten auf. Nur Generalversammlungen oder ein besonders bekannter Referent mit einem aktuellen Thema konnten die Mitglieder mobilisieren. Fand sich ausnahmsweise ein Viertel aller eingeschriebenen Mitglieder ein, so wurde dies bereits als grosser Erfolg gefeiert; im Durchschnitt nahm nur ein Sechstel der Mitglieder an den gewöhnlichen Sitzungen teil. Nicht selten mussten die wenigen Treuen unverrichteter Dinge wieder den Heimweg antreten, wenn der Vorstand die Mehrheit der Anwesenden stellte. Das war umso verwunderlicher, als das alte Übel des Zusammenfalls von mehreren Parteianlässen beseitigt war, seitdem der Dienstag als «Parteitag» galt. Bedenklich stand es weiterhin mit der Pünktlichkeit: Nicht selten konnten Versammlungen, deren Beginn auf 20¹⁵ festgesetzt war, erst um 20⁴⁵ eröffnet werden. Es war ein schwacher Trost, dass die Dinge bei den Gewerkschaften im allgemeinen noch schlechter standen.

Die *Hauptaufgabe* der Quartiervereine bestand in der *Agitation* und in der Vorbereitung und Durchführung von Wahlen und Abstimmungen; darüber wird an anderer Stelle die Rede sein. Im übrigen kam ihnen beträchtliche Bedeutung für das *sozialpolitische Bildungswesen* zu, obschon die Statuten diese Aufgabe vor allem den Grütlivereinen und Allgemeinen Arbeitervereinen zuwiesen. Verfügt die Quartiervereine über eigene qualifizierte Kräfte, wie etwa der Horburgquartierverein mit seiner

Ansammlung von Parteigrössen oder der Spalenquartierverein, dem der Advokat Dr. Knörr und der Adjunkt des Statistischen Amtes Hans Joneli angehörten, so war auf Jahre für ein ansprechendes Niveau der Versammlungen gesorgt. War dies nicht der Fall, so musste man sich mit Referenten aus andern Stadtteilen oder von auswärts behelfen. Was hier Sachkenner an Informations- und Bildungsarbeit geleistet haben, lässt sich kaum überbewerten. Umso bedenklicher war es, dass nicht nur die Unorganisierten davon ausgeschlossen waren, sondern dass auch die Mehrzahl der Parteigenossen zu bequem waren, den kurzen Weg zum Parteilokal unter die Füsse zu nehmen, wenn ihnen kein unmittelbarer Nutzen daraus erwuchs.

d) Der Grütliverein im Niedergang

Seit der Reorganisation von 1901 gehörten die beiden Basler Grütlivereine der Sozialdemokratie auch organisatorisch an. Von den Quartiervereinen wegen deren geringeren Mitgliederbeiträgen stark konkurrenziert und auch in der politischen Tätigkeit in den Schatten gestellt, wurden sie immer mehr zur *Quantité négligeable*.^{22a)} Während die Grossbasler Sektion ihre Mitgliederzahl von 110 im Jahre 1900 bis 1908 leicht zu vermehren vermochte, sank jene des Kleinbasler Schwestervereins im selben Zeitraum von 30 auf 19 ab.²³⁾ Schliesslich gehörten der Sektion fast nur noch langjährige Mitglieder der Kranken- und Sterbekasse an. 1909 löste sich die Grossbasler Sektion aus nicht mehr genau zu bestimmenden Gründen auf.²⁴⁾ Eine offenbar mit diesem Beschluss nicht einverständene Minderheit gründete noch im selben Jahr – unter Einbezug der Trümmer der Kleinbasler Sektion – den Verein neu unter dem Namen «Grütliverein Basel». Er zählte in den letzten Vorkriegsjahren rund 100 Mitglieder.²⁵⁾ Die führenden Männer der Jahrhundertwende scheinen ihm nicht mehr angehört zu haben.²⁶⁾

Die alte Tradition, dass Männer, die in der Sozialdemokratie eine Rolle zu spielen gewillt waren, der Partei über die Grütlisektion Grossbasel beitraten, hatte auch in den ersten Jahren des neuen Jahrhunderts noch Geltung.²⁷⁾ Zwischen 1900 und 1906 nennen die Protokolle als Neueintretende unter andern Dr. Wassilieff, Dr. Hans Müller, Hans Frei, Eduard Forster, Bernhard Jaeggi, Arnold Jeggli, Rudolf Bolliger, Emil Düby, Dr. Knörr, Anton Rimathé und August Strub. Auch die Gebrüder Blocher waren Grütlianer. Zusammen mit den alten Kämpen der achtziger und neunziger Jahre umfasste der Grütliverein damit die gesamte Parteielite.²⁸⁾ Die Überlastung der in Partei, Arbeiterbund und Genossenschaftsbehörden führenden Grütlianer war aber weiterhin derart, dass für den Stammverein nur noch wenig Lust und Zeit übrig blieb. Da ihn die ausländischen Genossen mieden, bildete er, neben der Grossratsfraktion, den Ort, wo man sich unter Schweizern finden und den ausländischen und gewerkschaftlichen Angriffen auf die Parteiführung gegenüber eine eigene Kampfstrategie aufbauen konnte. Die intime Vereinsatmosphäre bot im übrigen die Möglichkeit, Konflikte zwischen Parteigenossen in persönlicher Aussprache beizulegen.²⁹⁾

Als Hauptaufgabe wiesen die Parteistatuten von 1901 den Grütlivereinen die *sozialpolitische Bildung* der Parteigenossen zu. Im Gegensatz zur Kleinbasler Sektion ist der Grütliverein Grossbasel dieser Pflicht weitgehend nachgekommen. Einen letzten Höhepunkt erreichte das geistige Leben im Verein unter der Führung von Dr. Hans Müller im Jahre 1902. Die interne Parteikrise der folgenden Jahre, das allmähliche Eingehen der Nebenorganisationen, die immer neuen Schwierigkeiten mit dem Grütliheim, die 1908 zu dessen Liquidation führten, schliesslich der Wegzug des tüchtigen letzten Präsidenten Rudolf mögen zur Auflösung der Sektion beigetragen haben.³⁰⁾ Entscheidend dürfte aber gewesen sein, dass den Grütlivereinen *keine selbstständige politische Aufgabe mehr* verblieb.³¹⁾ Die Zeit, da sie die Politik der «Arbeiterpartei» bestimmt hatten, war endgültig vorbei. Die wichtigen Entscheide fielen jetzt in den Parteiorganisationen im engeren Sinn – weitgehend durch Grütlianer! Der 1909 neuentstandene Grütliverein hat bis 1914 politisch in der Sozialdemokratie keine Rolle mehr gespielt.

1844 als nationaler Handwerkerbildungsverein gegründet, hat sich der Grütliverein Basel unter dem Einfluss Wilhelm Kleins früh zu einem Vortrupp der demokratischen Bewegung entwickelt. Als die soziale Frage in den Vordergrund trat, griff er sie auf, ohne seiner bisherigen nationalen und demokratischen Tradition untreu zu werden. Lange zwischen dem Linksfreisinn und der Sozialdemokratie schwankend, wurde er schliesslich durch Eugen Wullschleger der modernen Arbeiterbewegung zugeführt und bildete fortan deren rechten Flügel, wobei er für die politische, schweizerische und evolutionäre Lösung der Arbeiterfrage eintrat. 1901 Parteiorganisation geworden, machte er in den folgenden Jahren den *Radikalisierungsprozess* mit. Im Kampfjahr par excellence, 1905, nahm er erstmals nicht mehr am St. Jakobsfest teil; jetzt wurden auch im friedlichen Grütliheim die Klassenkampfparolen verkündet.³²⁾ Mochte diese Wandlung auch durch das Verhalten des Rechtsbürgertums provoziert sein, so war der Grütliverein doch seiner traditionellen Politik der Versöhnung untreu geworden und verlor damit jeden Anspruch auf selbständige Existenz. Erst in der unmittelbaren Nachkriegszeit fand er zu einer eigenen, seinen alten Traditionen gemässen Politik zurück, sollte damit aber wenig Erfolg haben. Dass er jedoch in den Zeiten des heftigsten Klassenkampfes und des aufkommenden Antimilitarismus an der Landesverteidigung festhielt,³³⁾ beweist, dass in ihm *das alte nationale Erbe* noch weiterlebte. Als der Krieg ausbrach, stand die aus dem Grütliverein hervorgegangene sozialdemokratische Führerschaft auf dem gemeinsamen nationalen Boden.

e) Der Deutsche Arbeiterverein

Der älteste Arbeiterverein Basels, seit Jahrzehnten eine Bastion der Sozialdemokratie, blieb auch im neuen Jahrhundert ein *Mittelpunkt sozialistischer Gesinnung*. Mit 200–300 Mitgliedern³⁴⁾ etwa gleich stark wie die Mehrzahl der Quartiervereine, zählte er *zahlreiche Nichtdeutsche* zu seinen treuesten Anhängern. So gehörten ihm

1905 45 Schweizer, 25 Österreicher und Ungarn, 23 Dänen und 6 Russen an.³⁵⁾ Wie *organisationsbewusst* die Mitglieder, fast ausschliesslich qualifizierte Arbeiter aus Industrie und Gewerbe, waren, geht aus einer Statistik des Jahres 1907 hervor. Danach gehörten rund 90% einer Gewerkschaft an, und fast alle Verheirateten waren Mitglieder der lokalen Konsumgenossenschaft.³⁶⁾

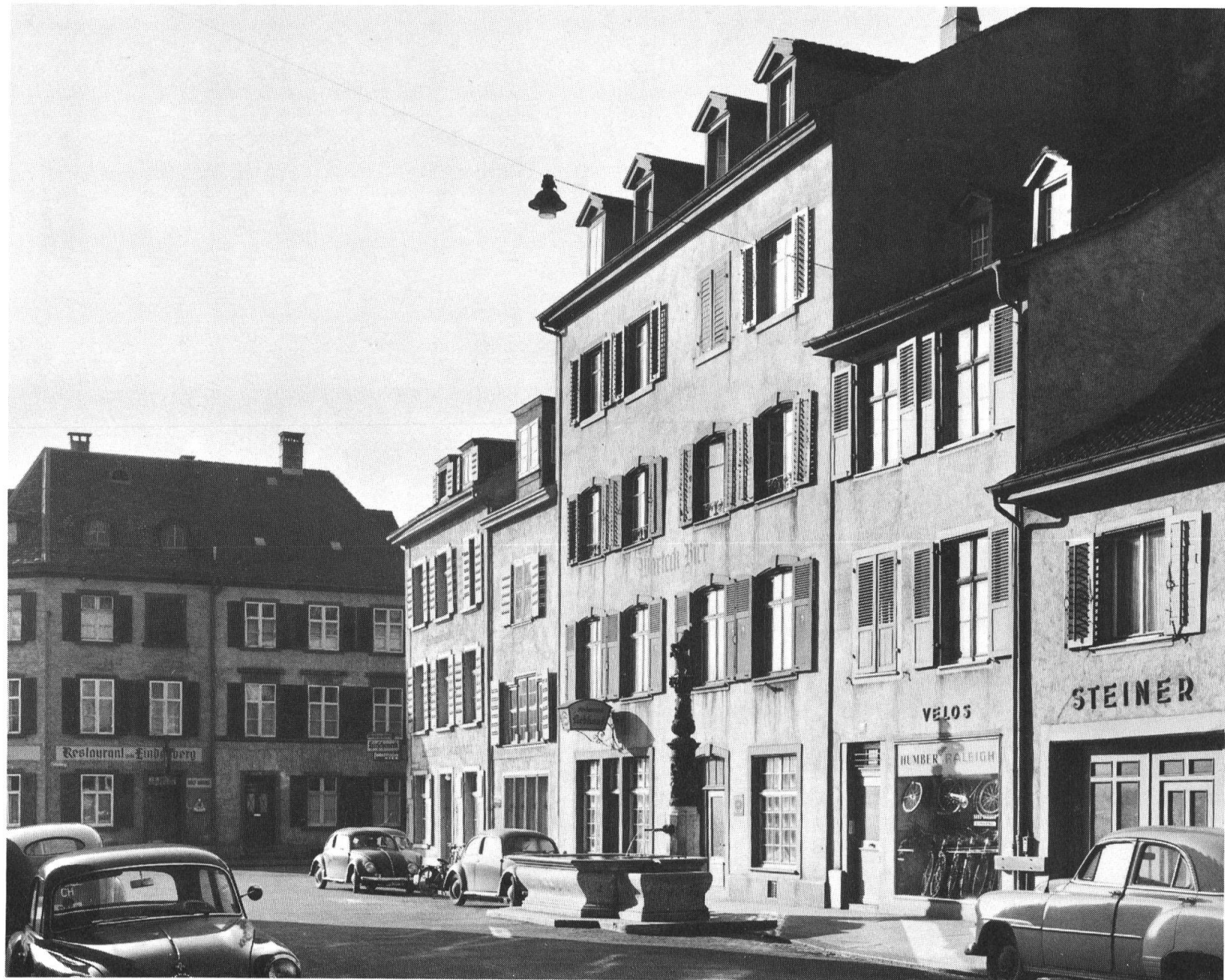
Hauptanziehungspunkte blieben weiterhin die Speiseassoziation und das rege geistige Leben des Vereins. Seit 1898 besass er ein *eigenes Heim*, das «Rebhaus» an der Riehentorstrasse. Im Parterre wurde eine Restauration in Regie betrieben, im ersten Stock befanden sich der Lesesaal und das zugleich als Versammlungssaal benützte Lokal der Speiseassoziation.³⁷⁾ Hier wurde nicht nur für das leibliche Wohl der Mitglieder gesorgt, sondern auch heftig debattiert. Besondere Berühmtheit erlangte die «Fensterkommission», ein spontan entstandener Diskutierklub, dem unter andern Friedrich Heeb, der nachmalige Redaktor des Zürcher «Volksrechts» und Historiograph der schweizerischen Gewerkschaftsbewegung, und der blutjunge spätere Führer der Basler Sozialdemokratie Friedrich Schneider angehörten.³⁸⁾ Dieser hat später bezeugt, dass er die entscheidenden Bildungsanregungen im «Rebhaus» empfangen habe. Die zahlreichen Referate, die von deutschen und einheimischen Parteigrößen³⁹⁾ gehalten wurden, fanden hier ein kritisches und leidenschaftlich interessiertes Publikum, ganz im Gegensatz zu jenem der schweizerischen Parteivereine.

Ideologisch stand der Deutsche Arbeiterverein auf dem *linken Flügel der Basler Arbeiterbewegung*. Das Schlagwort vom Massenstreik war Trumpf, der Revisionismus der deutschen Parteiführung wurde abgelehnt, umso mehr Verehrung genossen die Vertreter der radikalen Richtung, Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht.⁴⁰⁾ Nicht wenige der besten Köpfe kamen geistig vom Anarchismus her, und die Debatten über die richtige Lehre nahmen kein Ende. Einig war man sich im grundsätzlichen *Miss-trauen gegenüber der politischen Arbeiterbewegung*, den Basler Parteiführern warf man zudem Revisionismus und Opportunismus vor. Das hinderte den Verein allerdings nicht, 1912 der SP beizutreten. Besonders schlecht war man auf das Parteiorgan zu sprechen, dem man Mangel an Niveau und Kampfgeist vorwarf. Anstoss erregte zudem die Veröffentlichung des Kirchenzettels, was 1902 sogar zu einem zeitweiligen Boykott des Blattes führte.⁴¹⁾ Dagegen trat der Verein 1904 wieder dem Arbeiterbund bei, nachdem sich dieser unter dem Einfluss Wassilieffs radikalisiert hatte.⁴²⁾

Höhepunkte des Vereinslebens bildeten das vom Landesverband veranstaltete internationale Treffen vom August 1902 im Kasernenhof,⁴³⁾ die festliche Einweihung des Herwegh-Denkmals in Liestal im Jahre 1904 und die Feier des 75jährigen Jubiläums im Jahre 1907.

Die *agitatorische Tätigkeit in der elsässischen und badischen Nachbarschaft*, vor allem bei Reichstagswahlen, fand ihre Fortsetzung und hatte nachweisbare Wirkung.⁴⁴⁾

Als der *Krieg* ausbrach, teilte die Mehrzahl der Mitglieder die Begeisterung der übrigen Deutschen in Basel. Die meisten wurden unter die Waffen gerufen; unter jenen, die nach Kriegsende zurückkehrten, fanden viele den Rückweg zur Sozial-



Das «Rebhaus», Riehentorstrasse 11. Seit 1898 im Besitz des Deutschen Arbeitervereins

demokratie nicht mehr. Der Verein hat diesen Schlag nicht zu überwinden vermocht; *Anfang der zwanziger Jahre ging er ein.*⁴⁵⁾ Dieses unrühmliche Ende spiegelt die *schicksalshafte Tragik* der internationalen sozialistischen Bewegung wider, die am überbordenden Nationalismus zerbrach. In den breiten Schichten der schweizerischen Arbeiterbevölkerung hat der traditionsreichste und rührigste aller Basler Arbeitervereine nie viel Sympathie besessen, verband sich doch in ihnen das Misstrauen gegen alles Fremde oft genug mit dem Neid gegenüber den beruflich erfolgreicherem und besser gebildeten deutschen Arbeitern.

f) Die übrigen Parteivereine

Die Statuten von 1901 sahen als Basiselemente der Partei neben den Quartiervereinen auch allgemeine, d.h. nichtgewerkschaftliche Arbeitervereine vor; sie gewährten ihnen weitgehende Autonomie. Solche Vereinigungen gab es in Basel bis 1914 in beträchtlicher Zahl, doch fehlen für die meisten unter ihnen alle quellenmässigen Unterlagen. Fast ausnahmslos Mitglieder des Arbeiterbunds, standen sie mit wenigen Ausnahmen in einem so losen Verhältnis zur Partei, dass sie dieser nur mit Vorbehalt zugezählt werden dürfen.

Der *sozialdemokratische Club «Vorwärts»* vermochte zwar dank seiner aktivsten Mitglieder Jeck und Nesselbosch weiterhin ein relativ bedeutendes geistiges Niveau zu halten, blieb aber auf dem winzigen Mitgliederbestand der Jahrhundertwende stehen.⁴⁶⁾ In der Partei gering geachtet, wurde er zum Parteigänger Wassilieffs, dessen Atheismus bei den führenden Mitgliedern Anklang fand. In den neuen Statuten des Jahres 1905 stellte sich der Verein ausdrücklich auf den Boden des Marxismus und des Klassenkampfs und machte es sich zur Aufgabe, die reformistische Richtung innerhalb der Partei zu bekämpfen.⁴⁷⁾ Er kam aber nicht mehr dazu. Nach dem Tod des Parteiveteranen Baumann und Wassilieffs Wegzug löste er sich Ende des Jahres auf.⁴⁸⁾

Dem um die Jahrhundertwende gegründeten⁴⁹⁾ *sozialdemokratischen Arbeiterabstinentenverein* schlug aus Parteikreisen zunächst unverhohlenes Misstrauen entgegen.⁵⁰⁾ Das änderte sich, als ihm nach und nach bedeutende Parteimitglieder beitraten, darunter die Akademiker Gebrüder Blocher und Dr. Walter Strub – und erst recht, als das 1905 eröffnete Johanniterheim unter Führung von Heinrich Gass zum vorläufigen Ersatz für das vergeblich geforderte Volkshaus wurde.⁵¹⁾ Innerhalb der Partei war vor allem Dr. Hermann Blocher ein unbequemer Warner gegen die Trinksitten der Arbeiterschaft; im Arbeiterbund unterstützte ihn in diesem Kampf der ebenfalls abstinente Arbeitersekretär Dr. Wassilieff. Wenn der Alkoholkonsum bei der organisierten Arbeiterschaft allmählich zurückging und konsumationsfreie Sitzungen schliesslich zur Norm wurden, so war das ausschliesslich das Verdienst von Männern, die ihre sozialdemokratische Überzeugungstreue mit jener der unbedingten Abstinenz zu vereinigen wussten.

Die 1894 gegründete *Vereinigung italienischer Sozialisten* war auch 1914 noch intakt, eine wahrscheinlich kurz vor der Jahrhundertwende entstandene entsprechende Organisation der Tessiner hörte nach wenigen Jahren zu bestehen auf.

Die Allgemeinen Arbeitervereine Kleinhüningen und St. Johann gingen schliesslich in den Quartierorganisationen der Partei auf.

Ein die Quartierorganisationen konkurrenzierender, kurz vor 1907 entstandener Arbeiterverein Kleinbasel versuchte vergeblich, sich der Partei und dem Arbeiterbund anzuschliessen.⁵²⁾ 1909 ging er sang- und klanglos ein.⁵³⁾

Dagegen vermochte sich der 1902 auf Initiative Wassilieffs gegründete *Arbeiterverein Riehen* bei kleinem Bestand zu halten.⁵⁴⁾ Durch die Person von Grossrat August Strub war er eng mit der Partei verbunden.

In den letzten Vorkriegsjahren taucht ein Verein russischer Sozialisten – wahrscheinlich eine Emigrantenorganisation – auf. Er wurde von den Quartiervereinen finanziell unterstützt, trat aber nicht an die Öffentlichkeit.⁵⁵⁾

g) Die Frauenorganisationen

Um die Jahrhundertwende war erst ein *geringer Teil der weiblichen Arbeiterschaft Basels* in den beiden Arbeiterinnenvereinen *organisiert*. Die intensiven Bemühungen des Arbeitersekretärs, die Fabrikarbeiterinnen besser zu erfassen und auch andere Berufskategorien zu gewinnen, blieben zunächst ohne Erfolg.⁵⁶⁾ Auch dieser gewiegte Agitator stiess an die *Grenzen, die der Organisierbarkeit der Frauen* in der Vorkriegszeit gesetzt waren. Als schweres Hindernis erwies sich der grosse Anteil der Jugendlichen unter den Fabrikarbeiterinnen Basels, da dieser Alterskategorie die Einsicht in die Notwendigkeit der Solidarität fehlte. Ebenso ungünstig wirkte sich der grosse Prozentsatz der ungelernten Arbeiterinnen aus, war damals doch die Überzeugung noch vorherrschend, dass es sich für Mädchen im Hinblick auf ihre wahrscheinliche Verheiratung nicht lohne, eine eigentliche Lehrzeit durchzumachen. Der Umstand, dass die Arbeit der jungen Arbeiterin und Angestellten nur als Übergangsstadium erschien, beeinträchtigte die Organisierbarkeit stark, umsomehr als für die Proletarierin eine gewisse, wenn auch schwache Möglichkeit bestand, durch die Verheiratung in eine höhere soziale Schicht aufzusteigen. Diese Chance verspielte sie aber, wenn sie sich ihren nicht dem Arbeiterstand angehörenden männlichen Freunden als Gewerkschafterin zu erkennen gab. Dazu kam, dass die Mädchen zu jener Zeit fast allgemein dazu erzogen wurden, sich ausschliesslich um die Familie zu kümmern. Die Überzeugung herrschte auch in Arbeiterkreisen vor, es sei den geselligen Bedürfnissen ihrer Töchter mit dem Beitritt zu einem Gesangsverein Genüge getan. Geistige Bedürfnisse der jugendlichen und der verheirateten Arbeiterin wurden in den seltensten Fällen anerkannt. Eine weitere Erschwerung der Organisierbarkeit der Frauen stellte deren meist geringe Entlohnung dar, wozu noch die bei den Arbeiterinnen damals übliche strenge Überwachung der Ausgaben durch die Eltern oder Ehemänner

trat, ganz abgesehen davon, dass der Versammlungsbesuch bei den damals vorherrschenden Arbeitszeiten nicht nur für die erwerbstätigen Mütter, sondern auch für deren Töchter wegen der häuslichen Pflichten oft fast zur Unmöglichkeit wurde.⁵⁷⁾ In Basel mochten das Klassenkampfvocabular und der Atheismus, mit welchen Wassilief auch vor weiblicher Zuhörerschaft nicht zurückhielt, schliesslich auch jene stutzig machen, die grundsätzlich bereit gewesen wären, sich einer – gewerkschaftlichen oder politischen – Arbeiterinnenorganisation anzuschliessen. Wenn die *beiden Arbeiterinnenvereine* 1904 mit je 80 eingeschriebenen Mitgliedern einen bisher noch nie erreichten Stand aufwiesen⁵⁸⁾, so war das Missverhältnis der organisierten gegenüber den nichtorganisierten Arbeiterinnen doch in die Augen springend.

Die folgenden Jahre brachten dem Stauffacherinnenverein einen ständigen Mitgliederückgang, dem Arbeiterinnenverein Stillstand.⁵⁹⁾ Hauptursache war *die Reorganisation des Verbands schweizerischer Arbeiterinnenvereine im Jahr 1905*. Danach sollten Berufsarbeiterinnen, für deren Berufe spezielle schweizerische, auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung fussende Berufsverbände bestanden, in erster Linie der Organisation ihrer Berufskollegen beitreten, während der Arbeiterinnenverband die berufslosen Arbeiterfrauen und Angehörige solcher Berufe organisieren wollte, die von der Gewerkschaftsbewegung noch nicht ergriffen waren.⁶⁰⁾ Damit wurde der Tatsache Rechnung getragen, dass nun, zum Teil infolge des Einflusses der Arbeiterinnenvereine selbst, die allgemeine Gewerkschaftsbewegung den Frauen in höherem Masse zugänglich war als zur Zeit der Entstehung der Arbeiterinnenvereine.

Unerquicklich waren die *finanziellen Verhältnisse* der beiden Basler Arbeiterinnenorganisationen. Den ausschliesslich aus Mitgliederbeiträgen resultierenden Einnahmen standen bedeutende Pflichtbeiträge an den Verband und dessen Organ, an den Arbeiterbund Basel und an den 1900 gegründeten Bund Schweizerischer Frauenvereine gegenüber, dem sich der Arbeiterinnenverein während einiger Jahre angeschlossen hatte.⁶¹⁾ Umso höher muss die *Solidarität* der beiden Organisationen im Arbeitskampf bewertet werden, die sich in Beiträgen an in- und ausländische Streikende manifestierte.⁶²⁾ Auch liess es der Arbeiterinnenverein nicht an gelegentlichen Zuschüssen an die kantonale Parteikasse fehlen, die zwar in bescheidenem Rahmen blieben, aber doch dazu beitrugen, aus der Wahlpropaganda entstandene Defizite zu decken.⁶³⁾

Wie gross der Opfermut der organisierten Arbeiterinnen Basels auch war, wenn es sich um unauffällige Hilfsaktionen handelte, so *scheuten* doch viele Vereinsmitglieder vor *öffentlichen Aktionen* zurück. Zwar lässt sich die Teilnahme der beiden Vereine etwa an den grossen Kundgebungen des Jahres 1906 – der Feier zur Ehrung der Opfer während der russischen Revolution, der 1. Mai- und der «roten» St. Jakobfeier – nachweisen.⁶⁴⁾ Doch konnte sich immer nur eine kleine Zahl von Getreuen zum Mitmarschieren und Demonstrieren entschliessen; die Mehrzahl der Mitglieder wagte nicht, öffentlich Farbe zu bekennen.⁶⁵⁾

Die nachhaltigste Leistung dürften die beiden Arbeiterinnenvereine wohl auf dem

Gebiete des *Bildungswesens* erbracht haben. Waren die Vorträge in den ersten Vereinsjahren noch vorwiegend von Männern gehalten worden, so kamen jetzt ebenso häufig Frauen zum Zug. Die Unermüdlichste und zugleich Kompetenteste von allen war *Marie Tabitha Schaffner*, Mitglied des Stauffacherinnenvereins und erste weibliche Angestellte des Gewerbeinspektorats. Mit Quellen aus erster Hand ausgestattet, war sie bei allen sozialpolitischen Fragen in der Lage, aus dem vollen zu schöpfen. Ohne angeborenes Rednertalent – die ersten Referate las sie vom Manuskript,⁶⁶⁾ – wurde sie im Laufe der Jahre immer selbstsicherer und hat schliesslich einer ganzen Generation von Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen grundlegende Kenntnisse in allen Problemen der Frauenarbeit vermittelt. Im ganzen erfreuten sich spezifisch weibliche Themastellungen grösseren Interesses als allgemein bildende Referate oder solche, die der Arbeiterbewegung ohne Unterschied des Geschlechtes gewidmet waren. Unter diesen fanden jene das grösste Echo, die den fraulichen Alltag einbezogen. Der Lokalhistoriker Grossrat Joneli hatte mit seinem Referat über die Teuerung wesentlich mehr Erfolg als mit Plaudereien über das alte Basel.⁶⁷⁾ Leider fehlt uns ein Katalog der Bibliotheken der beiden Arbeiterinnenvereine. Es ist jedoch anzunehmen, dass die geistig regsamsten unter den organisierten Arbeiterinnen Basels zu denselben Büchern gegriffen haben, die von der «Vorkämpferin» als *wichtigste Lektüre* der Verbandsmitglieder erwähnt werden. Sie sind so gut wie ausschliesslich deutschen Ursprungs. Dazu gehörten vor allem Bebels Standardwerk «Die Frau und der Sozialismus», Lily Brauns «Frauenfrage» und «Memoiren einer Sozialistin», Adelheid Poppes «Jugendgeschichte einer Arbeiterin» und Otto Rühles Buch «Das proletarische Kind». Aber auch Helene Langes bekanntes Werk «Die Frauenbewegung in ihren modernen Problemen» und Clara Zetkins Abhandlung «Zur Frage des Frauenwahlrechts» dürften oft gelesen worden sein.⁶⁸⁾ Noch aber ergriffen die meisten Mitglieder an den Sitzungen selten das Wort.⁶⁹⁾ Es bedurfte jahrelanger Aufklärungsarbeit, bis die Arbeiterinnen imstande waren, die *anerzogene Zurückhaltung zu überwinden* und sich jene Kenntnisse in sozialpolitischen Fragen zu erwerben, die ihnen erlaubten, selbständig in die Diskussion einzugreifen.

Nach den Beschlüssen des Gesamtverbands war die Zweigleisigkeit in der Basler Arbeiterinnenbewegung sinnlos geworden. 1910 nahm die seit 1905 schwelende Krise akute Formen an. Einer von männlicher Seite im Arbeiterbund angeregten Fusion standen persönliche Reibereien entgegen.⁷⁰⁾ Als Basel im Sommer 1911 aber zum neuen Verbandsvorort mit Amtsübernahme auf den 1. Januar 1912 bestimmt wurde,⁷¹⁾ war der organisatorische Zusammenschluss bei der geringen Auswahl an fähigen Vereinsmitgliedern nicht mehr zu umgehen. Am 29. Januar 1912 wurde die *Fusion unter dem Namen «Sozialdemokratischer Arbeiterinnenverein» vollzogen*. Erste Präsidentin wurde Frau Vögelin, die schon an der Wiege der Basler Arbeiterinnenbewegung gestanden war. Als Verbandspräsidentin wurde *Frau Schmid*, das prominenteste Mitglied des Stauffacherinnenvereins, gewählt, deren Vater in Uster zur Zeit der Ersten Internationale dem Grütliverein und der Giessergewerkschaft vorge-

standen war, und die vor ihrer Heirat mit einem Steinhauer als Textilarbeiterin das Los der Schlechtestgestellten im Lande kennen gelernt hatte. Neben Marie Wahlen, Tabitha Schaffner, Frau Vögelin, Frau Arnold und Frau Dändliker gehörte die Ostschweizerin, die sich in den neunziger Jahren in Bern unter dem Einfluss Wassilieffs zur überzeugten Marxistin und Atheistin entwickelt hatte, zu den führenden Sozialistinnen im Basel der Vorkriegszeit.⁷²⁾

Nachdem der Parteitag der SPS im Dezember 1911 eine Neuorganisierung der Partei beschlossen hatte, fasste auch der Basler Delegiertentag des Arbeiterinnenverbandes vom Frühjahr 1912 einen entsprechenden Beschluss. Die Sektionen wurden angehalten, über ihre Lokalorganisationen der SPS beizutreten.⁷³⁾ Im Juni 1912 wurde auch im Basler Verein der *Anschluss an die Partei* beschlossen.⁷⁴⁾

In den letzten Vorkriegsjahren scheint der sozialdemokratische Arbeiterinnenverein einen neuen Aufschwung genommen zu haben, ohne allerdings wesentlich über eine Mitgliederzahl von 100 hinauszugelangen. Den *Höhepunkt der Basler Arbeiterinnenbewegung* stellte die vom Verband einen Tag *nach dem internationalen sozialistischen Friedenskongress* veranstaltete *Frauenkundgebung* dar. Hatte sich der Basler Sozialdemokratie auf dem Münsterplatz Gelegenheit geboten, Ansprachen der namhaftesten Parteiführer ganz Europas anzuhören, so sprachen nun die berühmtesten europäischen Sozialistinnen im überfüllten Bernoullianumssaal vor einem weiblichen Auditorium, in dem sich nicht wenige Vertreterinnen der bürgerlichen Frauenbewegung befanden.⁷⁵⁾ Auffällig ist, dass seit 1912 die Gattinnen führender Parteimitglieder dem nun eindeutig Farbe bekennenden Verein in grosser Zahl beitraten.⁷⁶⁾ Dadurch nahm die Zahl der *Hausfrauen* immer mehr überhand, nachdem sie schon bisher ungefähr die Hälfte der Vereinsmitglieder ausgemacht hatten.

Im Jahre 1907 trat in Stuttgart der erste internationale sozialistische Frauenkongress zusammen. Anlässlich einer neuen Tagung im Jahre 1910 wurde die jährliche Abhaltung eines internationalen Frauentags beschlossen. In allen Ländern sollte dieser Tag als Demonstration für die Gleichberechtigung der Frau durchgeführt werden.⁷⁷⁾ Der erste *sozialdemokratische Frauentag* fand am 19. März 1911 in Basel statt. 250 Anwesende, vornehmlich Frauen, applaudierten im Grossratssaal begeistert dem Referat der Hauptreferentin, Verena Conzett aus Zürich. In den folgenden Jahren fanden sich unter dem Publikum immer mehr Frauen aus bürgerlichen Kreisen ein.⁷⁸⁾

Was der sozialdemokratischen Arbeiterinnenbewegung der Vorkriegszeit das Gepräge gab, ist der Umstand, dass sie fast ausschliesslich von Einheimischen und vorwiegend von ehemaligen Arbeiterinnen getragen wurde. Die reservierte, wenn nicht feindliche Einstellung der Universität gegenüber dem Frauenstudium hatte zur Folge, dass kombattante sozialistische Studentinnen und Akademikerinnen die in dieser Hinsicht aufgeschlosseneren Städte Zürich und Bern als Studien- und Aufenthaltsort vorzogen. Das für deren Arbeiterinnenorganisationen so bezeichnende *akademische Element fehlte* der Basler Bewegung vollständig. So blieb ihr denn auch eine Ausstrahlung über den lokalen Kreis versagt.

h) Die sozialdemokratische Jugendorganisation

Wie in andern Schweizer Städten entstand auch in Basel bereits in den neunziger Jahren eine sich zur Sozialdemokratie bekennende Jugendorganisation. So lässt sich für die Jahre 1896/97 eine «Jungmannschaft Vorwärts» nachweisen, die bald nach der Entstehung den Namen «Verein junger Arbeiter» annahm und Mitglieder bis zum vollendeten 28. Altersjahr umfasste. Engere Beziehungen zur Partei scheinen nicht bestanden zu haben. Noch vor der Jahrhundertwende muss der Verein sich aufgelöst haben.⁷⁹⁾

Eine tragfähige sozialdemokratische Jugendbewegung auf gesamtschweizerischem Boden entstand erst in der unmittelbaren Vorkriegszeit. Ausgangspunkt war der 1900 von Pfarrer Pflüger gegründete «Jungburschenverein Aussersihl». Nachdem auch in andern Ortschaften ähnliche Organisationen entstanden waren, wurde Ende 1906 ein *schweizerischer Verband* gegründet. Diesem oblag vor allem die Herausgabe des Verbandsorgans, das nacheinander die Namen «Skorpion», «Der Jungbursche» und «Freie Jugend» trug. Führende Köpfe waren der nachmalige Basler Arbeitersekretär Max Bock und der später in der äussersten Linken eine Rolle spielende Willy Münzenberg.⁸⁰⁾

Als 18. Verbandssektion wurde am 23. April 1910 der *Jungburschenverein Basel gegründet*. Er umfasste Jugendliche zwischen 18 und 25 Jahren, die sehr tiefe Monatsbeiträge zu zahlen hatten.⁸¹⁾ Unter den Präsidenten der Vorkriegszeit haben Gustav Wenk und Emil Arnold später führende Positionen in der Basler Arbeiterbewegung eingenommen, jener als Sozialdemokrat, dieser als Kommunist. 1912 trat auch eine *Mädchensektion* ins Leben; sie wurde bis 1914 von der Tochter des langjährigen Arbeiterbund-Kassiers Anthony präsidiert.⁸²⁾ Eine interne Krise zu Beginn des Jahres 1913 stellte die Existenz des ohnehin nur ein paar Dutzend Mitglieder umfassenden Vereins in Frage. Nach ihrer Überwindung nahm er unter dem neuen Namen «*Sozialdemokratische Jugendorganisation*» einen ungeahnten Aufschwung.⁸³⁾

Dem Aufbau einer Partei-Jugendsektion standen *zahlreiche Hindernisse* entgegen, obschon zu jener Zeit weder Sport noch Vergnügungsindustrie die Jugendlichen im gleichen Masse organisationsscheu machten wie heute. Die gerade damals aufkommende Pfadfinderbewegung, die kirchlichen, bürgerlichen und neutralen Jugendorganisationen bildeten eine übermächtige Konkurrenz. Den Söhnen und Töchtern der weder einer Gewerkschaft, noch der Partei angehörenden untersten Arbeiterschichten wurde vom Vater die Abneigung gegen alle Organisationen eingepflegt. Aber auch bei den Parteigenossen begegnete die Jugendorganisation zunächst unverhohlenen Misstrauen, weil man – nicht zu Unrecht – befürchtete, sie könne dem Radikalismus verfallen und damit der Partei Schwierigkeiten schaffen. Da ein grosser Teil der Mitglieder noch im Lehrlingsalter stand, fehlten auch die finanziellen Grundlagen einer erspriesslichen Tätigkeit.

Das *plötzliche Aufblühen* der Organisation in der unmittelbaren Vorkriegszeit

dürfte einerseits das Verdienst des ehemaligen Verbandspräsidenten Max Bock gewesen sein, der ihr im Arbeiterbund und in den Gewerkschaften Freunde und finanzielle Unterstützung gewann, anderseits eine Folge der Bemühungen von Lehrern und Studenten wie Gustav Wenk und Simon Brin, der Parteiführung klarzumachen, dass hier Nachwuchs für die Bewegung herangezogen werden könne. Der Erfolg der unermüdlichen Aufklärung blieb nicht aus: Ende 1913 zählte die männliche Sektion 160, die weibliche 15 Mitglieder. 200 ältere Genossen unterstützten die Bewegung als Passivmitglieder finanziell; der Kollektivmitgliedschaft mehrerer Gewerkschaften und Parteivereine kam dieselbe Wirkung zu.

War die Jugendorganisation schon 1912 unentgeltlich und mit Vertretungsrecht in den Arbeiterbund und dessen Bildungsinstitution aufgenommen worden, so blieb zunächst das *Verhältnis zur Partei* noch ungeklärt. Erst kurz vor Kriegsausbruch liess sich auf Grund von sechs Thesen des Agitationsleiters Jakob Herzog ein Modus vivendi finden. Er ordnete die Jugendorganisation der Partei unter, wurden doch deren Beschlüsse als bindend anerkannt und der Parteiführung ein Kontrollrecht zugestanden. Anderseits verpflichtete sich die Partei, die JO moralisch und finanziell zu unterstützen. Die Verbindung stellte ein vom Parteikomitee bestimmter Mentor her, der dem Vorstand der JO mit beratender Stimme angehörte. Anderseits sollten zu Beratungen über Jugendfragen im Parteikomitee Vertreter des JO-Vorstands beigezogen werden. Diesem wurde in corpore das Recht zugestanden, an Parteiversammlungen mit beratender Stimme teilzunehmen. Trotz diesen Massnahmen gelang es der Parteiführung allerdings nicht, die Jugendorganisation auf ihre gemässigte politische Linie festzulegen. So führte diese, allen Warnungen der Lokalpartei zum Trotz, noch Veranstaltungen mit dem syndikalistischen Zürcher Arzt Dr. Brupbacher durch, als er bereits aus der SPS ausgeschlossen war.

Haupttätigkeitsfeld der Basler Jugendorganisation war *das Bildungswesen*. Jede zweite Woche fand, meist bei sehr starkem Besuch, ein Vortrag statt, dem sich bewegte Diskussionen anschlossen. Neben den eigenen Mitgliedern traten die Mehrzahl der führenden Parteigenossen und nicht selten Auswärtige als Referenten im Johannerheim und später im Rebhaus auf. Die Vortragsthemata wiesen ein wesentlich breiteres Spektrum auf als jene der Quartiervereine. Geschichte, Theorie und Taktik der modernen Arbeiterbewegung, wirtschaftliche und sozialpolitische Probleme, naturwissenschaftliche und religiöse Fragen fanden am meisten Anklang, aber auch historische Themata und solche der bildenden und der Dichtkunst stiessen bei fähigen Referenten auf starkes Interesse. Ergänzt wurde diese Vortragstätigkeit durch Besichtigungen von Fabriken und Museen, aber auch durch Diskussionsabende mit andern, nichtsozialistischen Jugendorganisationen. Besonders intensiv befasste man sich mit der Jugendschutzgesetzgebung und dem Lehrlingswesen, aber auch die Frage des Alkoholismus wurde unter dem Einfluss des sozialdemokratischen Abstinentenvereins leidenschaftlich debattiert.

Wenn die geistig noch unausgereiften jugendlichen Sozialisten unsicher zwischen

einem radikal ausgelegten Marxismus, dem Anarchismus und dem Syndikalismus hin und her schwankten und andererseits von der reformistischen Gedankenwelt und Praxis der lokalen Parteigrössen beeinflusst wurden, so gab es doch *eine* ideologische Grundlage, in der sie sich völlig einig waren: den *pazifistischen Internationalismus*.^{83a)} Aus diesem Geiste erwuchsen auch die bedeutendsten äusseren Manifestationen der sozialdemokratischen Jugendgruppe in der Vorkriegszeit: die internationale Jugendkonferenz in der Burgvogtei im Anschluss an den Friedenskongress vom November 1912 und der durch einen grossen Demonstrationzug eingeleitete Verbandstag vom August 1913, an dem Münzenberg und Bock die Verhinderung des Krieges durch die proletarische Jugend zur Hauptaufgabe der Bewegung erhoben. Ein Jahr später erfüllten ein grosser Teil der Demonstranten getreu ihre vaterländische Pflicht.

Die erst spät entstandene Jugendorganisation der Basler Sozialdemokratie hat Entscheidendes zur Aktivierung der politischen Arbeiterbewegung beigetragen und mitgeholfen, die bisherige Scheu vor ideologischen Fragen in der organisierten Arbeiterschaft zu überwinden. Nur ein kleiner Teil der Mitglieder hat allerdings später endgültig den Weg zur SP gefunden. Als in der unmittelbaren Nachkriegszeit die Parteispaltung Tatsache wurde, schlossen sich viele der ehemaligen Jungburschen der Kommunistischen Partei an, deren Klassenkampffideologie sie im «Rebhaus» schon vor dem Krieg aufgenommen hatten.

i) Die Parteifinanzen

Der Aufstieg der Basler Sozialdemokratie zwischen 1900 und 1914 war weitgehend das Ergebnis einer verstärkten Agitation. Diese aber wurde nur möglich durch eine wesentliche Verbesserung der Parteifinanzen.

Da die Partei in der Vorkriegszeit keine besoldeten Funktionäre besass und sich auch die Beiträge an die Delegierten bei auswärtigen Anlässen in sehr bescheidenem Rahmen hielten, gab sie ihr Geld fast nur für die Werbearbeit bei Wahlen und Abstimmungen aus. Leider besitzen wir darüber nur spärliche Angaben, doch erweisen diese immerhin, dass es sich um beträchtlich höhere Summen handelte als im ersten Jahrzehnt des Bestehens der SP. So beliefen sich z.B. die Kosten für die Grossrats- und Regierungsratswahlen im Frühjahr 1908 auf 2400 Franken, jene der Richterwahlen im Jahre 1910 auf fast 1700 Franken. Die Nationalratswahlen des Jahres 1911 kamen die Partei auf über 3600 Franken zu stehen, die Regierungs- und Grossratswahlen von 1914 auf über 4400 Franken. An die gemeinsamen Kosten für die Nationalratsproporz-Agitation trug die SP annähernd 2000 Franken bei. Die Agitation für die Abstimmung über das Besoldungsgesetz von 1913 verschlang rund 1700 Franken.⁸⁴⁾

Nach den Statuten von 1901 wurden diese Ausgaben aus den ordentlichen *Beiträgen der Quartiervereine* und der wenigen Einzelmitglieder und aus freiwilligen Beiträgen einzelner Parteigenossen, der übrigen Parteivereine und anderer der Partei nahestehender Arbeitervereine bestritten; dazu kamen eventuelle Erträge aus Parteiveranstaltungen.

Unter diesen Beiträgen machten die ordentlichen im ersten Jahrfünft einen relativ geringen Prozentsatz der Gesamteinnahmen aus. Erst als die Quartiervereine stark zu wachsen begannen und ihre Abgabe an die Partei 1912 von 10 auf 20 Rappen pro Monat und Mitglied erhöht wurde, änderte sich die Lage. 1910 betrugen die jährlichen Beiträge der Parteivereine erst 1340 Franken, 1913 bereits 4140 Franken.⁸⁵⁾

Freiwillige Beiträge von Einzelmitgliedern gingen nach entsprechenden Bettelaktionen vor allem nach grossen Wahlaktionen ein, die der Parteikasse jeweils beträchtliche Defizite bescherten. So trug z.B. Levy 1902 185 Franken zur Sanierung der Parteikasse bei, und Wullschleger liess sich die ihm politisch unerwünschte, aber finanziell einträgliche Wahl zum Regierungsrat 200 Franken kosten.⁸⁶⁾ Als die Schuldenlast des Kampffjahres 1905 ein Jahr später immer noch nicht abgetragen war und eine Erhöhung des Mitgliederbeitrags inopportun schien, verpflichteten sich nahezu 100 Parteimitglieder auf drei Jahre zur Zeichnung teils namhafter Beiträge, was der Partei erlaubte, den Kampf um die Ablösung des Freisinns als grösste kantonale Partei 1908 mit Erfolg aufzunehmen.⁸⁷⁾ Für die letzten drei Vorkriegsjahre liegen detaillierte Listen solcher parteiinterner Spenden vor.⁸⁸⁾

Die Jahresbeiträge waren nach den persönlichen Verhältnissen abgestuft und variierten zwischen 2 und 150 Franken. Die höchsten stammten von Mitgliedern, die der Partei ihr Amt verdankten (Wullschleger, Frei, Gebrüder Blocher) und von den Parteiadvokaten Knörr und Welti, aber auch die Genossenschaftsfunktionäre trugen wesentlich zur Äufnung der Parteikasse bei.

Nachdem sich die *freiwilligen Beiträge parteinaher Gewerkschaften und Arbeitervereine* in den ersten Jahren nach der Jahrhundertwende noch zwischen 10 und 100 Franken bewegt hatten, überstiegen sie 1910 zusammen erstmals 1000 Franken und wuchsen in den folgenden Jahren noch an. Bei der Kampagne für die kantonale Besoldungsrevision von 1913 übernahm der Staatsarbeiterverband, dem sie zugute kam, einen grossen Teil der Kosten und honorierte die erfolgreichen Bemühungen der Partei im nächsten Jahr mit einem Beitrag von 2100 Franken.

Ende 1913 konnte Parteikassier Kreuter einen Aktivsaldo von annähernd 4300 Franken ausweisen, nachdem noch 1911 die Passiven überwogen hatten. Trotz der hohen Kosten der Wahlagitation vom Frühjahr 1914 betrug der Kassenüberschuss Ende des Jahres 5245 Franken.⁸⁹⁾

Drei Umstände haben zu dieser für die Partei erfreulichen Entwicklung beigetragen. Von Bedeutung war zunächst die *Reorganisation des Finanzwesens im Jahre 1906*.⁹⁰⁾ Das neue Reglement sah die Bildung eines *Wahlfonds* mit eigener Rechnungsführung vor. Daraus wurden in der Folge die Kosten für die Wahl- und Abstimmungssagitation bestritten, sofern sie 100 Franken überschritten – die Parteikasse durfte dafür nicht mehr in Anspruch genommen werden. Es scheint, dass die freiwilligen persönlichen Beiträge ausschliesslich diesem Fonds zustatten kamen. Wesentlich war zweitens, dass die Elite der Partei weitgehend in gutbezahlte staatliche und genossenschaftliche Ämter aufrückte und dadurch in die Lage versetzt wurde, der

Parteikasse namhafte Beträge zukommen zu lassen. Entscheidend war aber in letzter Instanz das solidarische Empfinden des grössten Teils der organisierten Arbeiterschaft. Der während Jahren treu geleistete freiwillige Beitrag des in der Partei unbedeutenden Posamenters X – eines schlechtbezahlten Familienvaters – in der Höhe von 2 Franken zeugt von einer *Opferwilligkeit der einfachen Parteisoldaten*, die jener der gesellschaftlichen und politischen Elite mindestens ebenbürtig war. Diese Solidarität, die sich erst recht in Arbeitskämpfen bewährte, stellte vielleicht die beeindruckendste Leistung der baslerischen Vorkriegs-Sozialdemokratie dar.

k) Agitation

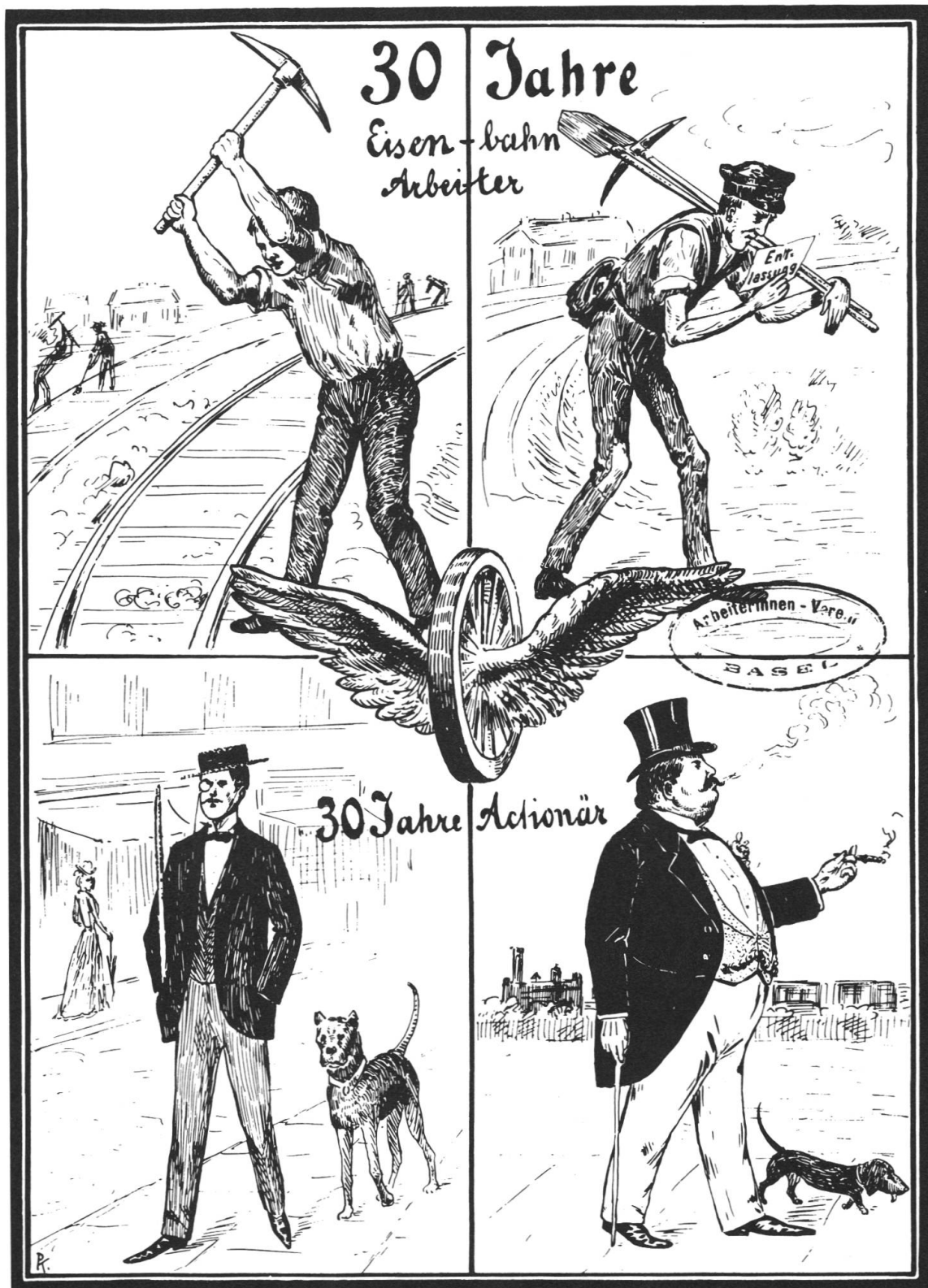
Im Gegensatz zur Honoratiorenpartei ist die zur Massenpartei tendierende politische Vereinigung auf intensive Agitationstätigkeit angewiesen. Diese bezieht sich sowohl auf die Werbung von Mitgliedern wie auf die Mobilisierung des Wahl- und Stimmvolks.

Zur *Gewinnung neuer Mitglieder* bediente sich die SP Basel nach der Jahrhundertwende fast ausschliesslich der Quartiervereine. Dabei kamen verschiedenartige Taktiken zur Anwendung. Hauptmittel war die Hausagitation. Die Quartiervereine verschafften sich durch den Arbeiterbund die Mitgliederlisten der Gewerkschaften oder durch das Kontrollbüro die Listen der neu aufgenommenen Bürger, erstellten daraus einen Quartierauszug und suchten die für die Organisation in Frage kommenden Arbeiter in ihrer Wohnung auf. Zwischen Gewerkschaften und politischen Quartiervereinen wurde oft Agitation auf der Grundlage der Gegenseitigkeit vereinbart. So hielt der Horburg-Quartierverein seine in der chemischen Industrie tätigen Mitglieder an, dem Fachverein der Chemiewerker beizutreten, während dieser seine politisch noch nicht organisierten Mitglieder ermunterte, sich der Quartierorganisation anzuschliessen. Diese Grundform der Mitgliederwerbung wurde häufig durch Werbezirkulare der Quartiervereine oder durch das Verteilen von Spezialnummern (etwa der 1. Mai-Nummer) des «Vorwärts» ergänzt. Oft hatte eine intensive Wahlagitation den Beitritt zahlreicher neuer Mitglieder zur Folge, so besonders im Winde der erfolgreichen Grossratswahlen von 1908 und 1911.⁹¹⁾

Das Hauptgewicht der politischen Agitation im engern Sinn lag bei den Wahlen, wobei den Nationalrats- und Grossratswahlen das grösste Gewicht zukam. Das auffälligste Kennzeichen bei der Vorbereitung dieser politischen Grossanlässe war der frühe Beginn der ins Auge gefassten Massnahmen. Erste Besprechungen fanden im Parteikomitee oft schon ein halbes Jahr, in den Quartiervereinen – die neben dem Zentralwahlkomitee die grösste Tätigkeit entfalteten – spätestens zwei Monate vor den Wahlen statt. Hatte man in früheren Jahren noch viel dem Zufall und der Initiative einzelner besonders aktiver Mitglieder überlassen, so wurde vor allem *seit 1908 ein ausgeklügeltes Agitationssystem* ausgearbeitet, das für die Quartiervereine mehr oder weniger verpflichtend war. Als *Modell* soll hier die Vorbereitung der *Wahlen von 1911* dargestellt werden, die der Partei einen durchschlagenden Erfolg brachten.

Im Hinblick auf die am 6./7. Mai stattfindenden *Grossrats- und Regierungsratswahlen* bestimmte die Parteiversammlung vom 8. Februar 1911 ein fünfundvierzigköpfiges Wahlkomitee. Gleichzeitig mit diesem führten die Quartiervereine in den nächsten beiden Wochen erste Besprechungen bezüglich der einzuschlagenden Taktik durch, wobei die Koordination sich durch die Vertreter der Quartiervereine im zentralen Wahlkomitee von selbst ergab. Anfang März wurde das agitatorische Vorgehen zwischen den Quartiervereins-Delegierten der beiden Parteibezirke abgesprochen. In den einzelnen Quartiervereinen wurde der Einzugsbereich in Strassenabschnitte eingeteilt. Wo nicht schon ständige Agitationsausschüsse bestanden, entstanden nun solche meist auf der Grundlage der Freiwilligkeit. Fast zwei Monate vor den Wahlen setzte die öffentliche Agitation ein. Sie erfolgte gleichzeitig auf zentraler wie auf quartiermässiger Basis. Während das Parteikomitee einen Wahlauf Ruf und eine Broschüre allen Wählern ins Haus schicken liess, fertigten die Quartiervereine eigene Flugblätter an, liessen sie – vornehmlich durch Arbeitslose, die dafür ein Entgelt erhielten – verteilen und setzten durch Mitglieder der Agitationskommission mit der persönlichen Werbung ein, wofür ihnen durch das Parteikomitee besorgte Wählerverzeichnisse zur Verfügung standen. In einzelnen Quartieren wurde dieses Vorgehen durch gezielte Aktionen ergänzt, so im Spalenquartier durch ein von Joneli verfasstes Rundschreiben an die Staatsangestellten des Einzugsgebiets. Öffentliche Wahlversammlungen, vornehmlich mit lokalen Parteigrössen, und Wahlpropaganda im «Vorwärts» beherrschten im April das Parteileben fast vollständig. Da die Wahlauslagen der Quartiervereine ausschliesslich von diesen selbst bestritten werden mussten, lagen vom Februar an bei allen Parteiveranstaltungen Listen für freiwillige Beiträge auf.⁹²⁾

Die Vorarbeiten für die *Nationalratswahlen* vom 28./29. Oktober 1911 begannen bereits im Spätsommer. Wir beschränken uns hier auf die Tätigkeit des grössten Quartiervereins, der einmal mehr von Eugen Wullschleger präsidiert wurde. Um nichts dem Zufall zu überlassen, legte dieser dem Horburg-Quartierverein Ende August ein Agitationsreglement vor, das ein für allemal den ad hoc-Massnahmen ein Ende bereiten und ein Arbeiten auf weite Sicht ermöglichen sollte. Die Mitgliedschaft nahm es am 12. September an. Gleichzeitig wurde ein Agitationsausschuss unter dem Präsidium des erprobten Josef Heinzer bestellt. Gemäss dem neuen Reglement gehörten ihm vor allem bewährte Vertrauensmänner an; offenbar hatte man mit dem Prinzip der Freiwilligkeit nicht nur gute Erfahrungen gemacht. Das Quartier wurde in acht Agitationsbezirke mit je einem Obmann und Stellvertreter, jeder Bezirk in mehrere Kreise aufgeteilt; diesen wurden die Einzelagitatoren zugewiesen. Noch im September fanden Koordinationsgespräche mit den beiden andern Kleinbasler Quartierorganisationen statt. Auch vereinbarte man einen Schlüssel für die Verteilung der gemeinsamen Wahlauslagen. Anfang Oktober wurden die ersten Wahlplakate in Wirtschaften und Coiffeurgeschäften angeschlagen. Mitte des Monats erfolgte die Verteilung eines ersten Flugblatts, gleichzeitig setzte die intensive per-



30 Jahre Eisenbahn-Arbeiter, 30 Jahre Actionär. Aus: Der neue Postillon, Humorist./Satir. Arbeiterwitzblatt, September 1899

sönliche Hausagitation ein. Kurz vor den Wahlen folgten sich die Aktionen Schlag auf Schlag: Verteilen der Agitationsnummer des «Vorwärts», zweites Flugblatt und Kleinbasler Wahlversammlung mit dem bereits legendären Herman Greulich. An den Wahltagen selbst sorgte ein genau vorbereiteter Schlepperdienst für die Mobilisierung der letzten Reserven; vor den Wahllokalen postierte Vertrauensleute versuchten, vor allem auf Unentschiedene einzuwirken.⁹³⁾

Es kann kein Zweifel bestehen, dass die SP ihre steigenden Wahlerfolge im Jahrzehnt vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs weitgehend der intensiven und immer besser geplanten Agitation verdankte. Es gehörte dazu viel Opferwilligkeit der einzelnen Aktivisten, die während Wochen auf ihre ganze so spärlich bemessene Freizeit verzichteten. Gelegentlich nahm man auch zu recht spektakulären Mitteln Zuflucht. So konzertierten etwa die Arbeiter-Musikgesellschaften an Wahlsonntagen in den Strassen der Stadt. Bei Wahlversammlungen wurden ab und zu – zur geringen Freude der Kassiere von Partei und Quartiervereinen – Freibier ausgeschenkt, bis die prominenten Abstinenten unter den Parteimitgliedern diesem Unfug ein Ende setzten. Mochten solche Formen der Wahlagitation bei manchem Bürger Kopfschütteln verursachen, so erregten sie doch weniger Aufsehen als die *brandroten Wahlplakate*, die wesentlich mehr zur Verketzerung der Sozialdemokratie beigetragen haben dürften als die tatsächliche Politik der Partei, die sich – nach erfolgter Wahl – durchaus im Rahmen konstruktiver Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Parteien bewegte.

1) Die letzte Statutenänderung der Vorkriegszeit (1914)

Die Statuten vom 5. März 1901 hatten sich in den kampferfüllten Jahren nach der Jahrhundertwende durchaus bewährt. Sie hatten der Partei ein starkes Anwachsen der Mitgliederzahl und bedeutende politische Erfolge gebracht. Die enge Zusammenarbeit mit der Gewerkschaftsbewegung und damit mit der ausländischen Arbeiterschaft hatte zwar zeitweise zu beträchtlichen Reibungen geführt, erwies sich aber seit der Übernahme des Arbeitersekretariats durch den Lokalpolitiker Adolf Gass als vorteilhaft für die ganze Bewegung.

Wenn die SP es dennoch für nötig empfand, 1914 neue Statuten auszuarbeiten, so war dafür nicht in erster Linie die Anpassung an die Statuten der SPS von 1912 ausschlaggebend, beschränkte sich diese doch im wesentlichen auf finanzielle Fragen. Entscheidend war vielmehr, dass sich das 1901 eingeführte Prinzip der *Parteibezirke* nicht bewährt hatte. Der Jahresbericht für das Jahr 1907 stellte fest, dass auch dieses Jahr in den Parteibezirken keine Versammlungen stattgefunden hätten, und knüpfte daran die Frage, ob die Einrichtung solcher Bezirke überhaupt noch sinnvoll sei.⁹⁴⁾ Tatsächlich bestanden in der Parteiorganisation genügend Instanzen, die imstande waren, die notwendige Koordinierung zwischen Parteivereinen und Parteiführung vorzunehmen; zudem absorbierten die Bezirksorgane eine Anzahl Kräfte, die der Partei in andern Ämtern wertvollere Dienste hätten leisten können.

Der neue Entwurf wurde der Parteiversammlung erstmals im Januar 1914 vorgelegt, am 8. Juli von ihr genehmigt und am 9. September – nach Kriegsausbruch – von der Geschäftsleitung der SPS sanktioniert.⁹⁵⁾

Die neuen Statuten unterschieden sich von jenen des Jahres 1901 nur in unwesentlichen Punkten, wenn man von der Aufhebung der Parteibezirke absieht: *Die Prinzipien der indirekten Struktur, der demokratischen Willensbildung, der Dezentralisation und der Zusammenarbeit mit der Gewerkschaftsbewegung blieben unangetastet.* Als zusätzliches Organ der nun bewusst als Verband bezeichneten Parteiorganisation wurde die Fraktion sozialdemokratischer Bürgerräte der Partei eingegliedert. Die Bedeutung der Parteiversammlung als Souverän wurde gegenüber 1901 noch unterstrichen, dabei allerdings bindende Beschlüsse der SPS vorbehalten. Für eine *optimale Koordination* war dadurch gesorgt, dass den Sitzungen des Parteivorstands die Redaktoren des Parteiblatts, Vertreter des Arbeitersekretariats und des Ausschusses des Arbeiterbunds sowie die Präsidenten der Grossrats- und Bürgerratsfraktion mit beratender Stimme beiwohnen sollten. Vertrauensmänner-Versammlungen waren vom Parteivorstand nur dann einzuberufen, wenn er dies zur Vorbereitung und Durchführung einzelner Geschäfte für zweckmässig hielt. Dieses Zwischenglied zwischen Parteivolk und Parteiführung hatte sich bisher als wenig wirksames Instrument des Parteilebens erwiesen, nicht zuletzt wohl deshalb, weil es auf der Grundlage der nicht lebensfähigen Parteibezirke aufgebaut gewesen war. Die neuen Statuten sahen nun als Basis die Parteivereine vor, die je drei Vertreter, worunter zwei Vorstandsmitglieder, in die Vertrauensmänner-Versammlung zu delegieren hatten. Dadurch dass der Parteivorstand in globo an diesen Versammlungen teilzunehmen hatte, war ein neues Bindeglied zwischen Parteispitze und Parteibasis geschaffen.

Gleichzeitig mit den neuen Statuten wurde ein Versammlungsreglement der SP geschaffen. Wesentlichster Punkt darin war die Bestimmung, dass zum Besuch aller nicht ausdrücklich als öffentlich erklärten Anlässe das Mitgliederbuch vorgewiesen werden musste. Damit wurde das bisher mit wenigen Ausnahmen hochgehaltene Prinzip der Politik der offenen Türe aufgegeben: ein neues Symptom des sich verhärtenden politischen Kampfes.

4. Kapitel:

Der Arbeiterbund im Zeitalter des Hochklassenkampfs, 1900–1914

a) Mitgliederbewegung

Um die *Jahrhundertwende* zählte der Arbeiterbund Basel in 39 Vereinen (31 gewerkschaftlichen Fachvereinen, zwei Frauenvereinen und sechs politischen Vereinen) *rund 2500 Mitglieder.*

Sogleich nach dem Amtsantritt entfaltete Arbeitersekretär Dr. Wassilieff eine intensive Agitationstätigkeit mit *doppelter Zielsetzung*: alle dem Arbeiterbund noch

fernstehenden Arbeiterorganisationen dem Dachverband anzuschliessen und in bisher noch kaum erfassten Zweigen neue Fachvereine zu gründen.¹⁾

Weitgehender Erfolg war den Bestrebungen zur Erreichung des ersten Ziels beschieden. 1906 standen von rund 55 Fachvereinen und Gewerkschaften nur noch sieben ausserhalb der Kartellorganisation.²⁾ Besondere Genugtuung konnte Wassilieff darüber empfinden, dass es ihm gelang, zwei der ältesten Basler Arbeitervereine in den Arbeiterbund zurückzuführen: die «Typographia» im Sommer 1900, den Deutschen Arbeiterverein im April 1904.³⁾

Als wesentlich schwieriger erwies sich die Verwirklichung der zweiten Aufgabe. Die früher namhaft gemachten Widerstände lokaler Natur gegen die gewerkschaftliche Organisation behielten auch nach der Jahrhundertwende ihre Geltung. Gezielte Aktionen zur Organisation von Lohnarbeitskategorien ausserhalb der eigentlichen Arbeiterschaft (Büroangestellte, Kellnerinnen usw. ...) zeitigten geringen Erfolg.⁴⁾ Fruchtbaren Boden fand die Agitation in Arbeitszweigen, in denen schon seit Jahren gewerkschaftliche Organisationen bestanden, vor allem bei den handwerklichen Arbeitern und in der stark anwachsenden Staatsarbeiterschaft. Als besonders *organisationsfeindlich* erwiesen sich weiterhin die Arbeitnehmer der zwei wichtigsten Basler Industriezweige, der *Textil- und der chemischen Industrie, sowie der italienischen Bauarbeiter*. Aus einer Zusammenstellung des Arbeiterbundes für das Jahr 1904 geht hervor, dass in diesem Zeitpunkt der Organisationsgrad bei den Typographen, den ACV-Arbeitern, den Giessern, Gipsern und Staatsarbeitern sehr hoch (bis zu 90%) war, bei den Posamentern aber wenig über 1%, bei den italienischen Maurern und Handlangern bei 3,3% und bei den Chemiearbeitern knapp unter 13% lag.⁵⁾ Obschon in den folgenden Jahren die bestehenden Organisationen stark anwuchsen und zahlreiche neue gegründet wurden, errechnete Arbeitersekretär Adolf Gass für das Jahr 1911 einen *Organisationsgrad* der Basler Arbeiterschaft von *bloss 17,5%*.⁶⁾ Diese Zahl dürfte sich in der unmittelbaren Vorkriegszeit eher vermindert haben. Vor allem blieben die unablässigen Versuche zur Organisation der Textilarbeiterschaft fast erfolglos. Neben den bereits bekannten Ursachen der Organisationsscheu fiel nach der Jahrhundertwende ein neues Hemmnis ins Gewicht. Die Löhne der Textilarbeiter hielten nicht mit der ständig fortschreitenden Teuerung Schritt. Dies bedeutete für die weniger tüchtigen Arbeiter und für jene mit grosser Familie ein Absinken unter das Existenzminimum; viele unter ihnen wurden damit von der Armenpflege abhängig.⁷⁾ So kam ein Beitritt zu einem Fachverein schon aus finanziellen Gründen nicht in Frage.

In der *Mitgliederbewegung* des Arbeiterbunds Basel zwischen 1900 und 1914 lassen sich *drei Phasen* unterscheiden: Auf eine Periode regelmässigen langsamen Anstiegs bis 1903 folgt eine solche sprunghaften Mitgliederzuwachses bis 1907; dieser schliessen sich Jahre der Stagnation an, bis der Kriegausbruch der Organisation einen schweren Rückschlag bringt.

Da auch nach 1900 in den Statistiken Angehörige mehrerer Vereine mehrfach ge-

zählt werden, sind wir über den effektiven Bestand des Arbeiterbunds auf Schätzungen angewiesen. 1904 dürfte erstmals das Kap der 4000, 1905 jenes der 5000 überschritten worden sein. Den stärksten Zuwachs zeitigte das Jahr 1906. Um die Mitte des Jahres 1907 dürfte der Arbeiterbund seinen *Höhepunkt* erreicht und 7500 bis 7800 *Mitglieder* umfasst haben. Auf diesem Stand scheint er bis zum Kriegsausbruch verblieben zu sein.⁸⁾

Wenn der Arbeiterbund von 1900 bis 1907 seine Mitgliederzahl verdreifachen konnte, so verdankte er dies der raschen Bevölkerungszunahme, dem guten Geschäftsgang, dem Ausbruch des vollen Klassenkampfes nach 1903 und der rastlosen und geschickten Tätigkeit der Arbeitersekretäre Wassilieff und Grimm. Die Stagnation in den Jahren 1908 bis 1914 hatte als Hauptursache den mit Teilarbeitslosigkeit verbundenen Konjunkturabschwung. Dazu kam die *wachsende Konkurrenz der christlichen und der «gelben»*, der Arbeitgeberschaft nahe stehenden *Gewerkschaftsbewegung*. Schliesslich trug auch die längere Vakanz im Arbeitersekretariat dazu bei, dass der Arbeiterbund auf seinem Mitgliederstand des Jahres 1907 stehen blieb. Wenn die gewerkschaftliche Dachorganisation bei Kriegsausbruch auch drei- bis viermal so viele Mitglieder umfasste wie die lokale Parteisektion, so war doch auch sie weit von dem Ziele entfernt, eine wirkliche Massenorganisation zu sein. *Die Mehrzahl der Basler Arbeiter stand 1914 ausserhalb jeglicher Organisation.*

Der Verdreifachung der Mitgliederzahl entspricht keineswegs eine vergleichbare Vermehrung der dem Arbeiterbund angeschlossenen Vereine. Zwar wurden nach 1900 zahlreiche neue Fachvereine gegründet, doch setzte nach 1903 eine auffällige *Konzentrationsbewegung* ein, die zu gewerkschaftlichem Zusammenschluss verwandter Berufskategorien auf lokaler Basis führte. So erhielten schliesslich die Gewerkschaften der vereinigten Holz- und Metallarbeiter ein sehr starkes Gewicht im Arbeiterbund – zur geringen Freude kleinerer Fachvereine.

Leider fehlen zuverlässige Angaben über das zahlenmässige Verhältnis von einheimischer und ausländischer Mitgliedschaft. Wenn die Fremden lange Zeit im Arbeiterbund den Ton angaben, so lag dies weniger an einer zahlenmässigen Überlegenheit als an der wesentlich grösseren Kampffreude. Im selben Ausmass, wie die Partei innerhalb der gesamten Arbeiterbewegung nach 1900 an Bedeutung gewann, ging der Anteil und der Einfluss der *politischen Arbeitervereine* im Arbeiterbund zurück. 1914 stellten sie darin eine *Quantité négligeable* dar, umsomehr als der Grütliverein fast jegliche Bedeutung verloren hatte. Die einzige politische Organisation von Gewicht war der Deutsche Arbeiterverein, dessen Mitglieder fast ausnahmslos auch gewerkschaftlich organisiert waren und der gewerkschaftlichen Aktion vor der politischen den Vorzug gaben.

b) Organisatorisches

Gemäss § 1 der Statuten der SPS vom 6. November 1901 konnten auch lokale Arbeiterunionen mit ihren schweizerischen Mitgliedern der Partei beitreten. Eine Dele-

giertenversammlung des Arbeiterbunds vom 28. November 1901 beschloss jedoch, von dieser Möglichkeit nicht Gebrauch zu machen, sondern mit aller Energie darauf hinzuwirken, die gewerkschaftlich organisierten Mitglieder zum Eintritt in die sozialdemokratischen Quartiervereine zu bewegen.⁹⁾ Dieser Beschluss entsprang dem Willen, der 1890 vollzogenen deutlichen *Trennung zwischen gewerkschaftlicher und politischer Bewegung* treu zu bleiben. Organisatorischen Niederschlag fand er in der Annahme *neuer Statuten im Jahre 1902*, den vierten seit der Gründung des Arbeiterbunds Basel.¹⁰⁾

Als *Zielsetzungen* sahen sie vor die gewerkschaftliche Tätigkeit, die Werbung für die Grundsätze der Sozialdemokratie, die Vertiefung der Bildung der Mitglieder, die Überwachung des Vollzugs der Arbeiterschutzgesetze, die Unterstützung gemassregelter Arbeiter, die Werbung für das lokale Presseorgan, die Agitation im weitesten Sinne, die Durchführung von Vorträgen, Feiern und Demonstrationen, die Schlichtung von internen Konflikten und den Unterhalt des Arbeitersekretariats.^{10a)}

Die beiden bisherigen Organe, die Delegiertenversammlung und der Ausschuss, wurden ebenso wie die Institution der Urabstimmung beibehalten, der *demokratische Aufbau* blieb das organisatorische Kennzeichen des Arbeiterbunds auch in den Jahren, da der Klassenkampf eine rasche und einheitliche Willensbildung erforderte. Der von der Delegiertenversammlung gewählte Ausschuss, das Exekutivorgan des Arbeiterbunds, bestand aus neun Mitgliedern und hielt seine Sitzungen wöchentlich ab. Art. 17 der Statuten schrieb vor, dass der *Präsident schweizerischer Herkunft* sein müsse.

De facto machten die Statuten von 1902 den Arbeiterbund zum *Kartellverband der baslerischen Gewerkschaftsorganisationen*. Die sozialdemokratischen Quartiervereine traten aus, die wenigen Arbeiterbildungs- und sozialdemokratischen Vereine bildeten nur noch ein Anhängsel. Art. 3 der neuen Statuten regelte das Verhältnis zur Partei und deren Grossratsfraktion. Über die Arbeitsteilung zwischen Partei und Arbeiterbund und das Ineinandergreifen ihrer Organe war im Kapitel über die Parteiorganisation die Rede.¹¹⁾

Wenn der Arbeiterbund nach der Jahrhundertwende zu einem *Machtfaktor der Wirtschafts- und Sozialpolitik Basels* wurde, so verdankte er dies vor allem der Errichtung eines *vollamtlichen Arbeitersekretariats* im Jahre 1900. Nicht nur entfaltete dieses eine äusserst rege Tätigkeit im Sinne der oben genannten Zielsetzungen; ebenso wichtig war, dass dadurch der Ausschuss wesentlich entlastet wurde und sich nicht mehr mit Bagatellfragen zu befassen hatte. Dies änderte sich im Grosskampffjahr 1905: Der Ausschuss tagte nun fast in Permanenz und musste nolens volens oft die Funktion einer obersten Streikleitung übernehmen. Obschon die Arbeitskämpfe in den folgenden Jahren nur wenig an Intensität verloren, bildeten sie für den Ausschuss eine geringere Belastung, da ihre Durchführung immer mehr an die lokalen und schweizerischen Zentralorganisationen überging.^{11a)} Als sehr nützlich erwies sich ein

1907 eingeführtes, in den Statuten nicht vorgesehenes Procedere: Wenn nötig, wurden zu den Delegiertenversammlungen die Vorstände von in Lohnbewegungen stehenden Gewerkschaften beigezogen.¹²⁾

Eine neue Totalrevision der Statuten im Jahre 1908 brachte als wichtigstes Ergebnis die Gleichsetzung des Geschäfts- mit dem Kalenderjahr.¹³⁾

Obschon sich die verantwortlichen Männer des Arbeiterbunds bemühten, die Organisation immer wieder den veränderten Verhältnissen und Aufgaben anzupassen, kam diese nur selten zu einem reibungslosen Funktionieren. So brechen bis 1914 die Klagen über *schlechten Besuch der Delegiertenversammlungen* nicht ab. Mit der Schaffung vollamtlicher lokaler Gewerkschaftssekretariate in der Zeit des schärfsten Klassenkampfes ging das Interesse gerade der bestorganisierten Arbeitergruppen am Kartellverband zurück, was sich vor allem darin äusserte, dass sie ihren finanziellen Pflichten nur mit Widerwillen nachkamen. Vor allem aber machte sich schon in der Vorkriegszeit ein Geist geltend, wie er dann für das schweizerische Gewerkschaftswesen der zweiten Nachkriegszeit bezeichnend wurde: Viele, vor allem schweizerische Mitglieder waren nur dann zu Aktionen und Opfern bereit, wenn *unmittelbare materielle Interessen* im Spiel standen; das Endziel einer gerechteren Gesellschaftsordnung blieb für sie eine unverbindliche Formel.¹⁴⁾

Am folgenschwersten wirkte sich aber für die Basler Arbeiterbewegung in der Klassenkampfperiode aus, dass das Verhältnis zwischen Partei und Arbeiterbund trotz allen Flurbereinigungen und trotz dem immer wieder durchbrechenden Willen, sich gegenseitig zu unterstützen, schweren Belastungen ausgesetzt war. Es wird darüber ausführlich im Kapitel über die ideologischen Gegensätze die Rede sein.

c) Die Finanzen

Die *Einnahmen* des Arbeiterbundes beruhten wie jene der Partei im wesentlichen auf den *Mitgliederbeiträgen*, auf ausserordentlichen freiwilligen Beiträgen der Mitgliederorganisationen und auf den Erträgnissen festlicher Veranstaltungen. Im Gegensatz zur Partei fehlen uns hier jegliche spezifizierten Unterlagen.

Mit grosser Wahrscheinlichkeit dürften die Einnahmen zu einem hohen Prozentsatz aus den ordentlichen Mitgliederbeiträgen bestanden haben. Die einzelnen Vereine hatten dem Arbeiterbund jährlich 30 Rappen pro Mitglied, mindestens aber 12 Franken abzuliefern. Der Einzug erfolgte vierteljährlich.¹⁵⁾ Da die Tätigkeit der Organe weitgehend ehrenamtlich erfolgte, hielten sich die ordentlichen Ausgaben in bescheidenem Rahmen. Eine Belastung stellte das Arbeitersekretariat dar. Zwar wurde es grundsätzlich durch zusätzliche Beiträge der dem Arbeiterbund angeschlossenen Organisationen finanziert, doch hatte die Gesamtorganisation die Defizite zu übernehmen, die sich regelmässig einstellten. So belief sich der Fehlbetrag für das Geschäftsjahr 1902/03 auf rund 1000 Franken. Kein Wunder, dass in der Arbeiterbundskasse in den ersten Jahren nach der Jahrhundertwende meist Ebbe herrschte und dass ernsthaft über die Einführung einer Extrasteuer diskutiert wurde.¹⁶⁾

Dies änderte sich, als in den folgenden Jahren die Mitgliederzahl des Arbeiterbunds rasch anwuchs. Zwar verschlangen die sich nun Schlag auf Schlag folgenden Streiks beträchtliche Summen, doch scheinen diese grösstenteils durch die streikenden Organisationen selbst aufgebracht worden zu sein, wozu noch freiwillige Beiträge und gelegentliche ad hoc-Auflagen traten. Jedenfalls lässt sich für die Jahre 1904 bis 1906 ein befriedigender bis guter Stand der Finanzen nachweisen.¹⁷⁾

Eine weitere Verbesserung der Finanzlage brachte eine *Neuregelung des Beitragswesens im Dezember 1906*. Die Unterscheidung zwischen Beiträgen an den Arbeiterbund und solchen an das Arbeitersekretariat wurde aufgehoben. Der Arbeiterbund verschaffte sich das Recht, die Kassabücher der Sektionen zu prüfen, was ihm ermöglichte, die aus früheren Zeiten bekannten Praktiken der Sektionskassiere abzustellen.¹⁸⁾ Infolge der korrekteren Beitragszahlung schloss das Geschäftsjahr 1907/08 mit einem Saldo von rund 1000 Franken ab; das Vermögen des Arbeiterbunds belief sich Ende 1908 auf 8600 Franken.¹⁹⁾ Im letzten Jahr vor Kriegsausbruch ergab die Jahresrechnung bei 30 700 Franken Einnahmen einen Überschuss von 500 Franken. Der Kassier konnte ein Reinvermögen von annähernd 12 000 Franken ausweisen.²⁰⁾ Obschon diese Zahlen – auch für die damalige Zeit – in Anbetracht der Grösse der Organisation bescheiden anmuten, zeugen sie doch für eine *solide finanzielle Grundlage* des bedeutendsten Arbeitnehmerverbands in Basel und stellen sowohl der Opferwilligkeit der Mitglieder wie dem Geschick des jahrelang auf seinem undankbaren Posten ausharrenden Kassiers Camille Anthony ein schönes Zeugnis aus.

d) Tätigkeit

Ist es schon schwierig, deutlich zwischen der Tätigkeit der Partei und des Arbeiterbundes zu unterscheiden, so fällt es noch schwerer, jene des Arbeiterbundes und des ihm angeschlossenen Arbeitersekretariats auseinanderzuhalten. Wir begnügen uns deshalb mit einigen bezeichnenden Hinweisen.

Die traditionellen grossen *Arbeiterfeste*, die März- und die Maifeier, wurden gemeinsam von Partei und Arbeiterbund durchgeführt, wobei diesem die Hauptverantwortung zufiel. Auch Agitationsveranstaltungen, die nicht eindeutig nationalpolitischen Charakter aufwiesen, wurden gemeinsam organisiert. Im übrigen versuchten sowohl die Partei wie der Arbeiterbund, die Festfreudigkeit der einzelnen Arbeiterorganisationen in Schranken zu halten und ausschliesslich der Agitation und der Verbesserung der Finanzen dienstbar zu machen. Ausgesprochen geselligen Charakter wiesen die nach der Jahrhundertwende ziemlich regelmässig durchgeführten Pfingstfahrten des Arbeiterbunds auf, die in Grossrat Levy einen gewiegten Organisator hatten.

Für seine gewerkschaftliche Tätigkeit bediente sich der Arbeiterbund teils des Arbeitersekretariats, teils seiner Vertrauensmänner in der sozialdemokratischen Grossratsfraktion. Vor allem aber wirkte er als Koordinationsorgan für die Aktionen seiner

Sektionen, wobei er meist einen mässigen Einfluss auf allzu kampflustige Gewerkschaften auszuüben versuchte. Das Vorgehen trug ausgesprochen pragmatische Züge. 1905 setzte sich Arbeitersekretär Wassilieff für ein gewerkschaftliches Aktionsprogramm auf weite Sicht ein. Trotz seinem Wegzug bewegte sich die Tätigkeit des Arbeiterbundes in den folgenden Jahren weitgehend auf der Linie der Wassilieffschen Postulate.²¹⁾

Zu den Routinearbeiten des Ausschusses gehörte weiterhin die Aufstellung der Arbeitnehmer-Kandidaten für die Wahlen in die *gewerblichen Schiedsgerichte*. Die Klagen über die geringe Stimmbeteiligung (regelmässig unter 10%) brechen bis 1914 nicht ab.

Grössere Bedeutung kam den Wahlen in den *Genossenschaftsrat* des ACV zu. Der Arbeiterbund liess es an der nötigen Agitation nicht fehlen. Über die wechselnden Erfolge ist an anderer Stelle die Rede.

Vom Jahre 1907 an hatten sich die Organe des Arbeiterbunds kräftig gegen die aufkommenden Konkurrenzorganisationen der katholischen und «gelben» Gewerkschaften zu wehren, bei welcher Gelegenheit sich besonders Arbeitersekretär Grimm als Draufgänger auszeichnete. Die Auseinandersetzung erfolgte auf allen Seiten schonungslos und trug wesentlich zur Verschärfung der Klassenkampfatmosphäre bei.²²⁾

e) Die führenden Männer

Um seiner schweren Aufgabe in kampfereicher Zeit gerecht zu werden, hätte der Arbeiterbund eines Exekutivorgans bedurft, dessen Mitglieder längere Zeit im Amt geblieben wären. Da aber die Tätigkeit im Ausschuss aufreibend und vor allem der Präsident durch die Friktionen mit der Partei stark belastet war, wurde der *ständige Wechsel* geradezu das Kennzeichen in der Führung der gewerkschaftlichen Kartellorganisation. Eine Ausnahme bildete Camille Anthony, der das Amt des Kassiers von 1903 bis in die Kriegszeit beibehielt und damit zum ruhenden Pol in der Erscheinungen Flucht wurde.

Mit zwei Ausnahmen (Koch 1903, Schmid 1905) waren die Präsidenten ihrer Aufgabe durchaus gewachsen. Häufig musste ein Wechsel im Präsidentenamt mitten im Vereinsjahr vollzogen werden, sei es wegen Unfähigkeit, Wegzug von Basel (Rimathé, Dürr) oder Übernahme anderer Funktionen des jeweils amtierenden Vorsitzenden (Frei, August Strub, Welti). Ein Glück war es für den Arbeiterbund, dass sich in solchen kritischen Situationen immer wieder ein Führungsveteran (Arnold, Heinrich Gass, Perthus) oder eine andere anerkannt tüchtige Kraft der Bewegung (Rimathé, Welti) zur Übernahme des undankbaren Amtes bereitfanden.

Sämtliche Präsidenten der Vorkriegszeit gehörten der SP an, wohl die Hälfte waren ehemalige Grütlianer, ausser dem mit dem Anarchismus liebäugelnden Schmid vertraten sie mehr oder weniger den «revisionistischen» Flügel der Basler Arbeiterbewegung. Da Protokolle über die Ausschussverhandlungen fehlen, ist nicht mehr nach-

zuweisen, wie sie mit den revolutionären Tendenzen der Gewerkschaftsvertreter ausländischer Herkunft im Ausschuss fertig wurden. Bemerkenswert ist schliesslich, dass mit Dr. Walter Strub und Dr. Welti zweimal Akademiker an der Spitze des traditionell eher intellektuellenfeindlichen Arbeiterbunds standen. Wassilieff dürfte ihnen in der Arbeiterschaft den Weg gebahnt haben.²³⁾

f) Das Arbeitersekretariat

Als im Juli 1900 Dr. Wassilieff seine Tätigkeit als *erster vollamtlicher Arbeitersekretär in Basel* aufnahm, vereinigte er die Hoffnungen der gesamten organisierten Arbeiterschaft auf eine bessere Zukunft der Basler Arbeiterbewegung auf sich. Dieses Vertrauen beruhte einerseits auf seiner bisherigen Tätigkeit in gleicher Funktion in Bern, anderseits auf der Umschreibung der Aufgaben, die dem Arbeitersekretariat zugewiesen waren.^{23a)}

Obwohl eine *Beamtung des Arbeiterbunds Basel* sollte das Arbeitersekretariat nicht allein den Vereinen und Mitgliedern des Arbeiterbunds, sondern auch der *übrigen Arbeiterschaft* von Basel und Umgebung ohne Unterschied der politischen und religiösen Richtung zur Verfügung stehen. Als wichtigste Aufgaben fielen ihm die *Rechtsberatung, die Förderung der gewerkschaftlichen Organisation*, die Verfassung sozialer Statistiken und Eingaben an die Behörden sowie die vermittelnde Tätigkeit bei Arbeitskonflikten zu.²⁴⁾

Das Salär des Arbeitersekretärs wurde zunächst auf 2400 Franken angesetzt, einige Jahre später aber auf 2600 Franken erhöht.²⁵⁾ Diese Bezahlung entsprach etwa einem mittleren Lehrergehalt. Was Wassilieff dafür leistete, kann heute kaum mehr ermes- sen werden. Während annähernd fünf Jahren bewältigte er täglich – ohne Ferien und häufig genug ohne Sonntagserholung – 12, oft aber auch 14 bis 16 Arbeitsstunden. Viermal wöchentlich durch die Sprechstunden bis 20 Uhr 30 ans Büro gebunden, *widmete er so gut wie sämtliche Abende der agitatorischen und der Bildungstätigkeit*.

Von seiner Berner Zeit her im Bürgertum als kombattanter Sozialdemokrat bekannt und abgestempelt, gelang es dem zum Schweizer gewordenen russischen Emigranten in kürzester Zeit, das *Vertrauen auch der nichtorganisierten Arbeiter* zu erwerben. Schon wenige Monate nach seiner Eröffnung wurde das Arbeitersekretariat bereits von parteipolitischen Gegnern in Anspruch genommen.²⁶⁾ Bald musste sich der Basler Arbeitersekretär als eigentlicher *Armenanwalt* empfinden. Unter den Ratsuchenden gehörten durchschnittlich zwei Drittel keiner Organisation an. Deshalb richtete der Arbeiterbund am 8. Dezember 1902 ein *Gesuch um staatliche Subventionierung* des Arbeitersekretariats an die Regierung. Diese beauftragte Wullschleger als Vorsteher des Departements des Innern, darüber Bericht zu erstatten. In einem ausführlichen Gutachten vom 31. Juli 1903 kam der Vertrauensmann der Arbeiterschaft im Regierungsrat zum Schluss, es sei dem Gesuch zu entsprechen, nicht zuletzt, weil der Arbeiterbund das Recht auf Gleichbehandlung mit andern Interes-

senverbänden wie z.B. der Handelskammer Basel habe. Der Regierungsrat wies am 30. September 1903 den Bericht Wullschlegers an das Departement des Innern zurück mit dem Auftrag, über die Frage eines staatlich organisierten und politisch neutralen Arbeitersekretariats Bericht zu erstatten. Die Bedenken des mehrheitlich bürgerlichen Regierungsrats galten dabei weniger dem Umstand, dass mit der Annahme des Gesuchs für die Schweiz ein Präzedenzfall geschaffen worden wäre, als der agitatorischen Tätigkeit Wassilieffs und seinem Verhalten im Maurerstreik. Jedenfalls war die Klassenkampfatmosphäre des Jahres 1903 wenig geeignet, dem an sich gerechtfertigten Anliegen den Weg zu öffnen. Ein zweiter Entwurf Wullschlegers vom 30. Oktober, der für das Basler Arbeitersekretariat eine ähnlich breite Grundlage vorsah wie für das Schweizerische Arbeitersekretariat, erhielt mit geringfügigen Änderungen die Zustimmung des Regierungsrats, wurde aber vom Arbeiterbund abgelehnt, da die Subventionsbedingungen die Unabhängigkeit des Sekretariats in Frage stellten. In der organisierten Arbeiterschaft war man überzeugt, ein Danaergeschenk zurückgewiesen zu haben, und fand in der Folge die Mittel, das Arbeitersekretariat *ohne staatliche Hilfe* durchzuhalten.²⁷⁾

Neben der Überlastung wirkte sich die *Enge der Räumlichkeiten*, über die das Arbeitersekretariat verfügte, sehr ungünstig auf die Tätigkeit Wassilieffs aus. Die Verhältnisse verschlimmerten sich noch, als das Hotel Bellevue, wo das Sekretariat zuerst einquartiert war, abgebrochen wurde und der Arbeitersekretär an die Spiegelgasse 6 umziehen musste.²⁸⁾ Hier fehlte es sogar an einem Audienzzimmer, so dass keine ungestörte private Aussprache möglich war.

Die Tätigkeit als Rechtsberater der Basler Arbeiterschaft liess Wassilieff bald tiefe Blicke in die *Handhabung des Fabrikgesetzes durch die Arbeitgeberschaft* tun. Da er rücksichtslos gegen jede Übertretung auftrat und die Praktiken gewisser Firmen, Versicherungsgesellschaften und Ärzte im «Vorwärts» der Öffentlichkeit preisgab, gelegentlich sogar einklagte, war er in Industrie- und Gewerbekreisen bald der *bestgehasste Mann Basels*. Die Feindschaft gegen den Arbeitersekretär verschärfte sich noch, als er sich auch zum Anwalt der Dienstboten gegen deren Herrschaft und zum Fürsprecher des Wirtschafts- und Hotelpersonals aufwarf, das zu jener Zeit unter bedenklichen Arbeitsbedingungen litt. Waren der persönliche Einsatz und der Mut Wassilieffs auch bewundernswert, so kann ihm doch ein Vorwurf nicht erspart werden: Allzu häufig wurde er das *Opfer falscher Informationen*. Von impulsiver Natur, war er nicht objektiv und geduldig genug, eingegangene Klagen genau nachzuprüfen. So prellte er oft vor, ohne genügend dokumentiert zu sein, und musste dann, der ungenauen Information überführt, den Rückzug antreten. Wassilieff hat damit als Arbeitersekretär, Genossenschafts- und Grossrat der Arbeiterbewegung Basels grossen Schaden zugefügt.

Unbestritten sind dagegen die Verdienste des Arbeitersekretärs um den *Ausbau der gewerkschaftlichen Bewegung* und damit des Arbeiterbunds in Basel. Was er hier geleistet hat, scheint über die Kräfte eines einzelnen Mannes hinauszureichen. Un-



Dr. Nikolai Wassilieff

zählige Gewerkschaften, darunter jene der Chemiewerker, sind von ihm gegründet worden, manche davon, so den Verein der Handwerker und Arbeiter, hat er während längerer Zeit präsiert, für alle hat er agitiert. Der erstaunliche *Aufschwung des Basler Gewerkschaftswesens* nach der Jahrhundertwende ist im wesentlichen *das Werk des ersten Arbeitersekretärs*.

Dazu trugen auch die *Broschüren* bei, die Wassilieff – anfänglich mit Unterstützung Wulschlegers – in beträchtlicher Zahl in der kurzen Spanne seines Wirkens in Basel

herausgab. Er entlarvte darin die Methoden des Klassenkampfes von rechts, beschrieb drastisch die Arbeitsbedingungen besonders schlecht gestellter Arbeiterkategorien und orientierte die Basler Arbeiterschaft über die ausländische Arbeiterbewegung.²⁹⁾ Dass diese kleinen Schriften auch ausserhalb der Arbeiterschaft ihre Wirkung hatten, beweisen die Unterschriften zum «Initiativbegehren zu einem Gesetz betreffend Schutz der Bäckereiarbeiter», das durch eine Broschüre Wassilieffs vorbereitet worden war. Unter den ausserhalb der Arbeiterschaft stehenden Unterzeichnern finden sich neben zahlreichen Kaufleuten auch eine beträchtliche Zahl von Lehrern und Akademikern sowie Studenten (unter andern Felix Moeschlin), ferner – als einziger Professor – der Vorkämpfer der Abstinenz Gustav Bunge.³⁰⁾

Dagegen liess die immer stärker werdende Beanspruchung des Arbeitersekretärs durch die Arbeitskämpfe in den Jahren 1903 und 1905 diesen nicht zur Verwirklichung der bei Amtsantritt geplanten *Sozialstatistiken* kommen, was vom Standpunkt der Sozialgeschichte bedauernswert ist. Die Schrift über den Arbeiterbund im Jahr 1906 ist dafür nur ein sehr unzulänglicher Ersatz.

Über die Tätigkeit Wassilieffs zur Weiterbildung der Arbeiterschaft wird an anderer Stelle zu berichten sein.

Von nicht geringer Bedeutung dürfte schliesslich der Umstand sein, dass der erste Arbeitersekretär Basels *Abstinent* war. Wenn der Alkoholkonsum in der Basler Arbeiterschaft nachgewiesenermassen nach der Jahrhundertwende deutlich zurückging, so mag daran das Beispiel des jeden Abend in einem andern Fachverein auftretenden und beharrlich das traditionelle Glas Bier zurückweisenden ehemaligen Arztes mitbestimmend gewesen sein.

Die persönlichen Reibungen und ideologischen Auseinandersetzungen zwischen dem kombattanten Arbeitersekretär und der vorsichtig taktierenden Parteileitung liessen schon frühzeitig Gerüchte über einen Wegzug Wassilieffs aufkommen. Im Mai 1905 verdichteten sie sich zur Vermutung, der ehemalige Russe werde das Arbeitersekretariat St. Gallen übernehmen und durch Grossrat Rimathé ersetzt werden, der eben damals eine bedeutende Rolle im Basler Gewerkschaftswesen zu spielen begann.³¹⁾ Als sich Wassilieff im Frühjahr 1906 aus nicht mehr genau abzuklärenden Gründen wirklich beurlauben liess, wurde aber nicht Rimathé, sondern der in Basel erstmals am 4. Februar dieses Jahres öffentlich auftretende Zürcher Robert Grimm als Stellvertreter gewählt.³²⁾ Am 8. März bereiteten die engern Freunde dem *nach Russland zurückkehrenden* Wassilieff einen schlichten, aber herzlichen Abschied.³³⁾ Die Arbeitgeberschaft und die Vertreter der bürgerlichen Parteien atmeten auf, die Parteiführung und ein beträchtlicher Teil der schweizerischen Arbeiterschaft, die sich am Radikalismus Wassilieffs gestossen hatten, nicht weniger; in den Kreisen der ausländischen Arbeiter wurde der Verlust als unersetzbar empfunden.

Wenn man in bürgerlichen Kreisen gehofft hatte, mit dem *Wechsel im Arbeitersekretariat* werde dort ein milderer Wind wehen, so zeigte sich bald, dass man sich arg getäuscht hatte. Der junge *Robert Grimm*, der sein Amt mitten in schärfsten Arbeits-

konflikten antrat, erwies sich seinem Vorgänger an Vitalität, Arbeitskraft und agitatorischen Fähigkeiten als ebenbürtig. Vorübergehend Abstinenter, zu jener Zeit asketisch aussehend, wirkte er mit seinen dunklen, durchdringenden Augen fast unwiderstehlich auf seine Umgebung. Intelligent, zum Führer und zum Redner geboren, aus Überzeugung revolutionärer Sozialist wie der ehemalige Russe, war er doch Schweizer und Taktiker genug, um sich weniger Blößen zu geben als dieser. *In kurzer Zeit erwarb er sich das Vertrauen sowohl der ausländischen wie der einheimischen Arbeiterschaft, aber auch den Hass seiner politischen Gegner.* Im Juli 1906 wurde er vom Arbeiterbund definitiv als Nachfolger Wassilieffs gewählt; auf die in den Statuten vorgesehene Urabstimmung wurde in Anbetracht der offensichtlichen Popularität Grimms verzichtet.³⁴⁾ Bald geriet der mit dem Gedanken der Massenaktion spielende Arbeitersekretär in denselben *Gegensatz zur Parteileitung* wie sein Vorgänger. Völlig überraschend reichte er im Sommer 1907 nach nicht einmal anderthalbjähriger Tätigkeit die Demission ein. Bestimmend dafür dürfte neben den Konflikten mit den Parteiführern die im Zeitalter des vollen Klassenkampfes immer unerträglicher werdende Überlastung gewesen sein; aber auch die spezifisch baslerischen Schwierigkeiten, die sich der gewerkschaftlichen Erfassung der Arbeiterschaft darboten, scheinen Grimm zu diesem Entschluss geführt zu haben.³⁵⁾ An Möglichkeiten anderweitiger führender Tätigkeit fehlte es für einen tüchtigen Arbeiterpolitiker in jenen Jahren in der Schweiz nicht; es spricht vieles dafür, dass der Basler Arbeitersekretär entsprechende Angebote erhielt. Sogleich wurde die Stelle ausgeschrieben.³⁶⁾ Die Bewerber scheinen aber nicht das nötige Format gehabt zu haben, so dass sich Grimm erweichen liess und vorläufig im Amt blieb. Im Herbst 1908 wurde die Stelle erneut ausgeschrieben, mit demselben negativen Ergebnis wie ein Jahr zuvor.³⁷⁾ Nachdem sich die Aussicht zerschlagen hatte, Grimm als Redaktor des «Vorwärts» der Basler Arbeiterbewegung zu erhalten, zog der Ostschweizer *als Redaktor nach Bern*, wo er die Stätte seiner sich bald auf den nationalen Boden ausdehnenden jahrzehntelangen Wirksamkeit fand, die ihn zum *Führer der schweizerischen Sozialdemokratie* aufsteigen liess.

Vom 31. Januar 1909 an war die Stelle des Basler Arbeitersekretärs vakant, nachdem der Sekretär des Metallarbeiterverbands, Dürr, im Hinblick auf das knappe Mehr der Stimmen die auf ihn erfolgte Wahl ausgeschlagen hatte. Die laufenden Geschäfte wurden schlecht und recht durch den im Sommer 1907 als Bürohilfskraft eingestellten Leiter des Schriftenverkaufs, Weiss, erledigt.³⁸⁾

Im Herbst 1909 gelang es dem Ausschuss des Arbeiterbunds endlich, einen *geeigneten Nachfolger Grimms* zu finden, und zwar in der Person des Verwalters der Typographia Basel, *Adolf Gass*.³⁹⁾ Bis dieser seine bisherigen Verpflichtungen gelöst hatte, vergingen allerdings weitere Monate der Untätigkeit im Arbeitersekretariat, was den Arbeiterbund und das gesamte Gewerkschaftswesen Basels um ein gutes Stück zurückwarf. Erst am 3. Januar 1910 konnte der neue Arbeitersekretär sein Amt antreten. *In die Jahre seines Wirkens fällt die beste Zeit der Arbeiterbewegung Basels vor dem Ersten Weltkrieg.* Weniger gebildet und weniger Führernatur als seine beiden

Vorgänger, vermochte er doch in kürzester Zeit sowohl das *Vertrauen aller Gewerkschaften* – auch der deutschen – *wie der Partei* zu gewinnen, die er 1911 sogar präsi- dierte.⁴⁰⁾ Wenn in den letzten Vorkriegsjahren die Arbeiterbewegung Basels ge- schlossener auftrat als zur Zeit Wassilieffs und Grimms, so war dies weithin ein Verdienst des unermüdlichen, als Agitator wie als Vermittler gleich tüchtigen, seine Herkunft aus der Arbeiterschaft nie vergessenden neuen Arbeitersekretärs.

Als sich im August 1912 die Delegierten des Arbeiterbunds endlich zu einer Erhö- hung des Jahresbeitrags bereitfanden, konnte ein altes Postulat verwirklicht werden: die *Schaffung des Postens eines zweiten Arbeitersekretärs*. Tatsächlich war durch das bisherige Einmannsystem an den Kräften der Arbeitersekretäre Raubbau getrieben worden, und die beiden kurzfristigen Versuche mit Hilfskräften hatten sich aus per- sönlichen (Stelzer 1905) und organisatorischen Gründen (Weiss seit 1907) nicht be- währt. Im September 1912 nahm der anlässlich des Generalstreiks aus Zürich ausge- wiesene *Max Bock* seine Tätigkeit neben Adolf Gass auf; höchstwahrscheinlich ist der Posten ad personam geschaffen worden.⁴¹⁾ Mit dem Deutschen Max Bock, der sich vor allem der Jugendorganisation der Partei annahm, hielt einmal mehr der Ra- dikalismus im Arbeitersekretariat Einzug, doch gelang es Gass immer wieder, die auftretenden Gegensätze zwischen der ausländischen Arbeiterschaft, die in Bock ihren Vertrauensmann sah, und dem schweizerischen Arbeiterelement sowie der Par- teiführung zu überbrücken.

Seitdem das Arbeitersekretariat im September 1911 von den Räumlichkeiten am Blumenrain 5, wohin es 1904 nach der kurzen Spiegelgasse-Notlösung verlegt worden war, in die dem Staat gehörende *Liegenschaft zur Burgvogtei* an der Rebgasse 14 übergesiedelt war, waren nun auch die äusseren Arbeitsbedingungen erträglicher ge- worden.⁴²⁾ Besonders günstig wirkte sich dabei aus, dass die Lokalsekretariate der Typographen, Holz- und Metallarbeiter, also der bedeutendsten gewerkschaftlichen Organisationen Basels, im selben Gebäude untergebracht waren.

Als 1914 der Krieg ausbrach, stellte das um die Jahrhundertwende gegründete Ar- beitersekretariat eine Institution dar, die *aus dem öffentlichen Leben Basels nicht mehr wegzudenken* war. Nicht zuletzt dank dem besonnenen Wirken von Adolf Gass hatte es sich schliesslich auch bei der immer noch mehrheitlich bürgerlichen Regie- rung und in der Bevölkerung Achtung und Sympathien erworben, obschon der Klas- senkampf unvermindert andauerte. Das grösste Verdienst an seiner Entwicklung kommt aber trotz allem dem ersten Amtsinhaber, Wassilieff, zu, dessen Gedenken in der Basler Arbeiterschaft noch jahrelang erhalten blieb.

g) Die Arbeitslosenkasse des Arbeiterbunds Basel

In aller Kürze ist hier noch eines Unternehmens zu gedenken, das *Episode* geblie- ben ist, aber während einiger Jahre die organisierte Arbeiterschaft Basels stark be- schäftigt hat.

Nachdem die gesetzgeberische Regelung der Arbeitslosenunterstützung, wie sie die sozialdemokratische Grossratsfraktion gefordert hatte, in der Volksabstimmung des Jahres 1900 verworfen worden war, ging Wassilieff mit aller Energie daran, *das Problem der Arbeitslosenfürsorge auf dem Boden des Arbeiterbunds zu lösen*. Die Arbeitslosenkasse des Basler Arbeiterbunds ist denn auch fast ausschliesslich sein Werk – man ist versucht, sie auch sein Lieblingskind zu nennen.

Nach einem Entwurf des Arbeitersekretärs am 15. April 1901 als dritte Institution dieser Art in Europa gegründet, sollte sie allen in Basel wohnhaften und beschäftigten Arbeitern offen stehen. Nach § 3 der Statuten hatte sie den arbeitslosen Mitgliedern gegen geringe Monatsbeiträge angemessene Taggelder zu verabfolgen, dabei aber arbeitsscheue Elemente fernzuhalten. Die Verwaltung sollte in den Händen des Arbeitersekretärs liegen.⁴³⁾ Die Statuten sahen *Aktiv-(Arbeiter-) und Passivmitglieder* vor; diese erklärten sich bereit, jährliche Unterstützungsbeiträge zu zeichnen.

Ein Jahr nach der Gründung zählte die Kasse 866 Arbeiter- und 100 Passivmitglieder. Unter diesen, die zusammen rund 1000 Franken zur Finanzierung beitrugen, befanden sich zahlreiche Vertreter der Arbeitgeberschaft und des öffentlichen Lebens, unter andern Regierungsräte, Gerichtspräsidenten und Pfarrer.⁴⁴⁾

Im nächsten Jahr stieg die Mitgliederzahl auf 1174 an. An 168 Mitglieder, wovon 100 Ausländer, wurden über 5300 Franken Unterstützungsgelder ausbezahlt. Da sowohl der Staat wie der ACV das Unternehmen mit je 1000 Franken subventionierten, schloss die Jahresrechnung dennoch mit einem Saldo von über 3000 Franken ab.⁴⁵⁾

Ein wesentlich weniger erfreuliches Bild bot sich im nächsten Jahr dar. Wassilieff nennt im Jahresbericht 1903/04 die beiden wichtigsten Gründe für den fünfzigprozentigen Mitgliederschwund: die *Vernachlässigung der finanziellen Pflichten* durch die vorwiegend dem Baugewerbe angehörenden Mitglieder, die meist nach kurzer Zeit zum Austritt oder nach einer längeren Frist zum Ausschluss führte, und die *Konkurrenz durch die eigene Arbeitslosenkassen einführenden Zentralverbände*.

Trotz starker Agitation konnte der Mitgliederverlust in den nächsten Jahren nicht wettgemacht werden. Im durch zahlreiche Aussperrungen gekennzeichneten Kampfsjahr 1905/06 zahlte die Kasse an 207, d.h. 41% der Aktivmitglieder 6774 Franken aus, was die Finanzen einer starken Belastung aussetzte, obwohl die Regierung ihre Subvention verdoppelt hatte.⁴⁶⁾

Kurz vor seinem Wegzug von Basel gelang es Wassilieff, zur Rettung des Unternehmens eine Verbesserung der Bedingungen für die Mitglieder durchzusetzen.⁴⁷⁾ Die Institution war aber nicht mehr zu retten. Zu den oben genannten Schwierigkeiten trat die Unlust des neuen Arbeitersekretärs, auf ein Unternehmen viel Zeit zu verwenden, das nach der Lage der Dinge zum Untergang bestimmt war. Einige Jahre vegetierte die Arbeitslosenkasse des Arbeiterbundes, die auch dessen Ausschuss immer mehr zur Last wurde, noch weiter. Als 1909 eine gesetzliche Regelung der Arbeitslosenfrage nun doch greifbare Gestalt annahm, *löste sich die Kasse des Arbeiterbunds auf*. Den Rest ihres bescheidenen Vermögens übermittelte sie der staatlichen

Institution.⁴⁸⁾ Als Übergangslösung hat sie zahlreiche Familienväter in bitterster Not vor der Armengenössigkeit oder gar vor barem Hunger bewahrt. Das Verdienst dafür kommt fast ausschliesslich dem Armenanwalt Wassilieff zu.

h) Bildungstätigkeit

Die 1901/02 erfolgte Arbeitsteilung zwischen der lokalen Parteisektion und dem Arbeiterbund Basel wies diesem praktisch das ganze Bildungswesen innerhalb der organisierten Arbeiterschaft zu.

Wassilieff wurde sich schon bald nach Aufnahme seiner Tätigkeit in Basel der Zersplitterung im Arbeiterbildungswesen bewusst und ergriff die Initiative dazu, dieses auf einen neuen und umfassenderen Boden zu stellen. Vorsichtig begnügte er sich zunächst mit der Einführung von *Volksbildungskursen für das Winterhalbjahr*. Neben Universitätsdozenten stellten sich dafür im Winter 1901/02 Dr. Hermann Blocher und der Arbeitersekretär selber zur Verfügung.⁴⁹⁾

Der erste Versuch scheint befriedigende Ergebnisse gezeitigt zu haben; jedenfalls wurde er im nächsten Winter in grösserem Massstab wiederholt. Die Vorträge waren auch für Nichtorganisierte offen und unentgeltlich, der Staat beteiligte sich daran mit einer kleinen Subvention. Wieder teilten sich Universitätsdozenten und die wenigen Akademiker der Partei (Blocher, Wassilieff und Knörr) in die Kursleitung. Die Thematika berührten juristische, nationalökonomische, hygienische und naturwissenschaftliche Fragen neben solchen des Sozialismus. Professor A. Burckhardt führte eine um die Jahrhundertwende von Grossrat Rudolf Schweizer begründete Tradition weiter, wenn er an der Malerei Interessierte in die Schätze des Kunstmuseums einführte.⁵⁰⁾

*Bei diesem Modus der Durchführung blieb es in den nächsten Jahren, doch stellte sich der erhoffte Erfolg nicht ein.⁵¹⁾ Die Ursachen dafür können nur vermutet werden. Entscheidend für die geringe Beteiligung war wohl weiterhin das mangelnde Interesse der schweizerischen, vor allem der unorganisierten, meist den untersten Berufsschichten angehörenden Arbeiterschaft. Dazu kam, dass die Führer von Partei und Arbeiterbund durch die politische, gewerkschaftliche und genossenschaftliche Tätigkeit derart belastet waren, dass für Bildungsbestrebungen kaum mehr Zeit blieb. Die nun nicht mehr abreissende Kette von Arbeitskämpfen hätte die organisierten Arbeiter eigentlich zum Besuch von bildenden Veranstaltungen führen müssen, in welchen die theoretischen und taktischen Grundlagen der Bewegung zur Sprache kamen, doch scheint eher das Gegenteil der Fall gewesen zu sein: *Der Kampf um erträgliche Arbeitsbedingungen drängte alle andern Bestrebungen in den Hintergrund, der Klassenhass überwog die Einsicht in das Wesen des Klassenkampfes. Erschwerend wirkte sich schliesslich die ungelöste Lokalfrage aus. Solange der Arbeiterschaft kein eigenes Heim mit geeigneten, grossen Vortrags- und Kursräumen zur Verfügung stand, mussten alle Bildungsbestrebungen Stückwerk bleiben.**

Wassilieff blieb bis zu seinem Wegzug von Basel die *Seele und der Kopf aller Bildungsbestrebungen* des Arbeiterbunds. Als die Erfahrung erwies, dass die zentralen Veranstaltungen nicht auf das erhoffte Interesse stiessen, verdoppelte er seine Anstrengungen in den gewerkschaftlichen Fachvereinen und in den Organisationen der Partei. So bot er den Sektionen des Arbeiterbunds im Winter 1903/04 folgende Vortragsthemata an: 1. Schweizerisches Fabrikgesetz 2. Unfall- und Haftpflichtgesetzgebung 3. Was ist der Arbeitslohn? 4. Die Arbeitslosigkeit und unsere Arbeitslosenkasse. 5. Die Bedeutung der gewerkschaftlichen und politischen Organisation der Arbeiterklasse 6. Sind die Sozialdemokraten Hetzer und Wühler? 7. Anarchismus und Sozialdemokratie 8. Opportunisten im Lichte des Dresdner Parteitags 9. Moderne Industrie und Sozialismus 10. Freuden und Leiden eines Arbeitersekretärs (1889–1903) 11. Meine russischen Erinnerungen (1877–79).⁵²⁾ Aus der lokalen Parteizeitung und den Berichten des Arbeiterbunds geht hervor, dass der Arbeitersekretär in den über fünf Jahren seiner Tätigkeit nicht nur diese Themata unzählige Male behandelt, sondern darüber hinaus versucht hat, das damalige *mechanistisch-materialistische Weltbild*, das vor allem auf den Schriften *Ernst Haeckels* beruhte, in popularisierter Form in die Arbeiterschaft hineinzutragen. Gespräche mit Veteranen der Partei beweisen, dass er damit bei den aufgeweckteren Arbeitern und den Führern des zweiten Glieds nicht geringen Anklang gefunden hat.

Sowohl der Ausschuss des Arbeiterbunds wie der neue Arbeitersekretär Grimm waren in den Jahren 1906/07 mit den Arbeitskämpfen und dem Ausbau der Organisation vollauf beschäftigt, so dass die Bildungsarbeit erneut in den Hintergrund trat. Erst auf den *Winter 1908/09* wurde wieder ein umfassendes Programm für die nun schon zur Tradition gewordenen *Volksbildungskurse* vorgelegt. Auf Universitätsdozenten wurde diesmal verzichtet, hatte doch die Sozialdemokratie nun selber genügend fähige Referenten und Kursleiter aufzuweisen. Der damals in Basel wohnhafte spätere Historiograph des Schweizerischen Gewerkschaftsbunds, Friedrich Heeb, leitete einen einmal wöchentlich während des ganzen Winterhalbjahres im «Rebhaus» stattfindenden Referentenkurs. In zweimonatigen Vortragszyklen sprachen Dr. Knörr über das Arbeitsrecht, Dr. Hermann Blocher über die Grundbegriffe der Nationalökonomie und der Jurist Dr. Welti über die deutschen Klassiker. An Einzelveranstaltungen referierten Frau Dr. Balabanoff über die soziale Bewegung in Italien, Grossrat Jaeggi über das britische Genossenschaftswesen, Dr. Eugen Blocher über schweizerisches Verfassungsrecht und der Kantonsstatistiker Dr. Mangold über Statistik und Volkswirtschaft.⁵³⁾

Teuerung, Arbeitslosigkeit und Misserfolge in den Arbeitskämpfen scheinen im Frühjahr 1909 in der organisierten Arbeiterschaft zu einer *Resignationsstimmung* geführt zu haben, so dass die Vortragszyklen im März wegen Teilnehmerschwund abgebrochen werden mussten. Dieser peinliche Vorfall alarmierte die Intellektuellen in der Bewegung. Im Januar 1910 wurde eine *Kommission für Volksbildungskurse gebildet* und mit Dr. Welti ein Mann von gediegener Bildung und sicherem Instinkt für die

Bildungsbedürfnisse der Arbeiterschaft an die Spitze gestellt.⁵⁴⁾ Welti war aber beruflich und politisch zu sehr belastet, als dass er das von ihm erhoffte Reformwerk hätte vollbringen können, und der Arbeiterbund trug zu dem Misserfolg noch bei, als er ihn im Mai 1910 für den ausfallenden Dr. Strub zum Präsidenten des Ausschusses wählte.

Als 1911 Arbeitersekretär Adolf Gass das Parteipräsidium übertragen wurde, waren die Voraussetzungen erfüllt, um die am Bildungswesen interessierten Kräfte in Partei und Arbeiterbund – vornehmlich Akademiker, Lehrer und Studenten – zu einer gemeinsamen Anstrengung zu vereinen. Es wurde ein *Bildungsausschuss* gebildet, und dieser entwarf sogleich ein *umfassendes Programm*. Neben den Volksbildungskursen sollte auch das Bibliothekswesen auf eine neue Grundlage gestellt werden, im übrigen war die Tätigkeit vor allem auf die *Gewinnung der Jugend* gerichtet. Mit dem Vorsitz im engern Vorstand wurde *VSK-Sekretär Fallet* betraut, der zugleich die Unterausschüsse für das Bildungs- und Jugendwerk präsidierte. Da die Mehrzahl der Mitglieder den Ausschusssitzungen wegen Kollision mit andern Anlässen nur unregelmässig beiwohnen konnten, lag fast die gesamte Verantwortung und Arbeitslast auf den Schultern des tüchtigen und initiativen Präsidenten. Umso erstaunlicher ist es, dass es diesem gelang, *das ganze Arbeiterbildungswesen zu reorganisieren* und auf eine Höhe zu bringen, die in der Basler Sozialdemokratie kaum mehr erreicht worden ist.⁵⁵⁾

Das Bildungswerk für das Winterhalbjahr 1911/12 unterschied vier Formen von Bildungsveranstaltungen: Vortragsabende, Unterrichtskurse, Besuche und Exkursionen, literarische und Kunstabende. Die acht Wochen dauernden *Kurse* führten die Teilnehmer in die sozialdemokratischen Programme, in die Volkswirtschaftslehre und in die Stenographie ein. *Besucht* wurden über das ganze Semester jeweils am Sonntagmorgen die Basler Museen, kommunale Anstalten wie das Schlachthaus und das Gaswerk und industrielle Betriebe. Die *künstlerischen Veranstaltungen* brachten Einführungen in das Werk von Dichtern und Malern, Lesungen, Rezitationen und Theatervorstellungen. In den *Vortragsabenden* kamen neben den in der Arbeiterbildung der Vorkriegszeit üblichen Themata vor allem Erziehungs- und Jugendfragen zur Sprache, wozu die Eltern der Arbeiterkinder besonders eingeladen wurden. Als Referenten und Kursleiter stellten sich neben der Elite der Basler Sozialdemokratie auswärtige, vornehmlich der Partei angehörige Fachleute zur Verfügung, darunter Jakob Lorenz, Robert Grimm, August Huggler, Fritz Platten, Johann Sigg und Otto Lang. Der Erfolg übertraf die kühnsten Erwartungen. Während in früheren Jahren durchschnittlich 30–40 Personen bei Vortragsabenden erschienen waren, stellten sich jetzt regelmässig *100–200 Zuhörer* im Johanniterheim ein. Hatte sich früher die Teilnehmerzahl bei Kursen bis zum Schluss derart vermindert, dass diese vorzeitig abgebrochen werden mussten, so hielten jetzt bei einem Anfangsbestand von 60 Teilnehmern 40 bis zum Schluss durch.⁵⁶⁾

Im folgenden Jahr wurde der Bildungsausschuss auf die fünf bisher aktivsten Mitglieder reduziert. Seine Tätigkeit wurde allerdings durch den internationalen soziali-

stischen Friedenskongress stark beeinträchtigt, umsomehr als Präsident Fallet dem Kongresskomitee vorstand.⁵⁷⁾ Im grossen ganzen entsprach das Bildungsprogramm dem des Vorjahres, doch traten die Erziehungs- und Jugendfragen diesmal zurück, da die Jugendorganisation und die Partei- und Gewerkschaftsorganisationen sich ihrer vermehrt annahmen. Dafür erhielten die Naturwissenschaften verstärktes Gewicht, und erstmals wurde – unter Arbeitersekretär Bock – die *wirtschaftliche Stellung der Frau in Vergangenheit und Gegenwart* in der Form eines ganzen Vortragszyklus der Basler Arbeiterschaft nahegebracht. Dem Stenographie- schloss sich ein Buchhaltungskurs an.⁵⁸⁾

Im Sommer 1913 trat Fallet unvermittelt von seinem Posten zurück und kehrte zugleich der Partei den Rücken. Die Gründe zu diesem für die Basler Arbeiterbildung bedauerlichen Schritt sind quellenmässig nicht mehr zu belegen, doch darf vermutet werden, dass der hervorragende Organisator bei Partei und Arbeiterbund nicht genügend Unterstützung fand und schliesslich die Geduld verlor.^{58a)} Eine Vertrauensmännerversammlung des Arbeiterbunds leitete im Juli 1913 eine Reorganisation des ganzen baslerischen Arbeiterbildungswesens ein und bestellte zu diesem Zweck einen neuen, vierzehngliedrigen Ausschuss. Das Präsidium wurde dem Studenten der Rechte, Wille, übertragen, der schon dem früheren Ausschuss angehört hatte. Im Gegensatz zu diesem überwogen die gewerkschaftlichen Mitglieder gegenüber den eigentlichen Parteileuten.⁵⁹⁾

Das letzte Vorkriegsprogramm des Basler Arbeiterbildungsausschusses stellte an Mannigfaltigkeit alle bisherigen in den Schatten. Die Vorträge und Kurse fanden je nach Art und Teilnehmerzahl im Rebhaus, im Johanniterheim, in der Safranzunft und im Bernoullianum statt. Die Einzelveranstaltungen wurden im September 1913 durch einen Vortrag des sozialdemokratischen Wiener Arztes Dr. Wlassak über Alkoholismus und Volkswirtschaft eingeleitet. Dank den Bemühungen der Abstinenzvereine wohnten dem Vortrag 270 Zuhörer bei. Es folgte ein Vortrag eines weiteren Arztes über Ernährungsfragen, ein Referat Marie Walters über die Frau und den Sozialismus, zwei weitere Vorträge über Frauenfragen und ein Referat Jaeggis über den Kampf der Schweiz gegen die Weltmarktskonkurrenz. Dass geschichtliche Thematika auf wenig Interesse bei der Arbeiterschaft stiessen, musste sogar der unterdessen zum Nationalrat avancierte ehemalige Basler Arbeitersekretär Robert Grimm erfahren: Nur 46 Zuhörer folgten seinen Ausführungen über die Entstehung des schweizerischen Bundesstaats. Wesentlich bessern Besuchs erfreuten sich die *Kursabende*. So zog jener des sozialdemokratischen Zürcher Naturforschers Bommeli durchschnittlich über 300 Teilnehmer an, während derjenige des Basler Sekundarlehrers Dr. Baumeister über Ursprung und Entwicklung des Menschengeschlechts und die Vortragsfolge von Fritz Platten über die Geschichte des Sozialismus nur 50 Zuhörer zu mobilisieren vermochten – verglichen mit heutigen Verhältnissen immerhin erstaunliche Zahlen. Grosse Anziehungskraft übten die literarischen Abende aus, die im Durchschnitt vor einem zweihundertköpfigen Auditorium stattfanden. Am

meisten Erfolg war dem sozialdemokratischen Berliner Rezitator Waldkotte mit einer Einmann-Darbietung des sozialen Dramas «Die im Schatten leben» von Rosenow beschieden, doch fanden auch ein Heine- und ein Gorkiabend ein starkes Echo. Im Durchschnitt sämtlicher Veranstaltungen machten die weiblichen Zuhörer rund ein Drittel aus; *die Ausländer – vorwiegend Deutsche – stellten 60% der Teilnehmer*. Die vom Bildungsausschuss angestellten statistischen Erhebungen ergaben ferner, dass die Organisierten deutlich überwogen.⁶⁰⁾

Dieselbe *Zersplitterung*, die die Arbeiterbildung durch das gesprochene Wort um die Jahrhundertwende charakterisierte, traf auch für das *Bibliothekswesen* zu.

Gegenüber den grossen Beständen der Bibliotheken des *Deutschen Arbeitervereins* und des *Grütlivereins Grossbasel* stellte die rund 250 Bände umfassende Bücher- und Zeitschriftensammlung des *Arbeiterbunds* für eine fast die gesamte organisierte Arbeiterschaft umfassende Institution eine kaum ins Gewicht fallende Bildungsgrundlage dar. Dass sich der Bestand bis 1905 verdoppelte, war weitgehend den Anstrengungen Wassilieffs zu verdanken. Noch bedeutender als die quantitative und qualitative Ausgestaltung war die Verlegung der Bücherei von der Vorwärtsredaktion in das leichter zugängliche Arbeitersekretariat.⁶¹⁾ Eine erhebliche Vergrösserung erfuhr die Bibliothek des Arbeiterbunds im Jahre 1906 durch die Übernahme der Sammlung des sich auflösenden Clubs «Vorwärts» sowie durch beträchtliche Neuanschaffungen und Schenkungen des Basel verlassenden Arbeitersekretärs.⁶²⁾

Ein *neu angelegter Katalog* unterschied neun Abteilungen. Pièce de résistance der Abteilung A (Sammelschriften, Zeitschriften, Kalender) stellte das wissenschaftliche Kampforgan der deutschen SP, «Die Neue Zeit», dar. Das Schwergewicht der Abteilung B (Geschichte) lag auf Darstellungen der Revolutionen von 1789 und 1848 und der Kommune von 1871, sowie auf Büchern über die Geschichte des Sozialismus. In der Abteilung C (Biographien) waren vor allem Lebensbeschreibungen der bedeutendsten Arbeiterführer vereinigt. Unter den in Abteilung D zusammengefassten Werken über Geographie und Völkerkunde nahmen die Reisebeschreibungen Nansens und Sven Hedins die erste Stelle ein. Die Abteilungen E und F umfassten Bücher über Naturwissenschaft und Technik. Rechtskunde, Politik, Volkswirtschaft, Soziales, Gewerkschafts- und Genossenschaftswesen, Gesundheitswesen, Handel und Verkehr waren in der grössten Abteilung, G, vereinigt. Hier waren die sozialistischen Theoretiker, von den Utopisten über Marx/Engels und Lassalle bis zu den grossen Zeitgenossen Bebel, Bernstein und Kautsky mit ihren wichtigsten Werken vertreten. Das meistgelesene Werk der Abteilung H (Philosophie, Pädagogik, Ethik und Ästhetik, Theologie, Sprachwissenschaft) stellte *Langes «Geschichte des Materialismus»* dar, versehen mit Anmerkungen des ehemaligen Arbeitersekretärs. In der letzten Abteilung war die Schöne Literatur zusammengefasst.⁶³⁾ Bis Mitte des Jahres 1907 wuchs die Bibliothek des Arbeiterbunds auf annähernd 1000 Nummern an, doch wurden davon im Laufe des Berichtsjahres nur 402 ausgeliehen.⁶⁴⁾

Im Zusammenhang mit der Gesamtorganisation der Arbeiterbildung entstand

1910 eine Bibliothekskommission.⁶⁵⁾ Zu einer wirklichen Neuordnung kam es aber erst, als in den folgenden Jahren unter dem Präsidium des Jurisprudenzstudenten Wille eine neue Kommission mit den beiden Sekundarlehrern Glatz und Hauser die Aufgabe energisch anpackte.⁶⁶⁾

Wille begann sein Reorganisationswerk mit einer Bestandesaufnahme sämtlicher von Arbeiterorganisationen unterhaltenen Bücher- und Broschürensammlungen. Grössere Bibliotheken besaßen in diesem Zeitpunkt neben dem Arbeiterbund der Deutsche Arbeiterverein, die Typographen und die Metallarbeiter, kleinere Sammlungen wiesen die Buchbinder, die Lederarbeiter, die Lithographen, die Textilarbeiter, die Süddeutschen Eisenbahner, der Arbeiterinnenverein, die Mitgliedschaft Kleinhüningen und der Sozialdemokratische Abstinentenbund auf. Der Grütliverein hatte nach Auflösung der Sektion Grossbasel wahrscheinlich einen Teil seines Bestandes der Arbeiterbunds-Bibliothek geschenkt.

Die Bemühungen der neuen Kommission gingen nun dahin, unter Belassung der eine lange Tradition aufweisenden grösseren Bibliotheken die kleineren und mittleren jener des Arbeiterbunds einzuverleiben und damit *das Bücherwesen wenigstens teilweise zu zentralisieren*. Sie hatte damit allerdings nur beschränkt Erfolg. Nach Ausscheidung veralteter Bestände wurde *ein neuer Katalog* mit übersichtlicherem Einteilungsprinzip erstellt: Gesellschaftswissenschaften, Naturwissenschaften, Dichtungen, Zeitschriften und Jugendliteratur.^{66a)} Nachdem die Neuordnung vollzogen war, konnte die *Arbeiterbunds-Bibliothek* am 12. Januar 1912 ihre Ausleihe unter günstigeren Aspekten wieder aufnehmen. In 1206 Bänden standen den Bezüglern Ende 1913 2347 Nummern zur Verfügung. Die *Zahl der ausgeliehenen Bücher stieg sprunghaft an*. Waren 1910 nur 245 Bände ausgegeben worden, so betrugen die Zahlen 1912 und 1913 1382 und 2106. Verglichen mit den Verhältnissen deutscher Städte stellte dies allerdings immer noch eine geringe Benützung dar. Das lag nicht nur am mangelnden Bildungshunger eines Grossteils der einheimischen Arbeiterschaft, sondern war auch darin begründet, dass die Arbeiter wegen der jahrelangen Bibliotheksmisere des Arbeiterbunds immer mehr dazu übergegangen waren, die politisch neutralen Volksbibliotheken zu benützen. Als *eifrigste Leser* erwiesen sich *die Mitglieder der Freien Jugend* – ein gutes Omen für die Zukunft der Bewegung. Bedenklich war dagegen, dass nur zehn von hundert bezogenen Büchern aus dem Gebiet der Gesellschaftswissenschaften stammten. Die Diskrepanz zwischen den erzieherischen Zielvorstellungen sozialdemokratischer Bildungsarbeit und der tatsächlichen Lektüre der organisierten Arbeiterschaft scheint eine allgemeine, nicht auf Basel und die Schweiz beschränkte Erscheinung gewesen zu sein. Die Spitze hielten dabei die Werke Bebel's über die Frau und den Sozialismus und jenes Krapotkins über die Französische Revolution. Grossen Anklang fanden weiterhin die Reisebeschreibungen Sven Hedins. Im Bereiche der Literatur im engern Sinn bevorzugten die Leser eindeutig den Roman, wobei die Ausländer Balzac, Dumas, Zola, Bulwer und Gorki besonders häufig verlangt wurden. Unter den deutschen Autoren trafen Gerstäcker und Thoma den

Geschmack der Arbeiterleser besser als Fontane, Gerhard Hauptmann und Thomas Mann, die bedeutendsten Vertreter der damaligen deutschen Literatur.⁶⁷⁾

Ganz allgemein ist zu bedenken, dass die Arbeiter bei einem durchschnittlich zehnstündigen Arbeitstag über sehr wenig Freizeit verfügten und dass die Wohnverhältnisse selten Raum zu ungestörtem Lesen boten. Auch gab es bildungsmässige Grenzen der Lektüre: Die grosse Mehrzahl der Arbeiter hatten nur die nichtgehobene Volksschule besuchen können. Die wichtigste Form der Freizeitbeschäftigung war die körperliche Regeneration; bei der Lektüre hatte die Zeitung Priorität gegenüber dem Buch.^{67a)}

Der schon in den neunziger Jahren florierende *Schriftenbetrieb* mit vornehmlich *deutschen Partei- und Gewerkschaftsbroschüren* wurde im neuen Jahrhundert noch ausgebaut und vermittelte nun auch vermehrt Erzeugnisse schweizerischer Herkunft, nicht zuletzt die von der Grütlibuchhandlung herausgegebenen «*Sozialpolitischen Zeitfragen*». Nach dem Tode des Parteiveteranen und alten Internationalen Gottfried Baumann betreute ihn der zeitweilige Hilfssekretär des Arbeiterbunds Weiss. Er stellte weiterhin die *schmale Bildungsgrundlage der untern Kader* von Partei und Gewerkschaften dar.

Vermehrt nahm sich der Arbeiterbund nach der Jahrhundertwende der noch wenig entfalteten *künstlerischen Interessen* in der Arbeiterschaft an. Neben die schon erwähnten Museumsführungen und Rezitationsabende traten mit eigenen Kräften bestrittene Theateraufführungen, darunter so anspruchsvolle wie Hauptmanns «Weber» im Jahre 1902.⁶⁸⁾ Eine bis in die Gegenwart fortgesetzte Tradition wurde 1900 mit der Durchführung von *Volkskonzerten* und von *Volksvorstellungen im Stadttheater* eröffnet. Bei kleinsten Eintrittspreisen kam die Basler Arbeiterschaft damit in den Genuss hochwertiger musikalischer und dramatischer Kunst, die ihr bisher weitgehend verschlossen geblieben war.⁶⁹⁾ 1902 wurde zu den zahlreichen Arbeitergesangsvereinen *eine Gesangssektion des Arbeiterbunds gegründet*: Auf dem Gebiet der Vokalmusik fanden sich musikalisches Interesse und geselliges Bedürfnis der Arbeiterschaft in idealer Weise vereinigt.⁷⁰⁾

Trotz aller Unvollkommenheiten stellt die *Arbeiterbildung* der unmittelbaren Vorkriegszeit eine der *eindrucksvollsten Leistungen* der Basler Sozialdemokratie dar. Der berühmte Rechtsgelehrte *Andreas Heusler* erachtete sie als bedeutungsvoll genug, um ihrer in seiner Schweizerischen Verfassungsgeschichte zu gedenken: «Jetzt herrscht bis in die untersten Stände ein grossartiger Bildungsdrang. Die Sozialdemokratie verlangt Fürsorge für nicht gewöhnliche Bildung der Massen».⁷¹⁾

Seit 1912 bemühten sich die SPS und der SGB um die Schaffung einer *schweizerischen Arbeiterbildungszentrale*. Ihre Hauptaufgabe war die Ausbildung von Kadern in Gewerkschaft und Partei; für die Bildung der gewöhnlichen Mitglieder blieben bis heute die lokalen Organisationen verantwortlich.

5. Kapitel: *Ideologische und taktische Kämpfe*

Die Basler Arbeiterbewegung ist länger als jene anderer grosser Schweizer Städte von ideologischen Auseinandersetzungen verschont geblieben. Gegensätze, die seit der Konstituierung der Partei im Jahre 1890 zwischen ihr und dem 1886 gegründeten Arbeiterbund aufgetreten waren, blieben ohne Bedeutung für die Gesamtbewegung. Der ideologische Frieden blieb auch nach der Jahrhundertwende zunächst gewahrt, nahm aber mit dem Maurerstreik vom April 1903 ein brüskes Ende. Von 1903 bis 1908 drohten ideologische und taktische Kämpfe die Bewegung zu spalten, standen sich doch die Partei als Vertreterin der politischen Richtung und der Arbeiterbund als Vorkämpfer des gewerkschaftlichen Kampfes scheinbar unversöhnlich gegenüber. 1908/09 kehrte der alte Frieden – wenn auch mehr im Sinne eines Waffenstillstandes – mit dem Sieg der von Erfolg zu Erfolg schreitenden politischen Richtung wieder ein; die ideologischen Gegensätze lebten nur noch unterschwellig weiter oder wurden, ohne Wirkung auf die Gesamtbewegung, in den Parteivereinen ausgetragen. Der Kriegsausbruch verhinderte, dass ein neuer Konflikt, jener der Generationen, offen ausbrach. Er konnte aber auf die Dauer nicht niedergehalten werden und bildet einen wesentlichen Grund zur Parteispaltung, die sich in den späteren Kriegsjahren vorbereitete und – unter dem Eindruck der Russischen Oktoberrevolution – in der unmittelbaren Nachkriegszeit unter schwersten Kämpfen vollzog. Den Hintergrund aller ideologischen und taktischen Auseinandersetzungen bildete der 1903 voll ausbrechende Klassenkampf.

Man ist versucht, die *Grundkonzeption der Basler SP*, die am deutlichsten in der Haltung der Grossratsfraktion zum Ausdruck kam, als *Mischung zwischen Marxismus und Grütlianer-Sozialismus* zu bezeichnen. Die bis 1903 massgebliche Generation der Parteigründer – Wullschleger, Arnold und Bärwart – war in den Gedankengängen des Grütlivereins aufgewachsen, welche der politischen vor der gewerkschaftlichen Aktion deutlich den Vorrang einräumte, keine eigentliche Theorie des Sozialismus aufzuweisen hatte und den schliesslichen Sieg der Sozialdemokratie mit ausschliesslich demokratischen Mitteln auf dem Wege der Evolution und im nationalen Rahmen anstrebte. Diese Sicht war mit dem Marxismus nur zu verbinden, wenn man dessen revolutionäre Komponente ausschloss. Aus den zahlreichen schriftlichen und mündlichen Äusserungen Wullschlegers von 1884 bis 1914 geht hervor, dass er die Lehre von Marx und Engels gut kannte, sich aber ebensowenig darauf festlegte wie auf deren Interpretation durch Bebel, Kautsky oder Bernstein, sondern aus dem Arsenal der marxistischen Ideologie das auswählte, was sich mit seiner schweizerisch-grütlianischen Grundkonzeption und mit der baslerischen Praxis verbinden liess. Dazu gehörte vor allem die Überzeugung, dass das Zeitalter des Kapitalismus vom Antagonismus Bürgertum-Proletariat und damit vom Klassenkampf geprägt sei und dass dieser schliesslich zum Sieg der organisierten Arbeiterschaft führen werde. Die

aus den widersprüchlichen Äusserungen der ersten marxistischen Theoretiker erwachsende Streitfrage, ob die Überwindung des bürgerlichen Klassenstaats durch das Proletariat sich aus den Notwendigkeiten der sozio-ökonomischen Entwicklung von selbst ergeben werde oder vom Proletariat aktiv erkämpft werden müsse, scheint sich Wullschleger und den von ihm geistig abhängigen Mitstreitern nicht als theoretisches Problem gestellt zu haben. *Überzeugt, dass die Entwicklung langfristig zum Sieg des – absolut bis zum Kriegsausbruch, relativ bis nach der Jahrhundertwende – ständig anwachsenden Proletariats führen müsse*, standen sie zu sehr im täglichen Kampfe, als dass sie eine abwartende Haltung hätten einnehmen können.¹⁾ Es galt, den Sieg vorzubereiten und zu beschleunigen, doch war den Männern um Wullschleger jene Ungeduld fremd, die vor allem Marx besessen hatte: Man dachte in den offiziellen Kreisen der Basler Sozialdemokratie in Jahrzehnten. Da die Schriften des jungen Marx damals zum grossen Teil noch unbekannt waren und den meisten führenden Sozialdemokraten Basels jegliches philosophische Interesse abging, scheint man sich wenig um die anthropologischen und weltanschaulichen Ansätze des Marxismus gekümmert zu haben, wie auch das Endziel des Marxismus, die klassenlose Gesellschaft, bestenfalls bei Parteifeiern ins Auge gefasst wurde: *Die Bewegung lebte ausschliesslich in der Gegenwart und in der unmittelbaren Zukunft*.

Das hatte weiterhin zur Folge, dass die Männer um Wullschleger das Schlagwort von der *Diktatur des Proletariats*, als Zwischenstufe zwischen bürgerlichem Klassenstaat und klassenloser Gesellschaft, *peinlich vermieden*. Als homines politici in einem Staat, der dem Volk die Waffen der Initiative und des Referendums in die Hand gab, waren sie weit davon entfernt, der marxistischen Theorie vom Absterben des Staates irgendwelche praktische Bedeutung beizumessen. Zwar hat sich auch Wullschleger seit der Jahrhundertwende immer wieder des Slogans vom *bürgerlichen Klassenstaat* bedient, aber er wusste auch, dass es das Volk und insbesondere die organisierte Arbeiterschaft in der Hand hatten, diesen Zustand mit demokratischen Mitteln zu ändern. Als seit 1910 den vier «Bürgerlichen» in der Exekutive zwei Sozialdemokraten und der ihnen nahe stehende, nicht parteigebundene Mangold gegenüberstanden, liess Wullschleger auch den ihm von seinen politischen Gegnern immer wieder zur Last gelegten Ausdruck vom bürgerlichen Klassenstaat fallen, zumal seine Partei im Grossen Rat in der unmittelbaren Vorkriegszeit eine Position erreichte, die es ihr erlaubte, wesentliche Postulate zu verwirklichen, sofern sie im Bürgertum, vor allem beim Linksfreisinn und bei den katholischen Sozialpolitikern, dafür Unterstützung fand. Dagegen ist Wullschleger der *Klassenkampf-Vokabel* bis zum Kriegsausbruch treu geblieben. Er war überzeugt, dass dieser Kampf der Arbeiterschaft von der Unternehmerschaft – er dachte vor allem an gewerbliche Kreise und an die Meisterorganisation im Bauhandwerk – aufgezwungen werde. In einem Referat vor der dritten religiös-sozialen Konferenz, die Mitte April 1909 in Basel stattfand, hob er aber zugleich hervor, der Klassenkampf fördere das intellektuelle und sittliche Niveau der Arbeiterschaft. Fiele er weg, so würde die Gewerkschaftsbewegung in krankhaftes

Feilschen um mehr Lohn verfallen; der Klassenkampf jedoch fördere das solidarische Denken und den Opfersinn der Arbeiterschaft. Damit sah Wullschleger eine Problematik voraus, die sich später – im Zeitalter des Arbeitsfriedens – mit aller Nachdrücklichkeit stellen sollte. Letztlich ging es dem während Jahren unbestrittenen Basler Parteiführer und seiner zahlreichen Gefolgschaft in der Parteiführung und der Fraktion darum, *die Demokratie auch auf das Gebiet der Wirtschaft auszudehnen*, nachdem sie auf politischer Ebene weitgehend verwirklicht worden war – ein Weg, auf dem ihnen die Basler Sozialdemokratie der Zwischen- und der zweiten Nachkriegszeit weitgehend gefolgt ist.²⁾

Da die *Erringung der Macht* durch die organisierte Arbeiterschaft das keinen Augenblick verheimlichte Ziel der Basler Sozialdemokratie war und als Axiom galt, dass dies *mit demokratischen Mitteln* zu geschehen habe, stellte sich die Frage, welcher der *drei Formen des Kampfs* der Vorrang gebühre: dem politischen, dem gewerkschaftlichen oder dem genossenschaftlichen. Mochte es Unterschiede des Akzents geben, so waren sich doch alle führenden Parteimänner darin einig, dass *alle drei Wege gemeinsam und koordiniert* beschritten werden müssten, dass aber *dem politischen der Vorrang gebühre*. Dies gilt auch für so ausgesprochene Genossenschaftspolitiker wie Bernhard Jaeggi und Emil Angst und für die Mehrzahl der einheimischen gewerkschaftlichen Vertrauensleute. Da die Partielite fast ausnahmslos während kürzerer oder längerer Zeit dem Grossen Rat angehörte, traten die praktischen Probleme normalerweise zuerst an die Fraktion heran; schon dadurch ergab sich ein Übergewicht der politischen Richtung innerhalb der Bewegung. *Von 1890 bis 1903 ist die Arbeiterpolitik in Basel im wesentlichen von der Partei und deren Vertretung im kantonalen Parlament bestimmt worden*. Der Grosse Rat war der Hauptkampfplatz der Basler Sozialdemokratie.

Diese Sachlage wurde erstmals in Frage gestellt, als 1900 Wassiliew als Arbeitersekretär nach Basel berufen wurde. Der ehemalige Russe weilte zwar schon seit Jahren in der Schweiz, hatte sich aber mit der schweizerischen Demokratie noch nicht richtig vertraut machen können und behielt den Grundzug seines Wesens bei, der ihn dazu geführt hatte, seiner Heimat den Rücken zu kehren: das Verschwörertum. Dass die Verhältnisse in der demokratischen Schweiz nicht mit jenen des despotischen russischen Zarentums gleichgesetzt werden konnten, war ihm wohl theoretisch bewusst, doch vermochte er – trotz dem Eintritt in den Grossen Rat und in den Genossenschaftsrat des ACV – daraus nicht die praktischen Konsequenzen zu ziehen. Obschon überzeugter Marxist – mit Hermann Blocher wohl der beste Kenner der marxistischen Schriften in der Basler Arbeiterbewegung der Vorkriegszeit – brachte er als Arbeitersekretär der politischen Bewegung höchstes Misstrauen entgegen und setzte fast ausschliesslich auf die Karte der *gewerkschaftlichen Aktion*. Seinem Temperament und seiner Vergangenheit entsprechend, musste er dabei auch *revolutionäre Mittel* ins Auge fassen, zumal sich nach seiner Auffassung auch der Klassengegner höchst undemokratischer Kampfmethoden bediente. In den ersten drei Jahren seiner

Basler Tätigkeit von der Partei im Zaun gehalten und so weit wie möglich auf die gewerkschaftliche Tätigkeit eingeschränkt, deren Wirkung auf die gesamte Arbeiterbewegung man auch in Kreisen der Wulschleger und Arnold zu schätzen wusste, brach er im Verlaufe des Maurerstreiks aus den Fesseln aus und machte sich zum Vorkämpfer einer Tendenz, die schon lange unterschwellig im Arbeiterbund vorhanden gewesen war: *Er eröffnete den Kampf der radikalen gewerkschaftlichen gegen die gemässigte politische Richtung in der Basler Sozialdemokratie.*

Ausgangspunkt des Konflikts war die Zustimmung Regierungsrat Wulschlegers zum Militäraufgebot während des Streiks, den ausländische, zum Teil anarchistische Elemente vom Zaun gerissen hatten. Hatte sich Wassilieff zunächst ebenfalls gegen die chaotischen Aktionen gewendet, die vor allem von italienischen Arbeitern hervorgerufen worden waren, so solidarisierte er sich mit der Bewegung vom Augenblick an, da der «bürgerliche» Staat dagegen die ihm verfassungsmässig zustehenden Mittel anwendete. Wulschleger, der dem Aufgebot nur zugestimmt hatte, weil er Blutvergiessen verhindern wollte und das Gros der schweizerischen Arbeiterschaft auf seiner Seite wusste, wurde zum Parteiverräter gestempelt. War schon dessen *Eintritt in die Regierung* Wassilieff und seiner sich vornehmlich aus Deutschen rekrutierenden Gefolgschaft im Arbeiterbund als *Sünde wider den Geist des Klassenkampfes* erschienen³⁾, so bot sich ihnen jetzt die Gelegenheit, dem bisher unbestrittenen Führer das Vertrauen der Arbeiterschaft zu entziehen, zumal sich zahlreiche mit ihm befreundete in- und ausländische Parteispitzen, so Otto Lang und August Bebel, sehr kritisch über den sogenannten Verrat äusserten. Das Kesseltreiben gegen den sozialdemokratischen Regierungsrat nahm Formen an, wie sie die Basler Arbeiterbewegung bisher noch nie erlebt hatte. Wulschleger scheint kurze Zeit an den Rücktritt aus dem öffentlichen Leben gedacht zu haben, blieb aber bei der Stange, als er nicht nur von den führenden Parteifreunden, sondern auch vom einheimischen Fussvolk zahlreiche Vertrauensbeweise erhielt. Er verlangte eine öffentliche Aussprache, nachdem die Angelegenheit in sämtlichen Partei- und Fachvereinen, im Arbeiterbund und in der Fraktion zur Sprache gekommen war. *Schliesslich stellten sich die Fraktion und eine Parteiversammlung fast geschlossen hinter ihn.* Das Anathema des Wassilieffkreises blieb aber nicht ohne Wirkung. In den Kreisen der deutschen Arbeiter blieb Wulschleger *Persona non grata*, aber auch bei der kleinen Gruppe gewerkschaftlich-radikal denkender Schweizer Arbeiter war die Stellung des Magistraten für Jahre untergraben.⁴⁾

1904 wurde der Konflikt auf die grundsätzliche Ebene erhoben und im Parteiblatt ausgefochten. Im September eröffnete Wulschleger den Kampf mit einer Artikelserie unter dem Titel «*Gedanken eines Ketzers*». Nach dem Hinweis darauf, dass er nicht bereit sei, das Joch der religiösen mit jenem einer politisch-sozialen Orthodoxie zu vertauschen, setzte er sich zunächst mit den Streiks im allgemeinen und dem Basler Maurerstreik im besondern auseinander, den er als das dunkelste Blatt in der Geschichte der ganzen schweizerischen Arbeiterbewegung bezeichnete. Ohne das Mili-

täraufgebot wäre es nicht nur zu weitergehenden Ausschreitungen der Streikenden, sondern wahrscheinlich auch zu Zusammenstössen zwischen einheimischen und italienischen Arbeitern gekommen. Das Problem der Militäraufgebote müsse von der Sozialdemokratie bis in die letzten Konsequenzen durchdacht werden. Die Frage laute: Kann die organisierte Arbeiterschaft die volle moralische Verantwortung dafür übernehmen, dass niemals bei Streiks, mit oder ohne Schuld der Streikenden, grobe Ausschreitungen stattfinden werden, und ist sie wirklich der Meinung, dass, wenn trotzdem solche Ausschreitungen vorkommen, die Behörden einfach den Ereignissen ihren Lauf lassen und unter keinen Umständen ausserordentliche Massnahmen ergreifen sollen? Diese Frage müsse klipp und klar beantwortet werden, man dürfe sich nicht darum drücken. Darauf ging Wullschlegler mit dem Gewerkschaftswesen scharf ins Gericht, das in der Schweiz noch sehr im argen liege. Neben Mustern gewerkschaftlicher Organisation, wie etwa den Buchdruckern, Eisenbahnern und Staatsarbeitern, gebe es gewerkschaftliche Gruppen, die seit Jahrzehnten nie auf einen grünen Zweig gekommen seien. In ihnen hätten es «Schwadronneure» leicht, ihr Unwesen zu treiben und mit revolutionärer Propaganda den Mund voll zu nehmen. Hier werde vom Generalstreik gefaselt und würden Ketzergerichte abgehalten, werde philosophiert und der Atheismus verbreitet, während man nicht imstande sei, die winzigste Lohnbewegung durchzuführen. Was den Gewerkschaften vor allem not tue, sei die Beschränkung ihrer Tätigkeit auf das wirklich Gewerkschaftliche unter Vermeidung alles dessen, was die Arbeiterschaft trennen könnte. Die Gewerkschaftsbewegung könne wohl eine neue wirtschaftliche und soziale Ordnung vorbereiten, aber ihre Haupttätigkeit müsse auf die Besserung des Arbeiterloses unter den bestehenden Verhältnissen gerichtet sein. Sie könne niemals weder die politische Arbeiterpartei noch die Genossenschaftsbewegung ersetzen. Besonders schädlich für das Wirken der Gewerkschaften seien die anarchistischen und anarchistelnden Einflüsse. Zwar empfinde er für einzelne Vertreter dieser Gesinnung Hochachtung und sei nicht bereit, sie, wie das Bürgertum, für vogelfrei zu erklären. Es heisse aber, sich vor engem Zusammengehen mit solchen Elementen zu hüten, nicht zuletzt, weil dieses in breiten Volksmassen die Identifizierung von Sozialdemokratie und Anarchismus zur Folge hätte. Wer der Arbeiterschaft in führender Stellung dienen wolle, müsse den Mut besitzen, nicht bloss den Bourgeois, sondern auch den Arbeitern die Wahrheit zu sagen. Eine der wichtigsten Voraussetzungen zur Emanzipation der Arbeiterklasse sei die Emanzipation von der Phrase und der Schablone. So gelte es, einer schiefen Auffassung des Begriffs der Internationalität entgegenzutreten. «National» und «international» seien keine Gegensätze, sondern sich ergänzende Begriffe. Die Nationalität lasse sich nicht abstreifen, wie man ein Hemd ausziehe; sie bilde ein Stück nicht allein des äusseren, sondern des innern Menschen. Manche ausländische Genossen^{4a)} würden gut daran tun, zuerst Land und Leute, Institutionen und Sitten zu studieren und ein politisch demokratisches Volksleben kennen zu lernen, bevor sie Urteile fällten und Ratschläge erteilten, welche die einheimische Bevölkerung, die Arbeiterschaft nicht

ausgeschlossen, unnötig vor den Kopf stiessen und dem Gegner willkommene Waffen in die Hand spielten. Dann würde man nicht Methoden anwenden wollen, die in den ökonomisch und politisch rückständigsten Ländern in Ermangelung gesetzlicher Mittel vielleicht am Platze oder als Akte der Verzweiflung wenigstens erklärlich seien, auf ein Land wie die Schweiz aber wie die Faust aufs Auge passten. Der Schluss der Artikelserie enthält Wullschlegers Credo. Er möchte den Kampf der Arbeiterklasse mit dem Streben nach Neubelebung des echten, freiheitlichen Schweizertums vereinigt sehen. Dafür bedürfe es einer Arbeiterbewegung, die den verschiedenen Abstufungen in der Arbeiterklasse gerecht werde, einer Bewegung, die die nationale Eigenart in vollem Masse berücksichtige, die den Chauvinismus bekämpfe, aber den Patriotismus hochhalte und sich auf den Boden eines republikanisch-demokratischen Volkslebens stelle.⁵⁾

Diese Ausführungen – eines der bedeutendsten Bekenntnisse der schweizerischen Vorkriegs-Sozialdemokratie zum demokratischen Sozialismus – waren nicht zuletzt gegen Wassilieff gerichtet. Dieser nahm den Fehdehandschuh auf und antwortete Wullschleger Ende Oktober mit starkem rhetorischem Aufwand in einem Artikel, der den Titel *«Die Gedanken eines Orthodoxen»* trug. Er bekannte sich darin, wie schon in einem Juni-Beitrag an den *«Vorwärts»* unter der Überschrift *«Ein kurzer Leitfaden»*, zum revolutionären Charakter der Sozialdemokratischen Partei. Diese habe zweierlei Aufgaben zu erfüllen: das Proletariat theoretisch aufzuklären und sich politisch zu betätigen. Dabei müsse sie offensiv vorgehen, da alle andern Parteien reaktionär seien. Die Diktatur des Proletariats stelle ein notwendiges Durchgangsstadium auf dem Wege zur vollen Befreiung des Arbeiters dar. Gewiss müsse die Gewerkschaft zunächst auf dem Boden des geltenden Wirtschaftssystems Reformen und Einzelerfolge anstreben. Es handle sich dabei aber nur um Errungenschaften, die den Boden der Revolution vorbereiten müssten. Hauptaufgabe der Gewerkschaftsbewegung sei es, die Arbeiterschaft für den Klassenkampf zu schulen, das Endziel sei die Revolution.⁶⁾

Die *Kluft* zwischen diesen beiden Auffassungen, die jene zwischen der Zwischenkriegs-Sozialdemokratie und der Kommunistischen Partei vorwegnahm, war *unüberbrückbar*. Mochte sie im Langschen Parteiprogramm, das Wullschleger als *«urchig schweizerisch»* empfand – oder auslegte –, theoretisch wenn nicht überwunden, so doch verkleistert sein, in der Praxis stiessen die Gegensätze hart aufeinander. Die wenigen Anarchisten in der Bewegung schürten das Feuer noch durch die Vertreibung des *«Weckrufs»*. Während in Basel bisher die weltanschauliche Haltung eines Sozialisten ohne entscheidende Bedeutung geblieben war und allein die Taten gewogen wurden, wurde die Arbeiterbewegung nun zum ideologischen Kampffeld, in dem die *Schlagworte «Revisionist» und «revolutionärer Sozialist» zu Schmähworten* entarteten. Da der Streit um das wahre Wesen des Sozialismus und die richtige Interpretation der marxistischen Lehre sich nicht – wie teilweise in Deutschland – auf wissenschaftlicher Ebene abspielte, nahm er in Basel teilweise unwürdige Formen an, zumal

der «Vorwärts» keinen Anspruch darauf erheben konnte, das Niveau der «Neuen Wege» oder auch nur der grossen sozialdemokratischen Zeitungen Deutschlands zu erreichen. Hatte bisher die gemeinsame Klassenlage trotz aller Spannungen ein wesentlich besseres *Verhältnis zwischen einheimischen und ausländischen Arbeitern* zur Folge gehabt als später im Zeitalter der «Fremdarbeiter», so tat sich nun der *Gegensatz* in aller Schärfe auf. Neben Wassilieff trat erstmals *der deutsche Anarchist Adolf Stelzer* in die vorderste Kampffront. In einer Delegiertenversammlung des Arbeiterbunds kam es zur ersten eindeutig *antimilitaristischen* Resolution in der Basler Arbeiterbewegung. Auch der überwiegend schweizerische Quartierverein St. Johann, der Leibverein Wassilieffs, bekannte sich zum revolutionären Sozialismus.⁷⁾

Als im Jahre 1905 Stelzer im Vorstand des Arbeiterbunds de facto die Führung an sich riss und es verstand, den Präsidenten, den Typographen Schmid, in sein Schlepptau zu nehmen, schien der Bruch zwischen der gewerkschaftlichen und der politischen Bewegung unvermeidlich. Unter dem Druck der schweizerischen Mitglieder musste Schmid, dem mehrfach unsolidarisches Verhalten gegenüber der Arbeiterschaft und Versagen im Amt nachgewiesen werden konnte, dann aber zurücktreten. Da er in Rimathé einen Nachfolger erhielt, der das kämpferische Temperament und die Rednergabe Wassilieffs mit der demokratischen Grundgesinnung der Mehrheit der Basler Sozialdemokraten zu verbinden wusste, konnte das Schlimmste verhindert werden. Dazu trug aber auch die Verhärtung der Fronten im Jahr der ausgedehntesten und erbittertsten Arbeitskämpfe bei. *Die uneinsichtige Haltung der Meister in der Bau- und der Aufbau einer Arbeitgeberorganisation vermochten auch die bisher gemässigeren Elemente der Partei zu radikalieren.* Redaktor Frei, bisher weitgehend im Schatten Wulschlegers stehend, machte sich zu ihrem Wortführer, wenn er im Oktober im Grossen Rat erklärte, die Arbeiterschaft werde, wenn es zum Äussersten komme, auch vor dem Generalstreik nicht zurückschrecken. Schliesslich dürfte eine längere Krankheit, die Wassilieff vom öffentlichen Leben fernhielt, den versöhnlichen Elementen in der Bewegung Gelegenheit gegeben haben, die Wellen einigermaßen zu glätten.⁸⁾

Eine grosse Erleichterung mag es für die als «Revisionisten» und «Auch-Sozialisten» diffamierten Parteiführer bedeutet haben, dass ihr Hauptankläger, der erste Arbeitersekretär Basels, im März 1906 die Rheinstadt verliess, um nach Russland zurückzukehren; mehr noch, dass Stelzer im November, offiziell wegen Wirtschaftslärm und Diensterschwerung, tatsächlich wohl als politisch unerwünschter Ausländer ausgewiesen wurde, wobei Wulschleger noch einmal seine Loyalität gegenüber der gewerkschaftlichen Bewegung bewies, indem er in der entscheidenden Regierungsratsitzung seinen unerbittlichsten Gegner in Schutz nahm.⁹⁾

Davon aber, dass nun wieder die gemässigte politische Richtung in der Basler Arbeiterbewegung die Oberhand erhalten hätte, konnte keine Rede sein. Dafür sorgten die nicht abbrechenden Arbeitskämpfe und der neue Arbeitersekretär Robert Grimm. Nachdem schon zu Beginn des Jahres 1906 die Feier zur Erinnerung an den

Petersburger Blutsonntag die latente Kampfbereitschaft breiter Arbeiterschichten gefördert hatte, schürte Grimm in der 1. Mai-Feier noch das Feuer. Obschon eine Parteiversammlung sich im Februar noch eindeutig zur Landesverteidigung bekannt hatte, hielt die SP *erstmal eine eigene 1. August-Feier* ab, um sich vom bürgerlichen Patriotismus zu distanzieren. Wie weit sich Arbeiterschaft und Bürgertum auseinandergelebt hatten, zeigte sich vollends am 26. August, führte doch die SP an diesem Tag als Gegendemonstration gegen die «bürgerliche» St. Jakob-Feier in den Langen Erlen ein Parteifest durch. Redaktor Frei verglich dabei als Festredner die Bürgerkriegssituation des Alten Zürichkriegs mit jener der Gegenwart. In der Bürgerschaft wurde dieser Alleingang der Sozialdemokratie als freiwilliger Ausschluss aus der Volksgemeinschaft empfunden; nur das «Basler Volksblatt» liess den «roten Eidgenossen», wie Frei sich ausdrückte, Gerechtigkeit widerfahren, indem es die Parteifeier als Antwort auf die freisinnige Ausschliesslichkeitspolitik bei den letzten Nationalratswahlen interpretierte. Der Hauptzweck der Feier, die Kluft zwischen Arbeiterbund und Partei zu überbrücken, wurde nicht erreicht, dominierten doch unter den Teilnehmern die Ausländer, während neben der «Typographia» auch zahlreiche Grossräte und – was besonders schwer wog – Regierungsrat Wullschleger dem Treffen fernblieben.

Wie weit die gewerkschaftliche Bewegung sich von der politischen entfernt hatte, geht daraus hervor, dass nun auch die *grossen Schlagworte*, die die internationale Arbeiterbewegung zerrissen, *in der Rheinstadt auftauchten: der Massenstreik und die direkte Aktion*. Der Massenstreik, über den Robert Grimm 1906 eine Broschüre verfasste, galt zu jener Zeit als ultima ratio der Arbeiterschaft im Klassenkampf, wenn die Auslösung eines – totalen – Generalstreiks sich für das Proletariat als unmöglich erwies. Der Begriff der direkten Aktion stammte aus der Gedankenwelt des vor allem in Frankreich beheimateten Syndikalismus. Die Syndikalisten verwarfen in ihrer revolutionären Ungeduld die politische Aktion, ja den Parlamentarismus überhaupt, den sie als eine Quelle des Opportunismus verstanden. Nur durch die direkte Aktion, die unmittelbare Selbsthilfe auf gewerkschaftlicher Basis, könne sich die Arbeiterschaft von der kapitalistischen Herrschaft befreien. Diese dem anarchistischen Grundgedanken nahe stehende Auffassung wurde in Basel vor allem von Stelzer und seiner Gefolgschaft aus deutschen und italienischen Arbeitern vertreten. Was Grimm dagegen vorschwebte, war die *Einigung der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung unter dem Zeichen des radikalen Klassenkampfes*, der auch die Massenaktion nicht ausschloss. Sie ist in Basel in der Vorkriegszeit nicht erreicht worden; es war Friedrich Schneider vorbehalten, den Versuch bei Kriegsende noch einmal zu wagen.¹⁰⁾

Mit der Ausweisung Stelzers fiel das syndikalistisch-anarchistische Element in der Basler Arbeiterbewegung weg, da den Mitläufern die Intelligenz fehlte, um dem Gedanken glaubhaften Ausdruck zu verleihen. Noch aber blieb der Gegensatz zwischen dem revolutionären Marxisten Grimm und der gemässigten, die Politik der Sozial-

demokratie bestimmenden Parteirichtung bestehen. Als Schweizer und geborenem Volksredner fiel es Grimm leichter, unter dem Fussvolk der Partei zahlreiche Einheimische für seine Konzeption zu gewinnen als Wassilieff, der doch immer als Ausländer empfunden worden war und den Schweizer Dialekt nicht beherrschte. Allerdings verstanden die wenigsten Grimms eigentliches Anliegen. Ihr Radikalismus hatte deshalb vorwiegend rhetorischen Charakter, so dass Frei am 13. September 1907 im «Vorwärts» erbittert schreiben konnte: «Vor zehn und fünfzehn Jahren war es Mode, dass der echte Sozialdemokrat den Schlapput und die rote Kravatte trug... Heute ist derjenige der unverfälschte rote Genosse, der stets den Namen Marx und ein paar Zitate dieses grossen Geistes und Vorkämpfers im Munde führt.»¹¹⁾ Rotes Pfaffentum sei nun auch in der Basler Arbeiterschaft eingezogen. Wer nicht blind mitmache, werde als Revisionist abgetan.

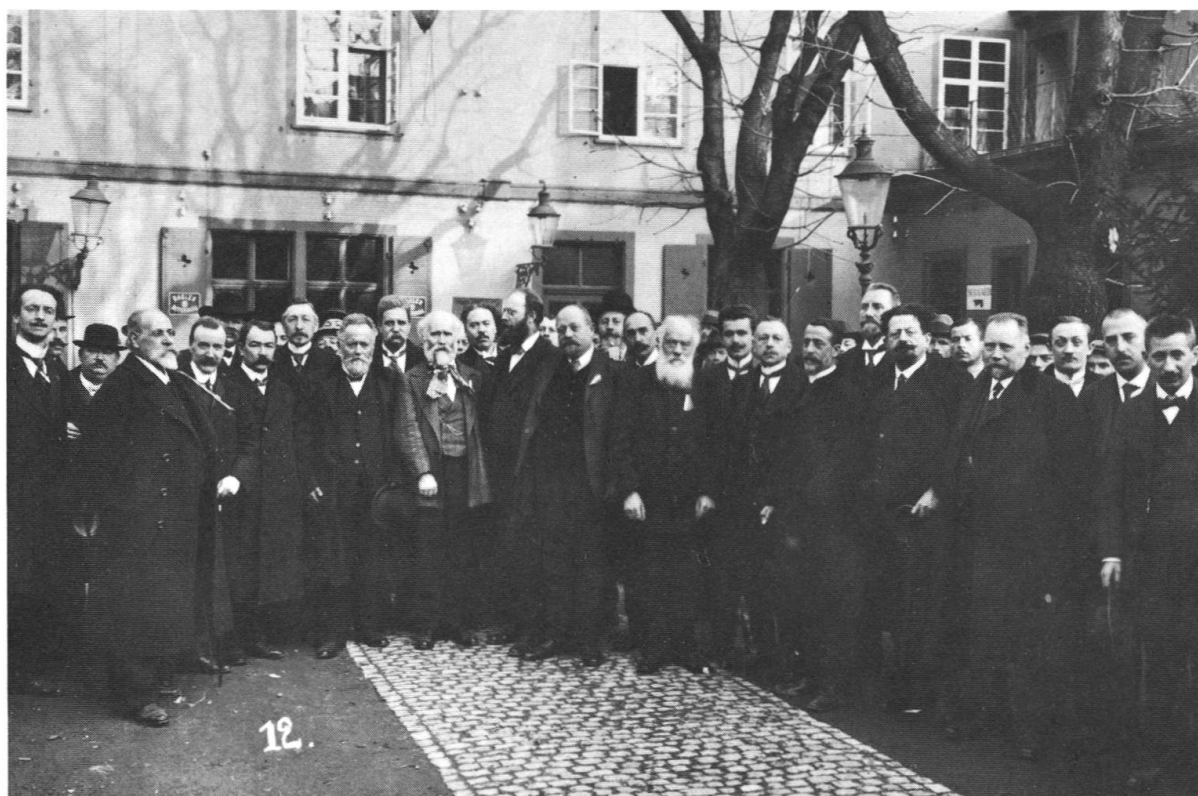
Robert Grimm hat später selbst den Weg des «Revisionismus» eingeschlagen: Der gleiche Mann, der als junger Arbeitersekretär den «Nur-Politikern» und «Sesselklebern» den Kampf ansagte und Wullschleger seinen Eintritt in die Basler Regierung nicht verzeihen konnte, ist in seinen reifen Jahren bernischer Regierungsrat geworden. Zweifellos lagen dem Gegensatz zwischen dem Vorkämpfer der radikalen und den Vertretern der gemässigten Richtung innerhalb der Basler Sozialdemokratie nicht nur weltanschauliche Differenzen, sondern auch der *Generationenunterschied* zugrunde: Grimm war fast 20 Jahre jünger als Wullschleger und fast 40 Jahre später geboren als Arnold; auch gegenüber Stadelmann, Levy, Bürgin-Haas und Gutschmann betrug der Abstand noch zwischen 30 und 40 Jahren. Man wird zugestehen müssen, dass Grimms Grundkonzeption, in einer Zeit schärfsten Klassenkampfes und immer noch teilweise unwürdiger Arbeits- und Lohnbedingungen könne nur die unbedingte Geschlossenheit der gewerkschaftlichen und politischen Bewegung zur Emanzipation der Arbeiterschaft führen, richtig war. Was Grimm aber in jenem Zeitpunkt übersah, war, dass die Methoden des gewerkschaftlichen Kampfes nicht auf die politische Aktion übertragen werden konnten, verfügte die organisierte Arbeiterschaft doch in diesem Bereich über ein Mitspracherecht, das ihr im ökonomischen versagt war.

Eine andere Seite des Gegensatzes zwischen Grimm und den tonangebenden Männern der Partei wird in einer *wirtschaftlichen Einzelfrage* sichtbar. Zur Diskussion stand, ob die Rheinschiffahrt auf privatwirtschaftlicher, genossenschaftlicher oder staatlicher Grundlage organisiert werden sollte. Aus Zweckmässigkeitsgründen hatte der dafür zuständige Wullschleger die erste Form vorgeschlagen und war damit Ende Februar 1907 im Grossen Rat durchgedrungen. Jaeggi hätte eine genossenschaftliche Organisationsform vorgezogen, liess sich aber von den Argumenten Wullschlegers überzeugen. Nicht so Robert Grimm. In einer kurz nach der entscheidenden Grossratssitzung stattfindenden Parteiversammlung warf er Wullschleger Verrat am Parteiprogramm vor, das den Staatsbetrieb gefordert hätte. Er gestand dem Magistraten zu, dass er aus einem echten Gewissenskonflikt heraus entschieden habe, wie es sein Amt erfordert habe; zu solchen Konflikten zwischen dem überzeugten Sozialdemo-

kraten und dem alle taktischen Belange und finanziellen Konsequenzen einbeziehenden Amtsträger würde es aber nicht kommen, wenn die Sozialdemokratie auf die Mitarbeit in einer ausgesprochen bürgerlichen Regierung verzichtet hätte. In der Diskussion versuchte Gutschmann – bezeichnenderweise ein Selbständigerwerbender – nachzuweisen, dass sich der Staatssozialismus unter Umständen schädlich auswirken könne, und Frei machte geltend, es heisse von Fall zu Fall entscheiden. In dieser Diskussion offenbarte sich der *Gegensatz zwischen dem Ideologen Grimm und dem Praktiker Wullschleger* auf geradezu paradigmatische Weise; es zeigte sich aber auch, dass die Fraktion fast geschlossen hinter ihrem Regierungsvertreter und dessen pragmatischer Politik stand.¹²⁾

Der überwältigende Sieg der SP bei den Grossratswahlen und der Wegzug Grimms im selben Jahr 1908 leiteten eine neue Phase in der Basler Arbeiterbewegung ein: Die ideologischen Auseinandersetzungen hörten auf, die Zusammenarbeit zwischen Partei und Arbeiterbund verlief unter den geschickt vermittelnden Händen des neuen Arbeitersekretärs Adolf Gass harmonisch, und *das Übergewicht der Politiker blieb unbestritten*, schon weil die Arbeitskämpfe in einer Zeit des Konjunkturabschwungs an Intensität verloren.

In diesen letzten Jahren vor Kriegsausbruch fand ein neues weltanschauliches Element Eingang in die Sozialdemokratie: *die religiös-soziale Bewegung*. Noch zur Zeit, da Wassilieff in Arbeiterbildungsveranstaltungen sein atheistisch-materialistisches Weltbild propagiert hatte, hatte *Münsterpfarrer Leonhard Ragaz* seine ersten Vorträge über «Religion, Kirche und Sozialdemokratie» in der Basler Arbeiterschaft gehalten und bald eine kleine, aber getreue Gefolgschaft in der SP gefunden. Als er im Oktober 1908 von Basel wegzog, um eine Zürcher Theologieprofessur zu übernehmen, dankte ihm Gutschmann mit bewegten Worten im Namen der Partei. Immer häufiger fanden nun *religiös-soziale Artikel* im «Vorwärts» Raum; neben Ragaz selbst tauchten die Namen seiner Amtsbrüder Hermann Kutter und *Rudolf Liechtenhan* im Basler Parteiblatt auf, während sich Pfarrer Gustav Benz, der Begründer der evangelisch-sozialen Arbeiterbewegung, Schritt um Schritt der Sozialdemokratie näherte. Nicht zuletzt ihm war es zu verdanken, dass im November 1909 auf sozialdemokratischen Vorschlag hin Liechtenhan zum Pfarrer der St. Matthäus-Gemeinde gewählt wurde. Unter seinem Einfluss wurde im März 1912 ein «*Verein sozialdemokratischer Kirchgenossen*» unter dem Präsidium von Grossrat Gottfried Krebs gegründet, der denn auch gleich mit Erfolg an den Wahlen in die Kantonale Kirchensynode und in die Kirchenvorstände teilnahm. Im Frühjahr 1913 schliesslich rief Liechtenhan eine «*Vereinigung für sozialetische Besprechungen*» ins Leben, die grundsätzlich neutral war, der aber nicht wenige Sozialdemokraten angehörten. In zahlreichen Artikeln im Parteiblatt, das sich – wie die Partei – weiterhin einer weltanschaulich neutralen Haltung verschrieb, versuchte er nachzuholen, was die theoretischen Begründer des Marxismus weitgehend versäumt hatten: der Bewegung eine ethische Grundlage zu geben.¹³⁾



Friedenskongress der Zweiten Internationale in Basel, November 1912, Hof der Burgvogtei.

Vorne Mitte: Keir Hardie (mit Bart), links neben ihm (mit Bart) Carl Moor, halbrechts (mit weissem Vollbart) Herman Greulich, vorne rechts (mit Spitzbart) Friedrich Ebert

In den letzten Vorkriegsjahren erweiterte sich mit dem weltanschaulichen auch der räumliche Horizont der Basler Sozialdemokratie. Dieser hatte bisher fast ausschliesslich die Deutschschweiz und den grossen nördlichen Nachbarn umfasst, wobei die Wahlerfolge der SPD auch in Kreisen der Basler Parteiführung steigende Begeisterung auslösten.^{13a)} Seit der Revolution von 1905 war auch Russland stark ins Blickfeld der Basler Sozialdemokraten geraten, während die Verhältnisse in den westlichen Ländern, in Italien und Skandinavien relativ geringes Interesse fanden, jedenfalls weniger als jene in Österreich-Ungarn, traten doch zahlreiche Parteigrössen des östlichen Nachbarn in Basel als Referenten auf und bestätigten die einheimischen Führer in ihrer politischen Konzeption. Als 1908 die Balkankrise ausbrach, trieb die Sorge um den Weltfrieden auch die Basler Sozialdemokraten um. In zahlreichen «Vorwärts»-Artikeln und in Vorträgen wurde die bange Frage nach der Haltung der Arbeiterschaft in einem zukünftigen Weltkrieg gestellt. Eine unerwartete Stärkung ihres

Selbstbewusstseins erlebte die Basler Sozialdemokratie, als ihr im Jahre 1912 die *Organisation des internationalen Friedenskongresses* von der Sozialistischen Internationale übertragen wurde, und als es ihr gelang, diesen in den ehrwürdigen Räumen des Basler Münsters durchzuführen. «Trotz allem, was nachher kam, sind diese erhebenden Tage von Basel nicht aus der Erinnerung zu löschen. Sie waren der Höhepunkt der öffentlichen Wirksamkeit der Sozialistischen Internationale und zugleich der Abschluss ihrer heroischen Epoche», schrieb der spätere Sozialistenführer Friedrich Schneider 21 Jahre später. War das Echo in der nichtsozialistischen Presse auch geteilt, so hat der Kongress doch auch in bürgerlichen Kreisen tiefen Eindruck hinterlassen. Zweifellos hat er die einheimische und die ausländische Arbeiterschaft in Basel einander wieder näher gebracht und der Sozialdemokratie vor allem in der Studentenschaft neue Freunde gewonnen.¹⁴⁾

Eine *neue Quelle potentieller ideologischer Konflikte* entstand der Partei durch die Tätigkeit ihrer Jugendgruppe in der unmittelbaren Vorkriegszeit, geriet diese doch stark unter den Einfluss des Zürcher Arztes Fritz Brupbacher, der dem Anarchismus und dem französischen *Anarcho-Syndikalismus* nahe stand, und dessen Schülers Willy Münzenberg.¹⁵⁾ Auch der radikale zweite Arbeitersekretär Max Bock und der sozialrevolutionäre Zürcher Fritz Platten agitierten unter den jungen Basler Genossen in einer Weise, die der gemässigten Politik der Parteileitung widersprach. Mit Mühe und Not gelang es dieser, die Bewegung im Zügel zu halten. Nach der Lage der Dinge war aber ein Bruch auf die Dauer nicht zu vermeiden, da sich mit dem Generationenkonflikt tiefgreifende Gegensätze ideologischer und taktischer Natur verbanden. Der Krieausbruch vermochte den offenen Konflikt hinauszuschieben, nicht aber zu verhindern.

6. Kapitel:

Der «Basler Vorwärts» im Zeitalter des Hochklassenkampfs¹⁾

Seit der Reorganisation im Jahre 1897 durfte die Existenz des Organs der organisierten Arbeiterschaft Basels als gesichert gelten. Es mochte um die Jahrhundertwende gegen 2500 Abonnenten zählen. Als *Alleinredaktor* wirkte immer noch *Wilhelm Arnold*.

Das marxistische Vokabular, vorher nur spärlich verwendet, fand vermehrten Eingang in die Zeitung, seitdem sich der im Frühjahr 1900 als Arbeitersekretär nach Basel gewählte Dr. Wassilieff darin zum Wort meldete. Arnold, von Hause aus eher zurückhaltend, liess sich durch den schärferen Ton mitreissen. Die Folge davon war eine Reihe von *Presseprozessen*, die samt und sonders verloren gingen. Das böse Wort von der Klassenjustiz wurde zur Alltäglichkeit. Für Arnold, dessen Position durch das Auftreten Wassilieffs überschattet worden war, bedeuteten diese Prozesse wachsende Popularität bei der Arbeiterschaft: Eine dreitägige Haft führte am 1. Dezember 1901 zu einer Protest- und Sympathiedemonstration der organisierten Arbei-

terschaft, und der Redaktor des «Basler Vorwärts» behielt noch während Jahren den Nimbus des Märtyrertums.

Wesentliche Änderungen beim Basler Arbeiterblatt brachte das Jahr 1902. Die Einmannredaktion war offensichtlich unhaltbar geworden: Weder vermochte der in seiner Sehkraft geschwächte Arnold die schwere Last allein weiter zu tragen, noch waren die Versprechungen in Erfüllung gegangen, welche die Neuorganisation von 1897 gemacht hatte. Trotz der weiterhin prekären Finanzen wurde deshalb zum zweiten Mal der Versuch mit einer *Zweimannredaktion* unternommen. Da keiner der neun Bewerber für den zweiten Redaktionsposten den Wünschen der Presseunion entsprach, wurde *Johann Frei*, damals gleichzeitig Präsident der Partei und des Arbeiterbunds, bewogen, sich zu bewerben und dann auch gewählt. Damit leiteten nun den «Basler Vorwärts» zwei Selfmademen, die beide aus dem Buchdruckerstand hervorgegangen waren.

Das Jahr 1902 brachte aber nicht nur eine Änderung in der Redaktion, sondern auch eine solche beim Drucker. Auf die Dauer war es für eine sozialdemokratische Zeitung untragbar, von einem Privatunternehmer abhängig zu sein; auch für Birkhäuser dürften sich aus der Zusammenarbeit mit einem Arbeiterblatt mehr Nach- als Vorteile ergeben haben. So übernahm die *Genossenschaftsdruckerei* vom 1. Juli an erneut den Druck.

Am 14. August konnte die Zeitung melden, der finanzielle Stand habe sich wesentlich gebessert. Ende des Jahres 1902 dürfte das seit Jahren vergeblich erstrebte Ziel von 3000 festen Bezügern erstmals erreicht worden sein.

Trotz dem Eintritt eines zweiten Redaktors gelang es dem «Basler Vorwärts» auch jetzt noch nicht, die vor fünf Jahren verkündeten weitgesteckten Ziele voll zu verwirklichen, wenn die Zeitung an Umfang und Farbigkeit des Inhalts auch zunehmend gewann. Einen heftigen Angriff führte der Deutsche Arbeiterverein gegen die Veröffentlichung des Kirchenzettels, doch setzten sich die Befürworter, die sich vor allem aus Grütlianerkreisen rekrutierten, schliesslich durch.

Stark in Mitleidenschaft gezogen wurde der «Basler Vorwärts» durch den Hausstreit im Zusammenhang mit dem Truppenaufgebot, das Regierungsrat Eugen Wullschleger beim Maurerstreik befürwortet hatte. Immer deutlicher entpuppte sich die Zeitung als *Sprachrohr der Partei* und damit der organisierten *schweizerischen Arbeiterschaft*, immer schärfer wurde ihr Gegensatz zum radikalen Sekretär des Arbeiterbundes und dessen ausländischer Gefolgschaft. In dieser erregten Atmosphäre liess sich Frei – ähnlich wie früher Arnold – zu unüberlegten Anklagen gegen unsoziale Arbeitgeber hinreissen, wobei sowohl der Klassenkampf von rechts wie das Bedürfnis als Stimulus wirken mochten, Wassilieff und dem Arbeiterbund den Wind aus den Segeln zu nehmen. Kaum verging ein Monat, dass sich der kombattant gewordene Redaktor nicht zu Berichtigungen bereit finden musste. Nicht immer hatte es damit ein Bewenden: Im Sommer 1905 wurde Frei wegen übler Nachrede zu zehn Tagen Gefängnis verurteilt, und der «Basler Vorwärts» hatte wieder einmal Gelegenheit, von

einem *Klassenurteil* zu sprechen. Auch politische Gegner wurden von Frei ohne Schonung behandelt, doch beruhte der scharfe und persönliche Ton im Zeitalter des zugespitzten Klassenkampfes auf Gegenseitigkeit. Wie in früheren Jahren zwischen Wulschleger und dem journalistischen Führer der Konservativen, Zellweger, so spielten sich jetzt die *schärfsten Presseduellen* zwischen Frei und dem freisinnigen Redaktor der «Basler Zeitung», Nationalrat Dr. Zoller, ab, wobei keiner dem andern etwas schuldig blieb.

Wie sehr auch die persönlichen und taktischen Differenzen innerhalb der organisierten Arbeiterschaft die Atmosphäre vergiftet hatten, und obwohl sie mit dem Wegzug Wassilieffs im März noch durchaus nicht beendet waren, so brachte doch das Jahr 1905 dem «Basler Vorwärts» einen kaum erwarteten *äusseren Aufschwung*. Während in früheren Jahren Streik und Aussperrung dem Blatt jeweils einen beträchtlichen Verlust an Abonnenten gebracht hatten, zeitigte das Grosskampfsjahr 1905 die gegenteilige Wirkung. Nicht nur erlaubten die namhaften Unterstützungsgelder der verbesserten und zentralisierten Organisationen den bisherigen Abonnenten, ihre Zeitung weiter zu beziehen; deren kompromissloses Eintreten für die Sache der Tausenden von Streikenden und Ausgesperrten führte ihr neue Abonnenten in grosser Zahl zu. Am 11. August konnte der «Basler Vorwärts» verkünden, der Finanzhaushalt sei konsolidiert, die Zeitung werde in Zukunft ein *sorgenloses Dasein* führen können.

Dem äusseren Aufschwung des «Basler Vorwärts» seit 1905 entsprach *keineswegs ein verbessertes Niveau seines Textteils*. Frei war durch seine vielen politischen Ämter über das erträgliche Mass in Anspruch genommen, während das sich verschlimmernde Augenleiden und andere Alterserscheinungen die Aktivität Arnolds weiterhin herabsetzten. Die Kritik gegenüber der «lahmen» und «reformistischen» Redaktion wurde nach dem Wegzug Wassilieffs von dessen Nachfolger Grimm weitergeführt und fand in den Kreisen des Arbeiterbunds ein starkes Echo. Da man dem verdienten Parteisenior Arnold nicht den Laufpass geben wollte, wurde die Forderung nach einer *dritten Redaktorstelle* laut. Sie war ad personam gedacht: Robert Grimm sollte der in radikalen Gewerkschaftskreisen trotz der kämpferischen Haltung Freis als asthmatisch bezeichneten Redaktion neuen Auftrieb geben. Am 1. Oktober 1908 verkündete die Presseunion, Grimm werde seinen Redaktorposten am 1. Januar 1909 antreten. Der in der Redaktionsstube wenig Willkommene und der Basler Verhältnisse Überdrüssige zog es aber vor, einer Berufung als Chefredaktor der «Berner Tagwacht» Folge zu leisten. *Wäre Grimm in die Redaktion eingetreten und in Basel geblieben, so dürfte die Geschichte der Basler Arbeiterbewegung und damit der Basler Politik einen andern Verlauf genommen haben.*

Als dritter Redaktor anstelle des ablehnenden Grimm wurde im Sommer 1909 Heinrich Lattmann, Arbeitersekretär in Zürich und seit langem Zürcher Korrespondent des «Basler Vorwärts», berufen. Vom 1. Oktober an zeichnete er neben Arnold, der immer mehr auf das Nebengeleise der Gerichtsberichterstattung abgeschoben wurde, und Johannes Frei als verantwortlicher Redaktor. Lattmann hat aber der

Redaktion des Basler Arbeiterblatts nicht lange angehört; im Sommer 1911 ersetzte ihn der unbedeutende Fritz Brun.

Die letzte äussere Änderung *in der Vorkriegszeit* ergab sich für den «Basler Vorwärts» im Jahre 1913. Der Schweizerische Typographenbund hatte, gegen den Willen der lokalen Sektion, der Genossenschaftsdruckerei seine Verbandsdruckerei verkauft. Die neuorganisierte Genossenschaftsdruckerei wurde nun getragen von der Presseunion Vorwärts, dem Arbeiterbund und der SP Basel. Präsident des Vorstands war Nationalrat Jaeggi, die Geschäftsführung übernahm der bisherige Gérant der Genossenschaftsdruckerei, Arnold Jeggli. Der Untertitel «Sozialdemokratisches Tagblatt. Offizielles Publikationsorgan der SPS, des Arbeiterbundes Basel sowie der sozialdemokratischen Parteien von Baselstadt und Baselland» ab 1. Juli 1913 ist insofern von Bedeutung, als *erstmal wieder seit der Zeit der Ersten Internationale ein gemeinsames Organ für die beiden Halbkantone* zustandegekommen war. Nicht zuletzt im Hinblick darauf meldete die Zeitung bald eine erfreuliche Zunahme der Abonnentenzahl und als Folge davon eine gute Geschäftslage.

So erfreulich die Konsolidierung der finanziellen Lage seit 1905 auch sein mochte, so lässt sich doch nicht bestreiten, dass der «Basler Vorwärts» bezüglich seiner Abonnentenzahl mit der Bevölkerungsvermehrung, die doch vor allem einen Zuwachs der Arbeiterbevölkerung darstellte, nicht Schritt zu halten vermochte und auch innerhalb der schweizerischen Arbeiterpresse jene Stellung verlor, die er in den späten achtziger und in den neunziger Jahren eingenommen hatte. Ein gewisses *relatives Stagnieren* zeigt sich auch, wenn man die Auflageziffern des Basler Arbeiterblatts mit jenen der andern Basler Zeitungen vergleicht. Während die «Nationalzeitung» ihre Auflage von 1896 bis 1913 um 10 500 zu erhöhen vermochte (25 000 gegenüber 14 500), die «Basler Nachrichten» mit einer Leserschaft von 10 500 rechnen konnten und das katholische «Basler Volksblatt» seine Auflage seit 1896 verdreifachen konnte (8800 gegen 2900), stieg die Auflage des «Basler Vorwärts» nur um rund 3500 auf 6000 an. Mögen auch die weiter oben erwähnten objektiven Schwierigkeiten aller Arbeiterzeitungen und die spezifisch baslerischen Hindernisse bis zum Ersten Weltkrieg und darüberhinaus bis heute ihre Geltung behalten haben, so ist nicht daran zu zweifeln, dass ein Redaktor vom Niveau eines Eugen Wullschleger in seinen kämpferischen Jahren oder gar eines Robert Grimm der ältesten sozialdemokratischen Tageszeitung der Schweiz zahlreiche neue Abonnenten zugeführt hätte.²⁾

So unleugbar die Pionierdienste der Basler Arbeiterpresse für die schweizerische Sozialdemokratie sind, so wenig kann bestritten werden, dass der «Basler Vorwärts» mit dem *politischen Aufschwung der Sozialdemokratie* in der Vorkriegszeit, der sie zur grössten Partei des Halbkantons werden liess, *nicht Schritt zu halten vermochte*. Andererseits wäre dieser Aufschwung ohne die Gründung eines ausschliesslich die Arbeiterinteressen vertretenden Parteiorgans nicht möglich gewesen. In diesem Sinne bildete das Gründungsjahr des «Basler Arbeiterfreunds», 1886, sowohl für die Basler Arbeiterbewegung wie für die gesamte Basler Politik *Epoche*.

7. Kapitel:

Die SP, der Arbeiterbund und die Genossenschaftsbewegung, 1900–1914

Schon im letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts hatte der durch die wirtschaftliche Entwicklung in seiner Existenz bedrohte gewerbliche Mittelstand begonnen, seine Interessen bewusster als bisher zu verteidigen. Er war dabei in immer schärferen Gegensatz sowohl zum ACV als auch zur organisierten Arbeiterbewegung geraten. Im Jahre 1900 schlossen sich eine Anzahl führender Detailgeschäfte des Privathandels unter dem Namen «Basler Konsumgesellschaft» (B.K.G.) zu einer Art exklusiver Rabattsparrvereinigung zusammen. Den guten Klang des Namens «Konsum» ausnützend, verfolgten sie doch eindeutig den Zweck, die weitere Ausbreitung des ACV nach Möglichkeit zu verhindern. Neben dem Handwerker- und Gewerbeverein und dem Verband der Basler Kaufleute wurde die Konsumgesellschaft zur wichtigsten Stütze *gewerblicher Mittelstandspolitik*.¹⁾

Die immer aggressiver werdende Haltung des organisierten Gewerbes hatte zur Folge, dass sich die *Sozialdemokratie* in der Vorkriegszeit immer stärker *an die Seite des ACV gedrängt* sah und dass dieser in der in politischem Aufschwung begriffenen und fast ausschliesslich aus Konsumenten bestehenden Partei seine beste Stütze fand. Dabei war es bedeutsam, dass mit Arnold, Frei und Lattmann ausgesprochene *Genossenschaftspolitiker in der Redaktionsstube der Parteizeitung* sassen und dass der «Basler Vorwärts» seine Spalten vermehrt auch dem Vorkämpfer des genossenschaftlichen Gedankens, Dr. Hans Müller, öffnete.

Ein in seinem Ursprung völlig unpolitischer Konflikt im ACV führte im Jahre 1901 dazu, dass die Sozialdemokratie ihr Verhältnis zur Genossenschaftsbewegung einer grundsätzlichen Prüfung unterzog. Unstimmigkeiten im Schlächtereigeschäft hatten dem Präsidenten der entsprechenden Betriebskommission, dem sozialdemokratischen Grossrat Müller-Ott, heftige Kritik im Verwaltungsrat – auch von seinen Parteigenossen – eingetragen und zur Abberufung und Neuwahl des gesamten Verwaltungsrats geführt; Müller-Ott wurde an der Spitze der Schlächtereikommision durch Bernhard Jäggi ersetzt.²⁾ Der interne Konflikt drohte sich zu einem Parteiskandal auszuwachsen. In einer dieser Angelegenheit gewidmeten, vom Arbeiterbund und von der SP einberufenen Burgvogteiversammlung vom 24. März wurde eine zweifellos von Wullschleger redigierte *Resolution* angenommen, deren Grundsätze während der ganzen Vorkriegszeit den festen Boden bildeten, auf dem sich die organisierte Arbeiterschaft und die Genossenschaftsbewegung finden konnten. Danach *hatte sich die Partei nicht in die innern Angelegenheiten des ACV einzumischen. Die aktive Genossenschaftspolitik wurde dem Arbeiterbund, also der gewerkschaftlichen Dachorganisation, als Aufgabe zugewiesen*. Bei aller Sympathie für den ACV sollte die organisierte Arbeiterschaft einen deutlichen Trennungsstrich zwischen Parteipolitik und Konsumentenbestrebungen machen. Sie beanspruche zwar eine angemessene Vertretung in den Behörden des ACV, doch dürfe dadurch der gewerkschaftlichen und

politischen Tätigkeit kein Abbruch getan werden. Im übrigen erstrebe die organisierte Arbeiterschaft die umfassende gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter und Angestellten des ACV.³⁾

Der ACV hatte seit seiner Gründung mehrmals Statutenrevisionen vorgenommen, um sein organisatorisches Kleid dem raschen Wachstum und den neuen wirtschaftlichen Voraussetzungen anzupassen. Kennzeichen des organisatorischen Aufbaus blieb auch nach der letzten Änderung das System der direkten Demokratie, das seinen Ausdruck vor allem in der grossen Bedeutung der Generalversammlung fand. Gerade diese Institution hatte sich aber gegen Ende des Jahrhunderts weitgehend überlebt. Bei der grossen Mitgliederzahl war es längst unmöglich geworden, eine Generalversammlung abzuhalten, die repräsentativen Charakter beanspruchen konnte. Dies änderte sich mit den neuen Statuten, die im Februar 1900 angenommen wurden. Sie brachten einen *teilweisen Übergang zum Repräsentativsystem* im ACV. Wichtige Kompetenzen der Generalversammlung, die mit reduzierten Rechten bestehen blieb, gingen auf eine Art *Parlament*, den *Genossenschaftsrat*, über. Als demokratisches Gegengewicht dazu wurde die *Urabstimmung* der Mitglieder eingeführt. Ihr unterlagen die Wahl des Genossenschaftsrates und im Sinne des obligatorischen Referendums die Statutenrevision; für Beschlüsse des Genossenschaftsrates galt das fakultative Referendum. Dieser zählte hundert Mitglieder und wurde in einer sonderbaren *Verquickung des Majorz- mit dem Proportionalsystem* gewählt, welche nur eine geringfügige Mehrheit einer Wählergruppe zuließ; ein Teil der Delegierten wurde jährlich erneuert, doch war Wiederwahl zulässig. Der Genossenschaftsrat wählte den Verwaltungsrat als eigentliches Exekutivorgan des Vereins. Drei von dessen Mitgliedern bildeten das Büro der Behörde, die übrigen je zu zweien Präsident und Vizepräsident der Betriebskommission der einzelnen Geschäftszweige.⁴⁾

Die ersten Wahlen in den Genossenschaftsrat fanden bei schwacher Wahlbeteiligung im April 1900 statt und brachten eine starke Zersplitterung der Kräfte, trugen doch die Wahlvorschläge nicht eigentlichen Parteicharakter. Neben den schon früher in Erscheinung getretenen Genossenschaftspolitikern der Sozialdemokratie tauchten unter den auf der Liste des Arbeiterbunds Gewählten gleich vier Akademiker auf, darunter *Dr. Müller*, der zum *ersten Präsidenten des Genossenschaftsparlaments* gewählt wurde.⁵⁾ 1901 bildete sich eine *Fraktion der Genossenschaftsräte des Arbeiterbunds*, welche ein siebengliedriger Arbeitsausschuss straff leitete; diesem gehörten unter andern Redaktor Frei, Arbeitersekretär Dr. Wassilieff und der auf dem äussersten linken Flügel des Freisinns stehende Sekundarlehrer J. Fr. Schär an.⁶⁾ Nachdem bei den Ersatzwahlen von 1901⁷⁾ und 1902⁸⁾ die Liste des Arbeiterbunds obenauf geschwungen hatte, brachten die Erneuerungswahlen des Genossenschaftsrats von 1903 der organisierten Arbeiterschaft die *absolute Mehrheit*.⁹⁾ Diese rückgängig zu machen, war von nun an das Hauptbestreben der vom Freisinn geführten bürgerlichen Minderheitskoalition. 1905 war das Ziel erreicht. Wegen der damaligen Streik- und Aussperrungswelle fanden die Wahlen in einer *Atmosphäre des Klassenkampfs* statt.

Die *bürgerliche Einheitsliste* trug einen eindeutigen Sieg über jene des Arbeiterbunds davon, im Genossenschaftsrat standen nun 54 Bürgerlichen nur noch 46 Vertreter des Arbeiterbunds gegenüber.¹⁰⁾ Die neuen Machtverhältnisse fanden ihren Niederschlag bei der partiellen Neuwahl des Verwaltungsrats; die bürgerliche Mehrheit des ACV-Parlaments brachte ihre sämtlichen Kandidaten durch, die Liste des Arbeiterbunds unterlag auf der ganzen Linie.¹¹⁾ *Die bisher in den ACV-Behörden dominierende Sozialdemokratie ging für ein halbes Jahrzehnt in die Opposition.* Die Klassenkampfstimmung hatte hüben und drüben Auswüchse gezeitigt. So war einer Waschfrau, die mit der Arbeiterbundsliste gestimmt hatte, von einem zornentbrannten Bürger sogleich erklärt worden, sie habe in seinem Hause nichts mehr zu suchen.¹²⁾ Andererseits war in der Wahlpropaganda des Arbeiterbunds der Klassenkampfgedanke so sehr hochgespielt worden, dass die Bürgerlichen bei den Verwaltungsratswahlen sogar den bewährten und fachlich vorzüglich qualifizierten Wilhelm Bärwart zu Fall brachten, obschon sich dieser im Sinne des Genossenschaftssozialismus seit Jahren um den politischen Ausgleich bemüht und immer ausschliesslich die Gesamtinteressen des ACV vertreten hatte.¹²⁾ In den Jahren 1906 bis 1909 änderte sich in den politischen Machtverhältnissen innerhalb des ACV wenig. Die bürgerliche Mehrheit nützte ihre Position bei der Bestellung des Verwaltungsrats und der Betriebskommissionen weidlich aus und übertraf dabei die Sozialdemokratie, die zur Zeit ihrer kurzen Vorherrschaft bei der Vergebung wichtiger Ämter auch nicht eben grosszügig gewesen war, verdiente arbeiterfreundliche Bürgerliche aber nie bekämpft hatte.¹⁴⁾ Erst Dr. Oskar Schär, der nach dem Tode Christian Gass' Ende 1907 der führende Kopf der bürgerlichen Mehrheitskoalition wurde, gelang es 1909, Verständigungswahlen für die Betriebskommissionen durchzusetzen.¹⁵⁾

Die neuen Statuten von 1910 sahen den *Übergang zum reinen Proportionalsystem* für die Wahlen in den Genossenschaftsrat vor. Die jährliche Teilerneuerung fiel weg; damit wurden die den Interessen des ACV abträglichen Wahlkämpfe wesentlich eingeschränkt.¹⁶⁾ Bei den ersten Wahlen nach den neuen Bestimmungen vom Mai 1910 gingen weit über 8000 Genossenschafter zur Urne; 1900 waren es nur 1300 gewesen. Der Arbeiterbund setzte alle Hebel in Bewegung, um seine Liste zum Siege zu führen; auch die Quartiervereine der Partei entfalteten eine grosse Aktivität. Das Ergebnis entsprach nicht ganz dem Aufwand und den optimistischen Hoffnungen, *brachte der organisierten Arbeiterschaft aber doch ganz knapp ihre 1905 verlorene Majorität zurück*: 51 Vertretern des Arbeiterbunds standen 49 Gewählte der vier andern Listen gegenüber. Wie scharf die *Wahldisziplin* gehandhabt wurde, beweisen die unverändert eingelegten Listen: Beim Arbeiterbund machten sie 95,7%, bei den Vereinigten Bürgerlichen immerhin noch 88,7% aus.¹⁷⁾ Dass «Vorwärts»-Redaktor Lattmann für den scheidenden bürgerlichen Präsidenten anerkennende Worte fand, durfte als gutes Omen für die kommende Amtsperiode betrachtet werden. Die straffe *Fraktionsdisziplin*¹⁸⁾ ermöglichte es der Sozialdemokratie, trotz den knappen Mehrheitsverhältnissen im Genossenschafts- und im neu geschaffenen Aufsichtsrat in den nächsten

drei Jahren weitgehend die Geschicke des ACV zu bestimmen. Die letzten Vorkriegswahlen in den Genossenschaftsrat fanden im Juni 1913 unter ähnlichen Verhältnissen wie jene von 1905 statt. Wieder versuchten die Bürgerlichen, der «roten» Mehrheit im ACV ein Ende zu setzen, und wieder fand der Wahlkampf in einer *Atmosphäre schärfsten Klassenkampfes* statt, fiel er doch mit dem hohe Wellen werfenden Färberstreik zusammen. Diesmal aber ging der *Arbeiterbund* als *grosser Sieger* aus dem Kampf hervor: Nicht nur erhöhte sich die Zahl seiner Vertreter von 51 auf 54; ebenso bedeutsam war, dass die Opposition noch zersplitterter war als 1910.¹⁹⁾ Die erste Sitzung des Genossenschaftsrats brachte ein hässliches Seilziehen der beiden grossen Gruppen, der 54 Vertreter des Arbeiterbundes und der 37 Abgeordneten der Vereinigten Bürgerlichen, um die richtige Anwendung des Proporz bei den Wahlen ins Büro und in den Aufsichtsrat. Gegenseitig warf man sich frühere Ausschlusslichkeitspolitik vor, und beide Seiten versuchten, die kleinen Gruppen durch Zugeständnisse für sich zu gewinnen. Schliesslich siegte aber doch, wie später auch bei den Wahlen in die Betriebskommissionen, die politische Vernunft: Das letzte Jahr vor Ausbruch des ersten Weltkriegs verlief im ACV in einer relativ entspannten Atmosphäre.²⁰⁾

Das Überwiegen der Sozialdemokratie in den ACV-Behörden nach 1910 hatte aber noch eine weitere Ursache. Sie hängt mit der *Statutenrevision von 1910* zusammen. Im Jahresbericht des ACV für 1900 wird mit Genugtuung erwähnt, dass sich die neue Organisation schon im ersten Jahr ihres Bestehens bewährt habe. Es fehlte aber gerade in der organisierten Arbeiterschaft nicht an Stimmen, die darauf hinwiesen, dass für ein kaufmännisches Grossunternehmen das immerhin dilettantenhafte und schwerfällige Kommissionensystem nicht genügen könne und dass eine *straffere*, einheitliche *Geschäftsführung* notwendig sei. Am 28. Mai 1901 veröffentlichte Wullschleger in der Parteizeitung noch einmal ein umfassendes Programm für die Tätigkeit der organisierten Arbeiterschaft im ACV und schloss sich darin der Forderung nach einer Verwaltungsreform an, wie sie schon kurz vorher im Arbeiterbund und an einer Generalversammlung des ACV zur Sprache gekommen war.²¹⁾ Entscheidender Punkt war die *Einführung des Direktorialsystems*, das imstande wäre, die Expansion des Unternehmens mit allen Mitteln zu fördern. Es sollte sich aber bald zeigen, dass die Verwaltungsreform, zu der die Sozialdemokratie die Initiative ergriffen hatte, gerade unter den um ihre Posten besorgten sozialdemokratischen Verwaltungsräten ihre schärfsten Gegner fand.²²⁾ Wichtigster Befürworter der Neuerung innerhalb der Sozialdemokratie war Bernhard Jäggi. In einer Bürositzung des Genossenschaftsrats vom 18. Februar 1904 kam er erneut auf das Problem zu sprechen und führte dafür das erfolgreiche deutsche Beispiel ins Feld. Nach langen Kommissionsberatungen nahm der Genossenschaftsrat im April 1904 einen Statutenentwurf an, der die gesamte Geschäftsleitung einer vollamtlichen Direktion von drei Mitgliedern unterstellte. Er wurde aber in der Urabstimmung vom Mai mit Zweidrittelmehr verworfen; dagegen hatten vor allem die amtierenden Verwaltungsräte agitiert.²³⁾ *Die Ent-*

wicklung von der ehrenamtlichen Verwaltung des ACV zur vollamtlichen liess sich aber bei dessen weiterem Ausbau und Aufschwung nicht mehr aufhalten. 1908 wurde vorerst die Stelle eines Zentralsekretariats geschaffen und mit dem angesehenen katholischen Politiker Dr. iur. Rudolf Niederhauser besetzt, 1910 ein neuer Statutenentwurf von der Urabstimmung mit überwältigendem Mehr gutgeheissen.²⁴⁾ Mit den Statuten dieses Jahres erhielt der ACV im wesentlichen jene Organisationsform, die sich mit wenigen Ausnahmen bis heute bewährt hat. Der entscheidende Schritt war die Ersetzung der mehr oder weniger selbstherrlichen Betriebskommissionen in den verschiedenen Geschäftszweigen, deren Mitglieder nur nebenamtlich tätig waren und häufig wechselten, durch eine aus drei vollamtlichen Direktoren bestehende Verwaltungskommission, auf unbestimmte Zeit gewählt durch den Genossenschaftsrat. Sie war einem Aufsichtsrat verantwortlich, der den bisherigen Verwaltungsrat ersetzte.²⁵⁾

Die Bestellung der neugeschaffenen ACV-Exekutive musste einen neuen Machtkampf zwischen den beiden grossen politischen Gruppen zur Folge haben. Die sozialdemokratische Mehrheit entschied ihn durch ein Überrumpelungsmanöver zu ihren Gunsten. Für die Bürgerlichen überraschend, schlug sie vor, auf eine Ausschreibung zu verzichten und die drei Direktorenstellen unter den bisherigen verdienten Genossenschaftsfunktionären auf dem Berufswege zu besetzen. Die Fraktion des Arbeiterbunds wartete auch gleich mit personellen Vorschlägen auf. Unter den bürgerlichen Funktionären drängte sich der bisherige Zentralsekretär Dr. Niederhauser schon dank seiner juristischen Ausbildung auf; ihm sollten die Sozialdemokraten Emil Angst und der Vorsteher des Schlächtereibetriebes Rudolf Bolliger zur Seite gestellt werden. Über die Qualifikation der portierten Sozialdemokraten konnten keine Zweifel bestehen, beide genossen zudem das Vertrauen des Personals und waren in der Lage, als Grossräte die Interessen des ACV auch im kantonalen Parlament zu vertreten. Blieben die Persönlichkeiten der beiden Vorgeschlagenen also unangefochten, so wehrte sich die bürgerliche Minderheit – vor allem der völlig übergangene Freisinn – doch gegen den bevorstehenden neuen Machtzuwachs der Sozialdemokratie in den ACV-Behörden, konnte aber die Wahl der drei Kandidaten nicht verhindern. Das von der Opposition ergriffene Referendum brachte die Bestätigung der Wahl.²⁶⁾

Mit der Zuspitzung des Klassenkampfes musste auch das Verhältnis zwischen der organisierten Arbeiterschaft und der Konsumgenossenschaftsbewegung neu durchdacht und festgelegt werden. Dies geschah nicht nur auf lokalem, sondern auch auf nationalem und internationalem Boden. Das geeignete übernationale Podium zur Erörterung dieser Schicksalsfrage der Genossenschaftsbewegung stellte der 1895 in London gegründete *internationale Genossenschaftsbund* dar.²⁷⁾ Seine ersten Bundesstatuten legten das Prinzip der politischen und religiösen Neutralität fest. Als sich nun aber seit Ende der neunziger Jahre in Deutschland und der Schweiz anstelle der bisherigen liberalen, sich vor allem auf Schulze-Delitzsch stützenden Genossenschaftstheorie eine soziale Genossenschaftskonzeption entwickelte, als deren Hauptvertreter

Dr. Hans Müller zu gelten hatte, wurde eine Neubesinnung auf die ideologischen Grundlagen unumgänglich.²⁸⁾ Erstmals setzte sich die *Müllersche These*, die Konsumvereinsbewegung stelle ein Mittel zur Umgestaltung der herrschenden kapitalistischen Wirtschaftsordnung dar, am Budapester Kongress des Bundes von 1904 durch.²⁹⁾ 1910 fanden zu gleicher Zeit die Tagungen des internationalen Genossenschaftsbundes in Hamburg und der sozialistischen Internationale in Kopenhagen statt. Beide befassten sich mit dem Verhältnis der Genossenschaftsbewegung zu der gewerkschaftlichen und der politischen Arbeiterbewegung. Eine Resolution des Hamburger Kongresses übernahm die Hauptgedanken Müllers, der 1907 wegen persönlicher Differenzen aus dem VSK ausgeschieden und Sekretär des internationalen Genossenschaftsbundes geworden war. Der Kopenhagener Sozialistenkongress anerkannte die Genossenschaftsbewegung mehrheitlich als wirksame Waffe im Klassenkampf. *Insofern als sowohl die genossenschaftliche wie die sozialistische Internationale die Überwindung des kapitalistischen Wirtschaftssystems auf evolutionärem Wege anstrebten, war damit für die Zukunft einem gemeinsamen Vorgehen die Bahn geöffnet.*³⁰⁾

In der Schweiz war es zunächst die *politische Arbeiterbewegung*, welche ihr *Verhältnis zum Genossenschaftswesen* auf nationaler Grundlage festlegte. Artikel 12 des Programms der SPS von 1904 erklärte: «Die SPS fördert das Genossenschaftswesen... Die Genossenschaft hat die Aufgabe, nicht nur preisregulierend zu wirken, und den Konsumenten vor Ausbeutung zu schützen, sondern auch durch den Absatz gesicherte Produktion der Bedarfsartikel in die Hand zu nehmen, um auf diesem Wege die Sozialisierung der Produktion anzubahnen.»³¹⁾ Wichtiger aber und in mancher Hinsicht *problematischer* war das *Verhältnis von Genossenschaft und Gewerkschaft*. Die Initiative zu einer Grundsatzdiskussion ging vom VSK aus. In einem später veröffentlichten Referat vor einer Delegiertenversammlung in Herisau führte Verbandssekretär Dr. Müller 1905 aus, das wesentliche Kennzeichen der kapitalistischen Ordnung liege in der fehlenden Organisation der Kaufkraft der Volksmassen. Diesem Mangel abzuhelfen, sei die Hauptaufgabe der Arbeiterbewegung, das Mittel dazu die politische, gewerkschaftliche und konsumgenossenschaftliche Organisation der arbeitenden Volksklasse. Unter diesen drei Organisationsformen komme der konsumgenossenschaftlichen prinzipiell die grösste Bedeutung zu. Da die Konsumgenossenschaft die Tendenz habe, den Unternehmerprofit zu beseitigen und für die Gesamtheit der Konsumenten das Eigentum an den Produktionsmitteln zu erwerben, führe sie mit fortschreitender Entwicklung geraden Weges zu einer sozialistischen Umgestaltung der bürgerlichen Gesellschaft.³²⁾

Während die prinzipiellen Ausführungen Müllers nicht einmal in VSK-Kreisen ein bedeutendes Echo fanden, stiessen seine konkreten Vorschläge über die gegenseitigen Beziehungen zwischen der gewerkschaftlichen und der genossenschaftlichen Bewegung auf grösstes Interesse, bestanden doch zwischen beiden zahlreiche *Reibungsflächen*. Darin gestand Müller den Arbeitern genossenschaftlicher Betriebe vorbehaltlos das Recht zu, sich zu Gewerkschaften zusammenzuschliessen, wollte dagegen

nichts von einem Organisationszwang wissen, wie er von den Gewerkschaften oft gefordert wurde. Er anerkannte die Verpflichtung der Genossenschaften, vorbildliche Arbeitsverhältnisse zu schaffen, erwartete andererseits von den Gewerkschaften, dass sie nicht einseitig die Interessen ihrer Mitglieder in den Genossenschaften, sondern die sämtlicher Genossenschaftsmitglieder wahrten. Eine wichtige und langjährige Forderung der Gewerkschaften versuchte der Referent mit der These zu erfüllen, die Konsumgenossenschaften erachteten es als ihre Pflicht, den Arbeitsverhältnissen der Firmen, deren Waren sie dem Konsum zuführten, ihre Beachtung zu schenken und nötigenfalls zu intervenieren. Als Gegenleistung erwartete er von den Gewerkschaften, dass sie sich der genossenschaftlichen Bildung und Erziehung der Arbeiter annähmen.

In der dem Referat folgenden Diskussion, an der auch eingeladene Gewerkschaftsvertreter teilnahmen, wurde der Wille ausgesprochen, dass zwischen dem VSK und dem Schweizerischen Gewerkschaftsbund eine Art Vertragsverhältnis einzugehen sei.³³⁾ Der verschärfte Klassenkampf der folgenden Jahre bildete aber eine ungünstige Verhandlungsgrundlage, und die Konflikte zwischen Gewerkschaften und Genossenschaften spitzten sich in der Schweiz wie im übrigen Europa noch zu. Der gewerkschaftlichen Forderung, die Genossenschaften sollten ihre Neutralität aufgeben und sich auf der Seite der organisierten Arbeiterschaft dem Klassenkampf anschliessen, stellte sich Verbandssekretär Müller 1907 in einer Artikelserie im «Schweizerischen Konsumverein» mit Nachdruck entgegen.³⁴⁾ Die nach 1905 nicht weitergeführten *Verhandlungen zwischen dem VSK und dem schweizerischen Gewerkschaftsbund* wurden zwar 1911 wieder aufgenommen, der Entscheid über das Abkommen aber vom VSK hinausgeschoben.³⁵⁾ *Das Verhältnis der beiden grossen Organisationen war immer noch unregelt*, als im Sommer 1914 der Erste Weltkrieg ausbrach.

Es mag erstaunen, dass eine der baslerischen Arbeiterbewegung geltende Untersuchung auf die Ansichten eines vor allem auf nationaler und internationaler Ebene wirkenden Genossenschaftstheoretikers eingeht. Es ist aber unbestreitbar, dass der *Genossenschaftssozialismus*, wie ihn Müller vor und nach der Jahrhundertwende in immer deutlicherer Ablösung von seiner ursprünglichen marxistischen Weltanschauung entwickelte, auf die führenden sozialdemokratischen Basler Genossenschaftspolitiker einen nachhaltigen Einfluss ausgeübt hat. Sowohl *Bernhard Jaeggi* wie *Emil Angst*, die im letzten Jahrzehnt vor dem Ersten Weltkrieg als sozialdemokratische Grossräte zum engsten Führungskreis der Partei gehörten und dieser im kantonalen Parlament durch ihre Sachkenntnis zu starker Wirkung verhalfen, waren in jenen Jahren *Genossenschaftssozialisten* und lehnten die marxistische Klassenkampftheorie ab. Als ausgesprochene Praktiker mögen sie dem Ideologen Müller mit einiger Skepsis gegenübergestanden sein; von Jaeggi wissen wir bestimmt, dass er dem allem Doktrinarismus abgeneigten basellandschaftlichen Genossenschaftspolitiker und sozialdemokratischen Nationalrat *Stephan Gschwind* das Beste seiner genossenschaftlichen Überzeugung verdankte. Im Grundsätzlichen gingen aber nicht nur Jaeggi und



Bernhard Jaeggi

Angst, sondern auch sozialistische Genossenschaftspolitiker des zweiten Gliedes wie Stadelmann, Bürgin-Haas, Bärwart, Arnold, Jeggli und die Verbandsfunktionäre Fallet und Pronier mit den Auffassungen des streitbaren und selbstbewussten Verbandssekretärs einig.

Der Verbandssekretär hatte in seinen Herisauer Thesen den Gewerkschaften die Aufgabe überbunden, sich der *genossenschaftlichen Bildung der Arbeiter* anzunehmen; dieselbe Forderung musste sinngemäss auch für die Parteivereine gelten. In welchem Ausmass wurde dieses Postulat in Basel verwirklicht? Für die Zeit vor 1900 lässt sich eine Beschäftigung der organisierten Arbeiterschaft mit genossenschaftlichen

Fragen nur vereinzelt nachweisen. Es war Dr. Müller selbst, der nach seinem Beitritt zur SP im Jahre 1900 eine Wendung herbeiführte. *Mittelpunkt der genossenschaftlichen Bildungsarbeit war seit 1902 der Grütliverein Grossbasel*, dem fast alle namhaften sozialdemokratischen Genossenschaftspolitiker angehörten. Aber auch in den Gewerkschaften und Quartiervereinen standen seit etwa 1904 recht häufig Referate über genossenschaftliche Fragen auf der Traktandenliste, wobei als häufigste Referenten Dr. Müller, Jaeggi, Angst, Jeggli, Rimathé und Pronier verzeichnet sind. Ihr besonderes Augenmerk schenken die Genossenschaftspolitiker der *Jugendorganisation* der Partei, galt es doch, den genossenschaftlichen Gedanken bereits in der Arbeiterjugend zu verankern. Einen sichtbaren Erfolg dieser Bemühungen stellte der Beitritt der Jugendorganisation als Kollektivmitglied des ACV im Sommer 1913 dar.³⁶⁾

Eine Art Gegendienst leistete der ACV den Gewerkschaften in Form von *Arbeitslosenunterstützungen*. So beschloss der Genossenschaftsrat im Januar 1901, den Arbeitslosen mit 1000 Franken unter die Arme zu greifen,³⁷⁾ und ein Jahr später setzte Dobbertin die Unterstützung der kurz zuvor gegründeten Arbeitslosenkasse des Arbeiterbunds durch den ACV mit demselben Betrag durch.³⁸⁾ 1905 bewilligte das ACV-Parlament den Ausgesperrten auf Antrag des Arbeitersekretärs Dr. Wassilieff eine Unterstützung von 10 000 Franken, die dann allerdings nicht voll zur Auszahlung kam. Ein weitergehender Antrag, die Baumeister, welche Arbeiter ausgesperrt hatten, sollten in Zukunft vom ACV keine Aufträge mehr erhalten, wurde abgelehnt.³⁹⁾ Dieselbe Summe von 10 000 Franken wurde im Dezember 1913 den verheirateten ACV-Mitgliedern zur Verfügung gestellt, die bereits mehr als einen Monat arbeitslos waren. Die Unterstützung erfolgte nicht in Geld, sondern in Lebensmitteln und andern Bedarfsartikeln. Der Beschluss erfolgte einstimmig und fand dadurch in der Öffentlichkeit viel stärkeren Widerhall, als wenn er von der Arbeiterbundsmehrheit gegen bürgerliche Opposition hätte durchgesetzt werden müssen.⁴⁰⁾

Weniger Erfolg hatte der Arbeiterbund in der Personalpolitik des ACV. Grundsätzlich vertrat er die Forderung, dass sämtliche ACV-Arbeiter und -Angestellte gewerkschaftlich organisiert sein sollten. Unausgesprochen blieb meist die Hoffnung, dass sie sich ihm ausnahmslos anschliessen würden. Offen warb er dafür, dass die verschiedenen Arbeiterkategorien ihren beruflichen Zentralverbänden beiträten. Keines der drei Postulate ist bis 1914 voll erfüllt worden. Als *sozialdemokratisches Bollwerk innerhalb des ACV* erwies sich während Jahren der 1896 gegründete und lange von Emil Jauslin geleitete *Arbeiterverein*, der schon 1900 weit über 100 Mitglieder zählte.⁴¹⁾ Da die sozialdemokratischen Genossenschaftsräte recht einseitig die Interessen der unteren Lohnkategorien im ACV vertraten, gelang es ihnen nicht, die Angestellten auf ihre Seite zu ziehen: Diese blieben unorganisiert oder schlossen sich zu Vereinigungen zusammen, die den bürgerlichen Parteien nahe standen.

Bedeutende Verdienste erwarben sich die sozialdemokratischen Genossenschaftsvertreter um die Verbesserung der *Arbeitsbedingungen* im ACV. Die Verkürzung der

Arbeitszeit des Büropersonals von 8½ auf 8 und der ACV-Arbeiter von 10 auf 9 Stunden erfolgte noch unter der ersten Arbeiterbunds-Mehrheit im Genossenschaftsrat, wäre aber ohne Entgegenkommen der bürgerlichen Minderheit kaum möglich gewesen.⁴²⁾ Welche *Pionierleistung* der ACV damit der Arbeiterbewegung leistete, zeigt eine Statistik der durchschnittlichen täglichen Arbeitszeit in Industrie und Gewerbe auf internationaler Grundlage für das Jahr 1904. Die Schweiz steht darin zusammen mit Deutschland, Frankreich und Schweden an sechster Stelle mit 10½ Stunden, hinter Australien (8 Std.), England (9 Std.), USA und Dänemark (9¾ Std.) und Norwegen (10 Std.); den Schluss bildet Russland mit 12 Stunden.⁴³⁾ Der ACV-Arbeiter war demnach um anderthalb Stunden besser gestellt als der Durchschnitt der Schweizer Arbeiter.

Nicht ganz reibungslos verliefen die *Tarifbewegungen* innerhalb des ACV im Zeitalter des Klassenkampfes. Die sozialdemokratische Mehrheit im ACV stand vor einer doppelten Schwierigkeit. Einmal war der Widerstand gewerbefreundlicher Kreise innerhalb der bürgerlichen Opposition zu überwinden, zum zweiten befand sich die Sozialdemokratie den Gewerkschaften gegenüber in der ungewohnten Position des Arbeitgebers. Nicht zuletzt dank dem Takt und dem Verhandlungstalent der mehrheitlich sozialdemokratischen Verwaltungskommission gelang es, beide Klippen zu überwinden. Als der Krieg ausbrach, wies der unter sozialdemokratischer Führung stehende ACV Lohn- und Arbeitsbedingungen auf, die von den Gewerkschaften als vorbildlich für die Privatindustrie hingestellt wurden.⁴⁴⁾

Zu einer engen Zusammenarbeit zwischen der Genossenschaftsbewegung und der Sozialdemokratie führte in Basel die erste grosse wirtschaftspolitische Auseinandersetzung auf nationalem Boden im neuen Jahrhundert. Im Hinblick auf die 1904 ablaufenden Handelsverträge hatten die eidgenössischen Räte ein neues Zolltarifgesetz ausgearbeitet, in welchem starke agrarische und kleinindustrielle Schutzzollbestrebungen zum Ausdruck kamen. Vergebens hatten der VSK als Vertreter der Verbraucherinteressen und die Exportindustrie mit ihrer Arbeiterschaft sich gegen die schutzzöllnerischen Tendenzen gewehrt. Eine auf den 19. Oktober 1902 nach Olten einberufene ausserordentliche Delegiertenversammlung des VSK beschloss daher, sich der aus vielen Verbänden gebildeten *Liga gegen den Zolltarif* anzuschliessen und mit dieser das Referendum zu ergreifen. Den Kampf führte die Genossenschaftsbewegung vornehmlich durch ihre Presseorgane, wobei die scharfe Feder des Verbandssekretärs und Redaktors Dr. Müller erstmals einer breiteren schweizerischen Öffentlichkeit bekannt wurde.⁴⁵⁾ Unter den politischen Basler Zeitungen war der «Vorwärts» die einzige, die sich vorbehaltlos in den Kampf gegen den Zolltarif einschaltete.⁴⁶⁾ Dennoch wurde der Zolltarif Mitte März 1903 nach Zustandekommen des Referendums auf eidgenössischer Ebene deutlich angenommen. Völlig anders sah aber das Basler Ergebnis aus, wurde die Vorlage doch hier im Verhältnis 73:27 verworfen. Der Anteil der Sozialdemokratie an diesem Ergebnis geht daraus hervor, dass die verwerfenden Mehrheiten in den Arbeiterquartieren am grössten waren.⁴⁷⁾ Erneut hatte die Genos-

senschaftsbewegung die Erfahrung machen müssen, dass sie unter den politischen Parteien in wirtschaftspolitischen Auseinandersetzungen nur bei der Sozialdemokratie wirkliche Hilfe fand.

Ein weiterer Vorstoss zur Beeinträchtigung der Konsumenteninteressen musste 1904 abgewehrt werden. Der Basler Grosse Rat hatte – wie schon 1898 – eine *Revision des kantonalen Wirtschaftsgesetzes* beschlossen, welche nicht nur die Bedürfnisklausel schärfer fasste, sondern bedeutend grössere Abgaben für den Kleinverkauf von Wein und Bier vorsah, eine Massnahme, die nach Lage der Dinge vor allem den ACV treffen musste. Nachdem der Genossenschaftspolitiker Jaeggi in der Grossrats-sitzung vom 12. November 1903 vergeblich die Streichung des Bedürfnisartikels durchzusetzen versucht hatte, ergriffen der ACV und die SP im Sommer 1904 gemeinsam das Referendum. In der Volksabstimmung vom September wurde der Revisionsentwurf deutlich verworfen.⁴⁸⁾

Schon zu Ende des 19. Jahrhunderts hatten gewerbliche Kreise an der *nebenamtlichen Tätigkeit kantonalen Beamter im ACV* Anstoss genommen. Insbesondere war ihnen die führende Stellung angesehener Lehrer wie Christian Gass, J. Fr. Schär und Adam Müller-Ott ein Dorn im Auge. Gelang es, auf dem politischen Weg diese Männer aus ihren Ämtern zu verdrängen, so liess sich die dem Detaillisten so unerwünschte Konkurrenz entscheidend schwächen. Entsprechende Schritte hatten aber 1900, 1903 und 1906 nicht zum gewünschten Erfolg geführt.⁴⁹⁾ Waren die bisherigen genossenschaftsfeindlichen Vorstösse jeweils von den zuständigen Behörden abgelehnt worden, so ging die nächste Bedrohung gerade von diesen aus. Anlässlich der Vorarbeiten zum kantonalen Beamten- und Besoldungsgesetz wurde die Frage der nebenamtlichen Tätigkeit der Staatsbeamten erneut aufgegriffen. Diesmal stand der Führer der Demokratischen Partei, *Dr. Oskar Schär*, im Mittelpunkt der Erörterungen. Er fand nur bei den Sozialdemokraten wirksame Unterstützung. Als dadurch aber das Beamten- und Besoldungsgesetz selbst gefährdet wurde, weil mit dem Referendum durch gewerbliche Kreise zu rechnen war, gerieten die sozialdemokratischen Grossräte als Sachwalter des öffentlichen Personals in Verlegenheit. Bei der entscheidenden Sitzung vom Sommer 1909 bot die sozialdemokratische Fraktion ein bei ihr seltenes Bild der Zersplitterung dar, womit sich erneut erwies, dass ACV-Fragen Anlass zu Unstimmigkeiten in der Partei bieten konnten. Der Rücktritt Schärs als Strafgerichtspräsident zufolge seiner Wahl als Zentralsekretär des VSK und jener von Angst als Sekundarlehrer nach seiner Wahl in die vollamtliche Verwaltungskommission des ACV nahm den Gegnern der Konsumgenossenschaften den Wind aus den Segeln, so dass in den nächsten Jahren weitere Vorstösse in dieser Sache unterblieben.⁵⁰⁾

Anlass zu politischen Vorstössen des ACV bot die fortschreitende *Verteuerung der Lebenshaltung* im letzten Vorkriegsjahrzehnt. 1906 bildete der ACV zusammen mit der Handelskammer ein Referendumskomitee gegen das geplante eidgenössische Lebensmittelpolizei-Gesetz, von dem die Konsumentenvertreter wie die Export-

industrie eine weitere Teuerungswelle befürchteten. Die SP unterstützte den Referendumskampf und trug zur wuchtigen Verwerfung des Gesetzes in Basel bei; gesamtschweizerisch wurde es angenommen.⁵¹⁾ Bedenkliche Ausmasse nahm die Lebensmittelteuerung in den Jahren 1910/11 an. Nachdem sich eine Generalversammlung des ACV damit befasst hatte, interpellierte Zentralverwalter Emil Angst die Regierung im Grossen Rat über die von ihr ins Auge gefassten Schritte und trieb damit behördliche Massnahmen an.⁵²⁾

Wie an anderer Stelle zu zeigen war, gehörte der Bau preiswürdiger und hygienisch einwandfreier Arbeiterwohnungen zu den frühesten Postulaten der Sozialdemokratie. Nachdem Wilhelm Arnold mit seiner Forderung nach einem Wohnungsgesetz nicht durchgedrungen war, fanden die an der Sache besonders interessierten linksfreisinnigen und sozialdemokratischen Kreise, die *Wohnungsfrage* müsse von einer andern Seite angepackt werden. In einer von Grossrat Arnold präsierten Sitzung des Mietervereins forderte Dr. Hans Müller zu Anfang des Jahres 1900 in einem epochemachenden Referat die Lösung der Wohnungsfrage durch *genossenschaftliche Selbsthilfe*. Die Konstituierung der Basler Wohngenossenschaft am 4. April war ein erster Schritt dazu. Führende Sozialdemokraten wie Wullschleger, Jaeggi, Bolliger, Bärwart und Dr. Eugen Blocher wirkten während der Vorkriegszeit jahrelang in deren Organen mit.⁵³⁾ Noch blieb aber innerhalb der Sozialdemokratie die Frage unentschieden, ob das Wohnungsproblem auf dem Wege des kommunalen oder des genossenschaftlichen Wohnungsbaus zu lösen sei. Bei einer vom Grütliverein einberufenen öffentlichen kontradiktorischen Versammlung vom Juni 1907 vertrat der sozialdemokratische Zürcher Pfarrer Pflüger als Vertreter des Gemeindesozialismus die erste, Bernhard Jaeggi als Genossenschaftspolitiker die zweite Lösung.⁵⁴⁾ Um seiner Forderung Nachdruck zu verschaffen, reichte Jaeggi kurz darauf im Grossen Rat einen Antrag ein, der die Einrichtung eines öffentlichen Wohnungsnachweises und die finanzielle Unterstützung der Basler Wohngenossenschaft durch die öffentliche Hand forderte.⁵⁵⁾ Dieser Vorstoss bereitete den Boden für die günstige Aufnahme einer Eingabe, welche die Basler Wohngenossenschaft im April 1909 an die Regierung stellte und worin sie diese bat, ihr eine Landparzelle zwecks Überbauung im Erbbau-recht zu überlassen und öffentliche Mittel zu niedrigem Zinsfuss bereitzustellen. Die eingeleiteten Verhandlungen führten zum Ergebnis, dass der Regierungsrat dem Grossen Rat im März 1912 den Ratschlag über einen Baurechtsvertrag mit der Basler Wohngenossenschaft vorlegen konnte, nachdem Jeggli die Alternative kommunaler oder genossenschaftlicher Wohnungsbau als überwunden erklärt und die Inangriffnahme beider Wege gefordert hatte.⁵⁶⁾ Die Grossratssitzung vom 18. April galt allgemein als ein Sieg der genossenschaftlichen Idee und der Sozialdemokratie, welche in der Debatte die besten Argumente geliefert hatte, doch kam auch einzelnen bürgerlichen Politikern und den Regierungsräten Speiser und Mangold ein bedeutendes Verdienst an diesem Ausgang zu.⁵⁷⁾ Die Bürgerpartei ergriff als einziger grundsätzlicher Gegner des Ratschlags das Referendum gegen den grossrätlichen Beschluss,

doch wurde die Vorlage in der Volksabstimmung knapp angenommen.⁵⁸⁾ Die staatliche Unterstützung hatte in den nächsten Jahren einen *bedeutenden Aufschwung der Basler Wohngenossenschaft* zur Folge. Wenn auch Vertreter aller Bevölkerungskreise an diesem bedeutungsvollen Werke beteiligt waren, das *Pionierleistungen auf dem Gebiete des genossenschaftlichen Wohnungsbaus* erbrachte, so kommt das Hauptverdienst daran doch den genossenschaftlichen Organisationen (ACV und VSK) und der Sozialdemokratie zu, die durch ihre Genossenschaftler-Grossräte die entscheidenden politischen Schritte eingeleitet hatte.⁵⁹⁾

Innerhalb der schweizerischen Genossenschaftsbewegung hat sich der ACV Basel immer wieder den Vorwurf zugezogen, er habe den *parteipolitischen Tendenzen* – womit jene der Sozialdemokratie gemeint waren – *Tür und Tor geöffnet*. Besteht der Vorwurf zu Recht? Der ACV ist 1903/4 und in den letzten Jahren vor dem Ersten Weltkrieg von der Sozialdemokratie geleitet worden. Daraus die Folgerung abzuleiten, diese habe ihre Mehrheit in sämtlichen Behörden zu parteipolitischen Zwecken missbraucht, wie dies von gewerblicher Seite her geschah, ist völlig abwegig. Bei der numerischen Stärke der bürgerlichen Opposition und der Schlüsselstellung, die Dr. Niederhauser als Zentralsekretär in der von Angst präsidierten Verwaltungskommission zukam, wäre dies gar nicht möglich gewesen. Schlugen im ersten Jahrzehnt des neuen Jahrhunderts die Arbeitersekretäre Wassilieff und Grimm und «Vorwärts»-Redaktor Frei zuweilen klassenkämpferische Töne an, so drangen sie damit doch nicht einmal bei ihren eigenen Genossen in den ACV-Behörden durch. Ein unverdächtig Kronzeuge für das Verhalten der Sozialdemokraten in den Genossenschaftsbehörden ist der linksfreisinnige ACV-Politiker J. Fr. Schär, der Vater des nachmaligen Verbandssekretärs Dr. Oskar Schär. Anlässlich der 50-Jahr-Feier des ACV Basel führte der indessen zum Professor für Genossenschaftsfragen an der Universität Zürich Avancierte aus, er sei es selbst gewesen, der dem Begehren der Arbeiterpartei nach angemessener Vertretung in den genossenschaftlichen Behörden in den neunziger Jahren zum Durchbruch verholfen habe. Man habe damals befürchtet, das Genossenschaftswesen werde durch die Beteiligung der sozialdemokratischen Arbeiterschaft ausser Rand und Band geraten. Das Gegenteil sei eingetreten: Der ACV habe gerade seit dieser Zeit einen unbestreitbaren Aufschwung genommen. Wesentlich dazu beigetragen habe die Einsicht der Arbeitervertreter in das Wesen der Genossenschaftsbewegung. Als Bruno Gutschmann zum erstenmal im Verwaltungsrat erschienen sei, habe er gesagt: «*Wenn ich in die Räume des Konsumvereins eintrete, lege ich meinen Sozialdemokraten ab; ich bin ein Genossenschaftler und habe nichts anderes im Auge als das Wohl und Gedeihen der Genossenschaft.*» Dies sei die Grundhaltung fast aller führenden sozialdemokratischen Genossenschaftspolitiker gewesen.⁶⁰⁾

Die Basler Sozialdemokratie hat den ACV als Mittel zur Hebung der Arbeiterschaft benützt, nicht aber zu parteipolitischen Zwecken missbraucht. Sie ist damit grundsätzlich auf dem Boden der Idee geblieben, auf welchen der Gründer Bernhard Collin-Bernoulli die Organisation 1865 aufgebaut hatte.

8. Kapitel: *Die führenden Männer¹⁾*

Robert Michels bezeichnet die Parteigründung als einfachste Genesis des Führertums innerhalb einer Partei. Für die Basler Sozialdemokratie traf dies in hohem Masse zu: Eugen Wullschleger war 1886 Mitbegründer des Arbeiterbunds, der durch seine schweizerische Mitgliedschaft zugleich als Arbeiterpartei wirkte, und 1890 Begründer einer eigentlichen Parteisektion. Er war von 1886 bis zu seinem Eintritt in die Regierung, 1902, der unbestrittene Führer der Basler Sozialdemokratie und hat auch als Magistrat noch einen starken Einfluss auf die Bewegung auszuüben vermocht. Seit 1886 Grossrat, seit 1896 Nationalrat, während eines Jahrzehnts Redaktor des Parteiblatts und auch später noch gelegentlicher Mitarbeiter, wurde Wullschleger bis zu seiner Wahl in die kantonale Exekutive immer wieder an die Spitze des Parteikomitees und des obersten Wahlkomitees gestellt und kumulierte so fast alle führenden Ämter, die die Partei zu vergeben hatte. Er hat die Mehrzahl dieser Posten nicht gesucht, ja sich öfters gegen eine Wahl bis zum äussersten gewehrt. Wenn er trotzdem in der Frühgeschichte der Basler Sozialdemokratie – als Dreissiger – eine fast patriarchalische Stellung erlangte, so lag dies einmal an der mangelnden Rekrutierungsbasis für die Führer des ersten Glieds, zum andern aber an seinen Führerqualitäten. Die Organisation des Arbeiterbunds und der Partei waren im wesentlichen sein Werk, er hob die Parteizeitung auf ein beachtliches Niveau, er leitete geschickt die Abstimmungs- und Wahlkämpfe, wobei er die Hauptlast der Agitation selbst übernahm; schliesslich hat er sich auch in den öffentlichen Ämtern, die ihm die Wählerschaft anvertraute, vorzüglich bewährt. Dass dies auch für seine Tätigkeit in der Exekutive galt, hat der spätere konservative Regierungsrat Dr. Adolf Imhof bei seinem Ausscheiden aus der obersten kantonalen Behörde eindrücklich bestätigt: Er bezeichnet Wullschleger als den Vater der Basler Sozialpolitik und als vorbildlichen Departementsvorsteher, persönlich unbedingt integer, gerecht, distanziert, aber wohlwollend.²⁾

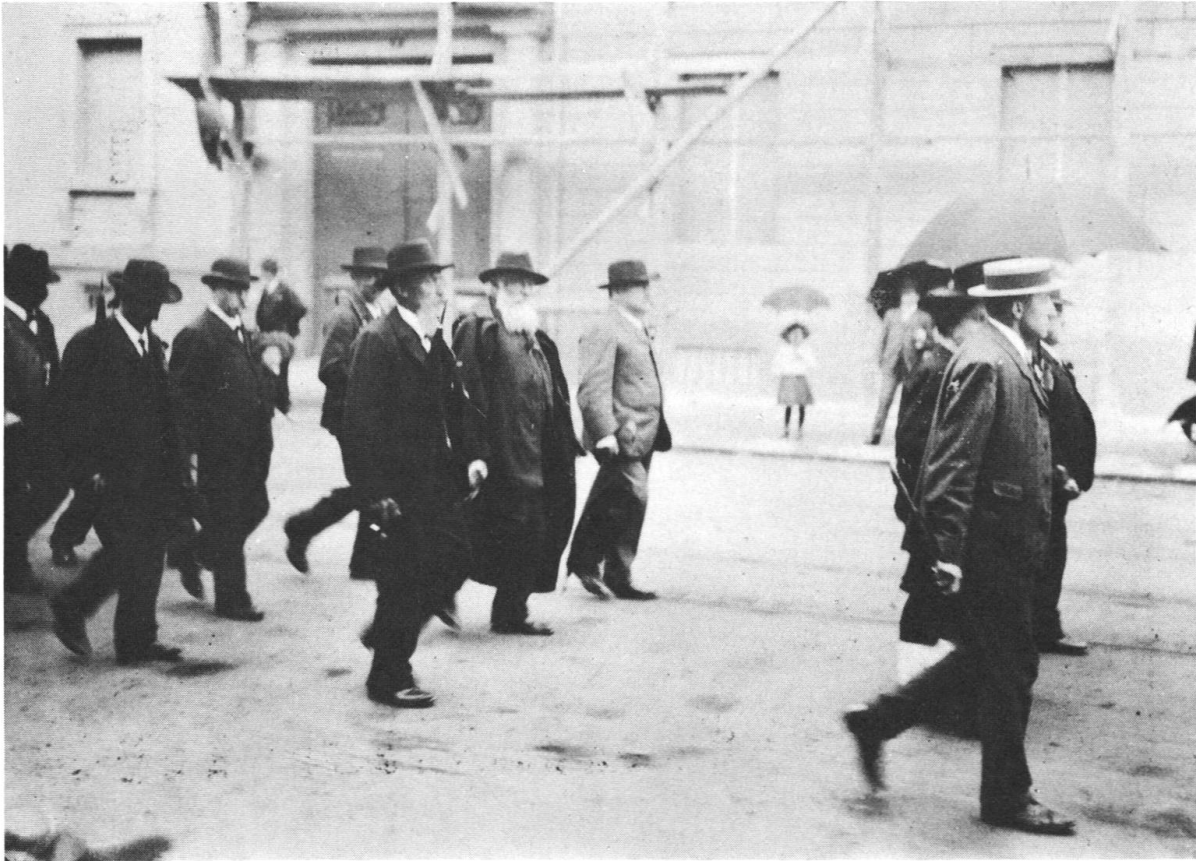
Wullschleger hat nie um das Wohlwollen seiner Wähler und Parteifreunde gebuhlt oder seine dominierende Stellung in der Partei als Mittel für den persönlichen Aufstieg benutzt. Es ging ihm um die Sache – jene der Bewegung, zu der er sich früh bekannt hatte, und jene des ganzen arbeitenden Schweizer Volkes. Im Innersten vom Wert der demokratischen Institutionen überzeugt, hat er sich immer wieder parteiinternen Entscheiden unterzogen, die ihm persönlich unangenehm waren oder die mit seinen Auffassungen nicht übereinstimmten, sofern sie auf demokratische Art, d.h. durch Parteiversammlungen, zustandegekommen waren. Der Dienst an der Gemeinschaft unter Zurückstellung allen persönlichen Ehrgeizes war ihm höchstes Lebensprinzip. Den Kampf scheute er nicht, auch nicht innerhalb der eigenen Partei; wo aber der Verhandlungsweg günstigere Aussichten bot, zögerte er nicht, ihn zu beschreiten. Bei festen Grundsätzen doch ein Mann der Praxis – «die Praxis kommt vor der Theorie» war eines seiner Lieblingswörter – verkörperte er in hohem Mass das

Wesen der baslerischen und schweizerischen Sozialdemokratie der Vorkriegszeit: Darin liegt letztlich das Geheimnis seiner ausserordentlichen Autorität innerhalb der Basler und Schweizer Arbeiterbewegung. Als in Basel geborener Aargauer fühlte er sich der Stadt, deren Bürger er erst zwei Jahre nach seiner Wahl zum Regierungsrat wurde, eng verbunden, besass aber durch seine Tätigkeit als Nationalrat, als schweizerischer Parteipräsident und als Grütli-Zentralsekretär auch den Blick für die nationalen Probleme.^{2a)} 1912 wurde er in den Wandelhallen des Bundeshauses als möglicher Nachfolger des verstorbenen Bundesrats Deucher genannt.³⁾ Zur Gründergeneration gehörten neben Wullschleger auch Arnold und Bärwart. Sie bildeten bis zur Jahrhundertwende mit dem ersten Mann der Partei zusammen eine Art Triumvirat und bekleideten abwechselungsweise fast alle Ämter, die die Bewegung in ihren drei Zweigen zu vergeben hatte. Als sie in ihren führenden Positionen durch jüngere und dynamischere Mitglieder zurückgedrängt wurden, kehrten sie der Partei nicht den Rücken, sondern hielten ihr auch in weniger der Öffentlichkeit ausgesetzten Ämtern die Treue. In der Grütlianer Tradition verwurzelt, wirkten sie im Zeitalter des Klassenkampfes für die radikaleren Elemente als Verkörperung einer vergangenen Zeit, wenn auch Arnold, gleichzeitig durch das Rechtsbürgertum und durch Wassilieff herausgefordert, entgegen seinem Temperament eine Zeitlang versuchte, sich dem schärferen Tone anzupassen. Beide sind noch vor dem Ausbruch des Krieges gestorben und haben so die Spaltung der Bewegung nicht mehr erlebt, an deren Wiege sie gestanden hatten.

Als Wullschleger 1902 die Parteitätigkeit mit dem höchsten öffentlichen Amt vertauschte, stellte sich die Frage nach der Parteiführung neu. Eine Verquickung seiner Funktion als Regierungsrat mit jener eines Parteiführers, wie sie später in der Sozialdemokratie gelegentlich vorkam, lehnte Wullschleger strikte ab: Nicht einmal als «graue Eminenz» wollte er wirken, sondern als gewöhnliches Fraktionsmitglied und als Parteisolddat. Der Rücktritt des erst vierzigjährigen «big old man» öffnete neuen, unverbrauchten Männern den Weg in die Parteiführung.

War die Basler Sozialdemokratie in den ersten zwölf Jahren ihres Bestehens trotz demokratischer Wahl und kollektiver Führung tatsächlich von einem einzigen Mann, ihrem Gründer, in ihrer Politik bestimmt worden, so stand sie in den zwölf folgenden Jahren – bis zum Kriegsausbruch – unter dem Zeichen der Pluralität in der Führung. Mit dem steigenden Einfluss der Grossratsfraktion wurde für einen Politiker eine aktive parlamentarische Tätigkeit immer mehr Voraussetzung, um als Autorität innerhalb der Partei anerkannt zu werden. Jaeggi, Dr. Knörr, Angst, Jeggli, Gutschmann und Bürgin-Haas haben nie das Amt eines Parteipräsidenten bekleidet, gehörten aber nach übereinstimmendem Urteil der Parteiveteranen zu den anerkannten Führern der Vorkriegs-Sozialdemokratie.

Wie und in welchem Alter vollzog sich der Aufstieg eines Parteimitglieds in die Partielite? Welche Voraussetzungen mussten erfüllt sein, damit ein Parteimitglied Aussicht besass, in ein hohes Parteiamt oder in den Grossen Rat gewählt zu werden?



Jubiläum zum vierzigsten Jahrestag des Basler Kongresses der Ersten Internationale, September 1909.

In der Mitte (mit Bart) Herman Greulich, daneben Gottfried Krebs, vorne (mit Strohhut) Hans Joneli

Als allgemeine Regel galt, dass ein Aspirant auf einen Vertrauensposten der Partei zwei bis drei Jahre Mitglied gewesen war, sich in dieser Zeit als zuverlässig erwiesen und als Aktivist betätigt hatte. Hatte sich ein Kandidat schon bei einer andern Partei – praktisch kam nur der Freisinn in Frage – seine parlamentarischen Sporen abverdient, so wurde er normalerweise ohne Wartezeit neu portiert und dann auch gewählt, so Stadelmann, Schweizer und August Strub. Dr. Hermann Blocher wurde als Nicht-Parteimitglied mit sozialdemokratischer Unterstützung in den Grossen Rat gewählt, trat kurz danach der Partei bei und wurde bereits drei Jahre später als Ständeratskandidat aufgestellt. Prominente Mitglieder stiegen fast gleichzeitig zum höchsten Parteiamt auf, wie sie im Grossen Rat Einzug hielten, so vor der Jahrhundertwende Wullschleger, Arnold, Fautin jun., Stadelmann und Schweizer, 1902/03 Frei, 1908/09 Joneli und 1911 Gass. In den meisten Fällen ging das öffentliche Amt dem Parteiamt voran.

Untersucht man das Alter der Parteielite bei Karrierebeginn, so ergibt sich die Feststellung, dass es mit wenigen Ausnahmen identisch ist mit dem Alter, das ein

Sozialdemokrat erreicht hatte, wenn er erstmals in den Grossen Rat gewählt wurde. Von 50 sozialdemokratischen Grossräten zwischen 1886 und 1914, die man – im weitesten Sinn des Wortes – zur Partielite zählen kann, waren 7,5% unter 30, 52,8% zwischen 30 und 39, 30,2% zwischen 40 und 49, 9,4% zwischen 50 und 59 Jahre alt, als sie erstmals als Arbeitervertreter im Rathaus einzogen. Wullschleger wurde mit 24, Grimm mit 26, Hauser und Abt mit 27 Jahren Grossrat; Müller-Ott, Dr. Hermann Blocher, Joneli und Wenk waren bei ihrer ersten Wahl rund 30 Jahre alt. Dagegen waren Gustav Fautin sen., Gutschmann und Adolf Gass 54, Bürgin-Haas 57 und Karli gar 58 Jahre alt, als sie ihre Tätigkeit im kantonalen Parlament aufnahmen.

Ein Vergleich der Altersstruktur der Partielite (führende Grossräte, Spitzen von Partei und Arbeiterbund) in verschiedenen Phasen der Bewegung ist deshalb schwierig, weil sich die Führungsschicht numerisch ständig verbreiterte. Wir greifen als Stichzahlen die Jahre 1896 (10 Personen), 1902 (12) und 1912 (24) heraus.

1896, in den Anfängen der sozialdemokratischen Bewegung im Sinne parteimässiger Organisation, wiesen die an führender Stelle stehenden Männer ein Durchschnittsalter von 42 Jahren auf. Sechs davon zählten zwischen 30 und 39 Jahren, je zwei waren Vierziger und Fünfziger, es fehlten die ganz Jungen und die Alten. Wichtiger als das Übergewicht der Dreissiger war, dass die meisten von ihnen bereits über eine jahrelange Erfahrung in Partei- und öffentlichen Funktionen verfügten. So war die Politik der Partei zwar von jugendlichem Schwung getragen, blieb aber im Rahmen des praktisch Möglichen.

1902 war der Altersdurchschnitt auf 45 Jahre angewachsen. Die mittleren Kategorien wogen eindeutig vor: Je ein Drittel der führenden Männer zählte zwischen 40 und 49, bzw. zwischen 50 und 59 Jahre, ein Viertel bestand aus Dreissigern.

1912 war der Altersdurchschnitt der nun wesentlich breiter gewordenen führenden Schicht erneut gestiegen und betrug jetzt 47 Jahre. Die relative Altershomogenität früherer Jahre war starken Gegensätzen gewichen, waren doch alle Alterskategorien von den Zwanzigern bis zu den Siebzigern in der Partielite vertreten. Die Sechziger machten nun rund ein Fünftel aus, die Fünfziger überwogen die Kategorie der Dreissiger. Diesem deutlichen Alterungsprozess, der für die im ganzen gemässigte Politik der Basler Vorkriegs-Sozialdemokratie mitverantwortlich sein dürfte, stand entgegen, dass die Partei nun über eine ganze Reihe tüchtiger junger Kräfte, worunter nicht wenige Akademiker, verfügte: Dr. Welte, Dr. Eugen Blocher, Dr. Walter Strub und Fritz Hauser. Welte und Strub sind nach Kriegsende zur KP übergetreten, Blocher und Hauser blieben der gemässigten Richtung treu.

Verglichen mit den beiden historischen Parteien waren langdauernde politische Karrieren bei der Sozialdemokratie selten. Immerhin gab es Ausnahmen: Wullschleger und Arnold gehörten bis 1914 rund 30 Jahre, Bärwart 26 und Krebs 21 Jahre zur führenden Schicht in der Partei. Gutschmann erreichte bereits mit 24 Jahren eine führende Stellung in der Arbeiterbewegung Genfs und der Schweiz, trat dann in seinen mittleren Jahren etwas zurück, stand aber als Fünfziger und Sechziger mit an der

Spitze der Basler Partei. Ausgesprochen kurze Karrieren in der Basler Sozialdemokratie wiesen Dr. Förter und Rudolf Schweizer wegen Ausscheidens aus der Politik, Wassilieff, Rimathé und Grimm wegen Wegzugs von Basel auf; trotzdem haben alle Genannten, vor allem die beiden Arbeitersekretäre, das Gesicht der Basler Arbeiterbewegung zu ihrer Zeit wesentlich mitgeprägt.

Unter den von auswärts kommenden Sozialdemokraten hatten nur Gutschmann (Genf, Bern), Wassilieff (Bern) und Adolf Gass (Baselland) schon einen Namen, als sie sich in Basel niederliessen. Alle andern Angehörigen der Parteielite haben sich ihre Spuren auf Basler Boden abverdient.

Erstaunlich gering ist in der Basler Arbeiterbewegung die Zahl spektakulärer Austritte aus der Partei. Von den führenden Männern haben nur gerade Schweizer, Müller-Ott und Stadelmann die Partei verlassen, der erste freiwillig, die beiden andern unter Druck. Dr. Förter ist wegen persönlicher Verhältnisse aus dem politischen Leben ausgeschieden, aber seinen Idealen treu geblieben, wirkte er doch auch in der Zwischenkriegszeit noch lange als Armenanwalt. Ursache dieser auffallenden Parteitreue war sicher einmal der grosse Spielraum, den man der Persönlichkeit des einzelnen in der Partei gewährte. Ebenso wichtig war aber, dass einem führenden Sozialdemokraten im Zeitalter des Klassenkampfes der Weg zu einer andern Partei so gut wie versperrt war. Wer aus der SP ausschied, musste auf eine weitere politische Karriere verzichten. Erst in der Zwischenkriegszeit wurde der Parteiwechsel (SP – KP und umgekehrt) auch für den Arbeiterpolitiker möglich.

Lüthi hat die Herkunft der Basler Grossräte zwischen 1875 und 1914 untersucht und dabei vier Kategorien unterschieden: Basler Bürger; Basler Bürger, deren Eltern Schweizer, aber nicht Basler Bürger waren; Basler Bürger, deren Eltern Ausländer waren; Schweizer Niedergelassene.⁴⁾ Unter den sozialdemokratischen Grossräten blieb die Zahl der Altbasler stets gering: 1890 machte sie 20%, 1902 9,1%, 1914 22,7% aus. Die Neu- und Nichtbasler dominierten also durchwegs, am stärksten 1902, als die SP ihre Vertreterzahl fast zu verdoppeln vermochte und dabei auf zahlreiche neuzugewanderte Kräfte greifen musste. Das sprunghafte Ansteigen der Neubasler zwischen 1905 (10) und 1911 (25) ist nicht nur der starken Vergrösserung der Fraktion, sondern ebenso der liberaleren Einbürgerungspolitik jener Jahre zuzuschreiben. Erstmals ordnete die Sozialdemokratie 1896 einen eingebürgerten Ausländer in den Grossen Rat ab, 1902 waren es bereits sieben, 1905 sogar elf; bis 1914 ging die Zahl aber auf fünf zurück. Beschränkt man sich nicht auf die Grossräte, sondern zieht auch die andern Vertreter der Parteielite heran, so ändert sich das Bild nur geringfügig: Der Prozentsatz der eingebürgerten Ausländer bleibt etwas tiefer.

Von deutschen Eltern stammten unter den führenden Sozialdemokraten der Vorkriegszeit Dr. Hans Müller, Gustav Fautin sen., Dr. Hugo Förter, Tobias Levy, Bruno Gutschmann, Oskar Türke und Fritz Hauser, von russischen Dr. Wassilieff. Die meisten einflussreichen Parteimänner waren Niedergelassene, die sich nur zum Teil später einbürgern liessen, oder Söhne von Niedergelassenen, die das Basler Bürger-

recht erworben hatten. Viele von ihnen sind immerhin in Basel geboren, so Wullschleger und Arnold.

Schwierig ist infolge mangelnder oder unpräziser Angaben die soziale Herkunft der Parteielite zu bestimmen. Beschränkt man den Kreis der Führungsschicht für die Jahre 1886 bis 1914 auf 30 Männer des ersten Glieds, so ergibt sich, dass etwas mehr als ein Drittel der sozialen Unterschicht (Fabrikarbeiter, Handwerksgesellen, Staatsarbeiter) entstammten, so Wullschleger, Arnold, Bärwart, Grimm, Bürgin-Haas, Dr. Knörr, Adolf Gass und Hauser. Ein Fünftel war bäuerlicher Abkunft, darunter so bedeutende Männer wie Frei, Jaeggi, Angst und Wenk.⁵⁾ Ungefähr dieselbe Prozentzahl entstammte der Oberschicht; bezeichnenderweise handelte es sich dabei vornehmlich um die Akademiker der Partei. Der Vater der Gebrüder Blocher war Fabrikdirektor, jener Wassilieffs Professor; Welti wuchs als Sohn des Anstaltsdirektors von Aarburg, Joneli als Sohn des Redaktors der «Allgemeinen Schweizerzeitung» auf. Gruner stellt den autodidaktischen Aufsteigern proletarischer Herkunft die proletarischen Aussteiger aus bürgerlichem Milieu gegenüber. Von den drei Vorkriegs-Arbeitersekretären gehörten Grimm und Gass dem ersten, Dr. Wassilieff dem zweiten Typus an. Im übrigen weist Gruner darauf hin, dass für den Aufstieg in der Vorkriegs-Sozialdemokratie der Schweiz nicht die Herkunft, sondern die Lernfähigkeit und Kapazität entscheidend gewesen seien. Zu ergänzen wäre: die Gesinnungstreue. (Ms Gruner III, 3. Kap.) Gering war die Zahl jener, die vom Mittelstand her zur Sozialdemokratie stiessen. Dazu gehörten Jeggli (Vater Bäckermeister), Levy (Kaufmann), Dr. Strub (Sekundarlehrer) und Gutschmann (mittlerer Beamter). Nicht wenige unter den führenden Basler Sozialdemokraten waren unehelicher Abkunft. Vieles spricht dafür, dass die daraus entspringende Kränkung sie jener Partei zugeführt hat, die von allem Anfang an die heuchlerische bürgerliche Ehemoral bekämpfte.

Wegen des geringen Alters der schweizerischen Arbeiterbewegung wuchsen nur wenige führende Männer in einer sozialdemokratischen Tradition auf: Arnold, dessen Vater Mitglied des internationalen Arbeitervereins der späten sechziger Jahre gewesen war, Fautin jun. und Dr. Walter Strub, deren Väter bereits sozialdemokratische Grossräte gewesen waren, und Dr. Eugen Blocher, dessen um zehn Jahre älterer Bruder Hermann ein Jahr fünf vorher den Schritt zur Sozialdemokratie gewagt hatte. Nur wenige Söhne bedeutender Sozialdemokraten der Vorkriegszeit haben später in der Arbeiterbewegung führende Positionen erstrebt und errungen, so Appellationsgerichtspräsident Dr. Fritz Blocher (Vater: Bundesrichter Dr. Eugen Blocher) und Ständerat Dr. Willi Wenk bei der SP, Emil Arnold bei der KP. Mit dazu beigetragen hat der Umstand, dass erstaunlich viele Führer der Vorkriegszeit kinderlos blieben, u.a. die beiden Regierungsräte Wullschleger und Dr. Hermann Blocher, Bernhard Jaeggi und Arnold Jeggli.

Was die konfessionelle Herkunft betrifft, so bewegte sich die Zahl der aus einer katholischen Familie stammenden führenden Sozialdemokraten zwischen 1886 und 1914

meist um 15%, lag also deutlich unter dem kantonalen Durchschnitt, aber höher als der Anteil der Katholiken bei den beiden historischen Parteien. Es handelte sich dabei aber meist nur um Angehörige, nicht um Bekenner der betreffenden, d.h. der römisch-katholischen und der christ-katholischen Kirchen. Unter den acht Grossräten, die sich 1914 als konfessionslos erklärten, waren nicht weniger als fünf Sozialdemokraten. In Wirklichkeit hätte wohl die Mehrzahl der Fraktion auf dieses Attribut Anspruch erheben müssen.

Vom Standpunkt der Bildung aus lassen sich bei der sozialdemokratischen Parteielite vier Kategorien unterscheiden. Am häufigsten war immer noch der Volksschulabsolvent, der sich neben seiner harten Arbeit als Fabrikarbeiter, Handwerksgeselle oder Staatsarbeiter als Autodidakt jenes Minimum an Bildung aneignete, das auch in der frühen Sozialdemokratie für eine Vertrauensstelle unentbehrlich war. Es ist nicht zufällig, dass eine grosse Anzahl der Vertreter dieses Typus aus dem Buchdrucker-gewerbe hervorgegangen sind, das besonders hohe geistige Anforderungen stellte, so die Redaktoren Arnold und Frei und die Arbeitersekretäre Grimm und Gass.^{5a)} Ebenso bezeichnend ist aber, dass Gutschmann, der Gebildetste unter diesen Self-made-men, dem bildungshungrigen deutschen Handwerkerstand angehörte, dem auch Hermann Greulich entstammte. Eine zweite Kategorie umfasste jene, die nach einer gehobenen Volksschulbildung eine kaufmännische Lehre absolvierten, so Wullschleger (der allerdings bis zur sechsten Klasse das Humanistische Gymnasium besuchte und manche seiner späteren politischen Gegner von dort her kannte), Bärwart, Jaeggi, Levy und Bolliger; Jeggli machte die Schulung eines Postbeamten durch. Nicht wenige unter den führenden Sozialdemokraten verdankten ihre Kenntnisse einer gehobenen Lehrerausbildung, so Müller-Ott, August Strub, Gustav Fautin jun., Emil Angst und Fritz Hauser. Müller-Ott und Hauser haben in ihren reifen Jahren noch den Doktorgrad erworben, jener als Jurist, dieser als Nationalökonom. Eine letzte Kategorie umfasste die Absolventen einer vollakademischen Ausbildung. Unter ihnen dominierten die Juristen (Förster, Knörr, Eugen Blocher und Welti); Hermann Blocher war Nationalökonom, Wassilieff Arzt, Walter Strub Meteorologe.

Nur teilweise von der Bildung abhängig war die rednerische Wirkung der Parteiführer. Von den Akademikern galten Knörr, Hermann Blocher und Welti als die besten Rhetoriker; sie vermochten auch vor dem anspruchsvollen Auditorium des Grossen Rates oder des Deutschen Arbeitervereins glänzend zu bestehen. Wullschleger und Jaeggi, in geringerem Masse Angst und Jeggli, wirkten vor allem durch Sachkenntnis, Sachlichkeit und Klarheit. Frei und Arnold, vor allem aber Adolf Gass verfügten über eine gewisse volkstümliche Redegabe, sprachen aber gelegentlich etwas mühsam. Ein aus dem Proletariat stammender Volksredner mit überdurchschnittlicher rhetorischer Begabung war nur Robert Grimm; in der Kriegs- und Zwischenkriegszeit sollte ihm Friedrich Schneider nachfolgen.

Besondere Aufmerksamkeit widmet die wissenschaftliche Literatur über die Arbei-

terbewegung dem Problem des Akademikers in der Sozialdemokratie.⁶⁾ Zwar hatten Marx und Engels seit 1848 verkündet, die Emanzipation der Arbeiterklasse müsse durch die Arbeiter selbst bewerkstelligt werden, und noch das auch für die Basler Arbeiterbewegung in mancher Hinsicht vorbildliche Erfurter Programm der deutschen Sozialdemokratie von 1891 sprach von der Befreiung der Arbeiter als einem Werk der Arbeiter selbst. Dennoch war das bürgerliche Element – nach dem Kommunistischen Manifest als Vortrupp des Proletariats – vom Anfang der Arbeiterbewegung an in führender Stellung beteiligt. Schon Marx und Engels stammten aus der bürgerlichen Oberschicht, dasselbe gilt für zahlreiche Führer des internationalen Sozialismus. In der Schweiz waren u.a. zwei Führer aus der Frühzeit der Arbeiterbewegung, Guillaume und Bürkli, bürgerlicher Abstammung, aber auch der Gründer der SPS, Steck, der Schöpfer des Parteiprogramms von 1904, Lang, und der Basler Nationalrat Brüstlein stammten aus angesehenen Familien der Oberschicht.

Es ist nachweisbar, dass sich um die Jahrhundertwende, also in einem Zeitpunkt des unaufhaltbaren Aufstiegs der Arbeiterbewegung, in den europäischen Grossstädten ein intellektuelles Proletariat bildete, das nun in grosser Zahl der Sozialdemokratie zuströmte. Dies gilt ganz besonders für Deutschland, weitgehend aber auch für Italien, Russland und Skandinavien. Für Basel lässt sich dieser Vorgang nicht nachweisen. Sämtliche Akademiker unter den Basler Sozialdemokraten hatten bereits eine zumindest ausreichende berufliche Position erreicht, als sie der Partei beitraten, vielleicht mit Ausnahme Jonelis, der seine Studien nicht zu einem erfolgreichen Ende hatte bringen können, in späteren Jahren aber seine wissenschaftlichen Fähigkeiten in der Lokal- und genealogischen Forschung zu beweisen vermochte. Es kann kein Zweifel bestehen, dass so ausgewiesene Juristen wie Knörr, Eugen Blocher und Welti auch als Parteilose oder als Angehörige einer bürgerlichen Partei eine glänzende berufliche Karriere hätten machen können. Hermann Blocher wäre unter Umständen die akademische Karriere offen gestanden, wenn er sich nicht zur Sozialdemokratie bekannt hätte. Dasselbe gilt für Brüstlein, der als hervorragender Förderer des Dienstvertragsrechts in juristischen Kreisen über die Landesgrenze hinaus hohes Ansehen genoss. Wassilieff wäre, hätte er seinen ursprünglichen Beruf ausgeübt, wohl Armenarzt geworden; an eine einträgliche Laufbahn hat er offensichtlich nie gedacht. Es waren demnach durchwegs weltanschaulich-politische Entscheidungen, welche die Akademiker unter den Basler Sozialdemokraten zum Anschluss an die Partei bewogen. Dies gilt auch für Eugen Blocher, Strub und Welti, die in jenem Augenblick zur Bewegung stiessen, als diese bereits auf dem Weg zur Vorherrschaft war.

Was die Basler Arbeiterbewegung bezüglich der Akademiker mit jener des Auslands verband, war das Misstrauen, das man ihnen zunächst entgegenbrachte. Nicht nur befürchtete man – vor allem seit die Partei gewichtige Posten zu vergeben hatte –, dass der Beitritt nur aus Karrieregründen erfolgen könnte; ebenso gewichtig war die aus dem Bildungsunterschied entstehende Hemmung, zumal dann, wenn der Akademiker aus der Oberschicht stammte und den Arbeiteralltag nicht aus eigener

Erfahrung kannte. Auch die Beschlagenheit in der marxistischen Literatur, wie sie in hohem Masse für Hermann Blocher nachzuweisen ist, öffnete einem Akademiker nicht ohne weiteres die Herzen der Arbeiter. Aus begreiflichen Gründen standen den Akademiker-Genossen besonders die Autodidakten mit einem gewissen Neid und mit Misstrauen gegenüber; in Basel wird dies vor allem bei Robert Grimm deutlich. Wenn sich die Männer aus einer andern Bildungsschicht aber einmal in der Partei bewährt und den Ton gefunden hatten, in dem man mit dem einfachen Arbeiter oder mit dem mässig gebildeten Funktionär reden konnte, so erhielten sie in der Bewegung entscheidenden Einfluss. Zum wachsenden Vertrauen in der Arbeiterschaft trug zudem die berufliche Tätigkeit der Akademiker-Genossen bei: Wassilieff als Arbeitersekretär, Hermann Blocher und Walter Strub als Gewerbeinspektoren, Eugen Blocher als Richter und die drei sich häufig als Arbeiter- und Armenanwälte betätigenden Parteiadvokaten hatten zahlreiche Gelegenheiten, ihre sozialistische Gesinnung auch durch die Tat zu beweisen.

Robert Michels hat mit Nachdruck darauf hingewiesen, dass in den ursprünglich demokratisch aufgebauten sozialdemokratischen Parteien im Verlaufe der Jahre ein oligarchisches Führerprinzip zur Geltung gelange und dass dafür nicht zuletzt der Umstand verantwortlich sei, dass die Partei ihre tüchtigsten Mitglieder in leitende Funktionen hebe, die sie dann à tout prix zu halten versuchten. Der Vorgang des beruflichen und sozialen Aufstiegs trifft auch für die Basler Sozialdemokratie zu; ob er die von Michels geradezu zum Glaubenssatz erhobenen Folgen gehabt habe, lässt sich bezweifeln.

Untersucht man die Parteilite für den Zeitraum von 1886 bis 1914 auf ihre soziale Stellung und legt dabei die höchste berufliche Position zugrunde, die sie in dieser Periode erreichte, so erhält man folgendes Ergebnis: selbständig Erwerbende 19,3%, obere Angestellte 42,1%, mittlere Angestellte 14%, Berufsarbeiter 17,5% und Hilfsarbeiter 7,1%. Schon bei diesen Zahlen, die auf der Berufsbestimmung von 57 führenden Personen beruhen, springt der hohe Anteil der oberen Angestellten ins Auge. Dabei handelt es sich aber nur um einen Durchschnittswert, gewonnen aus einer Entwicklung von annähernd 30 Jahren. Aufschlussreich ist aber vor allem ein Vergleich der Verhältnisse von 1896 und 1914, wobei wir es allerdings mit kleineren und damit dem Zufall stärker ausgesetzten Zahlen zu tun haben. Wir wählen für das erste Jahr zehn, für das zweite 24 der Parteilite angehörende Personen aus. Im ersten Stichjahr betrug der Anteil der oberen Angestellten ein knappes Drittel, im zweiten übersteigt er zwei Drittel. Die Erklärung ist in der Entwicklung zu suchen, die Michels andeutet: Zahlreiche Parteimitglieder sind in gehobene vollamtliche Positionen innerhalb der Bewegung aufgestiegen. So erhielt Wullschleger 1899 als Sekretär des Schweizerischen Grütlivereins ein Jahresgehalt von 3500 Fr., als Regierungsrat seit 1902 wesentlich mehr. In Basel erwiesen sich vor allem die Partei und die Genossenschaftsbewegung, die ja hier – am Sitz des VSK – besonders stark war, als Sprungbretter für den beruflichen und damit sozialen Aufstieg; von den Gewerkschaftsfunktionären

haben in dieser Zeit nur wenige in der Partei eine entscheidende Rolle zu spielen vermocht.

Von 24 der Untersuchung zugrunde gelegten Mitgliedern der Parteilite im Stichjahr 1914 verdanken 15 der Bewegung ihren beruflich-sozialen Aufstieg. Durch die Partei, also durch die politische Bewegung, avancierten: Wullschleger (Commis-Redaktor – Zentralsekretär – Regierungsrat), Arnold (Schriftsetzer – Redaktor), Frei (Schriftsetzer – Redaktor), Dr. Hermann Blocher (Redaktor – Gewerbeinspektor – Regierungsrat), Jeggli (Postbeamter – Leiter der Druckerei des Parteiblatts), Kreuter (Schriftsetzer – Administrator des Parteiblatts), Dr. Strub (Assistent an der Meteorologischen Anstalt – Gewerbeinspektor) und Dr. Eugen Blocher (Substitut des Zivilgerichtsschreibers – Zivilgerichtspräsident – später Bundesrichter). Innerhalb der Genossenschaftsbewegung stiegen auf: Bürgin-Haas (Ferber – Angestellter ACV), Forster (Schriftsetzer – Materialverwalter ACV), Jaeggi (Bankangestellter – Direktor VSK), Bolliger (Commis – Zentralverwalter ACV), Angst (Sekundarlehrer – Zentralverwalter ACV) und Bürgi-Lüdin (Schreinergereselle – Prokurist ACV). Der Gewerkschaftsbewegung verdankt einzig Adolf Gass seinen beruflichen und sozialen Aufstieg: Er avancierte vom Schriftsetzer zum Arbeitersekretär.

Was für die Akademiker ausgeführt wurde, gilt wohl auch für einzelne unter den übrigen führenden sozialdemokratischen Politikern. Wullschleger hätte zweifellos auch über die Redaktion eines linksfreisinnigen Blattes zu einem hohen politischen Amt, Angst durch den Freisinn, dem er zuerst angehörte, zu seinem Posten an der Spitze der grössten Lokalorganisation der schweizerischen Genossenschaftsbewegung gelangen können. Jaeggi wäre bei seinen volkswirtschaftlichen Kenntnissen und seinem Organisationstalent, vor allem aber wegen seiner schöpferischen Ideen und der unerschöpflichen Arbeitskraft jeder Grossbank und jedem grossen Handelsunternehmen als Direktor wohl angestanden, ohne dass er dabei allerdings jene überragende Stellung in der schweizerischen Wirtschaft gewonnen hätte, die ihn in der Kriegszeit dem Bundesrat als Berater unentbehrlich machte. Die meisten der übrigen Partei- und Genossenschaftsfunktionäre konnten sich aber nur innerhalb der Arbeiterbewegung beruflich verbessern; für sie war die Bewegung nicht nur weltanschauliche und politische Heimat, sondern zugleich unentbehrliches Mittel des sozialen Aufstiegs. Aber auch unter ihnen gibt es kaum einen, bei dem Zweifel an der ehrlichen sozialdemokratischen oder genossenschaftspolitischen Überzeugung am Platze wäre: Der Aufstieg war Folge der Tüchtigkeit und Gesinnungstreue. Die Zeit der Karrieremacher in der Arbeiterbewegung stand erst bevor, doch ist die Sozialdemokratie auch später von diesem Bazillus weniger infiziert worden als manche andere Partei. Die in die obere Angestelltenschaft aufgestiegenen Ursprungsproletarier scheinen sich in der Vorkriegszeit entgegen den Behauptungen Michels ihres Herkommens durchaus erinnert zu haben, was alle Parteiveteranen bestätigen. Problematischer verhielt es sich mit den Söhnen der Aufgestiegenen. Diese empfanden sich in den meisten Fällen als Angehörige jener Schicht, in die sie geboren wurden und deren relative Privile-

gien sie genossen. Wenige unter ihnen sind der Arbeiterbewegung treu geblieben, noch geringer ist die Anzahl jener, die sich ihr in führenden, aber bürdereichen und nicht immer gut honorierten Funktionen zur Verfügung stellten.

9. Kapitel:

Politische Wirksamkeit: Wahlen und Abstimmungen

A) Wahlen

a) Grossratswahlen

Seit 1896 nahm die Sozialdemokratie den dritten Rang unter den Basler Parteien ein, aber noch stand sie um die Jahrhundertwende weit hinter der herrschenden Freisinnigen Partei und der wichtigsten Oppositionspartei, den Konservativen, zurück: Gegen deren 68 bzw. 44 Grossratssitze fielen ihre 12 Mandate kaum ins Gewicht. Dies änderte sich entscheidend in den anderthalb Jahrzehnten bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs: 1905 überflügelte die SP erstmals die Konservativen (die der Einfachheit wegen auch im folgenden trotz dem Namenswechsel so genannt werden), 1908 wurde sie zur grössten Partei des Kantons und vermochte diese Stellung in den nächsten Jahren noch auszubauen.

Vier Hauptursachen dürften diese Entwicklung ermöglicht haben: die ständige Verbesserung der Organisation und damit der Agitation; der auch die bisher politisch indifferenten Arbeiterschichten mitreissende Klassenkampf; der Abnützungsprozess, dem sich auch die seit 1875 an der Macht befindliche Freisinnige Partei nicht entziehen konnte; schliesslich und vor allem der Übergang zum proportionalen Wahlsystem im Jahre 1905. Ebenso entscheidend wie alle vorgenannten Gründe dürfte sich das Anwachsen der Arbeiterbevölkerung ausgewirkt haben.

Die letzten Gesamterneuerungswahlen in den Grossen Rat nach dem Majorzsystem fanden im Jahre 1902 statt. Durch die Statutenrevision von 1901 und die schon ein Jahr vorher erfolgte Neuordnung der Agitationstätigkeit hatte sich die Partei eine günstige organisatorische Grundlage verschafft. Heftige Angriffe gewerblicher Kreise gegen die sozialdemokratische Bewegung boten die Möglichkeit, im Wahlkampf ebenfalls mit scharfem Geschütz aufzufahren. Nicht geringe Hoffnungen setzte man in der Sozialdemokratie auf die vom Grossen Rat im Oktober 1901 beschlossene Neueinteilung der Wahlquartiere, welche die freisinnige Wahlkreisgeometrie zwar nicht abschaffte, aber doch milderte. Die starke Bevölkerungszunahme der Stadt hatte die einzelnen Quartiere sehr ungleich betroffen; die Neueinteilung versuchte, dieser Entwicklung so gut wie möglich Rechnung zu tragen. Da die beiden bisherigen Arbeiterhochburgen, Bläsi- und Horburgquartier, zusammen neun Sitze mehr zugewiesen erhielten, durfte sich die SP hier namhafte Gewinne errechnen; aber auch in den Ausenbezirken der ausserhalb des Stadtzentrums gelegenen, ebenfalls stark gewachsenen Quartiere Grossbasels waren bei geschickter Taktik Eroberungen zu machen. Trotzdem blieb man in der Parteiführung realistisch: Solange der den Freisinn

begünstigende Majorz die Grundlage der Grossratswahlen blieb, würde die SP im kantonalen Parlament weit unter ihrer wirklichen Stärke vertreten sein.¹⁾

Das am 10. April 1902 im «Vorwärts» veröffentlichte Wahlprogramm hielt sich im Rahmen der bisherigen Forderungen der Partei; noch fehlte das klassenkämpferische Vokabular fast vollständig. Eine Wählerversammlung vom 17. April stellte die definitive Liste der Kandidaten auf. Für das Bläsi- und Horburgquartier wurden vollständige, für die übrigen Stadtquartiere gebrochene Listen veröffentlicht; in den drei Landgemeinden verzichtete man auf Wahlvorschläge. Mit 44 parteieigenen Kandidaten und zwei Sympathisanten trat die Sozialdemokratie in bisher noch nie erreichter Stärke auf. Die bekanntesten bisherigen Ratsmitglieder wurden in verschiedenen Quartieren bis zu viermal portiert. Für den ersten Wahlgang lehnte die Partei jeden Kompromiss ab. Erstmals zog sie mit einer beträchtlichen Anzahl von Akademikern in den Kampf. Besonders gespannt war man auf das Abschneiden Wassilieffs. Nicht weniger als 18 von den 46 Kandidaten vertraten als Arbeiter oder Angestellte, Verwaltungs- oder Genossenschaftsräte die Interessen der Genossenschaftsbewegung, was von den gegnerischen Parteien gebührend herausgestrichen wurde.

Bei einer Stimmbeteiligung von 57,6% wurden im 1. Wahlgang vom 26./27. April nur 56 Kandidaten, worunter fünf Sozialdemokraten, gewählt. So war die bisher noch nie erreichte Zahl von 74 Stichwahlen nötig. Der Freisinn, der um seine Mehrheit im Rat besorgt war, legte der Sozialdemokratie, die ihre Stärke vor allem bei den Regierungsratswahlen bewiesen hatte, einen Kompromissvorschlag vor. Er wurde von einer Vertrauensmännerversammlung der SP nach reger Diskussion angenommen. Der Freisinn erklärte sich bereit, 20 Sozialdemokraten auf seine Listen aufzunehmen, von denen sechs auf das Bläsi- und neun auf das Horburgquartier entfielen. Im Interesse der Mehrheitspartei verzichtete die SP dafür auf eine Wahlbeteiligung in jenen Quartieren, wo sie im ersten Wahlgang am ungünstigsten abgeschnitten hatte.²⁾ Der Erfolg der erneuten «Würgeallianz» war für beide Partner durchschlagend: Der Freisinn vermochte, wenn auch recht knapp, seine Mehrheitsstellung zu bewahren, die Sozialdemokratie mit 22 Mandaten ihre Vertreterzahl fast zu verdoppeln; grosser Verlierer war die Konservative Partei.

Die SP war nun in Grossbasel mit vier, in Kleinbasel mit 18 Abgeordneten im kantonalen Parlament vertreten. Bei den Gewählten fehlten die in der sozialdemokratischen Wählerschaft bedeutenden Berufsgattungen des Fabrik- und Staatsarbeiters ganz, dagegen war das Handwerk (fünf Gesellen, vier Meister) gut vertreten. Je drei sozialdemokratische Grossräte gehörten dem Wirstand und der Angestelltenschaft an, die gleiche Zahl hatte Vertrauensstellungen innerhalb der Arbeiterbewegung inne: Wullschleger, Frei und Wassilieff. Nicht weniger als sieben Gewählte waren in der Schweiz eingebürgerte Ausländer, so Wassilieff und der nach langen Jahren der Zurückhaltung erstmals wieder in die aktive Politik eingreifende Gutschmann.³⁾

Mit fieberndem Interesse sah die Sozialdemokratie den Grossratswahlen des Jahres 1905 entgegen, hatte doch im Februar das Basler Volk dem Grossratsproporz zuge-

stimmt. Bereits in der zweiten Märzhälfte wurden die Kandidaten aufgestellt, ob-
schon der nun einzige Wahlgang erst auf das erste Mai-Wochenende bevorstand. Die
Parteileitung verzichtete auf die Publikation eines eigentlichen Wahlprogramms; sie
begnügte sich mit dem Verweis auf das Arbeitsprogramm der schweizerischen Partei.
Dass der Proporz es erlaubte, ohne jegliche Vereinbarung mit andern Parteien in den
Wahlkampf zu ziehen, erhöhte die Kampfeslust und die Stosskraft der Agitation. Es
wurden in allen Quartieren ausser in Bettingen ausschliesslich Parteiangehörige als
Kandidaten aufgestellt. Umfassende Streiks der Schlosser, Zimmerleute und Schrei-
ner und die damit verbundene Klassenkampfatmosphäre wirkten sich günstig auf die
Stimmbeteiligung der Arbeiterschaft aus, der bisher imposanteste 1. Mai-Umzug
stärkte das Selbstvertrauen der potentiellen sozialdemokratischen Wähler.

Bei einer Wahlbeteiligung von 66,6%, wie sie seit 1884 nie mehr erreicht worden
war, ging die Sozialdemokratie als Sieger des Tages hervor, gelang es ihr doch, ihre
Vertreterzahl von 22 auf 38 zu erhöhen und damit zur zweitstärksten Partei des Kan-
tons zu avancieren, zugleich aber auch, die jahrzehntelange freisinnige Mehrheit im
Grossen Rat zu brechen, konnte doch die führende Partei nur noch 51 Mandate aus
den ersten Proporzahlen retten. Der «rote Tag» wurde im Grütliheim überschweng-
lich gefeiert. Bedeutsam war, dass der SP in sämtlichen Wahlquartieren Erfolge be-
schieden waren: 17 Kandidaten wurden in Grossbasel, 19 in Kleinbasel, je einer in
den Landgemeinden Riehen und Kleinhüningen gewählt. Sowohl die sozialdemokra-
tischen wie die gegnerischen Wahlkommentare waren sich darin einig, dass der in die-
sem Ausmass von niemandem erwartete Mandatszuwachs nicht nur im neuen und ge-
rechteren Wahlsystem, sondern auch in der Aussperrungsdrohung der Meister des
Baugewerbes begründet war, die der SP in letzter Stunde ein vorzügliches Agitations-
mittel geliefert hatten. Von ebenso grosser Bedeutung war aber die Parteidisziplin
der sozialdemokratischen Wähler. Während bei den Katholiken und den sich nun Li-
berale nennenden Konservativen über 11% und bei den Freisinnigen 7,3% pana-
schierten, schrieben bei den Sozialdemokraten nur 4,6% parteifremde Namen auf
ihre Listen.⁴⁾

Noch früher als üblich und mit verbessertem Agitationssystem wurden die Vorbe-
reitungen für die Wahlen von 1908 in Angriff genommen, setzte man sich in der Par-
teileitung doch das Ziel, den Freisinn zu überflügeln und zur stärksten Partei des
Kantons zu werden. Es hatte sich in der Zwischenzeit herausgestellt, dass die Zahl
von 53 bei den letzten Wahlen portierten Kandidaten nicht genügte, da in einigen
Quartieren keine Ersatzmänner für ausscheidende Grossräte zur Verfügung standen.
So wurden diesmal 67 Parteigenossen, worunter 29 Bisherige, aufgestellt. Erstmals
machte man von der Möglichkeit der parteioffiziellen Kumulation Gebrauch und be-
vorzugte die Bisherigen und einzelne Spitzenkandidaten in ausgesprochen bürgerli-
chen Quartieren. Die berufliche Zusammensetzung der Kandidaten zeigt ein starkes
Anwachsen der Funktionäre in Partei, Gewerkschaft und Genossenschaft sowie der
Staatsangestellten und -arbeiter und einen deutlichen Rückgang der Selbständig-

erwerbenden; unter den Arbeitern herrschten die im handwerklichen Kleinbetrieb Beschäftigten weiterhin bei weitem vor.

Die Wahlen vom 6./7. Mai 1908 brachten der Sozialdemokratie den erhofften Erfolg: Mit 43 Mandaten vermochte sie die auf 41 Sitze zurückfallende Freisinnige Partei zu übertreffen und zur stärksten Fraktion im Grossen Rat aufzusteigen. Nachdem sie schon seit Jahren im Horburgquartier die höchste Stimmenzahl aufgewiesen hatte, vermochte sie sich jetzt auch im St. Johann-, im Spalen- und im Bläsiquartier vor die andern Parteien zu stellen und im Riehenquartier mit dem Freisinn gleichzuziehen, in allen übrigen Stadtquartieren stand sie nach der Mandatzahl an zweiter Stelle. Die konservativen «Basler Nachrichten» stellten mit Bedauern fest, dass ausgerechnet Basel-Stadt, die ehemalige konservative Hochburg, der erste eidgenössische Stand sei, in dem die Sozialdemokratie sich zur stärksten Partei entwickelt habe. Hauptursache dafür bilde weniger die ständig zunehmende Industrialisierung als der Umstand, dass rund 5000 Stimmberechtigte, also ein Viertel aller Wahlfähigen, Staatsangestellte seien: ca. 1400 kantonale Beamte, 1100 kantonale Staatsarbeiter und 2500 eidgenössische Beamte, Angestellte und Arbeiter. Da die SP deren Interessen als einzige Partei mit Nachdruck vertrete, dürfe sie auch weitgehend mit der Wahlunterstützung dieser Kreise rechnen. Die freisinnigen Schweizer Zeitungen gaben fast unisono dem Proporz an der freisinnigen Wahlniederlage schuld, wogegen die «Basler Nachrichten» replizierten, wenn noch nach dem Majorzsystem gewählt worden wäre und alle Parteien getrennt in den Wahlkampf getreten wären, so hätte die SP die absolute Mehrheit im kantonalen Parlament errungen. Fragwürdig ist auch die Behauptung, die Sozialdemokratie habe «das letzte Bein» mobilisiert. Eine Analyse der Wahlbeteiligung nach Berufsarten im Aeschenuartier durch das Statistische Amt erweist, dass gerade die im dazugehörigen Gundeldingerquartier sehr stark vertretenen Arbeiter und Eisenbahner in geringerer Zahl zur Urne gingen als die andern Bevölkerungsschichten, was eher dafür spricht, dass die SP über eine grössere Wählerreserve verfügte als andere Parteien – vielleicht mit Ausnahme der Katholischen Partei.⁵⁾

Den Wahlen des Jahres 1911 ging, gemäss der Volkszählung von 1910, eine Neuverteilung der Grossratssitze auf die verschiedenen Wahlquartiere voraus, was Prognosen über den Ausgang erschwerte. Die im Februar 1911 gegründete Fortschrittliche Bürgerpartei, eine ausgesprochene Mittelstandspartei, musste nach Lage der Dinge durch ihre Beteiligung am Wahlkampf eher eine Konkurrenz für den Freisinn darstellen als für die Sozialdemokratie, gegen die ihre Wahlpropaganda vor allem gerichtet war. Im übrigen schöpfte die SP ihre Zuversicht vor allem aus dem Bewusstsein der unaufhaltsamen Industrialisierung des Stadtkantons, hatte Regierungsrat Mangold doch eben noch in der Grossratssitzung vom 9. März erklärt, Basel-Stadt besitze eine Arbeiterbevölkerung von ca. 24 000 Familien bei einer Gesamtbevölkerung von 135 918 am 1. Dezember 1910.⁶⁾

Über die minutiösen Wahlvorbereitungen ist an anderer Stelle ausführlich berichtet worden. Der seit dem Maurerstreik von 1903 andauernde Klassenkampf zeigte

erneut sein Doppelgesicht: Lieferte er der SP einerseits Munition für ihre Wahlpropaganda, so mussten andererseits zahlreiche potentielle Grossratskandidaten aus Rücksicht auf ihren mit sofortiger Entlassung drohenden Arbeitsherrn auf eine Aufstellung verzichten. Wieder kam es der Sozialdemokratie zugut, dass die Wahlen kurz auf die mächtige 1. Mai-Demonstration folgten. Die SP stellte eine Liste mit 79 Kandidaten auf. Ein Einsender, zweifellos Joneli vom Statistischen Amt, wies im «Vorwärts» nach, dass die sozialdemokratische Liste der tatsächlichen berufsmässigen Gliederung der Wahlberechtigten weitaus am nächsten komme.

Bei sehr hoher Wahlbeteiligung (69,2%) gelang es der SP am 6./7. Mai 1911, ihre führende Stellung noch auszubauen: Mit 47 Mandaten liess sie den auf 36 Sitze zurückfallenden Freisinn weit hinter sich. Ihre Stellung im Grossen Rat verbesserte sich noch dadurch, dass die sogenannten bürgerlichen Parteien stark zersplittert waren, was allerdings bei der klaren Trennung zwischen Links und Rechts in der Klassenkampfsituation nicht allzu stark ins Gewicht fiel. Neben ihren alten Hochburgen, Horburg und Bläsi, vermochte die Sozialdemokratie nun auch im dritten Kleinbasler Quartier, im Riehenquartier, die höchste Mandatszahl zu erreichen; im Horburgquartier kam es erstmals zu einer absoluten sozialdemokratischen Mehrheit. Aber auch in Grossbasel wurden Fortschritte erzielt, stand doch die SP nur noch knapp hinter dem Freisinn zurück und liess die andern Parteien deutlich hinter sich.⁷⁾

Bei einer Analyse der auf der sozialdemokratischen Liste Gewählten nach Berufsgattungen fällt zunächst das starke Vordringen der unteren Staatsangestellten und -arbeiter, der späteren VPOD-Vertreter, auf, machten diese doch zusammen mit den Eisenbahnangestellten 23,4% der Fraktion aus, gleich viel wie die Berufsarbeiter, die weiterhin vornehmlich in Kleinbetrieben beschäftigt waren und zusammen mit zwei Vorarbeitern einer Maschinenfabrik der «Arbeiteraristokratie» angehörten.⁸⁾ Eine fast ebenbürtige Stellung (19,1%) nahmen die Funktionäre von Partei, Gewerkschaft und Genossenschaftsbewegung ein. Nur noch 10,6% der sozialdemokratischen Grossräte rekrutierten sich aus der Schicht der Selbständigerwerbenden. Je drei Vertreter (6,4%) stellten die Advokaten und die Sekundarlehrer sowie die Büroangestellten und Prokuristen. Stark zurückgegangen war die Zahl der Parteiwirte, die um die Jahrhundertwende noch eine bedeutende Rolle in der Fraktion gespielt hatten: Nur noch Pfister und Hotelier Türke vertraten diesen auch in der älteren ausländischen Arbeiterbewegung Pionierdienste leistenden Berufsstand.

Die letzten Vorkriegswahlen in das kantonale Parlament fanden unter neuen Aspekten statt. Es hatte sich in den bisherigen drei Proporzahlen erwiesen, dass die Parteivertretungen nicht genau den Parteistärken entsprachen. So entschloss sich der Grosse Rat, die überlieferte Einteilung in neun Quartiere fallen zu lassen und die heute noch gültigen drei grossen Wahlkreise zu schaffen, zu denen noch Riehen und Bettingen mit kleiner Mandatzahl kamen. Obschon die SP als grösste Partei von dieser Änderung Nachteile zu erwarten hatte, da sie 1911 bei der Verteilung der Restmandate günstig abgeschnitten und fünf Sitze mehr errungen hatte, als ihr gemäss der

theoretischen Parteistärke zustanden,⁹⁾ unterstützte sie die Vorlage, einmal, weil sie die Wahlgerechtigkeit vor das Einheimsen einiger Mandate stellte, zum andern, weil die Neueinteilung der Wahlkreise die Agitation wesentlich vereinfachte.¹⁰⁾

Diese musste nun in den drei Wahlkreisen von den entsprechenden Quartiervereinen von Anfang an koordiniert werden, womit man schon im März 1914 begann. Erstmals nahm die Partei von der Politik der offenen Tür Abstand. Zutritt zu den entscheidenden Wählerversammlungen, die die definitiven Parteilisten erstellten, erhielt nur, wer das Mitgliederbüchlein vorweisen konnte. Die schlechte Beschäftigungslage, die nach bisheriger Erfahrung bei der davon am meisten betroffenen Fabrikarbeitserschaft und bei den im Baugewerbe Beschäftigten leicht zu politischer Apathie führte, und das Wissen um die Nachteile der neuen Wahlkreiseinteilung liessen in der Parteileitung keine optimistischen Prognosen zu: Der Wahlkampf war von Anfang an auf die Erhaltung des Status quo ausgerichtet.

Tatsächlich konnte nicht einmal dieses Ziel erreicht werden: Die Abstimmung vom 2./3. Mai brachte zum erstenmal einen Rückgang der Mandatzahl um 3 auf 44. Dass der Freisinn einen noch grössern Verlust erlitten hatte und nur noch mit 28 Sitzen zu Buch stand, war ein geringer Trost, waren doch dessen verlorene Mandate grösstenteils der weiter rechts stehenden Fortschrittlichen Bürgerpartei zugefallen. Der «Vorwärts»-Wahlkommentator zog aus dem Rechtsrutsch den Schluss: «Je mehr sich die bürgerliche Vertretung nach rechts orientiert, desto entschiedener muss die unsrige nach links drängen.» Da der Konjunkturabschwung die Arbeiterbevölkerung dezimiert und die SP dennoch einen leichten Stimmenzuwachs erfahren hatte, rechnete man sich in Kreisen der Parteileitung Stimmengewinne aus bisher der Sozialdemokratie fern stehenden Wählerkreisen aus und schöpfte daraus Mut für die Zukunft.

Eine Berufsanalyse der letzten Vorkriegsfraktion der SP im Grossen Rat zeigt einen starken Rückgang der Mandatäre aus den Kreisen der untern Staatsangestellten und der Staatsarbeiter (Strassenwarte, Tramangestellte) sowie der Eisenbahner (von 23,4% im Jahre 1911 auf 11,4%). Es hatte sich im Verlaufe der letzten Amtsperiode doch erwiesen, dass nur eine kleine Zahl dieser Berufsschicht den bildungsmässigen Voraussetzungen eines kantonalen Volksvertreters gewachsen waren; diese wurden denn auch wiedergewählt und bewährten sich. Konstant blieb die Schicht der Funktionäre (18,2% gegen 19,1% im Jahre 1911), desgleichen jene der Selbständigerwerbenden (11,4% gegen 10,6%). Stärker als je waren die Berufsarbeiter inkl. Vorarbeiter in der Fraktion vertreten, stieg doch deren Prozentzahl von 23,4 auf über 30 an. Eine beachtliche Stellung nahmen die Sekundarlehrer ein (11,4%); zwei davon, Fritz Hauser und Gustav Wenk, sollten in der Zwischenkriegszeit noch eine bedeutende Rolle in der kantonalen und eidgenössischen Politik spielen. Dagegen reduzierte sich die Zahl der Juristen auf den Parteiadvokaten Dr. Welti, der mit Gewerbeinspektor Dr. Strub und Sekundarlehrer Dr. Baumeister das kleine Kollegium der sozialdemokratischen Akademiker bildete.¹¹⁾

Der parlamentarische Aufstieg der Basler Sozialdemokratie vom ersten Sitzgewinn

im Jahre 1886 bis zur dominierenden Stellung in der unmittelbaren Vorkriegszeit hat viele Vertreter der traditionellen Parteien stark beeindruckt; manche standen dieser Entwicklung ratlos oder voll Ressentiments gegenüber.^{11a)} Die besten Köpfe der SP liessen sich von den Erfolgen nicht berauschen, wie dies teilweise in der deutschen Sozialdemokratie der Fall war, deren Aufstieg allerdings gerade in Basel wesentlich zum Selbstbewusstsein der politisch organisierten Arbeiterschaft beitrug. Man war sich in der Parteiführung bewusst, dass die wirtschaftlich-soziale und die politische Entwicklung der Partei früher oder später den Weg zur Mehrheit ebnen würden. So galt es zwar, diese Entwicklung zu beschleunigen; da aber kaum einer der verantwortlichen Parteipolitiker der unmittelbaren Vorkriegszeit an einen gewaltsamen Umsturz dachte, konnte eine Politik auf lange Sicht getrieben werden. Die Folge war, dass man nicht auf Sesselgewinne à tout prix ausging, sondern vor allem die Stimmenzahl zu vergrössern trachtete und kleine Rückschläge in der Mandatzahl, wie jenen von 1914, gelassen hinnahm. Die Ungeduld war nie Hausmeister in der Basler Sozialdemokratie der Vorkriegszeit.

b) Die sozialdemokratische Grossratsfraktion

Seit dem Spätjahr 1891 waren die Vertreter der organisierten Arbeiterschaft im kantonalen Parlament in der lose gefügten «Gruppe sozialdemokratischer Grossräte» zusammengefasst. Nach den Wahlen von 1902, die der SP 22 Mandate eintrugen, wurde eine straffere Organisation notwendig. Erstmals tauchte nun der Name «Fraktion» auf. Ein – leider nicht mehr erhaltenes – Fraktionsreglement legte die Grundlage für eine wirkungsvolle Arbeit im Rat und für die Koordinierung der Tätigkeit von Partei und parlamentarischer Vertreterschaft.¹²⁾

Für die Jahre 1903–14 liegen nur geringe Lücken aufweisende Fraktionsprotokolle vor, die Verhältnisse zwischen 1900 und 1903 können teilweise aus Hinweisen im Parteiblatt erschlossen werden.¹³⁾

Während in der SPS jahrzehntelang ein gewisser Gegensatz zwischen der eher radikaleren Parteileitung und der Fraktion bestand,¹⁴⁾ lässt sich ein solcher in der Basler Partei nicht nachweisen. Das kann kaum verwundern, herrschte doch bei der schmalen Rekrutierungsbasis für die Führerschaft weitgehend Personalunion. Diese variierte in den 15 Jahren vor Kriegsausbruch zwischen 35% und 85%. Wie gross der Einfluss der Fraktion in der Partei seit 1908 war, geht daraus hervor, dass jene gelegentlich eines ihrer Mitglieder als Präsidenten des Parteikomitees vorschlug und damit durchdrang.

Dagegen bekam die Fraktion die Kontrollfunktion der Parteiversammlung, der sie alljährlich zuerst mündlich, später schriftlich Bericht zu erstatten hatte, sehr intensiv zu spüren.

Nicht ohne Spannung gestaltete sich das Verhältnis zwischen der Fraktion und den sozialdemokratischen Regierungsräten, besonders seit der Wahl Blochers im Jahre 1910. Nicht nur waren die beiden Amtspersonen wegen beruflicher Überlastung

häufig am Besuch der Fraktionsversammlung verhindert; sie scheinen auch mit letzter Konsequenz das Kollegialitätsprinzip der Regierung hochgehalten und sich damit immer wieder der Kritik der begreiflicherweise vornehmlich den Parteistandpunkt vertretenden Grossräte ausgesetzt zu haben.

1905 wurde der ursprünglich nur drei Mitglieder umfassende Fraktionsvorstand auf fünf Mitglieder erhöht und bestand von nun an aus dem Präsidenten, dem Vizepräsidenten, dem Kassier und je einem protokollierenden und korrespondierenden Sekretär. Das Fraktionspräsidium hatten nacheinander Tobias Levy (1899–1902), Gottfried Krebs (1903–1907), Eduard Forster (1907–1910), Johann Frei (1910–1912), Dr. Franz Welti (1912–1914) und Fritz Hauser (ab 1914) inne. Seit 1905 amtierten nacheinander Robert Pfister und Wilhelm Kreuter in Personalunion als Partei- und Fraktionskassiere, was es ermöglichte, die Finanzen der beiden Institutionen aufeinander abzustimmen. Am längsten gehörte dem Vorstand Parteiveteran Karl Bürgin-Haas an.

Die Fraktionssitzungen fanden ordentlicherweise seit dem Spätjahr 1904 am Montagabend statt, ausserordentlicherweise zu jeder beliebigen Zeit, gelegentlich sogar kurz vor der Eröffnung der Grossratssitzung. Bis 1908 traf man sich vornehmlich im Grütliheim, anschliessend im Schwarzen Ochsen und seit 1911 im alkoholfreien Johanniterheim, zur Genugtuung der zahlreichen Abstinenten der Fraktion. Zwischenhinein wurden auch die der Fraktion angehörenden Parteiwirte berücksichtigt.

Die schon in den neunziger Jahren vorzügliche Sitzungspräsenz bei den Grossratssitzungen zeichnete die Fraktion auch in der Vorkriegszeit aus, was die gegnerischen Parteien mit einigem Neid verzeichneten.¹⁵⁾ So wies sie für das Amtsjahr 1908/09 eine Anwesenheit von 92% auf, eine Zahl, welche die beiden historischen Parteien bei weitem nicht erreichten. Eine solche Besuchsdziplin konnte nur erreicht werden, weil wichtige Sitzungen als obligatorisch erklärt und unentschuldigt fehlende Fraktionsmitglieder im «Vorwärts» aufgeführt wurden. Seit 1909 legte die Fraktion zu Beginn der Grossratssitzungen sogar Präsenzlisten auf. Dieser Druck von seiten der Fraktionsleitung ergab sich aus der Parteienkonstellation, die seit 1908 Zufallsmehrheiten möglich machte. Noch günstiger stellte sich die Lage nach den Wahlen von 1911 dar, standen doch 65 Vertretern des Freisinns, der Konservativen und der Fortschrittlichen Bürgerpartei 65 Vertreter der SP und der Katholiken (inkl. eines katholischen Mitglieds des Männervereins Spalen) gegenüber, was den beiden Oppositionsparteien bei zuverlässigem Sitzungsbesuch gestattete, in wichtigen Wahlen ihre Vertreter durchzubringen, sofern sie sich einigen konnten.

Dagegen liess mit dem Anwachsen der Mandatzahl der Besuch der Fraktionssitzungen zu wünschen übrig; die Klagen darüber in den Protokollen sind Legion. Die Frequenz von 60% für das Jahr 1913 dürfte einen Durchschnittswert für die Jahre 1905–1914 darstellen. Das Fraktionsreglement schrieb vor, dass die Namen der unentschuldigt Fernbleibenden in der Parteizeitung veröffentlicht werden müssten, was jeweils bei Parteiversammlungen zu vehementen Angriffen des Parteivolks gegen die

Säumigen führte, vor allem dann, wenn diese auch den Quartiervereins- und Vertrauensmännerversammlungen fernblieben. Vielfach erfolgten die Vorwürfe allerdings zu Unrecht, war es doch gewissen Fraktionsmitgliedern infolge ihrer beruflichen Belastung beim besten Willen nicht möglich, jeder Sitzung beizuwohnen. Die beiden sozialdemokratischen Regierungsräte und Verwaltungsratspräsident Jaeggi haben die immer wieder erfolgenden parteigenössischen Anrempeleien mit Gelassenheit und ohne dauerhaften Schaden für ihre Stellung in der Partei über sich ergehen lassen.

Die Forderung nach lückenlosem Erscheinen in den Fraktionssitzungen hatte ihren Sinn: Sie sollte der Fraktion ein möglichst geschlossenes Auftreten im Rat ermöglichen. Wenn die «Basler Nachrichten» ihr zugestanden, die disziplinierteste Gruppe im Rat zu sein, musste es mit den andern Parteien bedenklich bestellt sein.¹⁶⁾ Tatsächlich bot die sozialdemokratische Fraktion seit 1905 in den Grossratssitzungen oft ein Bild der Verwirrung und des Widerspruchs. Nicht selten stritt man sich vor den parteipolitischen Gegnern, was für einen Beschluss die Fraktionsversammlung gefasst habe oder wie er auszulegen sei. Fast immer entstand die Unsicherheit daraus, dass einzelne Votanten an der Sitzung nicht teilgenommen und sich nicht genügend informiert hatten – etwa im Gegensatz zu Jaeggi, der kaum an der Hälfte der Fraktionssitzungen teilnehmen konnte, aber immer sehr genau über deren Beschlüsse auf dem laufenden war. Die Fehlbaren wurden jeweils nicht nur vom Fraktionsvorstand, sondern auch von der Parteiversammlung scharf angefasst, noch mehr allerdings jene Mitglieder, die sich bei heiklen Abstimmungen zu drücken versuchten.

Bezüglich der Abstimmungsdisziplin galt bis 1914 der Grundsatz: Einheitliche Stellungnahme bei Fragen, die das sozialdemokratische Programm grundsätzlich betrafen, sonst Stimmfreigabe. Von Stimmzwang im engeren Sinne konnte kaum die Rede sein, die Unterordnung unter die Parteibeschlüsse erfolgte freiwillig. Ältere und besonders angesehene Fraktionsmitglieder wie Gutschmann und Bürgin-Haas konnten sich ohne Schaden auch in wichtigen Fragen abweichende Voten oder Stimmabgaben leisten, hatten sich dann allerdings vor der Fraktion und der Parteiversammlung zu rechtfertigen; erst recht traf dies für die beiden Regierungsräte zu. Parlamentarier des zweiten Glieds wurden schärfer angefasst und mussten mit einer Rüge rechnen, Nichtwiederwahl wegen Verletzung der Fraktionsdisziplin ist hingegen kaum nachzuweisen. Der einzige Fall eines regelrechten Ketzergerichtes betraf den angesehenen Ratsveteranen Stadelmann wegen seiner Haltung in der Debatte über die Trennung von Kirche und Staat, die ihm als Parteiverrat ausgelegt wurde. Der Angeklagte wies darauf hin, dass er wegen langer Krankheit keine Parteianlässe mehr habe besuchen können und nicht gewusst habe, dass ein verpflichtender Parteibeschluss vorliege. Aus der Angelegenheit Stadelmann entwickelte sich eine grundsätzliche Diskussion über Parteidisziplin. Es waren vor allem die Gewerkschafter in der Fraktion, die einen Verstoss dagegen in einer so grundlegenden Frage mit dem Parteiausschluss bestraft sehen wollten, während die ausgesprochenen Politiker (Wullschleger, Hermann Blocher, Jaeggi und Gutschmann) der Freiheit der persönlichen Meinungsäusserung

das Wort redeten. Schliesslich wurde mit knappem Mehr einem Antrag Gutsmanns zugestimmt, die Sache sei für die Fraktion erledigt, nachdem Stadelmann seinen Irrtum eingesehen habe. Die Partei zeigte sich dann allerdings weniger konzilient, so dass Stadelmann nach langem Hin und Her verbittert den Austritt gab.

Alljährliche Fraktionsausflüge unter Einbezug der Familienangehörigen trugen zur Hebung der Kollegialität bei, doch scheint das vertraute Du nur unter näher Befreundeten üblich gewesen zu sein: Gewisse Unterschiede der sozialen, beruflichen oder amtlichen Stellung liessen sich bis 1914 nie ganz verwischen.

Vom normalerweise 5 Franken im Jahr betragenden obligatorischen Beitrag der Mitglieder an die Fraktionskasse waren jene befreit, die nachweisen konnten, dass sie durch den Sitzungsbesuch einen Lohnausfall erlitten. Die namhaften Beiträge, welche die Fraktion jeweils an die Parteikasse und an Ausgesperrte und Streikende lieferte – so 556 Franken im Mai 1905 – zeugen davon, dass in Kampfzeiten die freiwilligen Spenden den obligatorischen Beitrag weit übertrafen.

In den Fraktionssitzungen wurden die Traktanden der nächsten Grossratssitzung Punkt für Punkt durchberaten. Wer eine Interpellation, einen Antrag oder eine Motion einreichen wollte, erhielt nur grünes Licht, wenn er sich exakt informiert hatte und die Mehrheit der Fraktion dafür zu gewinnen wusste. Auf eigene Faust vorprelende und schlecht informierte Interpellanten wie Dr. Wassilieff erhielten von der Fraktion schwere Rügen, ungeschickt Votierende wurden an der Parteiversammlung schärfster Kritik unterworfen. Im übrigen versuchte man nach Möglichkeit, dem Prinzip der Arbeitsteilung nachzuleben. Bei der Prüfung der Verwaltungsberichte wurde der Bericht jedes Departements den dafür Zuständigsten zur genauen Durchsicht übergeben; die grossen Vorstösse im Rat überliess man den Parteikoryphäen. So befassten sich die beiden Genossenschaftspolitiker Jaeggi und Angst vor allem mit Wirtschafts-, Finanz- und Steuerfragen. Juristische Probleme blieben den beiden Parteivadokaten Knörr und Welti vorbehalten, die zugleich die heftigsten Kritiker der Verwaltung, nicht zuletzt des unter parteigenössischer Führung stehenden Polizeidepartements waren, nachdem Wassilieff aus Basel weggezogen war. Für Angelegenheiten der Schule war neben den Lehrergrossräten, unter welchen Hauser schon in jungen Jahren hervorragte, vor allem Gutsmann zuständig. In den zahlreichen Streik- und Aussperrungsdebatten zeichneten sich die beiden Arbeitersekretäre Wassilieff und Grimm sowie Redaktor Frei durch schärfste Angriffe auf die Behörden und deren angeblich einseitige Bevorzugung der Arbeitgeber aus. Veteran Arnold wurde nach 1905 nur noch selten und dann vor allem bei der Wohnungspolitik ins Feuer geschickt. Zahlreich waren die Grossräte, die sich immer wieder der Belange der Staatsarbeiter und -angestellten annahmen, so Bürgin-Haas, Rimathé, Düby, August Strub und Jeggli. Gelegentliche Statistiken im «Vorwärts» über die Anzahl der Voten der verschiedenen Fraktionsmitglieder während einer Amtsdauer – ohne Namensnennung – beweisen, dass zwar eine Mehrzahl der SP-Grossräte sich regelmässig zum Wort meldeten, dass aber nicht wenige in Stummheit verharrten, wohl nicht zuletzt

eine Folge fehlenden Selbstvertrauens wegen mangelhafter Bildung und der ungenügenden Beherrschung der schriftdeutschen Sprache.

Die Vorstösse der Sozialdemokraten im Grossen Rat entsprangen in den meisten Fällen persönlicher Initiative besonders aktiver Mitglieder. Häufig allerdings erfolgten sie unter dem Druck ausserparlamentarischer Gruppen. Unter diesen kam den Staatsangestellten und -arbeitern und dem die Gewerkschaftsbewegung vertretenden Arbeiterbund die grösste Bedeutung zu.

Die jahrelang zersplitterten Organisationen des Personals öffentlicher Dienste, die erst seit 1905 im Grossen Rat vertreten waren, sahen in immer stärkerem Mass in der SP ihre eigentliche Interessenvertretung. Es verging kaum ein Monat, ohne dass eine Gruppe ihrer Vertrauensleute vor der Fraktion ihre Klagen gegen die Verwaltung – vor allem die Tramdirektion und das Bau- und Sanitätsdepartement – vorbrachten und um Unterstützung bei der Verbesserung der Arbeits- und Lohnverhältnisse bat. Die Fraktion ging – im Einverständnis mit dem Parteikomitee und dem Arbeiterbund – darauf ein, soweit es irgend möglich war, teils durch Vorstösse im Rat, teils durch direkte Aussprache mit den Verwaltungsspitzen. Dabei dürften im gleichen Ausmass das Verständnis für die tatsächlich bedenkliche Lage des untern Staatspersonals wie das Kalkül ausschlaggebend gewesen sein, dass die SP sich damit ein treues Wählerreservoir schaffen könne. Wie eng die sozialdemokratische Fraktion und der Staatsarbeiterverband, dem seit 1906 auch die Tramangestellten und seit 1909 die Polizisten angehörten, miteinander verbunden waren, geht einerseits aus den beträchtlichen Beiträgen hervor, die jeweils der Parteikasse aus dieser Organisation zuflossen, wenn eine für sie bedeutende Aktion bevorstand, andererseits aus dem Umstand, dass gelegentlich die Fraktion aufgefordert wurde, den Präsidenten des Verbands zu stellen.¹⁷⁾

Höchst unerfreulich entwickelte sich dagegen seit der Jahrhundertwende, vor allem seit der Anstellung Wassilieffs als Arbeitersekretär, das Verhältnis zwischen Fraktion und Arbeiterbund. In den Parteiversammlungen prallten die gegensätzlichen Auffassungen hart aufeinander. Von seiten des Arbeiterbunds warf man der Fraktion Untätigkeit, Ängstlichkeit und rein pragmatisches Vorgehen, ja Paktieren mit dem Klassenfeind vor. Diese hinwiederum beklagte sich darüber, sie werde bei Eingaben des Arbeiterbunds nicht oder zu spät informiert und durch die überstürzten Interpellationen Wassilieffs diskreditiert. Vor allem aber verwahrte sie sich gegen die aus ausländischer bzw. aus deutscher Quelle stammenden Ratschläge und Vorwürfe, zumal wenn sie vom Anarchisten Stelzer ausgingen. Bei einer Parteiversammlung vom Jahre 1903 stellte Wullschleger ein für allemal fest, Beschlüsse eines deutschen Parteitags könnten für die schweizerische Sozialdemokratie nicht massgebend sein.¹⁸⁾ Erst unter dem der Fraktion als geachtetes Mitglied angehörenden Arbeitersekretär Adolf Gass verbesserte sich das Verhältnis der beiden für die sozialdemokratische Politik entscheidendsten Institutionen.

Neben den ausserparlamentarischen «Pressure Groups» gab es in der sozialdemokratischen Fraktion auch so etwas wie parlamentarische Gruppen. Die zahlreichste

und gewichtigste war wohl jene der Genossenschaftspolitiker, der es in immer stärkerem Ausmass gelang, die Fraktion hinter ihre Postulate zu stellen, allerdings nicht ohne dabei auf die Opposition Selbständigerwerbender wie Schreinermeister Gutschmann und Hotelier Türke zu stossen. Bedeutenden Einfluss übten in der unmittelbaren Vorkriegszeit die fünf Lehrer aus, die weitgehend die Schulpolitik der Fraktion bestimmten. Die wachsende Zahl der im sozialdemokratischen Abstinentenverein organisierten Alkoholgegner in der Fraktion wusste ihr Gewicht vor allem bei den zahlreichen Revisionen des Wirtschaftsgesetzes geltend zu machen – nicht zur Freude der Parteiwirte.

Während der Grosse Rat nicht anstand, Wullschleger und Blocher kurz nach ihrer Wahl turnusgemäss den Vorsitz in der kantonalen Exekutive zu übertragen, musste die Fraktion jahrelang dafür kämpfen, im Büro und in den Kommissionen des Grossen Rats eine ihrer Stärke entsprechende Vertretung zu erhalten. Sie schloss zu diesem Zweck je nach der Wahlsituation mit dem Freisinn oder mit den Katholiken kurzfristige ad hoc-Wahlbündnisse ab, gelegentlich erst im unmittelbaren Vorfeld der Wahlen. Die nach den Erfolgen der SP und der Katholiken bei den Grossratswahlen vom Mai 1908 erst während der Grossratssitzung – in Abwesenheit zahlreicher Freisinniger und Konservativer – zustandegekommene schwarz-rote Allianz wurde von den «Basler Nachrichten» unter dem Titel «Ein historischer Tag für den Grossen Rat» vermerkt. Sie erlaubte es den beiden bisher meist majorisierten Oppositionsparteien erstmals, ihre Vorschläge durchzubringen.

Wullschleger, der als erster Sozialdemokrat in der Funktion eines Beisitzers von 1899 bis zu seiner Wahl in die Regierung dem Grossratsbüro angehört hatte, gelang es, einzelnen Fraktionskollegen Eingang in die vom Grossen Rat gewählten Kommissionen zu verschaffen.¹⁹⁾ Bei den Wahlen von 1902 wurde die SP aber wieder übergangen.²⁰⁾ Nach dem Wahlerfolg von 1905 war dies nicht mehr möglich. Ein Wahlkompromiss mit dem Freisinn erlaubte es der Sozialdemokratie, zwei Vertreter ins Grossratsbüro und eine angemessene Anzahl in die Kommissionen abzuordnen. 1907 amtierte Gottfried Krebs als erster sozialdemokratischer Grossratspräsident. Ein Durchbruch gelang der Fraktion mit Hilfe der rot-schwarzen Allianz im Jahre 1908, konnte sie doch erstmals je drei Mitglieder in den Bankrat der Kantonalbank (Jäggi, Bolliger, Levy) und in den Erziehungsrat (Gutschmann, Angst, Dr. Hermann Blocher) abordnen, nachdem Gutschmann schon 1904 als erster Sozialdemokrat in diese Behörde gewählt worden war. 1910 präsidierte Jaeggi als zweiter Sozialdemokrat mit Auszeichnung das kantonale Parlament; er hatte bei der Wahl 91 von 96 Stimmen erhalten.²¹⁾ Immer noch war die SP aber in den von der Regierung gewählten Verwaltungskommissionen stark untervertreten, wurden ihr doch nur zwölf von rund 100 Sitzen eingeräumt, wie Forster in einer Interpellation vom 8. Mai 1911 feststellte. Regierungsrat Speiser stellte eine gerechtere Behandlung in Aussicht,²²⁾ doch konnte auch 1914 noch nicht von einer angemessenen Vertretung die Rede sein. Bei Kriegsausbruch stand dem Grossen Rat in der Person von Emil Angst zum drittenmal ein

Sozialdemokrat und zum zweitenmal ein ausgesprochener Genossenschaftspolitiker vor. In den Erziehungsrat hielt anstelle des verstorbenen Bruno Gutschmann mit Fritz Hauser neben den Bisherigen, Angst und Dr. Blocher, jener Mann Einzug, der das Basler Schulwesen der Zwischenkriegszeit wie kein anderer prägen sollte.²³⁾ Der langjährige Fraktionschef Eduard Forster wirkte in den letzten Jahren vor Ausbruch des Krieges mit Geschick als erster Ratssekretär. Die Basler Sozialdemokratie war – zum Missfallen ihrer Gegner zur äussersten Rechten und ihrer Kritiker bei der äussersten Linken – in den Staat hinein gewachsen. Sie war sich ihrer Verantwortung als stärkste Partei bewusst, und ihre bedeutendsten Vertreter im Parlament genossen das Ansehen ihrer Ratskollegen und des Grossteils der Bevölkerung.

c) Regierungsratswahlen

Seit dem Jahre 1893 vertraten weite Kreise der Sozialdemokratie die Auffassung, die Partei müsse ihre wachsende Stärke durch Beteiligung an den Regierungsratswahlen bekunden. Als Kandidat kam allein Eugen Wullschleger in Frage. Dieser war aber der Ansicht, die Zeit für eine Mitwirkung in der kantonalen Exekutive sei für die SP noch in weitem Feld.

Die ersten Gesamterneuerungswahlen des Regierungsrats im neuen Jahrhundert waren im April 1902 fällig. Schon zu Beginn des Jahres stand fest, dass der freisinnige Vertreter Philippi aus Altersgründen nicht mehr kandidieren werde. In der SP verstärkte sich auf diese Nachricht hin die Tendenz, mit Wullschleger in den Kampf zu ziehen, doch lehnte er erneut kategorisch ab und liess sich nur unter der Bedingung als Parteipräsident wiederwählen, dass seine Kandidatur nicht aufgestellt werde. Als Ende Januar das Gerücht aufkam, weitere bisherige Regierungsräte trügen sich mit Rücktrittsgedanken, verstärkte sich der Druck auf den Parteiführer. Dieser legte einer Parteiversammlung vom 18. März noch einmal alle grundsätzlichen, taktischen und persönlichen Gründe dar, die gegen eine Beteiligung an den kommenden Wahlen und seine Kandidatur sprachen, unterzog sich dann aber – wie 1897 – dem einheitlichen Beschluss des Parteisouveräns, trotz allem den Kampf aufzunehmen. Sogleich setzte eine mächtige Pressepolemik gegen den sozialdemokratischen Kandidaten ein, die sich um dessen Nationalratsmandat bei einer eventuellen Wahl in die kantonale Exekutive drehte. Sie legte sich erst, als Wullschleger parteioffiziell – wohl schweren Herzens – verlauten liess, er werde, falls er gewählt würde, gemäss § 3 der Geschäftsordnung des Regierungsrats sofort sein Mandat in der eidgenössischen Volkskammer niederlegen. Wie 1897 war die SP gewillt, allein in den Kampf zu ziehen; eventuelle Vereinbarungen für den zweiten Wahlgang waren erst nach dem ersten zu erwägen. Eine freisinnige Parteiversammlung vom 18. April verwarf den Antrag, der SP freiwillig einen Sitz zu überlassen, mit grossem Mehr, wobei geltend gemacht wurde, die SP sei zu keinem Gegendienst bereit, da sie für den ersten Wahlgang nur ihren eigenen Kandidaten portiere. Eine Verkenntung der Persönlichkeit Wullschlegers stellte

die Vermutung dar, dieser könnte als Chef des Departements des Innern den Arbeitgebern nicht genügend Gerechtigkeit widerfahren lassen.

Im ersten Wahlgang wurden die fünf Bisherigen wiedergewählt; unter den Nichtgewählten stand Wullschleger mit Abstand (rund 4550 Stimmen gegen rund 3850 und 3350 der auf ihn folgenden konservativen Kandidaten) an der Spitze. Der Wahlkommentator des «Vorwärts» berechnete die Zahl der auf Wullschleger fallenden sozialdemokratischen Stimmen auf 2400; 1000 Stimmen seien ihm von Wählern anderer Parteien, 1150 von Parteilosen zugefallen.

Ob Wullschleger sich im zweiten Wahlgang durchsetzen könne, hing weitgehend von der Haltung des Freisinns ab, da die SP beschloss, erneut mit einer Einerliste in den Kampf zu ziehen. Da der vierte freisinnige Kandidat, Dr. Göttisheim, im ersten Wahlgang deutlich hinter Wullschleger und zwei konservativen Bewerbern zurückgeblieben war, schien es aussichtslos, ihn noch einmal zu portieren. Verzichtete man aber auf eine Stimmbeteiligung, so musste man ungünstigstenfalls mit einer Wahl zweier Konservativer und damit mit einer konservativen Mehrheit in der Regierung rechnen. So entschloss sich der Freisinn für das geringere Übel und portierte neben dem Konservativen Professor Albert Burckhardt-Finsler den Führer jener Partei, die dazu berufen war, ihn dereinst von der Führung zu verdrängen.

Im zweiten Wahlgang vom 3./4. Mai wurde Wullschleger mit grossem Vorsprung vor dem Konservativen Albert Burckhardt zum ersten sozialdemokratischen Regierungsrat Basels gewählt, während der zweite konservative Kandidat aus der Wahl fiel. Diesen Erfolg, der weit über die Kantons-, ja über die Landesgrenzen hinaus ein Echo fand, hatte die Sozialdemokratie weitgehend der für sie günstigen politischen Konstellation zu verdanken, ebenso sehr aber dem Ausbau der Parteiorganisation und der Agitation und der integren, in weiten Kreisen der Bevölkerung geachteten Persönlichkeit des Gewählten.

Wurde der Einzug ihres Vertrauensmannes in die kantonale Regierung in der Sozialdemokratie gebührend gefeiert, so blieb dieser, von Hause aus bescheiden und ohne ausgeprägten persönlichen Ehrgeiz, viel nüchterner. Zweifellos entsprach die Regierungstätigkeit und wohl noch mehr jene als Verwaltungsspitze in dem ihm zugewiesenen Departement des Innern durchaus seinen Interessen und Fähigkeiten. Ungern verzichtete er aber auf seine bisherige Tätigkeit als eidgenössischer Volksvertreter. Schwerer fiel ins Gewicht, dass er nun eine Politik zu decken hatte, die nicht die seine und nicht die der Sozialdemokratie sein konnte. Noch bedenklicher war, dass mit ihm der kantonalen Partei der eigentliche Führer verloren ging, der ihr in den kommenden turbulenten Jahren noch unersetzliche Dienste hätte leisten können. So entscheidend die Wahl Wullschlegers in den Regierungsrat und damit in das Departement des Innern für die zukünftige Sozialpolitik des Stadtkantons und damit für breiteste Volksschichten werden sollte – für die Partei erwies sich die Wahl als Pyrrhussieg.²⁴⁾

War Wullschleger 1902 so gut wie einhellig, wenn auch gegen seinen eigenen Wil-

len, als Regierungsratskandidat erkoren worden, so machten sich im Vorfeld der Erneuerungswahlen von 1905 erstmals grundsätzliche Bedenken gegen eine sozialdemokratische Regierungsbeteiligung geltend. Am Dresdener Parteikongress der deutschen Sozialdemokratie von 1903 und am Amsterdamer Kongress der Zweiten Sozialistischen Internationale war das Problem der Regierungsbeteiligung zur Sprache gekommen. Ausgangspunkte waren einerseits der Eintritt des der Gruppe Jaurès angehörenden Millerand in ein bürgerliches Ministerium, anderseits der Wunsch der von Bernstein geführten deutschen Revisionisten gewesen, nach dem überwältigenden Wahlerfolg des Jahres 1903 den Stimmengewinn in Macht auszuwerten, d.h. das Vizepräsidium des Reichstags für sich zu fordern. Die Gegenposition wurde in Deutschland vor allem von Bebel, in Frankreich von den Guedisten vertreten. Der Dresdener Parteitag nahm daraufhin eine Resolution mit überwältigendem Mehr an, die erklärte, dass die Partei die Verantwortung für die auf der kapitalistischen Produktionsweise beruhenden politischen und wirtschaftlichen Zustände ablehne und dass sie daher keinen Anteil an der Regierungsgewalt innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft anstreben könne. Diese Resolution wurde anschliessend mit grossem Mehr vom Amsterdamer Kongress auf die internationale sozialistische Bewegung übertragen.²⁵⁾

In Basel referierte im Oktober 1904 Karl Moor über das Amsterdamer Treffen und unterliess es nicht, mit Bezug auf die Resolution die Beteiligung schweizerischer Sozialdemokraten an den kantonalen Exekutiven anzuprangern. Diese Einwände machte nun an der Parteiversammlung vom 25. April 1905 der radikale Flügel der Partei, angeführt von Wassilieff, geltend. In welcher schiefen Lage ein einzelner sozialdemokratischer Regierungsrat inmitten einer bürgerlichen Behörde geraten konnte, hatte der Maurerstreik des Jahres 1903 mit aller Deutlichkeit bewiesen. Die Debatte fand, ähnlich wie jene in Amsterdam zwischen Bebel und Jaurès, auf rein sachlicher Ebene statt; trotz der in jenen Monaten sehr gespannten Atmosphäre innerhalb der Bewegung verzichtete man auf beiden Seiten auf jede persönliche Verunglimpfung. Schliesslich unterlag der Antrag Wassilieff auf Nichtbeteiligung jenem des Parteikomitees nach erneuter Portierung des im Mai 1904 zum Regierungspräsidenten gewählten Wullschleger mit 14 zu 91 Stimmen.

Wieder zog die Sozialdemokratie mit einer Einerliste in den Kampf, doch hatte sie diesmal für ihren Kandidaten nichts zu fürchten, wurde dieser, der sich durch seine Fachkenntnisse und seine Integrität das Vertrauen seiner Kollegen erworben hatte, doch von den andern Parteien unterstützt.

So wurde die Wahl zu einem persönlichen Triumph für den bescheidenen ehemaligen Büroangestellten, erzielte er doch 2500 bis 3200 Stimmen mehr als die andern Kandidaten, wobei er auch in den traditionell bürgerlichen Wahllokalen die höchste Stimmenzahl erreichte. Dass sich gerade in diesen Tagen die Gerüchte verdichteten, Wassilieff werde Basel verlassen, mochte nicht nur in den zur Rückkehr lockenden russischen Verhältnissen begründet sein.²⁶⁾

Seit 1905 ordnete die Sozialdemokratie die zweitgrösste Fraktion in den Grossen Rat ab. Dieser Umstand und die glänzende Wiederwahl Wullschlegers bewog die SP im Januar 1906, den Sitz des demissionierenden konservativen Regierungsrats Dr. Isaak Iselin für sich zu beanspruchen, hätte doch eine sozialdemokratische Zweiervertretung in der kantonalen Exekutive dem politischen Stärkeverhältnis entsprochen. Als Kandidat wurde Gewerbeinspektor Dr. Hermann Blocher, ein Mann von hervorragender Bildung und festen Grundsätzen, portiert, obschon er damals noch nicht 34 Jahre alt und erst nach seiner Wahl in den Grossen Rat im Mai 1902 zur Partei gestossen war. Obschon überzeugter Marxist, hatte sich Blocher bisher in der Öffentlichkeit noch wenig exponiert; vielen galt er vor allem als Vorkämpfer der Abstinenz. Aus gutbürgerlicher Familie stammend, genoss er auch in nichtsozialistischen, vor allem in akademischen Kreisen hohes Ansehen, zumal er sich in seinem heiklen Amt auch bei den Arbeitgebern Sympathien geschaffen hatte. Die Konservativen, die mit dem hervorragenden Juristen Professor Carl Burckhardt-Schazmann einen vorzüglichen Nachfolger Iselins zu präsentieren hatten, griffen über die «Basler Nachrichten» denn auch nicht Blocher, sondern Wullschleger an, dessen Amtsführung zwar keinerlei Angriffsflächen bot, dem man aber vorwarf, er habe seine in Arbeiterkreisen etwas verblasste Popularität durch Reden mit klassenkämpferischen Tönen aufzupolieren versucht.

Die Ersatzwahl vom 28. Januar verlief ergebnislos, fehlten doch Burckhardt drei Stimmen zum absoluten Mehr. Blocher vereinigte 39% aller Stimmen auf sich und siegte in sieben von sechzehn Wahllokalen – in Anbetracht dessen, dass er ausserhalb seiner eigenen Partei keine offizielle Unterstützung erhalten hatte, ein unerwartet günstiges Ergebnis. Für den zweiten Wahlgang bot die SP ihre ganze erste Garnitur zur Agitation auf. Wieder griff die bürgerliche Presse Blocher nicht direkt an, sondern wies auf den am letzten Oltener Parteitag der SPS zutage getretenen Antimilitarismus hin, als was man die Aufforderung an die Arbeiter, bei Truppenaufgeboten wegen Streiks nicht die Waffen gegen ihre Kameraden zu gebrauchen, hinstellte. Burckhardt wurde im zweiten Anlauf gewählt, Blocher vermochte seine Stimmenzahl aber auf 42% zu erhöhen, wobei er in der Hälfte aller Wahllokale als Sieger hervorging. In der Sozialdemokratie feierte man die Niederlage wie einen Sieg, zumal die ganze Agitation mit geringen finanziellen Mitteln – etwas über 400 Franken – durchgeführt worden war.²⁷⁾

Einen Dämpfer erhielt der sozialdemokratische Optimismus, als bei der Ersatzwahl für den zurücktretenden freisinnigen Regierungsrat Reese vor allem die Eignung für die Übernahme des Baudepartements in den Vordergrund gestellt wurde. Blocher machte in der Parteiversammlung vom 17. Januar 1907 geltend, es fehlten ihm jegliche Sachkenntnisse; gegen den von den Freisinnigen portierten Technikumslehrer Stöcklin – politisch ein unbeschriebenes Blatt – werde er auf verlorenem Posten stehen.²⁸⁾ Auf Drängen hin nahm er die Kandidatur dennoch an, unterlag aber bei der Wahl vom 26./27. Januar 1907 deutlich. Dass er nur die Hälfte der Stimmen



Dr. Hermann Blocher

seines Gegenkandidaten erreicht hatte, wurde in der SP schmerzlich vermerkt, doch war die Agitation ohne Überzeugung durchgeführt worden, so dass viele potentiell sozialdemokratische Wähler der Urne fernblieben.²⁹⁾

Bei den Gesamterneuerungswahlen des Jahres 1908 konzentrierte sich die SP völlig auf die Überflügelung des Freisinns im kantonalen Parlament und stellte für die Regierungsratswahlen nur eine Einerliste mit Wulschleger auf. Da dieser nur von den Katholiken Unterstützung erhielt, sah man der Wahl mit einigen Bedenken entgegen. Die Befürchtungen erwiesen sich als unnötig: Wulschleger blieb zwar etwas hinter den «bürgerlichen» Kandidaten zurück, wurde aber dennoch sicher gewählt.³⁰⁾

Als zu Beginn des Jahres 1910 Regierungsrat Dr. David infolge seiner Wahl zum

Vizekanzler der Eidgenossenschaft von seinem Amt zurücktrat, bot die Freisinnige Partei der Sozialdemokratie als der stärksten Partei des Kantons den freiwerdenden Regierungsratssitz an. Erneut wurde Blocher nominiert. Er erhielt die Unterstützung der Katholiken, während die beiden traditionellen Parteien Wahlenthaltung empfahlen. Als Gegenkandidaten stellten ihm die Demokraten ihren Führer Dr. Schär entgegen. Bei geringer Stimmbeteiligung wurde Blocher, der in allen Wahllokalen an der Spitze lag, mit grossem Vorsprung gewählt; fast kampflos war die Sozialdemokratie zu ihrem zweiten Regierungsratssitz gelangt. Zugleich war nach fast dreissigjähriger Dauer die freisinnige Regierungsmajorität zu Ende. Aber auch dieser Erfolg sollte sich für die SP als Pyrrhussieg erweisen. Der humanistisch gebildete Nationalökonom, der nach Neigung und Fähigkeiten einen ausgezeichneten Vorsteher des Erziehungs- oder des Departements des Innern abgegeben hätte, musste das Polizeidepartement übernehmen. Blocher war beweglich genug, sich in die ihm völlig neue Aufgabe zu finden, doch war vorauszusehen, dass ihn das Amt im Zeitalter des Klassenkampfes in Schwierigkeiten mit den radikalen Elementen der eigenen Partei bringen werde. Welche Ausmasse diese erreichen würden, war damals allerdings noch nicht abzusehen.³¹⁾

Als im Herbst desselben Jahres Regierungsrat Burckhardt-Finsler zurücktrat, stellte sich die Frage, ob die SP auf einen dritten Sitz in der kantonalen Exekutive Anspruch erheben solle, was bei der Stärke ihrer Fraktion und dem zu erwartenden Stimmenzuwachs bei der 1911 fälligen Gesamterneuerung des Grossrats nicht vermessen gewesen wäre. Die Parteiversammlung vom 13. Oktober verzichtete aber in weiser Zurückhaltung auf die Portierung eines parteieigenen Kandidaten, um 1911 nicht drei Positionen verteidigen zu müssen, und stellte den parteilosen als ausgesprochener Sozialpolitiker geltenden Kantonsstatistiker Dr. Mangold auf, der auch mit der Unterstützung des Freisinns und der Konservativen rechnen durfte. Dieser wurde denn auch glänzend – ohne Gegenkandidaten – gewählt.³²⁾ Er erhielt für den Rest der Amtsperiode das Erziehungsdepartement zugewiesen. Blocher, den ein Departementswechsel gereizt hätte, verzichtete im Interesse des Ganzen auf die Erfüllung seines persönlichen Wunsches.

Nachdem der Grosse Rat im Januar 1911 die sozialdemokratische Forderung nach dem Regierungsratsproporz trotz Unterstützung durch die Katholiken knapp abgelehnt hatte, entschloss sich die Parteiversammlung vom 3. April, aus taktischen Erwägungen für die kommenden Erneuerungswahlen ausser den eigenen beiden Kandidaten auch Mangold und die beiden auch in sozialdemokratischen Führungskreisen hoch angesehenen konservativen Amtsinhaber Carl Burckhardt-Schazmann und Paul Speiser auf ihre Liste zu nehmen.

Die Rechnung ging auf: Die fünf auf der sozialdemokratischen Liste Stehenden wurden im ersten Wahlgang gewählt, die freisinnigen Kandidaten erreichten das absolute Mehr nicht. Für den zweiten Wahlgang empfahl die SP Stimmenthaltung, was den Freisinnigen Stöcklin und Aemmer zur Wahl verhalf. In der ehemaligen Mehr-

heitspartei wurde das Zusammenspannen der Linken mit der Rechten mit Bitterkeit kommentiert, doch vergass man dabei, dass die Sozialdemokratie es sogar in der Hand gehabt hätte, dem Freisinn sein zweites Mandat streitig zu machen, wenn sie den katholischen, als Sozialpolitiker bekannten Kandidaten Feigenwinter unterstützt hätte. Soweit zu gehen, war man aber in der SP nicht bereit. Bei Regierungsratsproportoren hätte die Sozialdemokratie auf einen dritten Sitz Anspruch erheben dürfen, aber ihre Position war in der Exekutive auch so recht stark, konnte sie doch in den meisten Fällen mit der Unterstützung Dr. Mangolds rechnen.³³⁾

Recht spannungsvoll verliefen die letzten Regierungsratswahlen vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs. Es lag ein einziger Rücktritt vor, allerdings ein gewichtiger: jener des Konservativen Professor Paul Speiser. Der «Vorwärts» stand nicht an, dem Scheidenden, einem scharfen Gegner der Sozialdemokratie, Grösse und Ritterlichkeit zuzuerkennen. In zwei Parteiversammlungen vom März 1914 beschloss die SP, diesmal mit einer Dreierliste in den Kampf zu ziehen, auf der neben den parteieigenen Kandidaten erneut Mangold figurierte. Die Konservativen portierten neben Burckhardt-Schazmann neu Dr. Rudolf Miescher und nahmen ebenfalls Mangold auf ihre Liste. Der Freisinn versuchte es im Alleingang mit seinen zwei Bisherigen, Stöcklin und Aemmer.

Bei dieser Konstellation konnte es nicht überraschen, dass beim ersten Wahlgang nur Mangold das absolute Mehr zu erreichen vermochte; unter den Nichtgewählten standen die beiden Sozialdemokraten deutlich an erster Stelle, wobei Wullschleger die «bürgerlichen» Kandidaten um Tausende von Stimmen zu distanzieren vermochte. Für den zweiten Wahlgang portierten die Sozialdemokraten nur ihre eigenen Kandidaten, erhielten aber Unterstützung durch die Konservativen und die Katholiken. Gewählt wurden die fünf Bisherigen und der Konservative Miescher, erneut stand Wullschleger deutlich an der Spitze. Es hatte sich als richtig erwiesen, den Bogen nicht zu überspannen, wie dies in früheren Zeiten gelegentlich bei der Bestellung der Exekutive von den alten Parteien geschehen war. Die Zusammensetzung des Regierungsrats aus je zwei Freisinnigen, Konservativen und Sozialdemokraten und einem ausgesprochen fortschrittlich und sozialpolitisch gesinnten Parteilosen entsprach der damaligen Konstellation wohl am besten. Für Blocher, der eben noch in einem Flugblatt der Abstinenzgegner übel verleumdet worden war, ergab sich nach dieser Wahl endlich die Möglichkeit, das ihm und der Partei ungelegene Polizeidepartement an den neugewählten Miescher abzugeben. Der Departementswechsel erfolgte auf Druck des gewerkschaftlichen Flügels der Partei. Voraussetzung dazu war allerdings, dass Wullschleger das seinen persönlichen Interessen am nächsten liegende Departement des Innern an seinen Parteikollegen abtrat und das undankbare Ressort der Finanzen übernahm, das sein Vorgänger Speiser mit Auszeichnung verwaltet hatte. Einmal mehr stellte der mit 52 Jahren schon alternde ehemalige Parteiführer seine persönlichen Wünsche hinter die Parteipotwendigkeiten zurück und verstand es, sich in kurzer Zeit auch in den neuen Aufgabenbereich einzuarbeiten.³⁴⁾

d) Bürgerrats- und Richterwahlen

Seit dem Tode des 1891 mehr durch Zufall gewählten Gustav Fautin war die Sozialdemokratie im Bürgerrat nicht mehr vertreten. Da nur ein knappes Viertel der in kantonalen Angelegenheiten wahlberechtigten potentiellen sozialdemokratischen Wähler bei Bürgerratswahlen ihre Stimme abgeben durften, hatte die SP ein geringes Interesse, ihre beschränkten finanziellen Mittel für die Wahlen in eine – nach ihrer Meinung – unbedeutende und obsoleete Behörde zu verwenden. So nahm sie zwar 1903 mit einer Elferliste an den Gesamterneuerungswahlen teil, um «ein paar rote Hechte in den bürgerlichen Karpfenteich zu setzen», betrieb die Agitation aber nur lau und ging dann – infolge des Majorzes – auch leer aus.³⁵⁾ Dagegen gelang es ihr im November 1904 bei einer Ersatzwahl im Horburgquartier, mit Regierungsrat Wullschleger ihren besten Mann in das «kleine Parlament» abzuordnen.³⁶⁾ Bei dieser Einmannvertretung blieb es auch in den Gesamterneuerungswahlen von 1906, wofür das Desinteressement der sozialdemokratischen Wähler ebenso ausschlaggebend war wie der Majorz und das Zusammenspannen der beiden historischen Parteien.³⁷⁾

Nachdem die SP 1908 zur stärksten Partei des Kantons avanciert war, boten ihr die Freisinnigen und Konservativen im Sinne des freiwilligen Proporzes fünf vakante Mandate im Bürgerrat an. Sie akzeptierte deren drei und stellte die beiden restlichen den bisher nicht vertretenen Katholiken zur Verfügung. So hielten im November 1909 Jeggli, Joneli, Bürgin-Haas und J.J. Bürgin (für den verzichtenden Wullschleger) im Bürgerrat Einzug, in welchem die Konservativen immer noch die stärkste Fraktion stellten.³⁸⁾

1912 wurde der Bürgerrat erstmals nach dem Proportionalssystem gewählt. Die SP vermochte dadurch ihre Mandatzahl auf sieben zu erhöhen, wobei – wie 1909 – fast lauter Grossräte gewählt wurden. Bei stärkerer Agitation wäre zweifellos ein günstigeres Ergebnis zu erreichen gewesen, doch fand die Wahl völlig im Schatten des internationalen sozialistischen Friedenskongresses statt.³⁹⁾

Die Sozialdemokratie machte ihren Einfluss im Weitem Bürgerrat vor allem im Sinne einer grosszügigeren Behandlung der Bürgerrechtsbegehren geltend; sie hatte dabei am meisten für sich selbst zu gewinnen.

Wie die Bürgerratswahlen waren die Richterwahlen von der SP bis zur Jahrhundertwende als *Quantité négligeable* behandelt worden. Hauptgrund dafür war, dass die Partei über so gut wie keine Juristen verfügt hatte. Das war um so ärgerlicher, als sie selbst unter grossen Opfern an Geld und Zeit die Volkswahl der Richter angestrebt hatte.

Seit 1900 standen der Sozialdemokratie mit Dr. Brunner, Dr. Knörr, Dr. Welti und Dr. Eugen Blocher erstklassige Juristen zur Verfügung. Die geschlossene Front der bürgerlichen Parteien vermochte jedoch immer wieder die Wahl eines sozialdemokratischen Richters zu verhindern. Jahrelang war die SP so nur durch Gottfried Krebs in den Gerichten vertreten.⁴⁰⁾

Als Ende 1911 bekannt wurde, dass einmal mehr mit einer Ersatzwahl für die Stelle eines Zivilgerichtspräsidenten zu rechnen sei, versuchte es die SP mit dem vorzüglich ausgewiesenen, noch nicht dreissigjährigen Substituten des Zivilgerichtsschreibers, Dr. Eugen Blocher. Sei es wegen der wenig Angriffsflächen bietenden integren Persönlichkeit des kombattanten Abstinenten, sei es wegen des Vertrauenskapitals, das dem um zehn Jahre jüngern Bruder des Regierungsrates zuteil wurde, oder sei es, dass man in Kreisen der Konservativen endlich einsah, dass man die Sozialdemokratie als weitaus stärkste kantonale Partei nicht mehr länger vom Gericht fernhalten dürfe – jedenfalls war die Konservative Partei bereit, die Kandidatur Blocher zu unterstützen. Es war ein denkwürdiger Augenblick, als am Abend des 4. Februar 1912 bekannt wurde, dass Eugen Blocher als erster sozialdemokratischer Gerichtspräsident Basels gewählt worden sei. Eine Bresche war geschlagen; die vorzügliche Amtsführung Blochers, die ihn später zum Bundesrichter avancieren liess, war erst recht geeignet, die Behauptung zu widerlegen, ein Sozialdemokrat könne kein gerechter Richter sein.⁴¹⁾

Nach den Erneuerungswahlen des Jahres 1913, den letzten vor Ausbruch des Krieges, war die SP mit sechs Mann in den Basler Gerichten vertreten: Dr. Eugen Blocher als Zivilgerichtspräsident, Gottfried Krebs als Appellationsrichter, Arnold Jeggli als Strafrichter, Wilhelm Kreuter, Dr. Walter Strub und Adolf Gass als Zivilrichter.⁴²⁾ Der jahrelange Kampf hatte sich bezahlt gemacht. Noch aber stand ein weiter Weg zur angemessenen Vertretung der grössten Basler Partei in den Gerichten bevor. Voraussetzung dazu war, dass sie mehr Juristen in ihren Reihen zählte. Die Parteiführung hoffte auf die nächste Generation. Fraglich war nur, ob die kommenden sozialdemokratischen Juristen aus Überzeugung oder aus Karrieregründen zur Partei stossen würden.

e) National- und Ständeratswahlen

Seit 1896 vertrat Eugen Wullschleger die Basler Sozialdemokratie in der eidgenössischen Volkskammer, in die der Freisinn als Mehrheitspartei seit 1897 nur noch einen Vertreter abordnete, während die Konservativen infolge der für sie günstigen Wahlkonstellation zwei Vertrauensleute nach Bern schickten.

Nach der Wahl in den Regierungsrat trat Wullschleger von seinem eidgenössischen Mandat zurück. Im Hinblick auf die im Herbst stattfindenden Gesamterneuerungswahlen verzichtete die SP, um ihren Wahlfonds zu schonen, auf eine Beteiligung an der auf den August 1902 angesetzten Ersatzwahl. Aus dieser ging der Konservative Paul Speiser als Sieger hervor, so dass seine Partei in Bern nun dreifach vertreten war.⁴³⁾

Für die Wahlen vom Oktober 1902 waren infolge der starken Bevölkerungsvermehrung erstmals sechs Sitze zu vergeben. Es bewarben sich darum nicht weniger als zehn Kandidaten. Die SP legte eine Zweierliste mit Dr. Alfred Brüstlein und Wilhelm Arnold vor.

Der damals neununddreissigjährige Brüstlein, aus grossbürgerlicher Familie stammend, hatte in Basel die Schulen durchlaufen, an der Universität unter andern Nietzsche, Jakob Burckhardt und Andreas Heusler gehört und nach weiteren Studien in Paris und Leipzig das juristische Doktorexamen bestanden und das Anwaltpatent erworben. Mitglied der «Zofingia» und Hauptmann der Artillerie, war er 1883 Redaktor der «Schweizer Grenzpost» geworden, wo er 1885 mit der Heranziehung Karl Moors erstmals sein Interesse für die Arbeiterbewegung bekundete. 1891 siedelte er nach Bern über und trat in den Bundesdienst ein, vorerst als Übersetzer im Ständerat, dann als Direktor des Amtes für Schuldbetreibung und Konkurs. 1896 machte er sich selbständig und eröffnete in der Bundesstadt ein Anwaltsbüro, das bald grosses Ansehen genoss. Zur Sozialdemokratie übertretend, wurde er 1899 in den bernischen Grossen Rat gewählt. Schon um die Jahrhundertwende galt der hervorragende Jurist und sprachgewandte Debattierer als eine der grössten Hoffnungen der an Intellektuellen nicht gerade gesegneten schweizerischen Sozialdemokratie.⁴⁴⁾ Obschon er seinen Wohnsitz in Bern hatte, wurde er in der entscheidenden Basler Parteiversammlung fast einstimmig als Nationalratskandidat portiert. Am 23. Oktober stellte er sich in der Burgvogtei seinen potentiellen Wählern mit einer anderthalbstündigen glänzenden Rede nach amerikanischem Plattformsystem vor.

Im ersten Wahlgang erreichte keiner der zehn Kandidaten das absolute Mehr. Die beiden sozialdemokratischen Kandidaten blieben deutlich hinter denjenigen der historischen Parteien zurück, wobei Brüstlein den Einheimischen Arnold klar austach, da er zusätzlich mit den Stimmen der zahlreichen eidgenössischen Angestellten rechnen durfte. Im zweiten Wahlgang wurde der Berner-Basler neben drei Freisinnigen und zwei Konservativen gewählt, während der als Redaktor stark exponierte Arnold deutlich unterlag. Der Basler Freisinn hatte die ihm gebührende Stellung in Bern zurückerobert, die SPS zog erstmals mit sieben Vertretern (gegen vier im Jahre 1899) in die Volkskammer ein.⁴⁵⁾

Hatte der Anspruch der Basler Sozialdemokratie auf eine Doppelvertretung in Bern bisher keine Grundlage in ihrer Position im kantonalen Parlament gehabt, so lagen die Dinge nach den erfolgreichen Grossratswahlen im April 1905 wesentlich anders. Von Anfang an wurde deshalb für die im Herbst fälligen Nationalratswahlen eine Zweierliste in Aussicht genommen. Brüstlein, der sich im Nationalrat bereits einen Namen geschaffen hatte – vor allem als Mitglied der Kommission für das ZGB und durch sein Eintreten für die eidgenössischen Beamten –, war unbestritten. Der Versuch, Wullschleger erneut zu portieren, scheiterte an dessen kategorischem Nein: In einer Zeit des heftigsten Klassenkampfes hielt er als Vorsteher des davon am stärksten betroffenen Departements jede Abwesenheit von Basel für unverantwortbar. Sämtliche vorgeschlagenen Kandidaten – Düby, Rimathé, Dr. Hermann Blocher, Frei und Jaeggi – lehnten ab. Schliesslich stellte sich «Vorwärts»-Redaktor Frei doch zur Verfügung.

Keine Nationalratswahl der Vorkriegszeit stand so sehr im Zeichen des Klassen-

kampfs von links und rechts wie jene von 1905. In einer Wahlversammlung vom 19. Oktober in der Burgvogtei stellte Brüstlein fest, man stehe auf einem Vulkan, und Frei begann sein Referat mit der ironischen Anrede «Hochgeehrte Wucherer», wobei er die berüchtigte Bemerkung Speisers im Nationalrat aufnahm, der Streik sei eine Art Wucher. Wullschleger rechnete in einer ungewöhnlich scharfen Wahlrede mit der bürgerlichen Klassenkampf- und Ausschliesslichkeitspolitik ab. Die eben noch drohende Spaltung der Basler Arbeiterbewegung war durch die Verschärfung des Klassenkampfs zur Enttäuschung des Rechtsbürgertums fürs nächste abgewendet.

Im ersten Wahlgang wurde nur der dem Gewerbe nahe stehende, von den Konservativen unterstützte Freisinnige Müry gewählt, den sogar das «Basler Volksblatt» als Scharfmacher bezeichnete. In der SP wies man mit Genugtuung darauf hin, dass Frei, die Hauptzielscheibe der Angriffe von rechts, 31% der Stimmen auf sich vereinigt habe, eine Zahl, die mit der augenblicklichen Stärke der Partei annähernd gleichgesetzt werden könne. Im zweiten Wahlgang wurden Speiser, Iselin, David und Brüstlein wieder – und anstelle Zollers Göttisheim neu gewählt: Die Mandatszahl der Basler Parteien in der Volkskammer blieb also unverändert, obschon die Sozialdemokratie indessen zur zweitstärksten Partei avanciert war. Die SP würdigte den Ausgang als moralischen Sieg und rechnete sich aus, sie sei erstmals zur stärksten Partei Basels geworden, da Frei – als Gradmesser der Parteistimmen – 40% der Wählerstimmen auf sich vereinigt habe, während die freisinnig-konservative «Würgeallianz» zusammen nur 60% der Stimmen erhalten habe. Zuversichtlich stimmte auch, dass Brüstlein in acht von 18 Wahllokalen an der Spitze stand.⁴⁶⁾

Die Behauptung des «Vorwärts», die SP habe den Freisinn überflügelt, bestätigte sich nicht nur bei den Grossratswahlen des Jahres 1908, sondern auch bei den Nationalratswahlen desselben Jahres. Nachdem sich ein freisinnig-konservatives Wahlbündnis zerschlagen hatte, zogen sämtliche Parteien allein in den Wahlkampf, die SP erneut mit Brüstlein und Frei.

Der erste Wahlgang verlief ergebnislos, da kein Kandidat das absolute Mehr erreichte. Brüstlein stand mit deutlichem Vorsprung an der Spitze der Kandidaten, Frei vermochte mit Ausnahme Speisers die weiteren Mitbewerber hinter sich zu lassen. Für den zweiten Wahlgang wurde Brüstlein aus taktischen Gründen und wegen seiner Haltung zur Frage des Militäraufgebots bei Streiks auf die vereinigte bürgerliche Liste gesetzt, Frei sollte mit allen Mitteln bekämpft werden. Die Rechnung der bürgerlichen Allianz ging auf: Gewählt wurden die Bisherigen und anstelle Davids dessen freisinniger Parteigenosse Rothenburger; Brüstlein stand mit grossem Abstand an der Spitze. Frei aber war relativ knapp unterlegen. Der Kantonsstatistiker schätzte die Zahl der sozialdemokratischen Wähler auf mindestens 4500, jene der vereinigten bürgerlichen Parteien auf rund 6200. Wullschleger kommentierte im Grütliheim am Abend: «Die bürgerliche Koalition hat die Mandate erobert, aber die Schlacht verloren.» Und der geschlagene Frei rief im «Vorwärts» den Bürgerlichen zu: «Ihr habt die Zukunft verloren!»⁴⁷⁾

Bei den im Oktober 1911 stattfindenden letzten Nationalratswahlen der Vorkriegszeit hatte Basel, nach Ausweis der Volkszählung von 1910, erstmals sieben Vertreter in die eidgenössische Volkskammer zu delegieren. Gemäss ihrer damaligen Parteistärke hätte die SP drei Mandate beanspruchen können, doch verzichtete sie darauf. Im Sinne des freiwilligen Proporz war sie bereit gewesen, den neuen Sitz den Katholiken zu überlassen; ob sie entsprechende Verhandlungen geführt hat, lässt sich nicht mehr entscheiden.

Das Parteikomitee legte der zuständigen Parteiversammlung vom 25. September erneut die Kandidaturen Brüstlein und Frei vor. Sogleich erhob sich aber Widerspruch gegen die Wiederwahl des Mannes, der die Partei seit dem Rücktritt Wullschlegers in Bern vertreten hatte und so vorzügliche Parlamentarier wie Curti, Decurtins, Scherrer und Greulich zu seinen persönlichen Freunden zählte. Den äusseren Anlass dazu bot eine unerfreuliche Angelegenheit, die ihn als Anwalt, nicht als Politiker betraf; in Wirklichkeit ging es den vor allem aus Arbeiterbundskreisen stammenden Gegnern aber um seine Bejahung der eidgenössischen Militärorganisation von 1907. Er hatte sich in dieser Sache schon im Frühjahr 1907 vor einer Basler Parteiversammlung verantworten müssen und war dabei vor allem von Wullschleger unterstützt worden. Eine zweite Versammlung hatte schliesslich nach turbulentem Verlauf beschlossen, auf disziplinarische Massnahmen zu verzichten.⁴⁸⁾ Jetzt setzten es seine Gegner mit knappem Mehr bei zahlreichen Enthaltungen durch, dass seine Kandidatur abgelehnt wurde. Ein Brief der schweizerischen Parteileitung, der auf die hervorragenden Dienste hinwies, die Brüstlein der Fraktion erwiesen habe, und den Basler Genossen die tragische Situation vor Augen führte, in der sich der Betroffene befand, blieb ohne Wirkung.⁴⁹⁾ Die politische Karriere Brüstleins war beendet. An seiner Stelle wurde einstimmig der Genossenschaftspolitiker Jaeggi zusammen mit dem nun schon zum drittenmal einen Wahlkampf wagenden Johann Frei portiert.

Auch diesmal traten die Parteien allein in den Kampf, nur die Konservativen und die FBP hatten Absprachen getroffen. Die «Basler Nachrichten» bestätigten, dass die Stimmenzahl Frei, der auf keinerlei Unterstützung rechnen dürfe, den Massstab für die Stärke der Sozialdemokratie abgeben werde.

Im ersten Wahlgang erreichte erneut kein Kandidat das absolute Mehr, die beiden sozialdemokratischen Kandidaten standen aber deutlich an der Spitze. Jaeggi erreichte über 5600, Frei über 5000 Stimmen – 1000 mehr als bei den Wahlen des Jahres 1908. Für den zweiten Wahlgang erstrebten Freisinnige eine gemeinsame freisinnig-konservativ-sozialdemokratische Verständigung, doch kam sie nicht zustande. Die meisten Kandidaten erhielten von einer der drei kleineren Parteien Unterstützung, die Sozialdemokraten von den Katholiken und Demokraten. Gewählt wurden die beiden Vertreter der SP, die ihre Mitbewerber deutlich hinter sich liessen, die drei Freisinnigen und zwei Konservative. In zehn Wahllokalen standen die Sozialdemokraten an der Spitze, in Kleinbasel zum Teil mit erdrückenden Mehrheiten. Wie die Dinge lagen, wäre wohl auch ein dritter sozialdemokratischer Kandidat gewählt wor-

den; der Tag, an dem die Sozialdemokratie über die Mehrheit der Wähler verfügen würde, schien nicht mehr fern.⁵⁰⁾

Unter dem Eindruck dieses überwältigenden Erfolges zögerte die SP nicht, ihren Anspruch auf ein drittes Mandat anzumelden, als der eben wiedergewählte freisinnige Nationalrat Mury sein Mandat niederlegte, aus der Freisinnigen Partei austrat und zur Bürgerpartei übertrat. Wullschleger, erneut angefragt, widersetzte sich diesmal einer Kandidatur nicht, war er doch nun in seinem Departement völlig eingearbeitet; zudem war die politische Lage doch weniger zugespitzt als im Kampfbjahr 1905. Dieser Entschluss wurde in der gesamten sozialdemokratischen Presse des Landes mit Genugtuung vermerkt. Dem immer noch angesehensten Vertreter der Basler Sozialdemokratie wagte der Freisinn keinen Gegenkandidaten entgegenzustellen, so dass es Wullschleger 1912 nur noch mit dem Katholiken Dr. Joos zu tun bekam. Am Ausgang der Wahl konnte kein Zweifel bestehen, Wullschleger erreichte die doppelte Stimmenzahl seines Gegners.⁵¹⁾

Bei Kriegsausbruch war die Sozialdemokratie ihrer Stärke gemäss mit drei Mann im Nationalrat vertreten; dabei sollte es bis 1917 bleiben.

Seit 1896 war der Stand Basel-Stadt in der kleinen Kammer in Bern durch den Freisinnigen Dr. Paul Scherrer vertreten. Als dieser 1902 von seiner Partei wieder portiert wurde, erklärte die SP – wie 1899 – Stimmfreigabe. Scherrer wurde bestätigt.⁵²⁾

Bei der Erneuerungswahl des Jahres 1905 glaubte die Sozialdemokratie, während des Höhepunkts des Klassenkampfs nicht mehr Gewehr bei Fuss bleiben zu dürfen, und stellte dem als Exponenten des Klassenkampfs von rechts empfundenen bisherigen Mandatsträger in der Person des Gewerbeinspektors Dr. Hermann Blocher einen Gegenkandidaten entgegen, allerdings ohne sich Illusionen über seine Aussichten hinzugeben. Scherrer wurde wiedergewählt, Blocher errang einen Achtungserfolg.⁵³⁾

1908 verzichtete die SP wieder auf eine eigene Kandidatur, unterstützte aber den Demokraten Dr. Oskar Schär. Dieser unterlag dem erneut portierten Scherrer mit ähnlicher Stimmenzahl wie drei Jahre zuvor Blocher.⁵⁴⁾

Bei den letzten Ständeratswahlen vor dem Krieg, 1911, hielt sich die SP von den Wahlen fern, und Scherrer wurde unbestritten wiedergewählt.⁵⁵⁾

Trotz ihrer Stellung als stärkste Partei hat die Basler Sozialdemokratie in der Vorkriegszeit sich nie ernsthaft um das einzige Ständeratsmandat des Kantons beworben, einmal aus traditioneller Abneigung gegen die ihrer zentralistischen Grundkonzeption widersprechende Ständekammer, zum andern, um ihren Kampf gegen die freisinnige Sesselpolitik nicht unglaublich zu machen. Erst 1925 zog der erste Basler Sozialdemokrat in die kleine Kammer in Bern ein: kein anderer als der Gründer und jahrelange Führer der Partei, Eugen Wullschleger.

B) Abstimmungen

a) Eidgenössische Politik

Auch für die Zeit nach der Jahrhundertwende gilt, was schon für frühere Perioden festzustellen war: Für die Basler Sozialdemokratie stand die eidgenössische gegenüber der kantonalen Politik deutlich im zweiten Glied. Weitaus am stärksten beschäftigte sie die Bewegung für den Nationalratsproporz.

Die ersten Vorschläge der Minderheitsgruppen im vom Freisinn beherrschten Nationalrat wurden bereits bei den Revisionsverhandlungen der siebziger Jahre vorgebracht und dann mehrmals erneuert, drangen aber nicht durch. Ein Neuanlauf im Jahre 1892 versandete, weil sich die verschiedenen Gruppen der Proporzallianz nicht auf einen Initiativtext einigen konnten. Erst durch eine Motion Eugen Wullschlegers im Nationalrat vom 22. April 1898 kam die Bewegung wieder in Fluss. Nachdem der Proporz in der grossen Kammer ein weiteres Mal eine Niederlage erlitten hatte, wurde nun doch endlich der Weg der Volksinitiative beschritten. Am 25. September beschloss ein sozialdemokratisches Aktionskomitee, Unterschriften für zwei verschiedene Begehren zu sammeln. Das eine bezweckte die Einführung des Nationalratsproporzes, das andere die Wahl des Bundesrats durch das Volk. Als Sitz des Aktionskomitees wurde Basel bestimmt, wo sich eine Parteiversammlung schon am 21. September für die sogenannte Doppelinitiative ausgesprochen hatte.¹⁾ Die Initiative wurde, jedes Begehren mit rund 64 000 Unterschriften versehen, im Juli 1899 eingereicht. Sowohl die schweizerische wie die Basler Partei entfalteten seit dem Frühherbst eine äusserst intensive Agitation. So fanden in Basel über das Wochenende vom 13./14. Oktober 1900 nicht weniger als vier öffentliche Versammlungen mit den besten Männern der schweizerischen und der lokalen Partei statt, was nicht zuletzt darin begründet war, dass man zwei Fliegen auf einen Schlag zu treffen hoffte, war doch die eidgenössische mit der kantonalen Abstimmung über den Grossratsproporz gekoppelt. Die andern Minderheitsparteien beteiligten sich aber nur schwach an dieser Aktion, da sie mit dem Postulat der Volkswahl des Bundesrats nicht einig gingen. Die Proporzgegner siegten am 4. November 1900 bei einer für eine so wichtige Abstimmung mässigen Beteiligung von knapp 59% (Basel 53%). In der Eidgenossenschaft wurde der Nationalratsproporz mit 59% zu 41%, in Basel mit rund 55% zu 45% der Stimmen verworfen; von 22 Ständen hatten 10½ zugestimmt. Die Volkswahl des Bundesrats wurde auf eidgenössischem wie auf kantonalem Boden ungefähr mit Zweidrittelsmehr verworfen. Der «Vorwärts» kommentierte die Niederlage mit der Bemerkung, die Furcht vor der Sozialdemokratie habe die reaktionären Elemente aufgerüttelt und zusammengeführt. In Wirklichkeit hatte sich die Verkopplung der beiden Initiativen als ein politischer Fehler erwiesen, der dem Proporzgedanken Einbusse tat.²⁾

Die Proporzidee war aber trotz dieser Niederlage nicht aus der Welt zu schaffen, weil die politischen Verhältnisse, vor allem die Erstarkung der Sozialdemokratie, ihre

Verwirklichung gebieterisch erforderten. Bei einer vornehmlich von Sozialdemokraten und Konservativen beider konfessionellen Lager besuchten Zusammenkunft in Zürich am 21. November 1908 wurde mit grosser Mehrheit beschlossen, zum zweiten Mal eine entsprechende Initiative zu ergreifen, obschon Wullschleger prophezeite, das Schweizervolk werde erst in sechs bis zwölf Jahren dafür reif sein, dann nämlich, wenn der weiterhin im Rückgang begriffene Freisinn ein Interesse daran haben werde. Eine Basler Parteiversammlung, die kurz nach dem Zürcher Treffen stattfand, beschloss, die Initiative zu unterstützen. Wullschleger unterzog sich diszipliniert dem Parteibeschluss.³⁾ Diesmal gelang es, über 140 000 Unterschriften zu sammeln, da nun auch die andern Minderheitsparteien nachdrücklich für das Begehren eintraten. Wieder setzten die SPS und die Basler Partei alle Hebel in Bewegung, um die Wähler für ihr Anliegen zu gewinnen. Es erwies sich jedoch, dass Wullschleger mit seiner Skepsis recht behalten sollte: Bei einer Stimmbeteiligung von 62% wurde der Nationalratsproporz im Oktober 1910 mit 52,5% gegen 47,5% der Stimmen verworfen, obschon diesmal 12 Stände annahmen. Basel, wo die Vorlage auf die Unterstützung der Sozialdemokraten, der Konservativen, der Demokraten und der Katholiken rechnen konnte, hatte im Verhältnis von 57% zu 43% angenommen, nachdem es den Proporz schon fünf Jahre vorher für das kantonale Parlament eingeführt hatte.⁴⁾

Eine neue von der Sozialdemokratie ins Leben gerufene Aktion in der unmittelbaren Vorkriegszeit, die unerwartet günstige Anfangserfolge zeitigte, fand durch den Kriegausbruch ein abruptes Ende.⁵⁾ Erst kurz vor dem Waffenstillstand, im Oktober 1918, wurde das langjährige Postulat der Sozialdemokratie verwirklicht, was dieser erlaubte, erstmals entsprechend ihrer Stärke in die eidgenössische Volkskammer einzuziehen.

Neben dem Nationalratsproporz vermochten nur noch zwei eidgenössische Angelegenheiten in der Basler Sozialdemokratie hohe Wellen zu schlagen: das sogenannte Maulkrattengesetz und die Vorlage über eine neue Militärorganisation.

Das Ergänzungsgesetz zum BG über Bundesstrafrecht vom 4. Februar 1853 sah die Bestrafung von Personen vor, welche im Militär zu einer Dienstverletzung anstiften oder hiezu den Versuch machen sollten. Es stellte – nach Auffassung weiter Kreise des Volkes – eine Art Racheakt der Bundesanwaltschaft sowie des Eidgenössischen Militär- und Justizdepartements gegen einige Zeitungsartikel dar, die an gewissen militärischen Auswüchsen Kritik übten. Tatsächlich bestand zu jener Zeit ein schweres Missbehagen gegen alles Militärische, das bis weit ins bürgerliche, ja ins freisinnige Lager hineinreichte. Nahrung erhielt es durch an sich wenig bedeutsame Vorkommnisse in der Militärverwaltung, mehr aber noch durch die Nachahmung preussisch-deutschen Militärbetriebs, den vor allem die Westschweizer ablehnten. Dazu kam wohl, dass die sich von Jahr zu Jahr deutlicher abzeichnende Militarisierung der europäischen Grossmächte im Schweizer Volk eine Art Trotzreaktion auslöste. Sowohl die SPS wie die Basler Partei unterstützten das Referendum gegen das von der Bun-

desversammlung beschlossene Gesetz. Sie warfen den Initianten vor, sie wollten sich damit ein Alibi schaffen, um gegen die nicht hoffähige Presse vorgehen zu können. Im Sinne des «*principiis obsta*» gelte es, den Anfängen polizeistaatlicher Willkür zu wehren. Im Oktober 1903 wurde das «Maulkrattengesetz» in der Eidgenossenschaft äusserst wuchtig, in Basel, wo nur die SP und die Katholiken die Verwerfungsparole herausgegeben hatten, ganz knapp verworfen. Der «Vorwärts» triumphierte: Das Schweizer Volk sei den Auswüchsen des Militarismus scharf entgegengetreten, sogar die Bauern hätten dem Gesslerhut ihre Reverenz versagt.⁶⁾

Schon einige Wochen vor der Abstimmung hatte sich die SPS an ihrem Oltener Parteitag mit den Fragen der Landesverteidigung befasst. Einer Minderheit von Antimilitaristen stellten die bedeutendsten Parteiführer ihr grundsätzliches Bekenntnis zur Notwendigkeit einer Armee entgegen. Ein allgemeines Missvergnügen herrschte über die Verwendung von Truppen bei Streiks und über das Anwachsen der Militärausgaben. Eine Initiative, welche vorsah, der obligatorischen Volksabstimmung jedes militärische Budget zu unterstellen, das die Summe von 20 Millionen Franken jährlich überschritt, fand in der eigenen Partei wenig Zustimmung, ein 1904 vom Parteikomitee ausgearbeiteter verwässerter neuer Initiativtext fand nicht beseren Anklang. Eine Basler Parteiversammlung vom 28. März lehnte ihn als im Augenblick inopportun ab, der kurz darauf stattfindende ausserordentliche Parteitag in Luzern liess ihn fallen.⁷⁾

Indessen war die Neuorganisation des Heeres, angeregt durch eine Motion vom Jahre 1897, trotz der schweren Niederlage von 1895 von neuem in Angriff genommen worden. Im Juli 1904 veröffentlichte das Militärdepartement einen Vorentwurf samt ausführlicher Begründung. Eine Basler Parteiversammlung nahm im Hinblick auf den bevorstehenden Zürcher Parteitag dazu Stellung. Wulschleger warnte davor, das Problem der Militäraufgebote bei Streiks in den Vordergrund der parteiinternen Diskussion zu stellen; wichtiger sei es, die soziale Besserstellung der Wehrmänner anzustreben. Nach heftiger Diskussion, in der auch vereinzelt antimilitaristische Stimmen laut wurden, beschloss man, das eine zu tun und das andere nicht zu lassen. Im März 1905 liess die Geschäftsleitung der SPS dem Eidgenössischen Militärdepartement ein Exposé zukommen, das die Stellung der Partei, wie sie vor allem am Zürcher Parteitag vom 20. November 1904 erarbeitet worden war, umschrieb. Kernpunkt war – trotz Wulschlegers Mahnung – der Satz: «Die Militärdienstpflicht kann sich nur erstrecken auf Dienst zur Ausbildung und auf den Dienst zur Verteidigung gegen ausen. Sie darf sich nicht erstrecken auf Dienst zur Niederwerfung von Streiks.» Daneben ging die Eingabe kritisch auf Einzelheiten der Truppen- und Unterrichtsordnung ein und forderte bessere Bundesunterstützung für bedürftige Wehrmänner. Sie stellte einen Sieg der gemässigten Richtung in der Partei dar, so sehr man in bürgerlichen Kreisen an der Hauptforderung Anstoss nahm. Anfang Oktober 1905 gründeten einige radikale Sozialdemokraten, worunter der spätere Basler Arbeitersekretär Grimm, in Luzern die «Antimilitaristische Liga». Obschon sich die Parteileitung und

der Parteitag von ihnen distanzierten, wurde die SPS von weiten Kreisen des Rechtsbürgertums mit dem Makel des Antipatriotismus belegt.

Nach langwierigen Verhandlungen zwischen dem Vorsteher des Militärdepartements und der obersten Heeresführung war ein Entwurf über die neue Militärorganisation zustandegekommen. Er wurde 1906 der Bundesversammlung vorgelegt. In ihr war die sozialdemokratische Vertretung, die sogenannte Kapelle Greulich, bei den Nationalratswahlen von 1905 im Zusammenhang mit dem verschärften Klassenkampf durch bürgerliche Ausschlusspolitik von sieben auf zwei (Scherrer aus St. Gallen und Brüstlein aus Basel) reduziert worden; beide mussten als Exponenten der Parteirechten gelten. So wurde dem Entwurf keine grundsätzliche Opposition gemacht. Brüstlein versuchte, dem die Truppenaufgebote bei Streiks betreffenden Artikel 186 einschränkende Geltung zu verschaffen, drang aber damit nicht durch; gemäss einem Oltener Parteitagsbeschluss vom Februar 1906 hätte er ein unbedingtes Verbot des Truppeneinsatzes bei Streiks fordern müssen. Der St. Galler Parteitag der SPS vom März 1907 begnügte sich mit einem leichten Tadel an die übrig gebliebenen zwei Parlamentarier wegen ihrer vom Parteistandpunkt abweichenden Haltung. Im April 1907 wurde der nur unwesentlich abgeänderte Entwurf von der Bundesversammlung mit erdrückendem Mehr angenommen. Brüstlein stimmte zu, Scherrer enthielt sich der Stimme.

Schon drei Wochen vor der Schlussabstimmung hatte der St. Galler Parteitag der SPS beschlossen, das Referendum zu ergreifen. Es kam mit hoher Unterschriftenzahl zustande. In der Abstimmungskampagne stand die Sozialdemokratie als Gegner des Gesetzes isoliert da, zudem litt sie unter Referentenmangel, da die auf dem rechten Flügel der Partei stehenden Führer sich nicht einspannen lassen wollten. Im Vergleich zu den Befürwortern eröffnete die Basler Sozialdemokratie den Kampf erst spät und mit relativ geringem Aufwand, zuerst durch Artikel im Parteiblatt – wobei sie Aussenstehende wie Pfarrer Ragaz und Psychiater August Forel zum Wort kommen liess –, dann durch ein Referat von Arbeitersekretär Grimm. In der einzigen grösseren Veranstaltung, einer Volksversammlung in der Burgvogtei, brachte der Winterthurer Stadtrat Walter noch einmal alle Gegenargumente vor, welche bisher in Parteikreisen geäussert worden waren. In den letzten Tagen vor der Abstimmung nahm der Kampf rabiate Formen an: Sozialdemokratische Abstimmungsplakate wurden heruntergerissen oder entstellt, während die Sozialdemokraten bürgerliche Agitationsversammlungen stürmten und majorisierten, da man sie bei früheren Kundgebungen nicht hatte zum Wort kommen lassen.

Am 3. November 1907 hiess das Schweizervolk die neue Militärorganisation bei einer Stimmbeteiligung von 74% mit 55% bejahenden Stimmen und 12½ Ständestimmen gut. In Basel nahmen über 81% der Stimmberechtigten an der Volksbefragung teil, 69% davon sprachen sich für das neue Gesetz aus. Der «Vorwärts» triumphierte über das Resultat wie über einen Sieg, nicht zuletzt weil die als Musterpatrioten geltenden Innerschweizer abgelehnt hatten. Die Agitationsslogans aufnehmend, mit

denen die Sozialdemokraten von den Befürwortern des Gesetzes bedacht worden waren, stellte der Kommentator des Abstimmungsergebnisses fest: «Die Schweiz zählt also über eine Viertelmillion Antimilitaristen und Vaterlandslose.» Wie in Deutschland sollte in den nächsten Jahren das von Ragaz, einem Befürworter der Vorlage, angeprangerte Wort von den vaterlandslosen Gesellen der Sozialdemokratie sehr gelegen kommen. Sie wurde damit in eine Art Gettostellung manövriert. Umso bedeutungsvoller musste der politisch organisierten Arbeiterschaft die Partei als neue Heimat sein. Dass der Vorwurf des Antimilitarismus demagogisch und unberechtigt war, bewies die sozialdemokratische Arbeiterschaft 1914. Über die damals häufigen Auswüchse eines am preussischen Muster geschulten Militarismus dürfte die Gegenwart gerechter urteilen als die Mehrzahl der bürgerlichen Parteien und Zeitungen der Zeit nach der Jahrhundertwende.⁸⁾

Im Kampf gegen das Zolltarifgesetz, das 1903 in Basel verworfen, in der Eidgenossenschaft aber angenommen wurde, liess sich die Basler Sozialdemokratie als Konsumentenpartei vor den Wagen der Genossenschaftsbewegung spannen, wie an anderer Stelle zu zeigen war.

1890 hatten Volk und Stände einen Verfassungsartikel angenommen, der grundsätzlich die Einrichtung einer Kranken- und Unfallversicherung durch den Bund vorsah. Nach mühsamen, jahrelangen Verhandlungen, in welchen ein Kompromissprojekt Nationalrat Forrers von den Bauern und Kleingewerblern als zu arbeiterfreundlich, von der Sozialdemokratie und vom Schweizerischen Arbeiterbund als zu wenig staatssozialistisch angegriffen wurde, kam die «Lex Forrer» am 20. Mai 1900 vors Volk.

In der organisierten Arbeiterschaft war man über den Gesetzesentwurf nicht recht glücklich, da er ihren Begehren nur teilweise entgegenkam. Trotzdem entschloss sich eine Basler Vertrauensmännerversammlung im Januar 1900 einstimmig zur Unterstützung der Vorlage. Je stärker von Bauern- und Kleingewerbekreisen gegen das Gesetz und gleichzeitig gegen die Sozialdemokratie Stimmung gemacht wurde, desto mehr solidarisierte sich die SP gegen aussen damit; die Kritik wurde parteiinternen Diskussionen vorbehalten. In der Parteileitung scheint man mit der Verwerfung gerechnet zu haben, war dann aber vom wuchtigen Nein (in der Schweiz stimmten nur 30%, in Basel immerhin 40% für die Vorlage) doch überrascht. Wullschleger sah im Ergebnis eine Folge des ausbrechenden Klassenkampfes von rechts, der die Sozialdemokratie zwingen werde, ebenfalls eine schärfere Tonart anzuschlagen. Dass das Bläsiquartier deutlich verworfen hatte, war allerdings Beweis dafür, dass sich die Gegner des Gesetzes nicht nur aus dem Bürgertum rekrutiert hatten.⁹⁾

Die Verwerfung von 1900 hiess nicht Absage für immer. Die Sozialversicherung war ein Gebot der Zeit, umstritten war nur die Form. 1904 wurde beschlossen, einen neuen Gesetzesentwurf auszuarbeiten. Der Finanzierung wurde mehr Aufmerksamkeit geschenkt als beim ersten, dem Vorwurf eines zu weitgehenden Etatismus wich man geschickt aus. Strikte schied man zwischen Unfall- und Krankenversicherung.

Jene wurde für Arbeiter, Post- und Eisenbahnangestellte obligatorisch erklärt, bei dieser beschränkte sich der Bund auf die Subventionierung bestehender Kassen, was deren früherer Gegnerschaft den Wind aus den Segeln nahm.

In Basel sprachen sich alle Parteien ausser den Konservativen für das Gesetz aus; diese gaben die Stimme frei. Unter den lokalen Zeitungen bekämpften die «Basler Nachrichten» die Vorlage, doch nahmen ausser dem «Vorwärts» alle auch Inserate der Gegner auf, die – wie die zahlreich zirkulierenden Flugschriften – oft stark demagogische Züge trugen. Am 4. Februar 1912 wurde das Gesetz auf eidgenössischem Boden knapp, in Basel mit grossem Mehr angenommen. In den Wahllokalen des Horburgquartiers standen 1700 Ja knapp 300 Nein gegenüber; ein Beweis dafür, dass diesmal die Arbeiter hinter der Parteiparole standen. Der staatlichen Sozialversicherung war damit auch in der Schweiz eine Bresche geschlagen.¹⁰⁾

Sämtliche übrigen eidgenössischen Abstimmungen begegneten in der Basler Sozialdemokratie nur geringem Interesse.

Im Oktober 1903 kamen zusammen mit dem sogenannten Maulkrattengesetz zwei weitere Vorlagen zur Abstimmung. Der Vorschlag, die Nationalratswahlen nicht mehr aufgrund der gesamten, sondern nur der Schweizerbevölkerung durchzuführen, musste in den grossen, sehr stark von Ausländern durchsetzten Städten Zürich, Basel und Genf von Anfang an auf scharfen Widerspruch stossen, hätte er sie doch eines beträchtlichen Teils ihrer Nationalratsmandate beraubt. Die Sozialdemokratie wäre davon besonders betroffen worden. Das Gesetz wurde eidgenössisch mit Dreiviertels-, in Basel mit Neunzehntelmehrheit verworfen. Die Revision des sogenannten Zweiliterartikels bezeichnete die Sozialdemokratie als Beutezug auf die Taschen der untern Volksschichten, den angeblich alkoholgegnnerischen Einschlag als blossen Vorwand. Auch dieses Gesetz wurde deutlich verworfen.¹¹⁾

Bei der Abstimmung über das Lebensmittelgesetz vom Juni 1906 trug die SP zu der wuchtigen Verwerfung der Vorlage in Basel bei, doch setzte sich diese auf eidgenössischem Boden durch.¹²⁾

In Übereinstimmung befand sich die SP mit dem Schweizer und Basler Volk bei sämtlichen eidgenössischen Abstimmungen des Jahres 1908: Sowohl der zweite Entwurf des Gewerbegesetzes wie das Absinthverbot und der Wasserrechtsartikel wurden deutlich angenommen.¹³⁾ Dasselbe gilt für das Gesetz über die Epidemienbekämpfung vom Jahr 1913.¹⁴⁾

Im grossen ganzen hielt sich die Basler Sozialdemokratie an die Leitlinie, die ihr Führer Wullschleger 1901 in einem Aufsatz über «Die nächsten Ziele der schweizerischen Arbeiterpolitik» aufstellte. Er vertrat darin die Überzeugung, die Sozialdemokratie dürfe nicht alles von der staatlichen Gesetzgebung und Verwaltung erwarten – wobei er sowohl den Bund wie die Kantone und Gemeinden meinte – sondern müsse auch der gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Tätigkeit ihre Aufmerksamkeit schenken. Bezüglich des Problems Zentralismus – Föderalismus müsse sich die Arbeiterschaft vor jeder Schablone hüten. Ein bürokratischer Zentralismus

sei in den Auswirkungen ebenso bedenklich wie ein verknöchelter Föderalismus. Zentralisation in den grossen Fragen der Gesetzgebung, Dezentralisation in der Verwaltung, lokale Selbstverwaltung des Volkes – so werde die Parole lauten müssen. Die nächstliegenden praktischen Aufgaben seien vor allem sozialpolitischer Natur; daneben gelte es, an der Vereinheitlichung des Zivil- und Strafrechts mitzuarbeiten, die Arbeiterinteressen beim neuen Zolltarif zu vertreten und die Arbeitslosigkeit systematisch zu bekämpfen.¹⁵⁾

b) Kantonale Politik

Politisches im engern Sinn

Unter den politischen Fragen im engern Sinn standen für die Basler Sozialdemokratie nach 1900 zwei die Wahlgesetzgebung betreffende im Vordergrund: die Verhältniswahl und die obligatorische Stimmabgabe.

Im November 1900 war der Grossratsproporz vom Volk noch einmal abgelehnt worden, wenn auch wesentlich knapper als 1890. Das wachsende Selbstbewusstsein der Sozialdemokratie vertrug sich immer weniger mit den durch das Majorzsystem notwendigen Wahlabsprechungen mit dem Freisinn. So entschloss sich die Partei im Sommer 1904, eine neue Proporzinitiative in die Wege zu leiten und mit den andern Minderheitsparteien Verbindung aufzunehmen. Die Besprechungen verliefen erfolgreich, und auch die Unterschriftensammlung zeitigte ein höchst erfreuliches Ergebnis: Statt der notwendigen 1000 unterzeichneten fast 5000 Bürger den Initiativtext, eine Zahl, die bis Kriegsausbruch nie mehr erreicht wurde. Der Gesetzesentwurf war im wesentlichen mit jenem identisch, der vom Volk 1900 abgelehnt worden war, nur wurde diesmal die Kumulation beschränkt. Mit knappem Mehr erklärte der Grosse Rat die Initiative im November erheblich. In der Sitzung vom 26. Januar 1905 stimmte er ihr in offener Schlussabstimmung mit 50 zu 43 Stimmen zu, nachdem Wulschleger noch einmal geltend gemacht hatte, das neue Wahlsystem werde die bei grossen Wählerschichten unpopulären Wahlallianzen unnötig machen. Nach einem von beiden Seiten mit beträchtlichem Aufwand betriebenen Abstimmungskampf, bei dem die SP ihre erste Parteigarnitur lückenlos einspannte, wurde die Initiative am 25./26. Februar 1905 bei relativ mässiger Stimmbeteiligung mit dem Zufallsmehr von zehn Stimmen angenommen. Da die Initianten durchgesetzt hatten, dass das neue Abstimmungssystem bereits auf die Wahlen des Abstimmungsjahrs in Kraft treten sollte, sah man deren Ergebnis mit grösster Spannung entgegen. Der Ausgang erwies, dass der Proporz nur zwei der drei Parteien begünstigte, die ihn seit Jahren gefordert hatten: die Sozialdemokraten und die Katholiken. Der Freisinn, der sich bis zum Schluss dagegen gewehrt hatte, war der grosse Verlierer, doch büssten auch die Konservativen Mandate ein.¹⁶⁾

Dass die SP ihr altes Postulat des Stimmzwangs durch Parteiversammlungs-Beschluss im Februar 1903 wieder aufnahm, nachdem es sich als unpopulär erwiesen

und schon mehrmals Schiffbruch erlitten hatte, lag einmal daran, dass in den letzten Jahren die Beteiligung an Wahlen und Abstimmungen deutlich zurückgegangen war, zum andern hoffte die Sozialdemokratie, über mehr Wähler- und Stimmenreserven zu verfügen als andere Parteien. Das Begehren kam mit 1674 Unterschriften zustande und wurde noch im Frühjahr 1903 vom Grossen Rat erheblich erklärt. Vom Freisinn und der geschlossenen sozialdemokratischen Fraktion unterstützt, wurde die Initiative, die obligatorische Teilnahme an allen Wahlen und Abstimmungen vorsah, am 14. April 1904 vom Grossen Rat mit grossem Mehr gutgeheissen, vom Volk aber am 8. Mai desselben Jahres bei erneut mässiger Stimmbeteiligung mit 59% zu 41% der Stimmen verworfen. Die zustimmenden Mehrheiten in den Arbeiter-Wahllokalen bewiesen, dass die Parteileitung im wesentlichen Gefolgschaft gefunden hatte.¹⁷⁾

Als 1911 von anderer Seite eine erneute Stimmzwang-Initiative eingeleitet wurde, waren Partei und Fraktion in ihrer Stellungnahme gespalten. Man warf dem Initiativtext vor, er nehme gerade jene Wahlen aus, bei denen die SP durch ein Obligatorium am meisten zu gewinnen gehabt hätte, jene der Richter. Zudem hatten die Grossratswahlen von 1908 und 1911 bewiesen, dass die Partei auch ohne Stimmzwang auf dem Wege zum absoluten Mehr war. So beschloss eine Parteiversammlung Stimmenthaltung, obschon man grundsätzlich am Postulat des Stimm- und Wahlzwangs festhielt. In der Abstimmung vom 18. Juni 1911, die mit einer Beteiligung von 40% noch einmal das Hauptargument der Befürworter bestätigte, unterlag die Initiative knapp.¹⁸⁾

Trotz dem Angebot des Freisinns, der SP einen zweiten Sitz in der kantonalen Exekutive zu überlassen, beschloss die Fraktion im Februar 1910, im Grossen Rat einen Vorstoss für den Regierungsrats-Proporz zu unternehmen, wohl deshalb, weil sie ihre verstärkte Position nicht dem Freisinn zu verdanken haben wollte. Mit dem Zufallsmehr von 49 zu 47 Stimmen nahm der Rat am 24. Februar den Anzug Frei an, wobei die Katholiken geschlossen dafür stimmten. Bei der entscheidenden Grossrats-sitzung vom 26. Januar 1911 drohten die Vertreter der beiden befürwortenden Parteien – in der Überzeugung, die Zeit arbeite für sie –, wenn der Majorz beibehalten werde, so könnte der Augenblick eintreten, wo die Sozialdemokraten und die Katholiken als Grossratsmehrheit die Regierung allein stellen würden. Das Argument verfiel nicht: Mit 57 zu 53 Stimmen setzten die historischen Parteien die Beibehaltung des Majorzes für die Regierungsratswahlen durch.¹⁹⁾

In eine schiefe Lage geriet die sozialdemokratische Fraktion, als im Mai 1913 die Bürgerpartei das von ihr in früheren Jahren vertretene Postulat nach Verkleinerung des Grossen Rats aufnahm. Es stellte sich die einmalige Situation ein, dass die Linke und die extreme Rechte zusammen einer geschlossenen Front der übrigen Parteien gegenüberstanden. Der bürgerparteiliche Anzug wurde nach lauer Befürwortung durch die sozialdemokratischen Vertreter abgelehnt. Wäre das Postulat durchgedrungen, so hätte die SP als grösste Partei mit beträchtlichen Rekrutierungsschwierigkeiten immerhin am wenigsten zu verlieren gehabt.²⁰⁾

Der wohl bedeutungsvollste politische Vorstoss der Sozialdemokratie wurde durch den Ausbruch des Ersten Weltkriegs unterbrochen. Eine das Frauenstimmrecht fordernde Eingabe der beiden Arbeiterinnenvereine vom Januar 1909 war zunächst in der Schublade der Fraktion liegen geblieben. Zwar setzte sich der «Vorwärts» seit der Jahrhundertwende immer wieder für das Postulat ein, in der Fraktion war es aber bisher bei der Fürsprache Gutsmanns für eine Frau als Vorsteherin der Frauenarbeitschule und deren finanzielle Gleichstellung mit einem männlichen Vorsteher geblieben. Die Initiative zu einem parlamentarischen Vorstoss ging von einem einzelnen, Dr. Welti, aus. Die Fraktion bedeutete ihm jedoch, mit der geplanten Frauenstimmrechts-Motion bis zum Ende der kantonalen Wahlen zuzuwarten. Dies geschah denn auch: Der Anzug wurde in der Grossratssitzung vom 19. Mai 1914 eingereicht und sah das Frauenstimm- und Wahlrecht durch Verfassungsänderung vor. Im Dezember desselben Jahres zog dann aber Welti seinen Anzug «der ausserordentlichen Umstände wegen» zurück. Es sollte noch über 50 Jahre dauern, bis das alte, von der Parteiführung aber mit wenig Nachdruck verfochtene sozialdemokratische Postulat sich verwirklichen liess.²¹⁾

Weitgehend als ihren Erfolg buchte die sozialdemokratische Fraktion das neue Bürgerrechtsgesetz des Jahres 1902, das auf einen Anzug Wullschleger und Konsorten von 1898 zurückging, nachdem der Grosse Rat einem entsprechenden Vorstoss Arnolds vom Jahre 1895 die Gefolgschaft versagt hatte. Es erleichterte im Sinne des Anzugstellers die Verleihung des Bürgerrechts und trug dazu bei, das Missverhältnis zwischen Kantonsbürgern auf der einen, Niedergelassenen und Ausländern auf der andern Seite bis 1914 wesentlich zu mildern.²²⁾

Die Trennung von Kirche und Staat

Es ist hier nicht der Ort, dieses Problem, das die kirchlich interessierte Bürgerschaft Basels während vier Jahren in Atem gehalten hat, ausführlich darzulegen, ist das doch von Paul Burckhardt in seiner Stadtgeschichte in meisterhafter Weise getan worden. Wir beschränken uns darauf, den Anteil der Sozialdemokratie an der Lösung der Frage nachzuweisen.

Die vollständige Trennung von Kirche und Staat war ein altes Postulat der internationalen Sozialdemokratie. So hatte die SPD in ihrem Erfurter Programm von 1891 unter Punkt 6 festgehalten: «Erklärung der Religion zur Privatsache. Abschaffung aller Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln zu kirchlichen und religiösen Zwecken. Die kirchlichen und religiösen Gemeinschaften sind als private Vereinigungen zu betrachten, welche ihre Angelegenheiten vollständig selbständig ordnen.» Auf diesem Boden stand in der Vorkriegszeit die Mehrzahl der führenden Basler Sozialdemokraten und wohl auch des Parteivolks; der Satz «Religion ist Privatsache» galt geradezu als Axiom. Allerdings war es Wassilieff mit seinen auf dem materialistischen Weltbild beruhenden Referaten gelungen, einen beträchtlichen Teil der jüngern Genossen für

den Atheismus zu gewinnen, doch wurde diese Weltanschauung in der Partei nur als eine unter vielen andern Möglichkeiten gelten gelassen, und der Grundsatz der religiösen Toleranz blieb unangetastet. Für die meisten Sozialdemokraten traf zu, was Paul Burckhardt für einen grossen Teil des Basler Volks festhält: Die Fragen der Wirtschaft lagen ihnen näher als jene der Weltanschauung, die religiöse Indifferenz stellte die Grundhaltung dar. Von einer erneuten Kulturkampfstimmung konnte auch in der Basler Sozialdemokratie nicht die Rede sein. Wenn eine latente Kirchenfeindschaft vorhanden war, so richtete sich diese vorwiegend gegen die katholische Kirche, der nicht wenige Sozialdemokraten des ersten Gliedes (so Arnold, Frei und Dr. Knörr) entstammten. Von Frei wissen wir, dass der hässliche Kampf zwischen Römisch- und Altkatholiken im Fricktal ihn in seinen Jünglingsjahren derart angewidert hatte, dass er der Kirche gänzlich den Rücken kehrte.²³⁾ Es ist zu vermuten, dass die konfessionellen Auswüchse der Kulturkampfzeit auch bei andern dieselbe Folge zeitigten.

Im Zusammenhang mit den sich seit 1903 immer wieder folgenden Gesuchen der römisch-katholischen Gemeinde um Subventionierung durch den Staat war das Problem der Trennung von Kirche und Staat erstmals in der Rechnungskommission des Grossen Rats aufgetaucht, doch verzichtete diese darauf, einen entsprechenden Antrag zu stellen. Es entbehrte nun nicht der Pikanterie, dass sich der sozialdemokratische Vertreter in dieser Kommission, Dr. Knörr, entschloss, aus eigener Initiative einen Vorstoss zu unternehmen. Als Katholik setzte er sich dem Verdacht aus, sich mit seinen Glaubensgenossen ins Einvernehmen gesetzt zu haben, obschon er mit dem politischen Katholizismus radikal gebrochen hatte. Dieser Vorwurf blieb ihm sogar von einem Parteigenossen – Stadelmann – nicht erspart; auch Regierungsrat Karl Ch. Burckhardt bemerkte in der Grossratsdebatte vom 11. Oktober 1906 mit feiner Ironie, Knörr habe zwei Seelen in seiner Brust; diesmal sei die katholische deutlicher geworden als die sozialistische. Die Quellen versagen uns, die tiefsten Motive Knörres ans Licht zu ziehen; so müssen wir uns an die Begründungen halten, die er in der Fraktion und im Grossen Rat vorgebracht hat.

Der damals im Grossen Rat wegen seines Muts, seiner juristischen Fachkenntnisse und seiner Beredsamkeit in hohem Ansehen stehende Parteiadvokat brachte sein Anliegen erstmals in der Fraktionssitzung vom 19. Februar 1906 vor. Es wurde beschlossen, die Frage zunächst in den Quartiervereinen und dann an einer Parteiversammlung zu besprechen.²⁴⁾ Am 12. März referierte Knörr in der Fraktionssitzung ausführlich über die Gründe seines Vorgehens. Das Begehren der römisch-katholischen Kirche bilde einen günstigen Anlass, das alte sozialdemokratische Postulat aufzunehmen. Die Trennung von Kirche und Staat sei nicht nur eine Forderung der Sozialdemokratie, sondern eine unmittelbare Folge der Religionsartikel der geltenden Bundesverfassung. Es folgte eine Diskussion von Niveau, die fast allgemeine Zustimmung ergab. Wullschleger warnte davor, dem geplanten Anzug kulturkämpferischen Ausdruck zu geben; entsprechende Töne waren allerdings in der Debatte kaum zur

Geltung gekommen. Der historischen Stunde bewusst, einigte man sich darauf, Knörr solle den Anzug in Zusammenarbeit mit dem sozialdemokratischen Regierungsrat formulieren. Am 19. März lag der formulierte Antrag der Fraktionsversammlung bereits vor. Er wurde einstimmig gutgeheissen, unterschrieben und drei Tage später dem Grossen Rat eingereicht.

Am 11. Oktober desselben Jahres kam er dort zur Sprache. In einem grossen Votum führte der Antragsteller aus, die Frage der Trennung von Kirche und Staat sei im Anschluss an die entsprechende französische Bewegung seit einiger Zeit innerhalb der Sozialdemokratie diskutiert worden. Die jüngeren Elemente der Partei hätten zu einem Vorstoss gedrängt, die älteren zurückgehalten, da der Augenblick dafür noch nicht gekommen sei und wichtige wirtschaftliche Fragen zur Entscheidung drängten. Im übrigen handle es sich um einen Akt der Gerechtigkeit gegenüber den Katholiken, der in der Konsequenz der neuzeitlichen Entwicklung liege, wie schon Jakob Burckhardt in seinen «Weltgeschichtlichen Betrachtungen» (im Kapitel «Der Staat in seiner Bedingtheit durch die Religionen») nachgewiesen habe. In der Fortsetzung der Debatte kam es am 25. Oktober zu einem überraschenden Zwischenspiel, behauptete doch Stadelmann, der als Altkatholik fürchtete, die Trennung könne seiner Kirche das Grab schaufeln, die Partei sei nie um ihre Meinung gefragt worden; in der Sozialdemokratie sei die Mehrheit nicht für die Trennung, da sie die Ansicht vertrete, zur Erziehung sei die Religion unentbehrlich. Vor versammeltem Grossen Rat wurde der Abtrünnige von seinem Parteigenossen Frei feierlich in Acht und Bann getan, war er doch wegen Krankheit seit längerer Zeit allen Parteiveranstaltungen ferngeblieben. «Es rauschte konzilshaft durch den Saal, als das Anathema ausgesprochen wurde», spotteten die «Basler Nachrichten». Durch ein unglückliches Votum Gutschmids mit Sticheleien gegen Katholiken und Juden kam die «schärfere sozialistische Tonart» doch noch zum Ausdruck, auf die der katholische Führer Dr. Feigenwinter in einem Votum an einer früheren Sitzung angespielt hatte. In der Schlussitzung ergriff von den Sozialdemokraten vor allem Dr. Blocher das Wort. In einem hochstehenden Votum beschäftigte er sich ganz allgemein mit der Lage der Kirche in der Gegenwart. Die Industrialisierung habe wachsende religiöse Indifferenz zur Folge, die jetzt – gerade in Basel – noch sehr gemässigte Sozialdemokratie werde sich im Verlauf des Klassenkampfes und unter dem Eindruck des bevorstehenden Zusammenbruchs des Russischen Reichs und der daraus entstehenden internationalen Komplikationen radikalalisieren, eine sozialdemokratische Mehrheit in Basel liege nicht in weiter Ferne. Die in beschwörendem Tone – unter grosser Unruhe der Zuhörerschaft – gehaltene Rede gipfelte im Ausruf: «Willigen Sie heute in die Trennung, dann können Sie noch mitbestimmen, denn über kurz oder lang wird eines Tages die Sozialdemokratie in Basel herrschen.» Ähnlich, wenn auch zurückhaltender, hatte auch Regierungsrat Karl Ch. Burckhardt argumentiert. Schliesslich wurde der Antrag Knörr in erweiterter Form angenommen: Die Regierung sollte das Verhältnis der Kirchen zum Staat prüfen, doch nicht nur vom Standpunkt der völligen Trennung aus.

Im Januar 1909 nahm der Grosse Rat einstimmig die im wesentlichen von Karl Christoph Burckhardt geschaffene Kirchenvorlage an. Knörr machte einige Punkte geltend, bei denen die konsequente sozialdemokratische Konzeption verletzt worden war, versagte aber dem auf dem Boden der historischen Entwicklung stehenden Regierungsprojekt und dessen Spiritus rector seine Anerkennung nicht. Als infolge gesteigerter Begehren der Katholiken im Januar 1910 die Frage noch einmal vor den Grossen Rat kam, fasste Blocher weit ausholend nochmals die Stellungnahme der Sozialdemokratie zusammen. Die Forderung nach Trennung von Kirche und Staat sei nicht ein spezifisches Postulat der Sozialdemokratie, sondern das Ergebnis der grossen geistigen Bewegung von der Renaissance bis zur Gegenwart, die zur Säkularisierung und Privatisierung des Denkens geführt habe. Seine Partei begrüsse die Vorlage der Regierung, obschon sie nicht die völlige Trennung bringe, weil sie einen Schritt auf dem Wege dazu bedeute. Sie lehne den katholischen Vorschlag, die katholische Kirche ebenfalls zur öffentlich-rechtlichen Institution zu machen, ab; die gegenwärtige Stellung dieser Kirche als reine Privatgesellschaft entspreche ja gerade dem, was die SP für alle kirchlichen Gemeinden anstrebe. Das Endziel der Sozialdemokratie sei die Gleichstellung sämtlicher Religionsgemeinschaften auf dem Boden des Privatrechts. Einem katholischen Vorschlag nach völliger Trennung hielt Blocher in der Diskussion – im Namen der Fraktion – entgegen, sie würde im gegenwärtigen Augenblick mit Sicherheit vom Volke verworfen; es sei in niemandes Interesse, wenn alles beim alten bleibe.

In der von der Regierung angeordneten Abstimmung vom 6. März 1910 wurde die Vorlage bei bedenklich geringer Beteiligung mit erdrückendem Mehr angenommen. Der «Vorwärts»-Kommentar stellte – zu Recht – fest, dass das Ergebnis das persönliche Verdienst des Vorstehers des Justizdepartements, Regierungsrat Karl Ch. Burckhardt, und der zielbewussten und geschickten Politik der sozialdemokratischen Grossratsfraktion darstelle. Die beiden hervorragendsten Intellektuellen in der Partei hatten bewiesen, dass die Sozialdemokratie auch in weltanschaulichen Fragen ein gewichtiges Wort zu sprechen habe. Blocher dürfte seinen ihm vom Freisinn angebotenen Regierungsratssitz und die Hochachtung, die ihm seine konservativen Kollegen in der Exekutive entgegenbrachten, nicht zuletzt seinem letzten grossen Votum zu verdanken gehabt haben. Knörr, der 1912 als Vierzigjähriger starb, hat noch die Verwirklichung seines wichtigsten Postulats erlebt.²⁵⁾

Kulturelles

Die wirtschaftlichen und politischen Fragen absorbierten die Sozialdemokratie im Zeitalter des schärfsten Klassenkampfs dermassen, dass für kulturelle Probleme weder Zeit noch Interesse übrig blieb. Die Arbeiterschaft nahm nur wenig am kulturellen Leben der Stadt teil, das noch den guten Sonntagsrock voraussetzte, sondern schuf sich in ihren eigenen Veranstaltungen eine Art von Subkultur.

Einen Einblick in die Auffassung der massgeblichen Parteiführer gewähren die Diskussionen über das Theater vom Jahr 1906 im Zusammenhang mit dem Stadttheaterneubau und den Debatten über die Höhe der Theatersubvention.

Während Knörr – wie der Freisinn – für die Verstaatlichung des Theaters eintrat, forderte Wullschleger, der Staat solle zuerst seine sozialpolitischen Aufgaben erfüllen, bevor er Steuergelder für kulturelle Aufgaben ausbe. Jaeggi trat für eine erhöhte Subvention mit dem Argument ein, das Theater sei auch für den Arbeiter wertvoll, Blocher hingegen bezeichnete die Institution – jedenfalls in der damaligen Form – als Schule des schlechten Geschmacks, in welcher Meinung ihn Gutschmann unterstützte, der sich als Selfmade-man eine vorzügliche literarische Bildung erworben hatte.

Diese negativen Urteile hielten die Parteiversammlung nicht davon ab, der höhere Subvention fordernden Grossratsvorlage zuzustimmen, als dagegen das Referendum ergriffen wurde. Diese wurde im Mai 1906 vom Volk angenommen. Die Arbeiterschaft dürfte nicht wenig zur bedenklichen Stimmbeteiligung von 32% beigetragen haben; bezeichnend war, dass das Horburgquartier die Vorlage verwarf.²⁶⁾

Erst in der Zwischenkriegszeit wurde sich die Sozialdemokratie – unter günstigeren wirtschaftlich-sozialen Voraussetzungen – der Bedeutung des Theaters für die Arbeiterbevölkerung und für ihre eigenen Anliegen bewusst.

Erziehungswesen

Die Förderung des Erziehungswesens im Sinne der Demokratisierung sämtlicher Schulanstalten gehörte schon zu den Postulaten der internationalen Arbeiterbewegung in Basel. In der Sozialdemokratie waren es vornehmlich die Lehrer, die im Grossen Rat immer neue Vorstösse zur Verbesserung des Schulwesens unternahmen. Stand im letzten Jahrzehnt des neunzehnten Jahrhunderts Adam Müller-Ott als Spezialist für Schulfragen fast allein da, so konnte die sozialdemokratische Fraktion in den letzten Jahren vor Kriegsausbruch mit mehreren Fachleuten für diese Probleme rechnen; am meisten Initiative entwickelte dabei der spätere Vorsteher des Erziehungsdepartements, Sekundarlehrer Fritz Hauser.

Grundsätzlich vertrat die SP schon vor dem Krieg die Auffassung, für den Ausbau des Erziehungswesens könne der Staat nicht genug tun. Sie trat deshalb allen Sparten auf diesem Gebiet mit Nachdruck entgegen. Vor allem nahm sie sich der Volks- und der beruflichen Fortbildungsschulen an. Das Interesse für das höhere Mittelschulwesen und die Universität war noch gering, da man diese Bildungsstätten als ausgesprochene Standesschulen empfand. Das wurde deutlich, als kurz nach der Jahrhundertwende die Frage der Errichtung einer Handelshochschule zur Diskussion stand. Eine Parteiversammlung vom Sommer 1903 verweigerte dem betreffenden Gesetzesvorschlag ihre Unterstützung und beschloss Stimmfreigabe. Für diese Stellungnahme wurde vor allem die schlechte Finanzlage des Kantons geltend gemacht; der

wirkliche Beweggrund war aber die Befürchtung, die Institution werde nur den «obern Zehntausend» dienen. Die Arbeiterschaft dürfte mehr zur bedenklichen Stimmbeteiligung als zur wuchtigen Ablehnung des Gesetzes beigetragen haben.²⁷⁾ Ein Antrag von Krebs in der Grossratssitzung vom 11. Februar 1904, nicht nur einheimische, sondern auch ausländische Studentinnen als Hörerinnen an der Universität zuzulassen, wie dies schon seit einiger Zeit in Zürich, Bern und Genf der Fall war, scheiterte an der Befürchtung der Grossratsmehrheit und wohl auch der zuständigen Universitätsinstanzen, die Universität könnte dadurch radikalisiert werden.²⁸⁾ Der Basler Arbeiterbewegung blieb dadurch das radikale weiblich-ausländische Element versagt. Da es sich bei den ausländischen Studentinnen meist um dem zaristischen Regime feindliche Russinnen handelte, hätten sich diese wahrscheinlich dem jugendlichen Wassilieff-Kreis angeschlossen und die ideologischen Auseinandersetzungen in der Partei noch verschärft.

Mehrmals unternahmen Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion Vorstösse zur Revision des Schulgesetzes von 1880. Sie zielten auf die Reform der Lehrerbildung, eine neue Gliederung der Mittelschulen, vor allem aber auf die scharfe Trennung von Schul- und Religionsunterricht. Die letztgenannte Forderung wurde von Hauser im November 1911 im Grossen Rat als logische Folgerung der Trennung von Kirche und Staat erhoben und dann einer Kommission zur Prüfung übergeben. Die SP fand, wenn auch aus völlig andern Motiven, Unterstützung bei den Katholiken. Dem aus freisinnigen Kreisen stammenden Vorschlag, den Religions- durch eine Art Moralunterricht zu ersetzen, diesen aber weiterhin ins Schulprogramm zu integrieren, trat Hauser mit dem zutreffenden Argument entgegen, ein solcher Unterricht müsste völlig unverbindlich und farblos bleiben und liege nicht im Interesse der wirklich Gläubigen. Die vor allem von Hauser vertretene Tendenz, «grundsätzlich die christliche Religion aus dem modernen Kultur- und Sozialstaat in die Ecke des Privatlebens zu drücken» (Paul Burckhardt), sollte erst in der Zwischenkriegszeit eine teilweise Erfüllung finden.²⁹⁾

Scharf trat die Sozialdemokratie unter der Führung Hausers dem Initiativbegehren entgegen, das auf die Erhebung von Schulgeld von auswärts wohnenden Schülern abzielte. Da diese nur 2% der gesamten Basler Schülerschaft ausmachten, sei wenig zu sparen; die Annahme des Vorschlags würde zudem vor allem die kleinen Leute treffen und die von der Partei seit jeher erstrebte Wiedervereinigung erschweren. Die Argumente vermochten zwar die Mehrheit der die Verwerfungsparole herausgebenden Parteiversammlung, nicht aber das Parteivolk zu überzeugen: Ende September 1912 wurde die Initiative vom Basler Volk mit grosser Mehrheit, auch in den Arbeiterquartieren, angenommen. Bei der Ausarbeitung des neuen Gesetzes aufgrund des Volksentscheids, der nach Auffassung der SP mittels demagogischer Argumente zustandegekommen war, machte die sozialdemokratische Fraktion unter Hausers Führung ihre Opposition erneut geltend, konnte aber nicht verhindern, dass sich im Rat dafür eine Mehrheit fand. In der Abstimmung vom 1. Februar 1914 wurde das Gesetz

mit dem Zufallsmehr von sechs Stimmen angenommen. Die materiellen Argumente des Hausbesitzervereins und der Bürgerpartei hatten erneut über die weitsichtigeren der Sozialdemokratie und vereinzelter Bürgerlicher den Sieg davon getragen.³⁰⁾

Während sich in der SP zu Ende des 19. Jahrhunderts noch lehrerfeindliche Tendenzen gezeigt hatten, die nicht zuletzt in der feindlichen Haltung der Lehrerschaft gegenüber der Sozialdemokratie und deren Vorkämpfer Adam Müller-Ott begründet waren, änderten sich die Dinge, als nicht nur der «Vorwärts» seit etwa 1905 ausgesprochen freundliche Töne gegenüber den Basler Lehrern anschlug, sondern die aus dem Lehrerstand hervorgegangenen Grossräte der Partei die Fraktion zur Unterstützung besserer Besoldungen auch für die Lehrerschaft zu gewinnen vermochten. Trotz der Verschärfung des Klassenkampfes war das Bekenntnis zur Sozialdemokratie am Ende des hier behandelten Zeitabschnitts für den Lehrer nicht mehr gleichbedeutend mit der Isolierung innerhalb seines Berufsstandes und mit Anfeindung durch breite Schichten der Elternschaft, wie das um die Jahrhundertwende noch der Fall gewesen war. Aber noch brauchte es Mut für einen politisch engagierten Lehrer, seine sozialdemokratische Gesinnung in der Öffentlichkeit zu vertreten.³¹⁾

Wohnwesen

Bis zur Jahrhundertwende waren die vor allem von Wilhelm Arnold ausgehenden Vorstösse der Sozialdemokratie für ein Wohnungsgesetz erfolglos geblieben. Zwar nahm der Vertrauensmann der Mieterschaft auch in den nächsten Jahren im Grossen Rat jede Möglichkeit wahr, um auf die unbefriedigenden Wohnverhältnisse eines grossen Teils der Bevölkerung aufmerksam zu machen. Zu einer grösseren Aktion kam es aber erst 1907. Da sie vom Genossenschaftspolitiker Jaeggi ausging und schliesslich im Sinne des genossenschaftlichen Wohnungsbaus entschieden wurde, ist das Problem im entsprechenden Kapitel behandelt.

Wirtschaftsgesetz, Baufragen

Bei der Beratung des neuen Wirtschaftsgesetzes in den Jahren 1903/04 stand für die sozialdemokratische Fraktion, als deren Sprecher auch hier vor allem Jaeggi auftrat, die Besserstellung des Wirtschaftspersonals im Vordergrund. Als sie damit nicht durchdrang, gab die Partei die Verwerfungsparole heraus. Nachdem die Partialrevision des Gesetzes vom Volk im September 1904 abgelehnt worden war, reichte Jaeggi im Grossen Rat einen Anzug ein, der dem Anliegen gerecht zu werden versuchte. Der Rat hiess im April 1905 die Abänderung der das Personal betreffenden Paragraphen 29 und 31 gut.³²⁾

Der von den abstinente sozialdemokratischen Grossräten ausgehende Anzug betreffend die Einführung einer Polizeistunde fand in der Fraktion nach einem Gegenreferat des Parteiwirts Türke nicht ungeteilte Zustimmung, so dass Stimmfreigabe beschlossen wurde. Auch im Grossen Rat fand das für jene Zeit noch ungewohnte Begehren keine Mehrheit.³³⁾

Die zahlreichen Baufragen, die auch nach der Jahrhundertwende die Öffentlichkeit beschäftigten, fanden in der Sozialdemokratie bestenfalls in den davon am stärksten betroffenen Quartiervereinen einigen Widerhall. Partei und Fraktion nahmen sich ihrer kaum an, weil sie die Arbeiterschaft nicht unmittelbar betrafen und weil man die Lösung der Wohnungsfrage für vordringlich hielt.

Steuerwesen

Bereits im 19. Jahrhundert hatte Basel ein fortschrittliches, soziales Steuergesetz mit starken Progressionssätzen bei der Vermögenssteuer und einer Ausdehnung der Erbschaftssteuer auf die direkte Linie erhalten. Dass es dem Vorschlag von Finanzdirektor Paul Speiser entsprang, war ein Beweis dafür, dass auch die Konservativen zu einer Entlastung der kleinen Einkommen bereit waren. Noch entsprach aber das Basler Steuerwesen nicht den Anforderungen an die Steuergerechtigkeit, die in sozialdemokratischen Kreisen vorherrschten.

Dreimal unternahmen sozialdemokratische Grossräte Vorstösse im Hinblick auf die Veröffentlichung des Steuerregisters (1904, 1910 und 1912), doch blieben sie damit jeweils in der Minderheit.³⁴⁾

Seit 1905 wurde die sozialdemokratische Steuerpolitik im wesentlichen durch Bernhard Jaeggi bestimmt. Sie ging vom Grundsatz aus, dass der notwendige Ausbau der Sozialpolitik nur durch höhere Steuereinnahmen möglich sei, dass diese aber vornehmlich durch die vermöglichen Schichten zu erbringen seien. Der von der Regierung vorgeschlagenen Massnahme, Zuschläge auf die Steuern zu erheben, setzte die Fraktion zunächst Widerstand entgegen, da sie die Progression verwässere. Später fand man sich damit ab, suchte aber dabei die untern Schichten zu entlasten und die Steuerzuschläge auch auf die Erbschaftssteuer anzuwenden, sowie Gehaltserhöhungen für die Staatsangestellten und -arbeiter durchzusetzen. Vor allem aber war es Jaeggi daran gelegen, den Grundbesitz durch eine die Bodenspekulation eindämmende Wertzuwachssteuer zur Verbesserung der Staatsfinanzen heranzuziehen, zu welchem Zweck er 1905 einen Anzug einreichte. In der darauf folgenden Diskussion bekannte Gutschmann, dass es das Endziel der Sozialdemokratie sei, Grund und Boden in das Eigentum des Staates überzuführen, was einige Unruhe bei den bürgerlichen Vertretern verursachte. Der Anzug ging an eine Kommission. Nachdem der Grosse Rat ein entsprechendes Gesetz ausgearbeitet hatte, wurde dagegen das Referendum ergriffen. Obschon ausser den Konservativen alle Parteien für die Regierungsvorlage eintraten, wobei die SP besonders intensiv an der Abstimmungssagitation teilnahm, lehnte sie das Volk im Juni 1911 ab.³⁵⁾

Sozialpolitik

Die bedeutendste Leistung der Vorkriegs-Sozialdemokratie liegt zweifellos auf dem Gebiete der Sozialpolitik. Seit der Übernahme des dafür zuständigen Departements des Innern durch Wullschleger trotz allen rhetorischen Klassenkampfparolen

weitgehend in den «bürgerlichen» Staat integriert, machte sich die Partei daran, die schon im 19. Jahrhundert aufgestellten Postulate Schritt für Schritt zu verwirklichen. Die Initiative dazu ging meist von der Grossratsfraktion, häufig aber auch von Wullschleger selbst aus. Der Arbeiterbund als gewerkschaftliche Dachorganisation und einzelne seiner Vereine, aber auch das Parteivolk durch das Mittel der Parteiversammlung traten dabei als Mahner auf, wenn die Vertreter in den Behörden nicht rasch genug handelten. Der städtische Boden erwies sich einmal mehr, auch in der Sozialpolitik, als günstiges Experimentierfeld. Allerdings: das neue Jahrhundert hatte – vom Gesichtspunkt der Sozialpolitik aus – denkbar schlecht begonnen: 1900 waren sowohl die kantonale Arbeitslosenversicherung wie das kantonale Wohnungsgesetz abgelehnt worden; auch die eidgenössische Kranken- und Unfallversicherung hatte beim Souverän keine Gnade gefunden. So empfand man es in der organisierten Arbeiterschaft als zwar bescheidenen, aber doch nicht unbedeutenden Erfolg, dass 1902 ein kantonales Statistisches Amt und ein Gewerbeinspektorat errichtet wurden, womit Vorschläge der Fraktion und des Arbeiterbundes ihre Verwirklichung fanden.³⁶⁾ Die Genugtuung war in der Sozialdemokratie umso grösser, als mit Dr. Hermann Blocher und dessen Nachfolger Dr. Walter Strub zwei ihrer tüchtigsten Kräfte zu Gewerbeinspektoren gewählt wurden und der erste Kantonsstatistiker, Dr. Mangold, als ausgesprochener Sozialpolitiker galt.

Im November 1901 reichte Wullschleger im Grossen Rat einen Anzug ein, der die Ausarbeitung eines kantonalen Arbeiterschutzes zum Ziel hatte. Er drang aber damit nicht durch.³⁷⁾ Kurz darauf zum Regierungsrat gewählt, verstand er es, die Anliegen, die er mit einem umfassenden Gesetz auf einmal hatte verwirklichen wollen, mit spezielleren Gesetzen wenigstens teilweise zu realisieren. Das Arbeiterinnen-schutzgesetz (1905), das Lehrlingsgesetz (1906), das Ruhetagsgesetz (1909), die kantonale staatliche Arbeitslosenversicherung (1909) und die Errichtung eines staatlichen Einigungsamtes (1911) sind zwar von einem mehrheitlich bürgerlichen Regierungsrat und von einem mehrheitlich bürgerlichen Grossen Rat angenommen worden, doch ging die Initiative jeweils von der sozialdemokratischen Fraktion oder vom sozialdemokratischen Vorsteher des Departements des Innern aus.³⁸⁾ Damit wurden bis 1914 sämtliche sozialpolitischen Postulate erfüllt, die der «Vorwärts» am 4. Mai 1905 als dringlich bezeichnet hatte.

Weniger Erfolg war einem Anliegen beschieden, das vor allem Arbeitersekretär Wassilieff am Herzen lag: dem Schutz der Bäckereiarbeiter. Im Sommer 1901 beschloss eine Delegiertenversammlung des Arbeiterbunds, die Volksinitiative zur Schaffung eines Gesetzes zu ergreifen, welches die Arbeitszeit der Bäckergehilfen auf zwölf Stunden beschränken sollte. Eine Parteiversammlung vom September überwies die Angelegenheit der Fraktion. Diese scheint die ihr offenbar ungelegene Sache verschleppt zu haben. Es bedurfte der Wahl Wassilieffs in den Grossen Rat, um den Stein ins Rollen zu bringen: Im Oktober 1902 reichte er eine diesbezügliche Motion ein. Da sie erfolglos blieb, beschloss der Arbeiterbund auf Betreiben seines Sekretärs

Ende 1904, es nun doch mit einer Volksinitiative zu versuchen. Diese kam mit fast 1400 Unterschriften zustande. Eine Parteiversammlung vom Mai 1905 rügte die oberflächliche Redigierung des Initiativtexts durch Wassilieff, beschloss jedoch Zustimmung. Der Grosse Rat empfand den Vorstoss als Zwängerei Wassilieffs. Das Initiativbegehren wurde denn auch vom Volk mit grosser Mehrheit abgelehnt.³⁹⁾

Die bedeutendste sozialpolitische Leistung, die auf Anregung der Sozialdemokratie zustande kam, war die Errichtung der ersten öffentlichen Krankenkasse in der Schweiz. Am 8. Februar 1912 reichte Jaeggi im Namen seiner Fraktion im Grossen Rat einen Anzug ein, mit dem er die Regierung beauftragte zu prüfen, ob nicht auf den Zeitpunkt, da die eben vom Schweizer Volk angenommene Kranken- und Unfallversicherung in Kraft treten würde, für den Kanton Basel das Obligatorium erklärt werden sollte. Das eidgenössische Gesetz gab den Kantonen dazu das Recht, vorausgesetzt dass sie nicht einer einzigen Kasse das Monopol übertrugen. Am 23. Mai überwies der Rat den Anzug der Regierung. Am 27. Juni beschloss der Grosse Rat Kommissionsberatung. Die SP forderte den Vorsitz und schlug dafür Emil Angst vor, der dann auch gewählt wurde. Kurz vor Ausbruch des Krieges beriet der Grosse Rat das Gesetz zu Ende. Das Referendum wurde nicht ergriffen.⁴⁰⁾

Interessenvertretung für das untere Staatspersonal

Mehr noch als im letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts amtierte die sozialdemokratische Fraktion, wie schon in dem ihr gewidmeten Kapitel nachgewiesen wurde, als Vertreterin der Interessen der untern Staatsangestellten und der Staatsarbeiter. Je stärker die Vertretung dieser Berufskategorien in der Fraktion anwuchs, desto augenfälliger wurde deren Funktion als politischer Vortrupp gewerkschaftlicher Forderungen. Wir begnügen uns mit dem Hinweis auf bezeichnende Beispiele.

In der Fraktionssitzung vom 9. Juni 1906 schlug der Präsident des Staatsarbeiterverbands, Düby, beschwörende Töne an. Eine Neuregelung der Besoldung der Staatsarbeiter sei seit 1897 hängig; da die Teuerung fortschreite, stehe das Stimmungsbarometer bei der Staatsarbeiterschaft auf Sturm. Um das Schlimmste, einen Streik, zu verhindern, sei alles zu tun, damit wenigstens eine vorläufige Teuerungszulage gewährt werde. Die Fraktion beauftragte den Vertrauensmann der Staatsarbeiterschaft, die Sache vor dem Rat zu vertreten. Regierung und Volksvertretung zeigten sich verständnisvoll, die Teuerungszulage wurde gewährt.⁴¹⁾

1909 setzten die sozialdemokratischen Grossräte ein verbessertes Besoldungsgesetz für die unteren Kategorien des Staatspersonals durch, das vor allem den lange erstrebten Neunstundentag brachte.⁴²⁾

Die 1909 einsetzende verschärfte Teuerungswelle hatte neue Lohnbegehren zur Folge. Zwar hatten sich die Löhne des unteren und mittleren Staatspersonals mittlerweile mit einem durchschnittlichen Jahreseinkommen von 2000 Franken jenen der Arbeiterschaft in der Privatindustrie angeglichen; jene der Schlechtestbezahlten bewegten sich nach Untersuchungen aus dem Jahre 1912 aber immer noch am Rande

des Existenzminimums. Erneut war es vornehmlich der SP zu verdanken, dass die Regierung eine Teilrevision des Besoldungsgesetzes vorlegte, die denn auch vom Grossen Rat angenommen wurde. Als die Bürgerpartei dagegen das Referendum ergriff, setzten übereifrige Staatsarbeiter ihnen bekannte Unterzeichner des Referendums unter Druck, wurden aber durch ihren Verband zurechtgewiesen. Der sozialdemokratische Vorsteher des Polizeidepartements erklärte im Grossen Rat, er werde mit Hilfe der Polizei das Referendumsrecht schützen. Später erwies sich dann allerdings, dass die von der Bürgerpartei aufgestellten Behauptungen über Übergriffe in den meisten Fällen jeder Grundlage entbehrten. In der Volksabstimmung vom 23. Februar 1913 wurde das neue Besoldungsgesetz mit grossem Mehr angenommen, da nur die Bürgerpartei es bekämpft hatte; die Konservativen hatten Stimmfreigabe erklärt. Die Grossratsdebatten und der Abstimmungskampf hatten einmal mehr den unversöhnlichen Gegensatz zwischen Sozialdemokratie und Bürgerpartei blossgelegt. Bezeichnend für die Berufsstruktur der Quartiere war der Umstand, dass das Pestalozzi- und das Gundeldingerschulhaus besonders hohe zustimmende Mehrheiten aufzuweisen hatten: In jenem Quartier wohnten zahlreiche Gasarbeiter und Angestellte des Schlachthauses, das Quartier hinter dem Bahnhof war ein Zentrum der Eisenbahn- und Postangestellten.⁴³⁾

Klassenkampf im Grossen Rat

Vereinzelte klassenkämpferische Töne waren im Grossen Rat seit der Jahrhundertwende erklungen. Jene von rechts gingen vor allem von gewerblicher, jene von links ausschliesslich von sozialdemokratischer Seite aus. Noch herrschte aber in der sozialdemokratischen Fraktion der sachliche Ton der Parteigründer vor. Dies wurde anders, als 1902 Wassilieff und Frei, 1905 Rimathé und Knörr und 1907 Grimm in den Grossen Rat eintraten und als sich 1904 auch die Arbeitgeberschaft zum Kampfe rüstete. Spätestens seit 1905 spielten sich zahlreiche Debatten im Zeichen und im Tenor des Klassenkampfes ab. Die Kämpfe auf den Arbeitsplätzen fanden ein erregtes Echo im Ratssaal.

Dabei stand sehr oft der Paragraph 164 des Polizeistrafgesetzes im Vordergrund, der das Verhalten der Polizei im Streikfalle regelte. Die Folge davon war, dass der Vorsteher des Polizeidepartements der schärfsten Kritik der Sozialdemokratie ausgesetzt war. Seit 1910 hiess dieser Dr. Hermann Blocher und war Sozialdemokrat. Der von der SP, bzw. vom als Pressure Group wirkenden Arbeiterbund inkriminierte Paragraph des Polizeistrafgesetzes vom 23. September 1872 hatte unter dem Titel «Übertretungen in Bezug auf Koalitionen» folgenden Wortlaut: «Wer andere durch Zwang, Drohung, Ehrbeleidigung oder Verrufserklärung zu bestimmen versucht, an Verabredungen zum Behuf Erlangung günstigerer Lohn- und Arbeitsbedingungen, besonders durch Einstellen der Arbeit oder Entlassung von Arbeitern, teilzunehmen, ebenso wer durch solche Mittel andere hindert oder zu hindern versucht, von solchen Verbindungen zurückzutreten, wird mit Haft bestraft.» Dieser Paragraph hatte sich

1872 gegen Übergriffe von seiten der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber gerichtet. Die Sozialdemokratie warf nun aber der Regierung und insbesondere dem Polizeidepartement vor, er werde einseitig gegen die Arbeiter angewendet.

Den ersten Vorstoss gegen den die Arbeiterschaft erbitternden Paragraphen unternahm auf Anregung des Arbeiterbunds dessen erster Präsident, Wilhelm Arnold, im Jahre 1904. Regierungsrat Zutt wies in der Debatte vom 13. Oktober darauf hin, dass die Ausschreitungen bei den Maurerstreiks der Jahre 1895 und 1903 die Notwendigkeit dieses Artikels bewiesen hätten, zudem sei die Polizei sehr zurückhaltend aufgetreten. Wullschleger forderte Entgegennahme durch die Regierung. Dieser biete sich damit Gelegenheit, einmal das Streikrecht zu prüfen. Sie gehe damit keine Verpflichtung ein, den Paragraphen einfach abzuschaffen, auch eine Abänderung sei möglich. Der Grosse Rat folgte dem Ratschlag des Magistraten nicht, der Anzug wurde mit grossem Mehr abgelehnt.⁴⁴⁾

Hohe Wellen warfen im Grossen Rat die Streiks und Aussperrungen im Bauhandwerk im Kampfsjahr 1905. Den Standpunkt der Arbeitnehmer vertrat mit aller Schärfe Redaktor Frei, jenen der Arbeitgeber Höchli. Die Regierung, nicht zuletzt Wullschleger als Vorsteher des zuständigen Departements, versuchte zu vermitteln. Für einmal fand die Haltung der Polizei auch bei den Arbeitervertretern Anerkennung.⁴⁵⁾

In der Grossratssitzung vom 29. November des nicht weniger kampferfüllten Jahres 1906 reichte Frei erneut einen Anzug ein, in dem er die Aufhebung des berüchtigten Paragraphen forderte. Wieder lehnte ihn der Grosse Rat mit grosser Mehrheit ab.⁴⁶⁾

Einen Höhepunkt erlebten die Klassenkampfdebatten im Grossen Rat im Jahre 1907. Diesmal ging die von Arbeitersekretär Grimm angetriebene Sozialdemokratie auf doppelter Front gegen § 164 vor: Sie ergriff die Volksinitiative zur Abschaffung des Paragraphen und vermochte zu diesem Zweck innert kürzester Zeit über 3000 Unterschriften zu sammeln. Fast gleichzeitig interpellierte Frei die Regierung im Grossen Rat wegen des starken Polizeiaufgebotes zum Schutz der Streikbrecher bei Arbeitseinstellungen. Das wirke auf die Arbeiter provokativ. Die Bewirtung der Polizisten durch die Arbeitgeber müsse aber geradezu als Bestechung gewertet werden. Nicht zu Unrecht kommentierten die «Basler Nachrichten» die Interpellationsbegründung mit dem Hinweis, Frei müsse eine scharfe Sprache führen, um den radikalen Elementen in der Partei die Spitze zu brechen. Als die Regierung in der Grossratssitzung vom 6. Juni die Unerheblicherklärung der Initiative vorschlug, machte Frei geltend, der in Frage stehende Paragraph sei deutschen Ursprungs, aber seinerzeit in Basel noch verschärft worden. Die SP sei gegen Gewalttätigkeit, aber die moralische Einwirkung auf Streikbrecher müsse erlaubt sein, sonst sei der Streik sinnlos. Eine noch schärfere Tonart schlug Arbeitersekretär Grimm an, der eben erst in einer Ersatzwahl in das kantonale Parlament gewählt worden war.^{46a)} Der Lokalredaktor der «Basler Nachrichten», wahrscheinlich der junge Albert Oeri, bezeichnete ihn als den «fatalsten Fanatiker, den die Basler Politik je erlebt hat». Schliesslich wurde das

Sonntag, 8. September

Nr. 210 — 1907

Zehnter Jahrgang.

Basler Vorwärts

Sozialdemokratisches Tagblatt

Abonnementspreis:
Bei der Expedition oder deren Ab-
lagen: monatlich 70 Cts., vierteljährlich
Fr. 2.—; durch Verträger: monatlich
70 Cts., vierteljährlich Fr. 2.40; durch
die Post: vierteljährlich Fr. 2.75.

Offizielles Organ des Arbeiterbundes und der sozialdemokratischen Partei Basel

Insertionspreis:
Die einspaltige Zeile oder deren
Raum: für Lokal-Anzerate 10 Cts., für
auswärtige 20 Cts., Reklamen 25 Cts.
Bei größeren Aufträgen und Wieder-
holungen entsprechender Rabatt.

Redaktion und Expedition: Petersberg 29 (Straßburgerhof)

Telephon 1788

Genossenschafts-Buchdruckerei, Petersberg 29 (Straßburgerhof)

Nieder mit dem Gefängnisparagraph!

Die Abstimmungsschlacht hat begonnen. Sozialdemokraten, Arbeiter, Freunde der Rechtsgleichheit

tretet ungefümt in den Kampf mit der Reaktion!

Der letzte selbständig denkende und urteilende Bürger muß zur Urne eilen und dort zum wichtigen Schlage ausholen gegen die Landbögte unserer Zeit. Stimmet

Nein!

Nein!

Nein!

Hannibal ante portas!

Kerger kann das Geschrei der Römer nicht gewe-
sen sein zur Zeit da der gefürchtete karthagische
Feldherr Hannibal sich den Toren Roms näherte,
als heute das Geschrei der Bürgerlichen Basels
ist, weil die Sozialdemokratie einen Artikel aus
dem Basler Polizeistrafgesetzbuch ausstilisieren möchte.

ander haben. So ist ihm der Streikbrecher,
nachdem er an seinen Klassengenossen eine
Zusatzart vollbracht, meistens eine widerwärtige
Erscheinung, der man gerne den Fußtritt gibt.
Unbeschadet dieser Tatsache wird nun ein Hölle-
lärm angeschlagen, da ein Gesetzesartikel beseitigt
werden soll, der den Streikbrecher, also den
notorischen Lumpenkerl, unter einen Schutz stellt,
wie ihn auch der anständigste Bürger und das

Zum Paragraph 164.

Der Kampf für die Beibehaltung des § 164
wird von den Bürgerlichen in einer Art und Weise
geführt, die eine vollständige Verklärung der
Sachlage bedeutet. Nach den Behauptungen der
gegnerischen Presse wird der Bürger, der den
öffentlichen Fragen oft kein eingehendes Nach-
denken widmet, zum Glauben verleitet, es handle

besondere Behandlung der in Frage stehenden
Ausführungen dadurch gerechtfertigt sei, daß
es sich nicht nur um die Interessen des Arbeits-
willigen handelt, sondern um Drittpersonen, die
in Mitleidenhaft gezogen würden, eine Be-
schönigung, die in einfaches Deutsch übertragen
wohl nichts anderes besagen kann, als daß die
Ausnahmebestimmung notwendig ist, weil es
sich eben um Streikbrecher handelt.

«Nieder mit dem Gefängnisparagraph!», Vorwärts, 8. September 1907



Robert Grimm

Initiativbegehren vom Rat mit grosser Mehrheit dem Volk zur Verwerfung empfohlen. Obschon die SP die 1. Mai-Feier ganz in den Dienst des Kampfes gegen den inkriminierten Paragraphen gestellt und auch sonst ihre ganze Agitationsmaschine in Bewegung gesetzt hatte, lehnte das Basler Volk die Initiative am 7./8. September 1907 mit 7392 gegen 3069 Stimmen ab. Es erwies sich, dass sich die Partei unter dem Druck des radikalen Arbeiterbundes und seines kombattanten Wortführers Grimm zu weit auf die Äste gewagt hatte. Der «Vorwärts» gab unter dem Titel «Verloren!» die Niederlage unumwunden zu, hatten doch sogar die Arbeiter-Wahllokale verworfen. Weder wurden Ausflüchte gesucht, noch die Demagogie der Gegner für das niederschmetternde Ergebnis verantwortlich gemacht. Als Hauptursache erkannte der Kommentator die Verstimmung weitester Kreise des Volkes wegen der «ewigen Streikerei». Da die Arbeitseinstellungen oft planlos vor sich gingen, hätten sie sogar

zahlreiche Genossen verärgert und vermutlich gegen die Initiative aufgebracht. Ein hetzerischer Artikel in der «Schweizerischen Holzarbeiterzeitung», der die Arbeiterschaft zum Generalstreik und zur Sabotage aufforderte, habe der gegnerischen Presse zu alledem noch Wasser auf ihre Mühlen geliefert. Auch der Gegensatz zwischen Arbeiterbund und Partei wurde nicht verheimlicht. Mit einer deutlichen Spitze gegen Grimm spielte der Artikel auf die Radikalinskis im Arbeiterbund an. Im «Jahresrückblick» anerkannte das Parteiblatt, dass man eine falsche Taktik angewendet habe, und stellte seinen Lesern das vorsichtige, dem Volksempfinden voll Rechnung tragende Vorgehen der österreichischen Sozialdemokratie als Vorbild hin.⁴⁷⁾

Im November 1910 griffen zwei Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion das Problem der Bewaffnung der Polizei mit Pistolen auf; einen entsprechenden Anzug Jeggli überwies der Grosse Rat im Sommer des folgenden Jahres der Regierung. Zu einer scharfen Debatte kam es aber erst wieder, als Dr. Welti im Oktober 1912 die Regierung über den 50-m-Erlass interpellierte, wonach Streikposten stehen nicht näher als 50 m vom bestreikten Etablissement erlaubt war. Die «Basler Nachrichten» bezeichneten die erregten, von links und rechts zum Fenster hinaus gehaltenen Reden als einen Abglanz der grossen Generalstreiksdebatte im Zürcher Kantonsrat. Wieder einmal erwies sich, dass die Sozialdemokratie allein blieb, wenn die Arbeitskämpfe zur Diskussion standen; auch die Kluft zwischen freien und christlichen Gewerkschaften wurde schlaglichtartig sichtbar.⁴⁸⁾

Einen letzten starken Widerhall fand der Klassenkampf vor Kriegsausbruch im Grossratssaal anlässlich des Färberstreiks vom Jahre 1913. Es war dabei zu Ausschreitungen bei den Streikenden gekommen, worauf die Polizei von ihrer Schusswaffe Gebrauch gemacht und drei Demonstranten verletzt hatte. Auch hatte die Regierung während sechs Tagen Truppen auf Pikett gestellt. Der Angriff der SP, deren Führung alles in ihrer Macht Stehende getan hatte, um die Bewegung im Zaum zu halten, galt weniger der von der Regierung angeordneten Pikettstellung als dem Verhalten der Polizei. Nicht zuletzt machte man den an der Spitze des Polizeidepartements stehenden Parteigenossen Blocher dafür verantwortlich. Man warf ihm Nervosität und die Arbeiterschaft belastende Aussagen im Grossen Rat bei der Beantwortung einer die Haltung der Polizei betreffenden Interpellation Jeggli vor. Blocher musste sich in einer Fraktionssitzung einem scharfen Verhör unterziehen, wusste sich aber zu verteidigen, so dass man auf Massnahmen verzichtete. Die Debatten im Grossen Rat spielten sich in einer hitzigen Atmosphäre ab und wurden immer wieder durch Zwischenrufe von links und rechts unterbrochen. Für einmal erhielten die Streikenden im kantonalen Parlament vom katholischen Sozialpolitiker Dr. Feigenwinter Unterstützung, der den Arbeitgebern mangelnden Verhandlungswillen vorwarf und die Lohnverhältnisse der Färber als unhaltbar bezeichnete, wie überhaupt dieser letzte grosse Vorkriegsstreik das Basler Volk mehrheitlich auf der Seite der Streikenden sah.⁴⁹⁾

Bei keinem Arbeitskampf hat sich die Sozialdemokratie der Vorkriegszeit so stark engagiert wie beim Strassenbahnerstreik des Jahres 1905. Den Kern des Konflikts bil-

dete das völlige Fehlen eines Mitspracherechts des Personals. Vordergründig ging es um die Person des Präsidenten des Aushilfspersonals, den die Direktion gemassregelt hatte – wegen mangelhafter Diensterfüllung, wie die Akten beweisen, wegen seiner gewerkschaftlichen Tätigkeit, wie seine Kollegen behaupteten. Aus Solidarität zu ihrem entlassenen Kollegen erschienen am 16. Juli 1905 von 110 Aushilfsarbeitern nur fünf zum Dienst. Nach mehreren turbulenten Sitzungen, bei denen sich Arbeitersekretär Wassilieff und Grossrat Anton Rimathé für den Streik aussprachen, beschloss eine Strassenbahnerversammlung mit 301 zu 6 Stimmen die Arbeitsniederlegung sämtlicher Personalkategorien. Der Basler Strassenbahnerstreik löste in den bürgerlichen Kreisen des ganzen Landes helle Empörung aus. Die sozialdemokratische Grossratsfraktion befasste sich in vier ausserordentlichen Sitzungen innerhalb von vier Tagen mit der Angelegenheit und trug dazu bei, dass die Strassenbahner nach drei Tagen die Arbeit wieder aufnahmen, nachdem die Regierung versprochen hatte, die Beschwerden so rasch wie möglich zu prüfen. Zwar wurde den materiellen Forderungen nur teilweise entsprochen. Immerhin beschloss im folgenden Jahr der Grosse Rat, das besonders Anstoss erregende Klassen- und Notensystem aufzuheben und auf Initiative von Regierungsrat Zutt die Institution ständiger Arbeitsausschüsse bei der öffentlichen Verwaltung einzuführen, die später den gebräuchlichsten Weg zur Anmeldung und Beseitigung von Missständen in der Verwaltung darstellte.⁵⁰⁾

Volkshausangelegenheit

Über 30 Jahre waren verstrichen, seit die organisierte Arbeiterschaft erstmals ein eigenes Heim gefordert hatte, als der Grosse Rat 1899 eine entsprechende Regierungsvorlage ablehnte.

Wullschleger, der sich seit Jahren vergeblich um die Verwirklichung dieses Postulats bemüht hatte, warf die Flinte nicht ins Korn. Im Oktober 1900 reichte er einen Anzug ein, mit dem er die Regierung aufforderte, als bleibendes Andenken an die im nächsten Jahr fällige Feier zur Erinnerung an den Eintritt Basels in die Eidgenossenschaft ein Volkshaus zu erstellen, das allen sozialen Schichten, politischen und religiösen Richtungen offenstände. Der Grosse Rat lehnte aber das von einer Eingabe des Arbeiterbunds unterstützte Begehren eindeutig ab. Wullschleger kommentierte das brutale Abstimmungsergebnis im Parteiblatt mit den Worten: «Endlich einmal eine klare Situation. Keine Vertuschung der Klassengegensätze mehr. Der Staat ist kapitalistischer Klassenstaat!»⁵¹⁾

Kurz darauf nahm sich die Gemeinnützige Gesellschaft des Anliegens an und bildete eine Kommission, welche die Frage vor allem im Hinblick auf die finanziellen Voraussetzungen prüfen sollte. Bis 1904 gelang es ihr, einen Fonds von rund 4000 Franken zu äufnen, Pläne und Kostenberechnungen zu erstellen, nicht aber die Ungeduld der organisierten Arbeiterschaft zu stillen, zumal diese in ständigem Wachstum begriffen war.⁵²⁾

1904 kaufte der Staat die Burgvogtei an der Rebgasse und stellte deren Räumlichkeiten auch sozialdemokratischen und freigewerkschaftlichen Vereinen billig zur Verfügung. Da die Lokalitäten aber von zu vielen Seiten beansprucht und – mit Ausnahme der nur für ganz grosse Anlässe in Frage kommenden Burgvogteihalle – weitgehend ungeeignet waren, war die Versammlungskalamität nicht behoben. Das 1905 gegründete alkoholfreie Johanniterheim, während Jahren die Hochburg der Sozialdemokratie, nachdem das Grütliheim eingegangen war, erwies sich nach dem starken Anwachsen der Partei- und Arbeiterbundorganisationen als zu eng, so dass die meisten Arbeitervereine weiterhin in kleinen, rauchigen Lokalen mit Trinkzwang Unterkunft suchen mussten.⁵³⁾

1908 bemühte sich der Arbeiterbund, mit Hilfe des Kapitals einer Brauerei von sich aus ein Volkshaus zu errichten. Diesem Ansinnen stellte sich der Sozialdemokratische Abstinentenbund entgegen. In einer Artikelserie im «Vorwärts» machte Hermann Blocher auf das Bedenkliche einer Verbindung von Alkoholkapital und organisierter Arbeiterschaft aufmerksam, in scharfem Tone trat ihm Arbeitersekretär Grimm in derselben Zeitung entgegen. Die Argumente Blochers taten dennoch ihre Wirkung. Da zudem bald darauf Arbeitskämpfe in der Brauerbranche ausbrachen, zerschlug sich das Projekt.⁵⁴⁾

Der letzte Versuch vor Kriegsende, der organisierten Arbeiterschaft angemessene Versammlungsmöglichkeiten zu verschaffen, fiel in das Jahr 1913. Mittlerweile waren, wie sogar die «Basler Nachrichten» hervorhoben, in zahlreichen anderen Schweizer Städten Volkshäuser entstanden. Im Mai wurde die Frage des Vorgehens von der Partei, der Fraktion, von einem Ausschuss des Arbeiterbunds und einer schon früher gebildeten Volkshauskommission gründlich durchgesprochen. Das Ergebnis war ein Anzug Jaeggi im Grossen Rat, der die Errichtung eines Volkshauses auf neutraler und alkoholfreier Grundlage forderte, dieses Postulat aber mit einem zweiten, dem Bau eines Schwimmbades, verband. Am 14. Februar 1914 überwies der Grosse Rat den Anzug der Regierung, die in ihrer nächsten Sitzung darüber verhandelte und die zuständigen Departemente mit der Prüfung der Angelegenheit beauftragte. Der Kriegsausbruch liess dann allerdings andere Fragen als dringlicher erscheinen. So musste die Sozialdemokratie bis in die Zwischenkriegszeit warten, um das alte Postulat verwirklicht zu sehen. Eine Volksabstimmung vom Februar 1923 bestätigte den Grossratsbeschluss, auf dem Burgvogteiareal ein Volkshaus zu errichten. Es sollte aber nicht mehr einer geschlossenen, sondern einer gespaltenen Arbeiterbewegung dienen.⁵⁵⁾

10. Kapitel: Schlussbetrachtung

Beim Erscheinen dieses Bandes sind genau *100 Jahre seit der Entstehung der modernen Arbeiterbewegung Basels* vergangen: 1886 wurde die erste umfassende Organisation von Dauer geschaffen, erhielt die Basler Arbeiterschaft zum erstenmal eine

mehr als ephemere eigene Zeitung und wurde erstmals ein Sozialdemokrat ins Kantonsparlament gewählt.

Gut 50 Jahre älter ist die *Vorgeschichte* der Basler Arbeiterorganisation. Sie begann in der Regenerationszeit mit zwei Handwerkervereinen: dem Deutschen Arbeiterverein und dem Schweizerischen Grütliverein. Beide haben bis kurz nach dem Ersten Weltkrieg Bestand gehabt und zu gewissen Zeiten die Basler Arbeiterbewegung entscheidend geprägt.

Die ersten Emanzipationsbewegungen unter der Industriearbeiterschaft Basels gingen aus dem hier vorherrschenden Industriezweig, der Bandweberei, hervor. Der Machtkampf zwischen Bandherren und Arbeiterschaft im Dezember 1848 endete mit einer schweren Niederlage der Posamenterschaft.

Die 1845 einsetzende Teuerungswelle hatte die Gründung zahlreicher Arbeiter-Konsumvereine zur Folge, von denen sich aber keiner zu halten vermochte. Dem 1865 gegründeten, allen Bevölkerungsschichten offenstehenden *Allgemeinen Consum-Verein* stand die Arbeiterschaft zunächst gleichgültig gegenüber; nach der Jahrhundertwende erreichte sie darin eine führende Stellung.

Den *ersten Höhepunkt* der Basler Arbeiterbewegung stellte die Tätigkeit der Basler Sektion der *Ersten Arbeiter-Internationale* dar. Einem kometenhaften Aufstieg mit über 3000 Mitgliedern vor dem Hintergrund einer schweren Krise in der Bandweberei folgten im Winter 1868/69 eine Reihe von Spontanstreiks ohne organisatorischen und finanziellen Rückhalt. Nach der schweren Niederlage löste sich die Bewegung ebenso rasch auf, wie sie entstanden war. Bleibendes Ergebnis war das *erste Basler Fabrikgesetz* vom November 1869, das dem ersten Basler Klassenkampf ein Ende setzte, Aufsehen erregend der Basler Kongress der Ersten Internationale im September 1869 und von Bedeutung der Versuch des freisinnigen Führers Wilhelm Klein, die Arbeiterschaft in die von ihm angestrebte demokratische Bewegung zu integrieren.

Nach der «internationalen Gschicht» mit ihren traumatischen Auswirkungen bei Arbeitern und Fabrikanten folgte in der Basler Arbeiterbewegung ein Jahrzehnt der völligen *Zersplitterung*. Der erste Versuch einer Dachorganisation der gewerkschaftlichen und politischen Arbeitervereine (Erster Arbeiterbund Basel) scheiterte. Bei der Auseinandersetzung mit der kleinen Gruppe der Anarchisten zeichnete sich vor allem *Carl Moor* aus, nach Conrad Conzett der erste Marxist in der Schweiz. Schicksalhaft für die Basler Bewegung war es, dass er 1886 Basel verlassen musste. So blieb es einer weniger schillernden Persönlichkeit vorbehalten, die Basler Arbeiterbewegung auf neue, solidere Grundlagen zu stellen.

Der vierundzwanzigjährige kaufmännische Angestellte *Eugen Wullschleger*, dessen ordnende Hand eben dem Grütliverein einen ungeahnten Aufstieg ermöglicht hatte, war der Hauptinitiant der Neuorganisation. Im *Schlüsseljahr 1886* entstanden innerhalb weniger Monate der (zweite) *Arbeiterbund Basel*, dessen schweizerische Mitglieder die «Arbeiterpartei Basel» bildeten, und der «*Basler Arbeiterfreund*» als dessen Organ; zudem wurde Wullschleger in den *Grossen Rat* gewählt.

1890, zwei Jahre nach der definitiven Gründung der SPS durch den Berner Albert Steck, bildete sich die *Sozialdemokratische Partei Basel*, wieder eine Gründung Wullschlegers, der nicht nur die Lokalsektion, sondern als noch nicht Dreissigjähriger auch die Landespartei präsidierte. 1896 wurde er als erster Sozialdemokrat Basels und zweiter Sozialdemokrat überhaupt zum *Nationalrat* gewählt.

Der vorwiegend gewerkschaftliche Dachverband, der Arbeiterbund, und die politische Organisation, die SP, standen bis über die Jahrhundertwende unter der Führung der drei «*big old men*» der Basler Arbeiterbewegung, der *Grütli*aner Eugen Wullschleger, Wilhelm Arnold (erster Redaktor des «Arbeiterfreunds») und Wilhelm Bärwart. Dank der verbesserten Organisation und Wahlbündnissen mit dem Freisinn beim jeweils nötigen zweiten Wahlgang der Grossratswahlen nahm die Zahl der Sozialdemokraten in der Legislative trotz dem *Majorzwahlsystem*, das den Freisinn als führende Partei bevorzugte, ständig zu. Bei der Jahrhundertwende sassen 12 *Vertreter* der organisierten Arbeiterschaft im Basler Parlament.

War die Basler Arbeiterbewegung im Gegensatz zu andern Städten bisher von *inneren Konflikten* weitgehend verschont geblieben, so änderte sich dies nach der Jahrhundertwende gründlich. Mit der Entstehung des *Hochklassenkampfs*, der in Basel nach dem Maurerstreik von 1903 einsetzte und in den Streikjahren 1905/06 und 1913 kulminierte, *radikalierten* sich vor allem die Industrie- und die Bauarbeiterschaft und damit die gewerkschaftliche Kartellorganisation, der Arbeiterbund Basel. Unter den keinen Kampf scheuenden Arbeitersekretären Dr. Wassilieff und Robert Grimm griff er die mit Wullschleger *seit 1902* auch in der *Regierung* vertretene Partei und deren Zeitung, den «Basler Vorwärts», als kleinbürgerlich-reformistisch an. Diese verteidigten sich mit dem Hinweis auf die in Basel und der übrigen Schweiz Erstaunen erregenden *Erfolge bei den Grossratswahlen*. 1902, bei den letzten Majorzwahlen, vermochte die SP ihre Mandatszahl fast zu verdoppeln; 1905, erstmals mit Proporz, rückte sie zur zweitstärksten Partei auf; 1908 überflügelte sie den bisher führenden Freisinn und wurde *stärkste Fraktion* im Grossen Rat; 1911 liess sie mit 47 gegen 36 Mandaten den Freisinn weit hinter sich. Sie stützte sich dabei vorwiegend auf die Staats- und Genossenschaftsarbeiter und -angestellten, erst in den letzten Vorkriegsjahren vermehrt auch auf die den Arbeiterbund dominierende Industriearbeiterschaft. Organisatorisches Gegengewicht gegen die Linkstendenzen in den Gewerkschaften und im Deutschen Arbeiterverein, dessen «Rebhaus» einem Volkshaus näher stand als das offizielle «Johanniterheim», bildeten die Grossratsfraktion und lange Zeit der Grütliverein, wo die führenden schweizerischen Lokalpolitiker unter sich waren. Im Gegensatz zu Zürich und Bern wies die Basler Arbeiterbewegung seit dem Wegzug Wassilieffs und Grimms keinen einzigen bedeutenden Vertreter des Linksradikalismus mehr auf.

Als 1914 der Krieg ausbrach, stellte die organisierte Arbeiterschaft Basels mit ihren Organisationen (Arbeiterbund, Arbeitersekretariat – SP) und ihren politischen Positionen (grösste Fraktion im kantonalen Parlament, «zweieinhalb» Regierungsräte,

drei Nationalräte) eine Grösse dar, die dem nach der Jahrhundertwende entstandenen Bürgerblock annähernd ebenbürtig war. Die Möglichkeit, bei weiterer Zunahme der Arbeiterbevölkerung in absehbarer Zeit auf demokratischem Weg die Mehrheit im Grossen Rat und in der Regierung zu erreichen, war nicht mehr Utopie, sondern realistisches politisches Ziel. Der Kriegausbruch, knapp zwei Jahre nach dem denkwürdigen Basler Friedenskongress der Zweiten Internationale, liess aber andere Probleme in den Vordergrund treten.

Der *Aufstieg der Basler Arbeiterschaft* von mühseligsten Anfängen und zahlreichen Rückschlägen bis zur führenden Stellung in der unmittelbaren Vorkriegszeit stellt eine Entwicklung dar, die nicht ohne *bedeutende Führer*, aber ebenso wenig ohne die *Solidarität* der anonym gebliebenen «Parteisoldaten» und immer mehr auch der Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen möglich gewesen wäre. Den wichtigsten Leistungsausweis erbrachte die *Sozialpolitik*: Um die Jahrhundertwende war Basel noch hinter den andern Schweizer Städten zurückgestanden; jetzt nahm es die führende Position ein.

Anmerkungen

Anmerkungen zum 1. Kapitel:

Demographische, wirtschaftliche und soziale Voraussetzungen, Arbeitskämpfe

Grundlegend für die Darstellung sind:

– *Basler Vorwärts 1900–1914*, passim. Insbesondere: April 1903, 1. u. 8.9.03, 8.12.04 (Maurerstreik), September 1905 (Das Streikjahr 1905), 6.–13.4.07 (Lohnbewegungen u. Streiks 1906, Zusammenfassung), 22.2 (Löhne) u. Mai–Juli 13 (Färberstreik); – *Jahresberichte des Arbeiterbunds Basel* aus demselben Zeitraum, z.T. abgedruckt im *Basler Vorwärts* (Vw); – *Staatsarchiv Basel*, Handel und Gewerbe; – *Gruner Erich*, Arbeiter, Arbeitgeber und Unternehmer in der Schweiz im Zeitalter des Hochklassenkampfs. *Unveröffentlichtes Manuskript*. I. Teil: Demographische, wirtschaftliche und soziale Basis und Arbeitsbedingungen. Für die *statistischen Angaben* wurden herangezogen: – Bolliger Markus, Die Basler Arbeiterbewegung im Zeitalter des Ersten Weltkriegs und der Spaltung der Sozialdemokratischen Partei, Basel u. Stuttgart 1970; – Fallet, Marius, Die Arbeiter- und Angestelltenurlaube in der Schweiz, Heft 34 d. Schweiz. Vereinigung z. Förderung d. internationalen Arbeiterschutzes, Bern 1912; – Hirter Hans, Die Arbeitskämpfe in der Schweiz von 1880 bis 1914, Auszug für Basel. Unveröffentlichtes Manuskript; – Kaufmann W. u. Ackermann E., Die Bewegung der Milchpreise in Basel. Von 1896–1914. In: Untersuchungen über die Lebenskosten in der Schweiz, hgg. v. Stephan Bauer, München und Leipzig 1917; – Die Lebenshaltung schweizerischer Arbeiter und Angestellter vor dem Kriege. Ergebnisse der Haushaltstatistik d. Schweiz. Arbeitersekretariat Olten 1922; – Lorenz Jakob, Taschenbuch der schweizerischen Wirtschafts- und Sozialstatistik, Zürich 1914; – derselbe, Die Kosten der Lebenshaltung in der Schweiz in den Jahren 1905–1916, Diss. Freiburg i.Ue., München/Leipzig 1917; – Lüthi Walter, Die Struktur des Basler Grossen Rates von 1875 bis 1914 nach politischer Parteizugehörigkeit und sozialer Schichtung, in: Bde 62/63 d. Basler Zeitschr. f. Geschichte u. Altertumskunde, 1962/63; – Mangold Fritz, Industrie, Handel und Verkehr... im Kt. Baselstadt nach den Ergebnissen der eidgenössischen Betriebszählung vom 9. August 1905, Basel 1909 (Mitteilungen, d. Statist. Amtes d. Kt. BS, No. 18, Heft 1); – derselbe, Die Verlagsbetriebe und die Heimarbeiterbetriebe in Basel nach den Ergebnissen d. eidg. Betriebszählung v. 9. August 1905, Basel 1909 (Mitteilungen... No. 18, Heft 2); – derselbe, Statistisches zur Entwicklung und zum Niedergang der Basler Seidenbandindustrie, CIBA-Rundschau Nr. 27, Juli 1938; – Menzi A., Über die Preisentwicklung und die Belastung der Haushaltrechnungen durch die Preissteigerung in Basel, 1892/96–1900/02–1912, in: Untersuchungen... hgg. v. Stephan Bauer, München/Leipzig 1917; – Mitteilungen des Statistischen Amtes des Kantons Basel-Stadt, No. 28: Die Bevölkerung des Kantons Basel-Stadt am 1. Dezember 1910, bearbeitet von Dr. O.H. Jenny, Basel 1924; – Statistisches Jahrbuch des Kantons Basel-Stadt 1963, SS. 12 u. 20; – Statistische Vierteljahrsberichte des Kantons Basel-Stadt, 4. Jg., Nr. 2 (April–Juni 1914) u. Nr. 3 (Juli–September 1914)

Weitere benützte Literatur:

– Arbeitsalltag und Betriebsleben. Zur Geschichte industrieller Arbeits- und Lebensverhältnisse in der Schweiz, Zürich 1981 (Für Basel-Stadt wenig ergiebig); – Bauer Hans, Basel, gestern – heute – morgen. Hundert Jahre Basler Wirtschaftsgeschichte, Basel 1981; – Bergier Jean-François, Die Wirtschaftsgeschichte der Schweiz. Von den Anfängen bis zur Gegenwart, Zürich 1985; – Bürgin Alfred, Geschichte des Geigy-Unternehmens von 1878 bis 1939, Basel 1958; – Degen Bernard, 100 Jahre Gewerkschaftskartell Basel, 1886–1986 (Arbeitstitel). Unveröffentlichtes Manuskript; – Fritzsche Bruno, Städtisches Wachstum und soziale Konflikte, in: Schweiz. Zeitschr. f. Volkswirtschaft u. Statistik 1977, S. 447–472; – Grimm Robert, Zur Lage der Arbeiter in den Bäckereien der Stadt Basel, Bern 1907; – Keller Willy, Zeittabellen von 1800–1978, hgg. vom Schweiz. Gew.bund, Bern 1980; – Lorenz Jakob, Zur Italienerfrage in der Schweiz, Zürich o.J. (1906?); – Mangold Fritz, Denkschrift über die staatlichen Massregeln zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse im Kanton Basel-Stadt, Basel 1906;

– derselbe, Denkschrift über die Entwicklung der Staatlichen Arbeitslosenfürsorge im Kanton Basel-Stadt, Basel 1906; – Ruffieux Roland, Die Schweiz des Freisinns (1848–1914), Kapitel 7, Bd. 3, in: Geschichte der Schweiz und der Schweizer, Basel/Frankfurt a.M. 1983; – Schaffner Maria Tabitha, Die städtischen Heimarbeiter der Basler Seidenbandindustrie, o.J. (1910), o.O.; – Siegenthaler Hansjörg, Die Schweiz 1850–1914, in: Handbuch der europäischen Wirtschafts- und Sozialgeschichte, ed. W. Fischer, Stuttgart 1985; – Staehelin Andreas, Basel in den Jahren 1905–1945, in: Das Politische System Basel-Stadt, Basel/Frankfurt a.M. 1984; – Wirthlin Claudia, Der Basler Maurer- und Handlangerstreik vom April 1903, Liz.arbeit Universität Basel 1986

Anmerkungen zum 2. Kapitel: Die Reorganisation der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz

¹⁾ Im Manuskript von 1970 lautete der Text dieser Anmerkung folgendermassen: «Eine heutigen wissenschaftlichen Anforderungen genügende Darstellung steht noch aus. So sind wir weiterhin auf die Jahresberichte und die Jahrbücher der SPS und des Schweizerischen Grütlivereins und auf die über 40 Jahre zurückliegende Dissertation Schenkers angewiesen. Für die neunziger Jahre bietet die Steckbiographie Bieler, für das Parteiprogramm von 1904 Gruners eben erschienen Buch «Die Parteien in der Schweiz» eine willkommene Ergänzung.» Heute liegt eine ausführliche, hohen Ansprüchen gerecht werdende Darstellung Gruners in dessen noch unveröffentlichtem Opus magnum vor (III. Teil, Kapitel 3, 4, 6, 8). Der Verfasser der vorliegenden Arbeit erhielt Einblick in die entsprechenden Kapitel. Eine umfassende Verwendung von Gruners Forschungsergebnissen hätte aber den räumlichen und thematischen Rahmen dieser Arbeit gesprengt; zudem hätte sie wissenschaftlichen Gepflogenheiten widersprochen. So bleibt dieses Kapitel in seiner ursprünglichen Form, mit wenigen Ergänzungen, erhalten. ²⁾ Jahresbericht (Jb.) d. Schw. Grütlivereins (Gr. V.) f. 1898, S. 22 f. ³⁾ Jb. d. Schw. Gr. V. f. 1900, S. 11 f. ⁴⁾ Anhang zum Protokoll der Solothurner Tagungen ⁵⁾ Prot. d. ord. Deleg.vers. d. Schw. Gr. V. u. d. Ersten Parteitags d. SPS vom 2.8.02 in Winterthur ⁶⁾ Prot. d. ord. Deleg.vers. d. Schw. Gr. V. u. d. Zweiten bzw. Dritten Parteitags d. SPS v. 4.10.03 in Olten bzw. 20./21.04 in Zürich ⁷⁾ Erich Gruner, Die Parteien in der Schweiz, Bern 1969; S. 133 f.; Benno Hardmeier, Geschichte der sozialdemokratischen Ideen in der Schweiz (1920–1945), Winterthur 1957, S. 10; Valentin Gitermann, Geschichte der Schweiz, Thayngen/Schaffhausen 1941, S. 529 ⁸⁾ Jb. d. Schw. Gr. V. f. 1903, SS. 16 u. 22 ⁹⁾ Prot. d. Parteitags d. SPS in Olten v. 28./29.11.08, S. 31 ff. ¹⁰⁾ Prot. d. Parteitags d. SPS in Basel v. 26./27.11.10. In der Kommission waren die drei Richtungen innerhalb der schweizerischen Sozialdemokratie gleichmässig vertreten: 1. Grütlianer (NR Greulich, Sekr. Fähndrich, Näher und Ryser vom ZK in Biel u.a.) 2. Mitte (SGB – Sekr. Huggler, Schneeberger aus Bern, Johann Frei und Joneli aus Basel u.a.) 3. Linke (Grimm und Moor aus Bern, Naine aus der Waadt, Red. Adler und Sigg aus Zürich u.a.) ¹¹⁾ Prot. d. Parteitags d. SPS v. 2./3.12.11 in Olten ¹²⁾ Jahrbücher d. SPS u. d. Schw. Gr. V. 1912–1914 ¹³⁾ Ernst Schenker, Die Sozialdemokratische Bewegung in der Schweiz von ihren Anfängen bis zur Gegenwart, Appenzell 1926, S. 38 f.

Anmerkungen zum 3. Kapitel: Die Entwicklung der lokalen Parteiorganisation

¹⁾ Basler Vorwärts (Vw), 24.11.00. ²⁾ Vw, 7.3.01. ³⁾ Statuten d. SP Basel v. 5.3.01 (Bibl. VPOD). ⁴⁾ Vw, 5.9.01. ⁵⁾ Vw, 25.1.00 u. 10.1.01. ⁶⁾ Vw, 14.9.00. Es war schwierig, Parteimitglieder zu finden, die bereit waren, diese unauffällige, aber unentbehrliche Arbeit zu leisten. Es bedurfte schon klassenbewusster, geistig aufgeschlossener Kämpfer oder der Aussicht auf einen parteiinternen Vertrauensposten, damit diese Aktivisten ihre knappe Freizeit für eine so wenig spektakuläre Tätigkeit opfer-ten, oft genug unter dem Risiko, von ihrem Arbeitgeber entlassen zu werden. Grösste Befriedigung emp-fanden diese «unbekannten Soldaten» (Gruner), wenn sie das Anwachsen der Mitglieder- oder Wählerzah-len auf ihr Konto buchen konnten. ⁸⁾ Vw, 16.1.02. ⁹⁾ Vw, 2.2.13. ¹⁰⁾ Vw, 16.7.14. ¹¹⁾ Prot.buch soz. dem. QV St. Alban/Breite 1904 ff. ¹²⁾ Vw, 13.11.01 u. 15.1.02. ¹³⁾ Prot.buch d. soz. dem. Hor-burg-QV 1910 ff. ¹⁴⁾ ibidem. ¹⁵⁾ Jahrbuch d. SPS u.d. Schw. Gr. V. 1912–14. ¹⁶⁾ ibidem, ferner: Prot.bücher d. soz. dem. Quartiervereine Horburg (1910–20) in Staatsarchiv Basel, Privatarchive 716. Arch-iv der Sozialdemokratischen Partei Basel-Stadt (=SP), H 2, Spalen (1906–12) in SP, H 1, St. Alban und

Breite (1904–1914) und Riehen-Bläsi (1909–14).¹⁷⁾ aufgrund der Adressbücher. ¹⁸⁾ Prot.buch QV St. Alban/Breite. ¹⁹⁾ Prot.buch QV Spalen. ²⁰⁾ Prot.buch QV Horburg. ²¹⁾ Vw, 29.1.09. ²²⁾ Prot.-buch QV Spalen. ^{22a)} Zwischen 1902 und 1913 sank der Anteil der Grütlianer an der Gesamtmitgliedschaft der SP Basel von 21% auf 5%. 1903 betrug der Jahresbeitrag des Grütlianers inkl. Abonnement des «Grütlianers» 19 Franken. Gehörte er zusätzlich der Kranken- und Sterbekasse an, so hatte er 45 Franken zu zahlen. ²³⁾ Jahresbericht d. Schw. Gr. V., 1900–08. ²⁴⁾ Die Protokollbücher der Grossbasler Sektion brechen 1906 ab. ²⁵⁾ Jb. d. Schw. Gr. V. 1909–14, Vw 1909–14 passim. ²⁶⁾ SP A 1,8: Prot. Gr. V. Grossbasel 1894–1906. ²⁷⁾ Mündliche Aussage von alt Bundesrichter Dr. Eugen Blocher. Die Gebrüder Blocher gehörten dem Gr. V. Kleinbasel an. ²⁸⁾ Dr. Eugen Blocher: «Praktisch waren alle führenden Sozialdemokraten Basels vor 1914 Grütlianer.» ²⁹⁾ So jene von Wassilieff mit Dr. Hans Müller und Redaktor Johann Frei. ³⁰⁾ SP, A 1,8: Prot. 1900–06; Jb. d. Schw. Gr. V. 1900–08, passim. ³¹⁾ SP, A 1,8: Prot. v. 1. u. 15.4.05 Die wichtigsten Anliegen des Grütlivereins nach der Jahrhundertwende, die Sozialpolitik und der Kommunalsozialismus, waren auch solche der Grossratsfraktion und der sozialdemokratischen Regierungsräte. ³²⁾ SP, A 1,8: Prot. v. 29.7. u. 30.9.05. ³³⁾ *ibid.*, Prot. v. 13.1.06. ³⁴⁾ Vw, 28.8.04, 29.4.06, 3.2.07, 3.3.09 u. 11.3.13. ³⁵⁾ Vw, 29.4.06. ³⁶⁾ Vw, 3.3.07 Fabrikarbeiter wären kaum in der Lage gewesen, die hohen Mitgliederbeiträge zu zahlen. ³⁷⁾ Fritz Heeb, Der Deutsche Arbeiterverein Basel 1832–1907, Festschrift zum 75jährigen Jubiläum, Basel 1907, S. 51. ³⁸⁾ Friedrich Schneider, Hieronymus Roggenbachs Erlebnisse, 1. Bd., Basel. 1943, S. 71 ff. (Roggenbach). ³⁹⁾ Vw, 29.4.06 u. 3.2.07. ⁴⁰⁾ Roggenbach, S. 41 Wer als politisch rechtloser Ausländer im damaligen Repressionsklima lebte, musste fast automatisch zum Träger revolutionären Bewusstseins werden und mit reformistischen Kreisen in Konflikt geraten. (Ms Gruner III, 6.34). ⁴¹⁾ Vw, Aug./Sept. 1902, passim. ⁴²⁾ Vw, 30.3. u. 13.4.04. ⁴³⁾ Vw, 19.8.02. ⁴⁴⁾ Roggenbach S. 46 ff. Abgesehen von dieser Wirkung im Ausland stand der Deutsche Arbeiterverein Basel deutlich im Schatten des Zürcher Arbeiterbildungsvereins «Eintracht» (seit 1908 Sozialdemokratischer Verein Eintracht). Dieser bedeutendste politische Arbeiterbildungsverein der Vorkriegs- und Kriegszeit, der auf seinem Höhepunkt über 1000 Mitglieder zählte und während Jahren als Vorort der deutschen Arbeitervereine in der Schweiz wirkte, bildete einen Mittelpunkt ideologischer Auseinandersetzungen innerhalb der internationalen Arbeiterbewegung. ⁴⁵⁾ Roggenbach, S. 84. ⁴⁶⁾ SP, H 4: Prot.buch d. Soz. dem. Club «Vorwärts», 1900–03. ⁴⁷⁾ Vw, 5.4.05. ⁴⁸⁾ Vw, 23.1.06. ⁴⁹⁾ Vw, 28.3.00. ⁵⁰⁾ Vw, 3.5.01. ⁵¹⁾ Vw, 31.10.05. ⁵²⁾ Vw, 29.1.07. ⁵³⁾ Jb. SP f. 1909 in Vw, 30.1.10. ⁵⁴⁾ Vw, 19.9.02 und passim. ⁵⁵⁾ Vw, 7.5.10; SP H 1: Prot. v. 7.9.12 und H 2: Prot. v. 1.10.12. ⁵⁶⁾ Vw, 1900/01 passim. ⁵⁷⁾ Christine Ragaz, Die Frau in der schweizerischen Gewerkschaftsbewegung, Stuttgart 1933, S. 32 ff. ⁵⁸⁾ Vw, 28.8.04 Um die Jahrhundertwende nahm der Fachverein der Schneiderinnen und Weissnäherinnen den Namen Stauffacherinnenverein an. Er stand weiterhin unter der Leitung von Frau Sophie Arnold und behielt seine Zugehörigkeit zum Arbeiterbund bei. Während der Arbeiterinnenverein unter Frau Vögelin seine Sitzungen im Claraschulhaus abhielt, fanden die Veranstaltungen des Stauffacherinnenvereins im Grütliheim statt. ⁵⁹⁾ Die Mitgliederbewegung gemäss dem seit dem 1. Mai 1906 erscheinenden Verbandsorgan «Die Vorkämpferin». ⁶⁰⁾ Ch. Ragaz, *op. cit.*, S. 15. ⁶¹⁾ SP, 1,2: Prot. d. Arbeiterinnenvereins Basel v. 13.5.06 u. 11.3.07; Vorkämpferin 1906 ff.; Clara Nef, Chronik des Bundes Schweizerischer Frauenvereine 1899–1914, o.O., o.J.; Nora Escher, Entwicklungstendenzen der Frauenbewegung in der deutschen Schweiz 1850–1918/19, Diss. phil I, Zürich 1985. ⁶²⁾ SP, E 1,2, passim. ⁶³⁾ *ibid.*, Prot. v. 29.10.06 u. 13.4.08; Vorkämpferin, April 1908. ⁶⁴⁾ Vorkämpferin, April 1907, Supplement. ⁶⁵⁾ *ibid.*, Febr. 1913. ⁶⁶⁾ SP, 1,2: Prot. v. 15.10.06 Maria Tabitha Schaffner (1863–1932) stand der religiös-sozialen Bewegung nahe. Den Weg dazu fand sie, wie so viele andere, durch den Münsterpfarrer Leonhard Ragaz. Neben der in Kapitel 1 erwähnten Broschüre über die Heimarbeiter in der Seidenbandindustrie der Stadt Basel verfasste sie eine Schrift über «Die Not des weiblichen Proletariats» (1912). Trotz ihren engen Beziehungen zu den Arbeiterinnenvereinen und der gelegentlichen Teilnahme an 1. Mai-Umzügen lag ihr daran, parteipolitisch unabhängig zu bleiben. 1916 wurde in ihrer Wohnstube die Vereinigung für Frauenstimmrecht Basel und Umgebung gegründet. Aus: Ausgewählte Kurzbiographien von sozial und politisch engagierten Basler Frauen, zus.gest. v. Anna Devecchi-Bertschmann, Basel

1977. ⁶⁷⁾ SP, E 1,2, passim. ⁶⁸⁾ Vorkämpferin, Nov. 1911 u. März 1912. ⁶⁹⁾ *ibid.*, Nov. 1913. ⁷⁰⁾ SP, E 1,2: Prot. v. 29.8.10. ⁷¹⁾ *ibid.*, Prot. v. 19.6.11; Vorkämpferin, Jan. 1912. ⁷²⁾ AZ, 10.4.1948. ⁷³⁾ Margrit Kissel u. Mascha Oettli, Sozialdemokratische Frauengruppen der Schweiz, Werden und Wirken, S.A. aus der Zeitschrift «Die Frau in Leben und Arbeit», 2.A., S. 4. Den letzten Forschungsstand darf man sich von der noch unveröffentlichten Zürcher Dissertation von Annette Berthoud-Frei, «Sozialdemokratie, Sozialismus und Frauenfrage in der Schweiz vor 1914», erhoffen. Dasselbe gilt von einer anderen im Entstehen begriffenen Zürcher Dissertation: Yvonne Pesenti, «Zur Lage der erwerbstätigen Frauen aus der Unterschicht um die Jahrhundertwende. Ein Beitrag zur Geschichte der Frauenarbeit in der Schweiz.» Beide Untersuchungen liegen als Lizentiatsarbeiten vor, konnten aber aus Zeitgründen und im Blick auf die bevorstehende, umfassendere Veröffentlichung nicht mehr eingesehen werden. ⁷⁴⁾ SP, E 1,2: Prot. v. 17.6.12. ⁷⁵⁾ Vw, 27.11.12; Roggenbach, S. 165 ff. ⁷⁶⁾ SP, E 2: Mitgliederverzeichnis. ⁷⁷⁾ Kissel/Oettli, *op. cit.*, S. 15. ⁷⁸⁾ Vorkämpferin, April 1911, Februar u. April 1913, April 1914. ⁷⁹⁾ Vw, 19.5. u. 17.10.96, 1.4.97. ⁸⁰⁾ Vw, 2.10.12; Der Jungbursche, März 1912. ⁸¹⁾ Vw, 27.4.10; Der Jungbursche, Oktober 1910. ⁸²⁾ Freie Jugend, Juli 1912. ⁸³⁾ Die Darstellung beruht auf folgenden Quellengrundlagen: Vorstandsprotokoll der soz. dem. Jugendorganisation Basel 1913/14; Prot. d. soz. dem. QV 1913/14; Vorwärts 1913/14; Freie Jugend 1913/14; Junge Garde, Jahrbuch d. soz. dem. Jugendorganisation Basel 1913. ^{83a)} Wenn das Bürgertum den damaligen «Jusos» und der kleinen Gruppe der radikalen Sozialdemokraten Basels den Internationalismus als Mangel an nationaler Solidarität auslegte, so zog es nicht in Betracht, dass die ökonomische Lage der schweizerischen Arbeiter in hohem Masse von den internationalen Wirtschaftsbeziehungen abhing. Denkt man daran, dass mit grösster Freizügigkeit fremdländische Lohnunterbieter und Streikbrecher importiert wurden, so versteht man, dass die Linke dem Vorwurf des «vaterlandslosen Sozialismus» denjenigen des «vaterlandslosen Kapitalismus» gegenüberstellte. Der Pazifismus derselben Kreise war letztlich darin begründet, dass sie den militaristisch gewordenen Staat der Vorkriegszeit nicht mehr als Volks-, sondern als Obrigkeitsstaat empfanden (Ms Gruner III, 8.4; Siegenthaler, *op. cit.*) ⁸⁴⁾ SP, F 6, passim u. J 1,3 (Allgemeine Kassenbücher 1911 ff.) ⁸⁵⁾ SP, J 1. ⁸⁶⁾ SP, J 1,2 (Allgemeine Kassenbücher 1899–1910). ⁸⁷⁾ Vw, 12.2.07. ⁸⁸⁾ SP, J 2. ⁸⁹⁾ Vgl. Anmerkungen 84 u. 86. ⁹⁰⁾ SP, F 6: Prot. v. 14.8.06. ⁹¹⁾ Vw, 17.1.09; Prot. QV Riehen u. Bläsi v. 23.3.11; Prot. QV St. Alban u. Breite v. 13.6.07; Prot. QV Spalen, v. 19.5.08, 7.6.10 u. 7.9.12; Prot. QV Horburg v. 12.4.10 u. 6.2.12. Dass geschlossene Arbeiterquartiere sich für die Agitation als besonders günstig erwiesen, wird in Basel vor allem durch das Horburgquartier bestätigt. ⁹²⁾ Vw u. QV-Prot., Febr.–Mai 1911. ⁹³⁾ Prot. QV Horburg, August–Oktober 1911. ⁹⁴⁾ Vw, 25.1.08. ⁹⁵⁾ Vw, 23.1.14. Statuten in der Bibliothek VPOD Basel.

Anmerkungen zum 4. Kapitel: Der Arbeiterbund im Zeitalter des Hochklassenkampfs, 1900–1914

¹⁾ Vw, 1900/01, passim. ²⁾ Nikolai Wassilieff, Der Arbeiterbund Basel und seine Institutionen, Basel 1906. ³⁾ Vw, 25.8.00 u. 13.4.04. ⁴⁾ Vw, 21.7.04. ⁵⁾ Vw, 28.8.04. ⁶⁾ Jahresbericht d. A.B. Basel f. 1911, Basel 1912. ⁷⁾ Vw, 8.9.06. ⁸⁾ Vw, 1900–14; Jahresberichte d. A.B. Basel aus demselben Zeitraum. ⁹⁾ Vw, 30.1.01. ¹⁰⁾ Vw, 23.7.03. ^{10a)} Nach Gruner lag zwischen 1900 und 1914 das Hauptgewicht der schweizerischen Arbeiterbewegung auf den Arbeiterunionen, wozu auch Basels Arbeiterbund gehörte. Sie bildeten die Grundlagen der beiden Hauptsäulen der organisierten Arbeiterschaft, der SPS und des SGB. ¹¹⁾ Wassilieff, *op. cit.* ^{11a)} Zwischen 1906 und 1914 entstanden in Basel lokale Sekretariate der Metallarbeiter (1906), der Handels- und Transportarbeiter (1907), der Lebens- und Genussmittelarbeiter (1908), der Holzarbeiter (1908/11), der Zimmerleute (1910), der Maurer (1912) und der Posamenten und Textilarbeiter (1913). Nach Ms Degen. ¹²⁾ Vw, 4.8.07. ¹³⁾ Vw, 9.8.07, 28.3. u. 9.10.08. ¹⁴⁾ Jb. d. A.B. Basel 1907/08 in Vw, 7.2.09. ¹⁵⁾ Wassilieff, *op. cit.* ¹⁶⁾ Vw, 23.7.03. ¹⁷⁾ Vw, 21.7.04, 25.7.05, 23.1. u. 21.7.06. ¹⁸⁾ Vw, 1. u. 15.12.06. ¹⁹⁾ Vw, 29.1.09. ²⁰⁾ Vw, 28.1.14. ²¹⁾ Vw, 8.4.05. ²²⁾ Vw, 1906–14, passim. ²³⁾ Vw, 1900–14, passim. ^{23a)} 1900 waren in der Schweiz erst vier lokale Arbeitersekretariate tätig: Bern (als erstes, seit 1890), Basel und die Arbeitskammern Zürich und Genf. 1914 gab es bereits deren 17. (Ms, Gruner II, 5.922). ²⁴⁾ Vorwärts! Nr. 1 der drei-

monatlichen Revue des Basler Arbeitersekretariats, Basel, Mai 1901 (Schw. Sozialarchiv, Zürich).
²⁵⁾ Vw, 25.8.00; Wassilieff, op. cit. ²⁶⁾ Vw, 30.9.00. ²⁷⁾ St.A. Basel, Handel und Gewerbe, AA 10; Vw, 23.7.03, 26.3. u. 21.7.04. ²⁸⁾ Vw, 21.7.04. Das schon seit Jahren zum Abbruch bestimmte baufällige Haus bildete einen krassen Gegensatz zum gegenüberliegenden «Hôtel des Trois Rois». Vgl. Christian Voigt, Robert Grimm, Kämpfer, Arbeiterführer, Parlamentarier, Eine politische Biografie, Bern 1980, S. 50. ²⁹⁾ Vw, 1900–05, passim. ³⁰⁾ St.A. Basel, Handel und Gewerbe, AA 10. ³¹⁾ Vw, 10.5.05. ³²⁾ Vw, 8. u. 24.2.06. ³³⁾ Vw, 13.3.06. ³⁴⁾ Vw, 21.7.06. ³⁵⁾ Vw, 28.6.06. ³⁶⁾ Vw, 12.7.07. ³⁷⁾ Vw, 9.10.08. ³⁸⁾ Vw, 9.1.09. ³⁹⁾ Vw, 1.10.09. ⁴⁰⁾ Vw, 27.1.11. ⁴¹⁾ Vw, 9.8. u. 27.9.12. ⁴²⁾ Bericht d. Arbeitersekretariates pro 1911. ⁴³⁾ Vw, 7.2., 16.5. u. 27.10.01; Broschüre Vorwärts 1901. ⁴⁴⁾ Broschüre Vorwärts 1901; Jahresbericht 1901/02. ⁴⁵⁾ Jahresbericht 1902/03. ⁴⁶⁾ ibid., 1905/06. ⁴⁷⁾ Wassilieff, op. cit. ⁴⁸⁾ Vw, 23.1. u. 15.5.10. ⁴⁹⁾ Vw, 22.9.01 u. 11.11.04. ⁵⁰⁾ Vw, 10.10.00 u. 29.10.02; Wassilieff, op. cit. ⁵¹⁾ Vw, 8.9.06. ⁵²⁾ Vw, 15.11.03. ⁵³⁾ Vw, 8.11.08. ⁵⁴⁾ Vw, 21. u. 23.1.10. ⁵⁵⁾ Vw, 6.9.11; Jahresberichte A.B. Basel 1911–13. ⁵⁶⁾ Jahresbericht Arbeiterbund 1911. ⁵⁷⁾ Vw, 15.11.12. ⁵⁸⁾ Vw, 6.10.12. ^{58a)} Marius Fallet wurde am 17.12.1876 in Grenchen geboren. Ursprünglich Uhrmacher, bildete er sich autodidaktisch weiter und war danach auch journalistisch tätig. In Basel wirkte der vermutlich Zweisprachige zunächst als Sekretär im VSK, wechselte dann aber ins Internationale Arbeitsamt über, wo er es bis zum Bürochef brachte. 1912 verfasste er die im 1. Kapitel erwähnte Schrift über die Arbeiter- und Angestelltenurlaube in der Schweiz. Als Vierzigjähriger doktorierte er 1917 noch an der Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Zürich mit einer Dissertation über «Die Geschichte der Uhrmacherkunst in Basel 1370–1874». (Auskünfte durch Beamte des Kontrollbüros und des Staatsarchivs Basel.) Unter den Parteimitgliedern, die Fallet noch von seiner SP-Tätigkeit her kannten, lebt niemand mehr. Weitere biographische Fakten konnten aus Zeitgründen nicht mehr beigebracht werden. ⁵⁹⁾ Vw, 11. u. 26.7.13; Jb. A.B. Basel 1912/13. ⁶⁰⁾ Jb. A.B. Basel 1913/14. ⁶¹⁾ Wassilieff, op. cit. ⁶²⁾ Jb. A.B. Basel 1905/06 in Vw, 8.9.06. ⁶³⁾ Vw, 9. u. 13.9.06. ⁶⁴⁾ Jb. A.B. Basel 1906/07 in Vw, 4.8.07. ⁶⁵⁾ Vw, 21.1.10. ⁶⁶⁾ Vw, 6.9.11. ^{66a)} Höchstwahrscheinlich wurde der neue Katalog nach deutschem Vorbild erstellt, gab doch der kurz zuvor gebildete zentrale Bildungsausschuss der SPD 1908 einen Musterkatalog für Arbeiterbibliotheken heraus. ⁶⁷⁾ Jb. A.B. Basel 1912/13. ^{67a)} Dieter Langewiesche und Klaus Schönhorn, Arbeiterbibliotheken und Arbeiterlektüre im Wilhelminischen Deutschland, in: Archiv für Sozialgeschichte, Bd. XVI, S. 135 ff. ⁶⁸⁾ Vw, 22.2. u. 23.4.02. ⁶⁹⁾ Vw, 1900–14, passim. ⁷⁰⁾ Vw, Febr. 1902. Gruner weist darauf hin, dass im Zeitalter des verschärften Klassenkampfes in den Arbeiter-Gesangvereinen ein allmählicher Übergang vom Volks- zum Tendenzlied stattfand. Die Chöre sollten als agitatorische Kraft auf das unorganisierte Proletariat wirken. (Ms Gruner III 8.63). ⁷¹⁾ Andreas Heusler, Schweizerische Verfassungsgeschichte, Basel 1920, S. 286. Die Stelle bezieht sich auf die Vorkriegszeit und nicht zuletzt auf Basel. Heusler wies bereits in seinen 1915/16 abgehaltenen Vorlesungen zur Schweizerischen Verfassungsgeschichte, die dem Buch zugrunde liegen, auf die hervorragende Bildungstätigkeit der Sozialdemokratie hin. Mündlicher Bericht von alt Bundesrichter Eugen Blocher.

Anmerkungen zum 5. Kapitel: Ideologische und taktische Kämpfe

¹⁾ Der Fatalismus und Attentismus, die passive Erwartung der «grossen Revolution» und damit des Endes des Kapitalismus, wie sie in der SPD, vor allem bei den Anhängern Kautskys weit verbreitet waren, scheinen der Basler Arbeiterschaft fremd geblieben zu sein. ²⁾ Über die Grundkonzeptionen Wullschlegers vgl. u.a.: Vw, 20.5. u. 24.11.00, Sept. 1904, 14.10.05, 7.5.08; BN 27.3. u. 18.4.09. ³⁾ 1899 trat der französische Sozialist Millerand in die linksbürgerliche Regierung Waldeck-Rousseau ein. Gegen diesen Kompromiss mit dem bürgerlichen Klassenstaat («Millerandismus») wendeten sich die Mehrzahl der sozialdemokratischen Parteien Europas. Dagegen entsprach diese «Politik der kleinen Schritte» den Wünschen der meisten einheimischen Arbeiter Basels: Spürbare Hebung des Lebensstandards durch Reform, nicht die klassenlose Gesellschaft über die proletarische Revolution und die Diktatur des Proletariats war ihr wichtigstes Anliegen. ⁴⁾ SP, F 6: Prot. v. 8.5. u. 22.7.03; G 1: Prot. v. 30.6., 12. u. 16.10.03; Vw,

Mai–Juli 1903. ^{4a)} Über die in der deutschen bzw., deutschsprachigen Arbeiterbewegung üblichen Anreden vgl. Herbert Bartholmes, Bruder, Bürger, Freund, Genosse und andere Wörter der sozialistischen Terminologie. Wortgeschichtliche Beiträge. Diss. Göteborg 1970. ⁵⁾ Vw, Sept. 1904. ⁶⁾ Vw, 29.10. u. 1.11.04. ⁷⁾ SP, F 6: Prot. v. 10.11.04; Prot. v. 23.11.04; Vw, 1905, passim. ⁸⁾ Vw, 1905, passim. Der Klassenkampf von rechts (Arbeitgeber) und von oben (der bürgerliche Staat) führte dazu, dass die organisierte Arbeiterschaft den Glauben an die Vorzüge der direkten Demokratie verlor. Gruner spricht in diesem Zusammenhang von der «Demokratiedämmerung» seit der Jahrhundertwende. ⁹⁾ St.A., Regierungsratsprotokolle v. 10., 17. u. 21.11.06. ¹⁰⁾ Vw, 1906, passim; BN, 28.8.06. ¹¹⁾ Die eigentliche Parteibasis wurde allerdings von den dogmatischen Auseinandersetzungen kaum berührt. Der «Durchschnitts-Sozialdemokrat» Basels baute sich aus «Vorwärts»-Artikeln, Reden der Parteiführer und Arbeitersekretäre und aus gelegentlicher Lektüre politischer oder populärwissenschaftlicher Broschüren eine «Weltanschauung» auf, die am ehesten als eklektischer Vulgärmarxismus bezeichnet werden könnte. (Aussagen von Parteiveteranen, v.a. Dr. Eugen Blocher und Friedrich Schneider). Wichtiger als die Ideologie war das Klassenbewusstsein, die proletarische Mentalität im Sinne Theodor Geigers. Es entsprang dem Gefühl, ausgebeutet zu werden, und der Überzeugung, die Lage nur durch unbedingte Solidarität verbessern zu können. ¹²⁾ SP, F 6: Prot. v. 5.3.07; Vw, 5.4.07; BN, 1/2.3.07. ¹³⁾ Vw, 1904–14, passim, u.a. 3.2.04, Okt. 08, 6.3.10, 20.3.12, 23.11.13, Jan.–Juli 14; BN, 13.5. u. 21.12.12; Markus Mattmüller, Leonhard Ragaz, Bd. 1, Zollikon 1957, ab. S. 84, passim. ^{13a)} Der demokratische Sozialismus der Basler Parteiführung fand sich bestätigt in der demokratisch-reformistischen Grundhaltung der SP des Nachbarlandes Baden. Vgl. Jörg Schadt/Wolfgang Schmierer, Die SPD in Baden-Württemberg und ihre Geschichte. Von den Anfängen der Arbeiterbewegung bis heute. Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1979. ¹⁴⁾ Vw und BN, Nov. 1912. Ausführliche Darstellung mit Quellenverweisen bei Markus Mattmüller, Leonhard Ragaz, Bd. 2., Zürich 1968, S. 3 ff.; ferner: Bernard Degen, Krieg dem Kriege! Der Basler Kongress der Sozialistischen Internationale. Gewerkschaftsrundschau, Heft 10, Okt. 1982. Das Protokoll (Ausserordentlicher Internationaler Sozialistenkongress zu Basel am 24. und 25. November 1912, Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin 1912) konnte nicht mehr eingesehen werden. Georges Haupt, der beste Kenner der II. Internationale, macht allerdings auf die Subjektivität und Parteilichkeit des deutschen Protokolls des Basler Kongresses aufmerksam, in: Georges Haupt, Programm und Wirklichkeit, Die internationale Sozialdemokratie vor 1914, Neuwied und Berlin 1970, S. 62 f. ¹⁵⁾ Karl Lang, Kritiker, Ketzer, Kämpfer. Das Leben des Arbeiterarztes Fritz Brupbacher, Zürich (1975).

Anmerkungen zum 6. Kapitel: Der «Basler Vorwärts» im Zeitalter des Hochklassenkampfs

¹⁾ Wie das 5. Kapitel des ersten Bandes (Vom «Basler Arbeiterfreund» zum «Basler Vorwärts») stark gekürzte Fassung eines bereits veröffentlichten Beitrags des Verfassers: Wilfried Haeblerli, Die sozialdemokratische Presse in Basel bis zum Ersten Weltkrieg, in: Basler Stadtbuch 1970, S. 69–107. Wichtigste Quellengrundlagen: SP-Archiv im Staatsarchiv Basel und Basler Vorwärts, 1900–1914, passim. Ferner wurden konsultiert: – Fritz Blaser, Bibliographie der Schweizer Presse, 2 Bde, Basel 1956/58. – Kurt Bürgin, Statistische Untersuchungen über das schweizerische Zeitungswesen 1896–1930, Diss. Leipzig 1939. – Hans Joneli, Die bewegte Geschichte der Basler Arbeiterpresse, in: Jubiläumsnummer der Arbeiterzeitung, 1. Februar 1946. – Friedrich Schneider, op.cit. ²⁾ Ausserordentliche Dienste leistete dem Parteiblatt Grossrat Adam Müller-Ott. Nach Ms Gruner (III, 6.8) verfasste er innerhalb von 16 Jahren 16 000 Berichte für den Vorwärts, pro Jahr also 1000!

Anmerkungen zum 7. Kapitel:

Die Sozialdemokratie und die Genossenschaftsbewegung im Zeitalter des Hochklassenkampfs

¹⁾ Vw, 3.1.01; 1865–1955, Zum 90jährigen Jubiläum des Allgemeinen Consumvereins beider Basel, Ein geschichtlicher Rückblick von alt Direktor Eugen Stoll, hgg. v. ACV beider Basel (Maschinenschrift), abgek. Stoll, S. 67. ²⁾ Vw, 17.2.01; Archiv ACV, Verwaltungsrats- u. Genossenschaftsratsprotokolle, Febr./März 1901, passim. ³⁾ Vw, 26.3.01. ⁴⁾ Karl Pettermand, Der Allgemeine Consumverein in

Basel, Darstellung seiner Entstehung und Entwicklung im Zusammenhang mit der staatlichen und privaten Wohlfahrtspflege Basels, Basel 1920, abgek. Pettermand, S. 247 ff.; Stoll, S. 34 f. ⁵⁾ Vw, 18.3., 4., 19. u. 20.4., 1. u. 3.6.1900; Behördenverzeichnis ACV 1900; Stoll, S. 34 f. ⁶⁾ Vw, 16.8. u. 19.9.01. ⁷⁾ Vw, Mai/Juni 01, passim; Pettermand, S. 249. ⁸⁾ Vw, 17.6. u. 5.7.02; Behördenverzeichnis ACV 1902; Jahresbericht des ACV für 1902. ⁹⁾ Vw, 16.6.03; Jb. d. ACV f. 1903. ¹⁰⁾ Vw, 20. u. 22.6.05. ¹¹⁾ Prot. d. Genossenschaftsrats v. 4.7.05. ¹²⁾ Vw, 25.6.05. ¹³⁾ Vw, 6.7.05. ¹⁴⁾ Vw, 12. u. 28.6. u. 4.7.06, 11. u. 29.6. u. 11.7.07, 10.6.08; Prot. d. Genoss.rats v. 26.6. u. 2.7.06, 27.6. u. 1.7.07, 24.6.08 u. 23.6.09. ¹⁵⁾ Prot. d. Genoss.rats v. 25.6.09. ¹⁶⁾ Stoll, S. 357. ¹⁷⁾ Vw, Mai 1910, passim; Prot. d. Genoss.rats v. 6.6.10; Fachvereins- u. Quartiervereinsprot. vom Mai 1910. ¹⁸⁾ Prot. d. Genoss.rats (Bürositzung) v. 9.6.10. ¹⁹⁾ *ibid.*, 30.6.13. ²⁰⁾ *ibid.*, 11.7.13. ²¹⁾ Vw, Mai/Juni 1901, passim; Prot. d. Genoss.rats v. 27.6.01; Pettermand, S. 249. ²²⁾ Vw, 21.5. u. 29.6.01. ²³⁾ Vw, Mai 1904, passim; Prot. d. Genoss.rats v. 19.4.04; Prot. d. Urabstimmung v. 27.5.04. ²⁴⁾ Prot. d. Genoss.rats v. 8.5. u. 3.7.08, Jan./Febr., 15.3. u. 15.4.10. ²⁵⁾ Pettermand, S. 250; Stoll, S. 356. ²⁶⁾ Prot. d. Genoss.rats v. 8. u. 19.7., 29.8, 9.9., 14.10. u. 25.11.10. ²⁷⁾ Hans Müller, Geschichte der internationalen Genossenschaftsbewegung, Halberstadt 1924; in: Soziale Organisation der Gegenwart, Forschungen und Beiträge, hgg. v. Prof. Dr. Ernst Grünfeld, Nr. 1, S. 77 ff. ²⁸⁾ *ibid.*, S. 113 ff. ²⁹⁾ *ibid.*, s. 124 ff. ³⁰⁾ *ibid.*, S. 182 f., S. 190 ff., S. 198 f. ³¹⁾ Vw, 5./6.5.05. ³²⁾ Oskar Schneeberger, Beziehungen zwischen Gewerkschaften und Genossenschaften, Bern 1912, S. 20; Hans Müller, Leitsätze über das Verhältnis der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung zu den Konsumgenossenschaften, Basel VSK 1906. ³³⁾ Schneeberger, *op. cit.*, S. 20; Schweizerischer Konsumverein, 12.8.05. ³⁴⁾ Schweiz. Konsumverein, Jg. 7 (1907), Nrn. 34–37, im selben Jahr als Broschüre veröffentlicht als 6. Heft der Genossenschaftlichen Volksbibliothek, Verlag d. VSK, Basel. ³⁵⁾ Schweizerischer Konsumverein, 6.5., 23. u. 30.9.11, 23.3.12; Schneeberger, *op. cit.*, S. 20 ff. ³⁶⁾ Vorstandsprot. der soz.dem. Jugendorganisation Basel 1913. ³⁷⁾ Prot. d. Genoss.rats v. 31.1.01. ³⁸⁾ *ibid.*, 18.1.02. ³⁹⁾ *ibid.*, 12. u. 26.5. u. 4.7.05; Vw, 14.5.05. ⁴⁰⁾ Vw, 6.1.13; Prot. d. Genoss.rats v. 5.12.13. ⁴¹⁾ Vorwärts! Nr. 1 der dreimonatlichen Revue d. Basler Arb.sekretariats, Mai 1901, S.17 f. ⁴²⁾ Jb. d. ACV f. 1904, S. 4. ⁴³⁾ 18. Jahresbericht d. New Yorker Arbeitsamts, abgedr. im Genossenschaftlichen Volksblatt v. 10.9.04. ⁴⁴⁾ Bericht d. AB Basel f. die Jahre 1912/13, S. 26 f. Jb. d. ACV f. 1911 und 1913; Prot. d. Genoss.rats v. 9.8., 24. u. 30.11.11. ⁴⁵⁾ Schweizerischer Konsumverein u. Genossenschaftliches Volksblatt, Jahrgänge 1902/03. ⁴⁶⁾ Vw, Jan.–März 1903, passim. ⁴⁷⁾ Vw, 17.3.03; Genossenschaftliches Volksblatt, 28.3.03. ⁴⁸⁾ SP, G 1: Prot. v. 3.11.03; Vw, 17.6., 1. u. 6.9.04; BN, 14.11.03; Stoll, S. 69. ⁴⁹⁾ Vw, 21.9. u. 13.10.00; Prot. d. Genoss.rats v. 20.9.00; Stoll, S. 67 u. 75. ⁵⁰⁾ SP, G 2: Prot. v. 6.7.09; Prot. d. Genoss.rats v. 7.10. u. 2.11.08; BN, 11.2.08, 26.6. u. 10.7.09. ⁵¹⁾ Vw, 9. u. 12.6.06; Genoss. Volksblatt, 23.2.06; Stoll, S. 77. ⁵²⁾ SP, G 2: Prot. v. 9.10.11; Prot. d. Genoss.rats v. 6.1.11; BN, 10.11.11. ⁵³⁾ Vw, 14.10.99, 27.1., 7.4. u. 1.7.00; Broschüre 1900–1950, 50 Jahre BWG. ⁵⁴⁾ Vw, 8.6.07. ⁵⁵⁾ BN, 29.6.07. ⁵⁶⁾ BN, 11.3.11; Broschüre BWG. ⁵⁷⁾ SP, G 2: Prot. v. 15. u. 22.4.12; BN, 20.4.12. ⁵⁸⁾ Vw, 5.9. u. 1.10.12; Broschüre BWG. ⁵⁹⁾ Eine andere Form der Unterstützung stellte der kollektive Beitritt der soz.dem. Quartiervereine zur BWG dar, wie er etwa für den QV Horburg nachgewiesen ist, Vgl. SP, H 2: Prot. v. 17.1.11. ⁶⁰⁾ Genoss. Volksblatt, 15.10.15.

Anmerkungen zum 8. Kapitel: Die führenden Männer

¹⁾ Die den Untersuchungen dieses Kapitels zugrunde liegenden Angaben über die persönlichen Verhältnisse der Partielite wurden in mühsamer Kleinarbeit gewonnen aus den Eintragungen im Kontrollbüro, im Zivilstandsamt und im Bürgerrechtsregister und ergänzt durch Stichproben in den Adressbüchern und im Regionenbuch, vor allem aber durch Nekrologe im Basler Vorwärts, in der Arbeiterzeitung, in den Basler Nachrichten und in der Nationalzeitung. Von grosser Bedeutung erwiesen sich für das Problem der Parteiführung die Zeugnisse der indessen verstorbenen Parteiveteranen alt Bundesrichter Dr. Eugen Blocher, alt Nationalrat Friedrich Schneider, alt Gewerkschaftssekretär Emil Wirz und alt Grossrat Albert Abt. Obschon die Befragten unabhängig voneinander mündlich und schriftlich Auskunft gaben, stimmten ihre Aussagen in derart hohem Masse überein, dass an ihrem Wahrheitsgehalt kaum Zweifel bestehen können.

nen. Ein Gesamteindruck liess sich aus der genauen Kenntnis der lokalen Parteizeitung von deren Anfängen bis 1914 gewinnen. Für die methodischen Fragestellungen ist der Verfasser vor allem Robert Michels und Maurice Duverger verpflichtet. Der den Parteiveteranen vorgelegte Fragebogen beruhte auf den Anregungen folgender Werke: Robert Michels, *Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie*, Untersuchungen über die oligarchischen Tendenzen des Gruppenlebens, Stuttgart 1957. Derselbe, *Über die Arbeitsmittel zur Herstellung bibliographischer und historischer Schriften über die moderne Arbeiterbewegung*, in: *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik*, Bd. 32 (1911), S. 518 ff. Derselbe, *Die deutsche Sozialdemokratie*, in: *Archiv für soziale Gesetzgebung*, Bd. 23 (1906), S. 471 ff. Derselbe, *Psychologie der antikapitalistischen Massenbewegungen*, in: *Grundriss der Sozialökonomik*, IX. Abt., 1. Teil, Tübingen 1926, S. 241–359. Robert Blank, *Die soziale Zusammensetzung der sozialdemokratischen Wählerschaft Deutschlands*, in: *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik*, 20. Bd. (1905), S. 507 ff. Gerhard A. Ritter, *Die Arbeiterbewegung im Wilhelminischen Reich*, Berlin 1959. Maurice Duverger, *Les partis politiques*, 3. A. Paris 1958. Von der neueren Michels-Literatur wurde nur ein Werk durchgearbeitet: Rolf Ebbighausen, *Die Krise der Parteiendemokratie und die Parteiensoziologie*, Diss. Fr. Un. Berlin 1969. Michels wurde 1876 in Köln geboren, stiess in den neunziger Jahren als bürgerlicher Überläufer zur SPD, nahm an den Auseinandersetzungen der internationalen sozialistischen Bewegung teil, zog sich aber 1907 enttäuscht daraus zurück. Wegen seiner sozialistischen agitatorischen Tätigkeit war ihm eine Habilitation in Deutschland verunmöglicht. Deshalb P.D. für Nat. oek. in Turin, 1914 Professur für Nat. oek. und Statistik in Basel, 1928 in Perugia und Rom, Annäherung an den Faschismus. 1936 gestorben. Michels geht in den Spuren des Contrat Social von der Unvereinbarkeit des parlamentarischen Systems mit der Demokratie aus. Seine radikaldemokratische Position hat anarcho-syndikalistischen Einschlag. Reformismus und damit Parlamentarismus sind für M. Verrat sowohl am Marxismus wie an der radikalen Demokratie. Die soz. dem. Parteien seien aus einem Mittel zum Selbstzweck geworden. Die Organisation, die politische wie die gewerkschaftliche, trage den Keim der Oligarchie in sich: «Die Organisation ist die Mutter der Herrschaft der Gewählten über die Wähler.» Die neuere Parteiensoziologie wirft Michels vor, er habe die Tendenz der Bürokratisierung und Oligarchisierung nur von ihren antidemokratischen Folgen her beurteilt. Der Verfasser dieser Arbeit ist Michels für mancherlei methodische Anregungen verpflichtet. Im übrigen hat er dessen Thesen ausschliesslich als wissenschaftliche Hypothesen benutzt. Wie weit sie empirisch an den Basler Verhältnissen erhärtet werden können, wie weit sie für schweizerische Verhältnisse beschränkt oder gar nicht zutreffen, soll so konkret wie möglich in diesem Kapitel behandelt werden. ²⁾ BN, 10.5.44. ^{2a)} Gruner bezeichnet das Jahrzehnt von 1890 bis zur Soltthurner Hochzeit von 1901 in der schweizerischen Arbeiterbewegung geradezu als «Ära Wullschleger». W. sei zusammen mit Otto Lang, dem Verfasser des Parteiprogramms von 1904, der einzige Führer mit absoluter Autorität in der SPS gewesen, vielleicht überhaupt der einzige, der sowohl im Schw. Gr. V. wie in der SPS allgemeine Anerkennung gefunden habe. Diese Stellung habe auf dem intellektuell und charakterlich überdurchschnittlichen Format und auf dem «Praktizismus» des Basler Arbeiterführers beruht, nicht zuletzt aber auch auf dem hohen Geschick der Konfliktbewältigung. Parteiveteranen heben hervor, dass die hohe und in den früheren Jahren ausgesprochen aufrechte Gestalt Wullschlegers zum Respekt beigetragen habe, mit dem ihm auch Parteigenossen begegnet seien. Ms Gruner, III, Kap. 2/3. ³⁾ BN, 14.7.12. ⁴⁾ Lüthi, op. cit. S. 41 ff. ⁵⁾ Die ausgeprägten Genossenschaftspolitiker Jaeggi und Angst haben auf die häufigen Vorwürfe, sie trieben einseitige Konsumentenpolitik, jeweils auf ihre bäuerliche Herkunft und das damit verbundene Verständnis für die Probleme der Produzenten hingewiesen. ^{5a)} Grimm besuchte in den Jahren der turbulentesten Arbeitskämpfe und der dauernden Überlastung nationalökonomische Vorlesungen an der Universität, wahrscheinlich bei Prof. Koeck Voigt, op. cit., S. 52. ⁶⁾ Hennoch Brin, *Zur Akademiker- und Intellektuellenfrage in der Arbeiterbewegung*, Diss. phil. I Basel, Strassburg 1928; Robert Michels, passim.

Anmerkungen zum 9. Kapitel: Politische Wirksamkeit (Wahlen und Abstimmungen)

A Wahlen

¹⁾ Vw, 25.11.00, 2. u. 26.10.01. ²⁾ Ein Korrespondent, wahrscheinlich Joneli, berechnete die Stimmenzahl der SP beim ersten Wahlgang in den einzelnen Quartieren wie folgt: Horburg 42,8%, Bläsi 31,9%, Riehenquartier 22,7%, St. Johann 20,1%, Spalen 19,9%, Stadt 19,8%, Aeschen 16%, St. Alban 13,9%, Steinen 10,7%. ³⁾ Vw u. andere Basler Zeitgen, April/Mai 1902; Adressbücher; Akten des Kontrollbüros. ⁴⁾ Vw u. andere Basler Zeitgen, April/Mai 1905. ⁵⁾ Vw u. andere Basler Zeitgen, April/Mai 1908. ⁶⁾ Vw, 2.2. u. 11.3.11. ⁷⁾ Vw u. andere Basler Zeitgen, April/Mai 1911. ⁸⁾ Wilfried Haerberli, Geschichte der Staatspersonalorganisationen im Rahmen der Basler Arbeiterbewegung bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs, in: VPOD, Jubiläumsschrift 75 Jahre Sektion Basel, Basel 1966, S. 8–25 (abgek. Haerberli, VPOD). ⁹⁾ Lüthi, op. cit., Tabelle 25. ¹⁰⁾ Vw, 25.1.14. ¹¹⁾ Vw u. andere Basler Zeitgen, April/Mai 1914; Adressbuch 1914: Kontrollbüro. ^{11a)} Der prozentuale Anteil der soz. dem. Gr R-Mandate im Kt. Basel-Stadt stieg von 4,6 zu Beginn der neunziger Jahre auf 36,2 in den Jahren 1911/12. Landesweit betrug der Anteil der Sozialdemokratie in den kantonalen Parlamenten kurz vor Kriegsausbruch 10,5%. Der Stadtkanton Basel stand deutlich an der Spitze; es folgten Neuenburg mit 29,2% und Zürich mit 20,7%. (Ms Gruner III, 3. Kap.). ¹²⁾ Vw, 10.5. u. 10.10.02. ¹³⁾ SP, G 1–G 3: Prot. d. soz.-dem. Grossratsfraktion. Die Protokolle werden in der Folge in diesem Kapitel nicht mehr zitiert, da sonst der Verweisapparat überlastet würde. Die folgenden Ausführungen beruhen aber fast völlig darauf. ¹⁴⁾ Gruner, Parteien, S. 205. ¹⁵⁾ BN, 12.5.08. ¹⁶⁾ ibid. ¹⁷⁾ Haerberli, VPOD, passim. ¹⁸⁾ SP, F 6: Prot. v. 16.11.03. ¹⁹⁾ Vw, 6.4.00 u. 4.2.02. ²⁰⁾ Vw, 16.5.02. ²¹⁾ BN, 15.4.10. ²²⁾ BN, 9.6.11. ²³⁾ BN, 29.5.14. ²⁴⁾ SP, F 6: Prot. v. Jan.–Mai 1902; Vw u. andere Basler Zeitgen, Jan.–Mai 1902. ²⁵⁾ Braunthal, op. cit., S. 282 ff. ²⁶⁾ Vw u. andere Basler Zeitgen, April/Mai 1905. ²⁷⁾ Vw u. andere Basler Zeitgen., Jan./Febr. 1906. ²⁸⁾ SP, F 6: Prot. v. 17.1.07. ²⁹⁾ Vw, Jan. 1907. ³⁰⁾ Vw, April/Mai 1908. ³¹⁾ Vw, Jan.–März 1910. ³²⁾ Vw, Sept./Okt. 1910. ³³⁾ Vw u. andere Basler Zeitgen, Jan.–Mai 1911 Die starke Position der SP in der kantonalen Exekutive der unmittelbaren Vorkriegszeit stellte in der Schweiz eine Ausnahmesituation dar. ³⁴⁾ Vw u. andere Basler Zeitgen, März–Mai 1914. ³⁵⁾ Vw, 25.11. u. 1.12.03. ³⁶⁾ Vw, Nov. 1904. ³⁷⁾ Vw, Nov. 1906. ³⁸⁾ Vw, Nov. 1909. ³⁹⁾ Vw, Nov. 1912. ⁴⁰⁾ Vw, Okt./Nov. 1901, 20.6.02, Jan./Febr. u. Okt./Nov. 1904, Okt./Nov. 1907, Mai 1909. 1.11.10; VBL 23.1.03. ⁴¹⁾ Vw, Dez. 1911–Febr. 1912. ⁴²⁾ Vw, Nov. 1913. ⁴³⁾ Vw, Aug. 1902. ⁴⁴⁾ Gruner-Frei, Die Schweizerische Bundesversammlung, 1848–1920, Band 1: Biographien, Bern 1966, S. 441. ⁴⁵⁾ Vw, Okt./Nov. 1902. ⁴⁶⁾ SP, G 1: Prot. v. 13.9.05; Vw u. andere Basler Zeitgen, Okt./Nov. 1905. ⁴⁷⁾ Vw u. andere Basler Zeitgen, Okt./Nov. 1908. ⁴⁸⁾ SP, F 6: Prot. v. 13.2. u. 19.3.07. ⁴⁹⁾ Vw, 27.9.11; Brief der Parteileitung SPS v. 26.9.11; persönliche Aussagen der Parteiveteranen Abt und Wirz. ⁵⁰⁾ Vw u. andere Basler Zeitgen, Okt./Nov. 1911. ⁵¹⁾ Vw, Dez. 1910–Febr. 1912. ⁵²⁾ Vw, Okt. 1902. ⁵³⁾ Vw, Okt. 1905. ⁵⁴⁾ Vw u. BN, Okt. 1908. ⁵⁵⁾ Vw, Okt. 1911.

B Abstimmungen

¹⁾ SP, F 6: Prot. v. 27.9.98; Vw, 23. u. 27.9., 14.10.98; Erich Gruner, Edmund von Steiger, Dreissig Jahre Neuere Bernische und Schweizerische Geschichte, Bern 1949, S. 232 ff. ²⁾ SP, F 6: Prot. v. 11.10.00; Vw, Sept./Okt. 00; Gruner, von Steiger, S. 237. ³⁾ Vw, 24. u. 26.11.08. ⁴⁾ Vw, Okt. 1910. ⁵⁾ Vw, 22.1.14. ⁶⁾ Vw, 22.1., 12.2. u. Oktober 1903; BN, Okt. 1903; Peter Dürrenmatt, Schweizergeschichte, Bern 1957 ff., S. 723. ⁷⁾ Vw, 30.3.04; Prot. d. Zweiten Parteitags der SPS v. 4. Okt. 1903 in Olten. Beat Junker, Eidgenössische Volksabstimmungen über Militärfragen um 1900, Diss. phil./hist. Bern 1953, S. 95 ff. ⁸⁾ Vw, 12.11.04, Okt./Nov. 1907; Parteitagsprot. SPS 1904–07; BN, 23.9. u. 15.10.07; Junker, op. cit., passim. ⁹⁾ Vw, 25.1. u. Mai 1900; Gruner, von Steiger, S. 298 ff. ¹⁰⁾ Vw, Jan./Febr. 1912. ¹¹⁾ Vw, Okt. 1903. ¹²⁾ Vw, Juni 1906. ¹³⁾ Vw, Juni/Juli, Okt. 1908. ¹⁴⁾ Vw, 22.1.1913. ¹⁵⁾ Schweiz. Blätter für Wirtschafts- und Sozialpolitik, 1901, Heft 22. ¹⁶⁾ SP, F 6: Prot. v. 28.7.04; Vw, 30.7., 9. u. 13.10., 23. u. 25.11.04, 27.1. u. Febr. 1905; BN, 24.11.04 u. 27.1.05. Mit der Einführung des Proportionalwahlrechts auf kantonalem Boden fiel für die SP allerdings auch die Möglichkeit

weg, das offensichtlich ungerechte Majoritätswahlrecht in der Agitation zu brandmarken. Umso schärfer wurden die Angriffe gegen den Majorz auf eidgenössischer Ebene. ¹⁷⁾ Vw, 12.2.03, 25.3., 15.4., 5. u. 10.5.04; BN, 25.3. u. 15.4.04. ¹⁸⁾ Vw, 27.1. u. Juni 1911; BN, 25.3.11. ¹⁹⁾ Vw, 26.2.10. u. 28.1.11; BN, 26.2.10 u. 28.1.11. ²⁰⁾ Vw u. BN, 9.5.13. ²¹⁾ SP, G 1: Prot. v. 6.10.03, G 3: Prot. v. 8.2. u. 14.12.14; BN, 23.10.03 u. 20.5.14. ²²⁾ St. A., Bürgerrecht B 4–5; Statist. Jb. d. Kt. Basel-Stadt 1963, S. 20; Vw, 1898–1902, passim; BN, 11.3.98. ²³⁾ Gedenkschrift an Johann Frei-Sandmeier, Basel 1932; Aussage von alt Nat.rat Friedrich Schneider. ²⁴⁾ Das Protokoll dieser Versammlung, das wesentliche Aufschlüsse über die Haltung des Parteivolks hätte geben können, ist leider verloren. ²⁵⁾ SP, G 2: Prot. v. 19.2., 12. u. 19.3.06 u. 21.1.09; Vw, Okt./Nov. 1906, Jan. u. März 1910; BN, 23.3. u. Okt./Nov. 1906, 23.1.09, Jan./Febr. 1910; P. Burckhardt, Stadtgeschichte, S. 340 ff. ²⁶⁾ SP, G 2: Prot. v. 22.1., 5.2. u. 23.4.06; Vw, 12. u. 15.5.06; BN, 23./24.2.06. ²⁷⁾ SP, F 6: Prot. v. 8.7.03; Vw, Juni/Juli 1903. ²⁸⁾ BN, 12.2.04. ²⁹⁾ SP, G 2: Prot. v. 28.10.12 u. 20.1.13; Vw, 11.11.11 u. 1912/13, passim; 15.3.14; BN, 9.12.05, 24.1. u. 17.2.13. ³⁰⁾ SP, G 2: Prot. v. 22.4.12; Vw, 5.9. u. 1.10.12, Jan./Febr. 1914. ³¹⁾ Vw, 1900–14, passim. ³²⁾ SP, G 1: Prot. v. 3.11.03 u. vom Jahr 1904, passim; Vw, 1904, passim; BN, 14.11.03, Jan. u. Dez. 1904, 28.4.05. ³³⁾ SP, G 3: Prot. v. 9.6. u. 3.11.13. ³⁴⁾ SP, G 2: Prot. v. 12.10.10; BN, 26.2.04 u. 30.3.12. ³⁵⁾ SP, F 6: Prot. v. 21.2.05, G 2: Prot. v. 21.1.05, G 1: Prot. v. 7.2.05; Vw, 10.3.05, 5.1.10, 14.2., 9. u. 20.6.11 u. 20.2.12; BN, 10.3. u. 28./29.4.05, 19.12.08, 21.1.09 u. 16.3.12. ³⁶⁾ Vw, 26.3. u. 29.4.00, 20.10.01, 13.2. u. 11.7.02. ³⁷⁾ Vw, 14.11.01 u. 15.2.02. ³⁸⁾ Wir verzichten in diesem Zusammenhang auf Belege, da diese den Rahmen der Arbeit sprengen würden. ³⁹⁾ SP, F 6: Prot. v. 3.9.01 u. 25.5.05; St. A., Handel und Gewerbe, AA 10; Vw, 6.8.01, 8.10.02, 8.1., 30.4., 14. u. 20.6.05; BN, 28.4.05; N. Wassilieff, Die Arbeitsverhältnisse in unseren Bäckereien, Basel 1901; Robert Grimm, Zur Lage der Arbeiter in den Bäckereien von Basel, Basel 1907. ⁴⁰⁾ SP, G 2: Prot. v. 5.2., 19. u. 22.6.12; BN, 9.2., 25.5., 28.6.12. ⁴¹⁾ SP, G 2: Prot. v. 9. u. 11.7. u. 11.9.06; BN, 29.6. u. 14.9.06. ⁴²⁾ Haeberli, VPOD, S. 24. ⁴³⁾ SP, G 2: Prot. v. 9. u. 16.12.12 u. 3.2.13; Vw, Febr. 1913; BN, 14. u. 19.12.12, 24.1., 7., 21. u. 24.2.13. ⁴⁴⁾ SP, G 1: Prot. v. 11.1. u. 10.10.04; Vw, 15.10.04; BN, 15.10.04. ⁴⁵⁾ SP, G 1: Prot. v. 16.5.05; Vw, Mai–Juli 1905; BN, Mai–Nov. 1905. ⁴⁶⁾ Vw, 1.12.06; BN, 30.11. u. 1.12.06. ^{46a)} Die Jungfernrede des Sechszwanzigjährigen dürfte die längste Rede gewesen sein, die je im Basler Grossen Rat gehalten wurde, dauerte sie doch volle drei Stunden. In seinen Erinnerungen schreibt Grimm: «Ich fing gleichsam bei Adam und Eva an, erzählte geschichtliche Episoden aus dem Werden des Kapitalismus und aus der Schweizer Freiheitsgeschichte und endigte schliesslich mit einer flammenden Kampfansage gegen den verhassten Paragraphen 164.» Vgl. Voigt, op. cit., S. 54 f. ⁴⁷⁾ SP, G 2: Prot. v. 27.4.07; Vw, April–Dez. 1907; BN, 3./4.5., 7.6., 10. u. 22.9.07. ⁴⁸⁾ SP, G 2: Prot. v. Juni–Dez. 1910; Vw, 11./12.10.12; BN, 12.11.10, 1.7.11. u. 11.10.12. ⁴⁹⁾ SP, G 3: Prot. v. Juni/Juli 1913; Vw, Juni/Juli 1913; BN, Mai–Juni 1913. ⁵⁰⁾ Haeberli, VPOD, S. 21 f. ⁵¹⁾ Vw, 12.10, 23./24.11.00. ⁵²⁾ Vw, 15.1.01, u. 23.6.04. ⁵³⁾ St. A., Bauakten, DD 26, Burgvogtei, Volkshaus. ⁵⁴⁾ Vw, Nov. 1908. ⁵⁵⁾ St. A., Bauakten, DD 26 u. 26a; SP, G 3: Prot. v. 26. u. 31.5.13; Vw, Mai/Juni 1913; BN, 21.2.13 u. 13.2.14; NZ, 6.1.24.

Quellen und Literatur

A Ungedruckte Quellen

I Staatsarchiv Basel (StA)

Archiv der Sozialdemokratischen Partei Basel-Stadt

(Privatarchive 716, zitiert: SP)

A Schweizerischer Grütliverein, Sektion Basel (1844–1925)

B Internationale Arbeiterassoziation, Sekt. Basel (1868–1876)

E Frauenorganisationen (ab 1887)

F SP Baselstadt: Versammlungs- und Vorstandsprotokolle, Verschiedene Arbeitervereine (1870–1908)

G Protokolle der Grossratsfraktion (ab 1903)

H Protokolle des soz. dem. Quartiervereins Horburg (ab 1910) und des «Club Vorwärts» (1901–03)

Protokolle des soz. dem. Quartiervereins Spalen, früher H1 und H2, jetzt unter M (ab 1906)

Die andern Protokollbücher der Quartiervereine grösstenteils im Besitz der entsprechenden Vereine.

J Kassabücher (ab 1890)

K Drucksachen (ab 1908)

L Akten

Die zahlreichen übrigen benutzten Akten des Staatsarchivs werden aus Raumgründen hier nicht aufgeführt. Sie sind in den Anmerkungen zitiert.

II Archiv SPS

Protokolle der Geschäftsleitenden Kommission (Basel) 1891–93

III Schweizerisches Sozialarchiv Zürich

Protokolle der Parteiversammlungen der SP Basel 1891–93

IV Polizeidepartement Basel-Stadt, Kontrollbüro

Personalien

V Archiv VPOD, Sektion Basel

Statuten SP 1901 und Akten über Staatsarbeiter

VI Archiv des ACV Basel

Verwaltungsrats- und Genossenschaftsratsprotokolle

Jahresberichte (gedruckt)

Behördenverzeichnis 1866–1922 (gedruckt)

Auszüge aus dem ersten Protokollbuch des Schweiz. Arbeitervereins

VII Universitätsbibliothek Basel, Handschriftenabteilung

Nachlass Jakob Schabelitz

VIII Institut Universitaire de Hautes Etudes Internationales, Genève

Fotokopien der Protokolle des Deutschen Arbeitervereins Basel

IX Internationales Institut für Sozialgeschichte, Amsterdam

Nachlass J.Ph. Becker u.a.m. Mitgeteilt von Prof. Erich Gruner

B Gedruckte Quellen

I Zeitungen und Zeitschriften

ASZ Allgemeine Schweizerzeitung

AFr Arbeiterfreund (1886–93)

AS Arbeiterstimme

AZ Arbeiterzeitung

BN Basler Nachrichten

Gp Grenzpost

Gr Der Grütlianer

NZ Nationalzeitung
 Tw Tagwacht
 Vf Schweizer Volksfreund
 Vw Vorwärts (1893–97)
 Vw Basler Vorwärts (seit 1897)
 Der Arbeiter (1868/69)
 Der Demokrat aus Baselland
 Freie Jugend
 Genossenschaftliches Volksblatt
 Der Jungbursche
 Junge Garde
 Schweizerischer Konsumverein
 Der Vorbote
 Die Vorkämpferin

II *Zeitgenössische Broschüren und Schriften* (bis 1914)

Jahresberichte des Schweizerischen Grütlivereins 1862–1914
 Protokolle der ord. Deleg.versammlung des Schweiz. Grütlivereins und der Parteitage der SPS 1901–14
 Jahrbücher der SPS und des Schweiz. Grütlivereins 1912–14
 Programm SPS 1904
 Protokolle des ersten, dritten und fünften schweiz. Arbeiterkongresses, 1873–1875–1877
 Jahresberichte des Arbeiterbunds Basel 1886–1914, z.t. abgedruckt in der lokalen Arbeiterpresse
 Adressbücher des Kantons Basel-Stadt
 Kantonsblatt des Kantons Basel-Stadt

Berghoff-Ising Franz, Die sozialistische Arbeiterbewegung in der Schweiz, Leipzig 1895.
 Blank Robert, Die soziale Zusammensetzung der sozial-demokratischen Wählerschaft Deutschlands, in:
 Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, 20. Bd. (1905).
 Conzett Verena, Artikel «Arbeiterinnenvereine», in: N. Reichesberg, Handwörterbuch der schweiz.
 Volkswirtschaft, Socialpolitik und Verwaltung, Bd. 1, 1903.
 Forrer J., Denkschrift der Typographia Basel zur Feier ihres 25jährigen Bestehens, Basel 1888.
 Fallet Marius, Die Arbeiter- und Angestelltenurlaube in der Schweiz. Heft 34 der Schweiz. Vereinigung
 zur Förderung des internationalen Arbeiterschutzes, Bern 1912.
 Gass Christian, Die ersten 25 Jahre des Allgemeinen Consumvereins in Basel, 1865–1890, o.O., o.J.
 Gerwer K., Die Typographia Basel und ihre fünfzigjährige Wirksamkeit, Basel 1907.
 Grimm Robert, Der politische Massenstreik, Basel 1906.
 –, Zur Lage der Arbeiter in den Bäckereien der Stadt Basel, Basel 1907.
 –, Die wirtschaftlichen Krisen und die Arbeiterklasse, Basel 1908.
 Heeb Fritz, Der Deutsche Arbeiterverein Basel 1832–1907, Festschrift zum 75jährigen Jubiläum, Basel
 1907.
 Joneli Hans, Arbeitslosenfürsorge im alten Basel, Basler Zs. f. Gesch. u. Altertumskunde, Bd. 6, 1906.
 –, Die ersten Konsumvereine in Basel, Schweiz. Konsumverein 1907.
 –, Private Arbeitslosenfürsorge im alten Basel, Basler Jahrbuch 1912.
 Lang Otto, Der Socialismus in der Schweiz, Berlin 1902.
 Lorenz Jakob, Zur Italienerfrage in der Schweiz, Zürich o.J. (1906 ?).
 –, Taschenbuch der schweizerischen Wirtschafts- und Sozialstatistik, Zürich 1914.
 Mangold Fritz, Denkschrift über die staatlichen Massregeln zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse
 im Kanton Basel-Stadt, Basel 1906.
 –, Denkschrift über die Entwicklung der Staatlichen Arbeitslosenfürsorge im Kanton Basel-Stadt, Basel
 1906.

- , Industrie, Handel und Verkehr... im Kanton Basel-Stadt nach den Ergebnissen der eidg. Betriebszählung vom 9. August 1905, Basel 1909. Mitteilungen des Statist. Amtes des Kt. BS, No. 18, Heft 1.
- , Die Verlagsbetriebe und die Heimarbeitsbetriebe nach den Ergebnissen der eidg. Betriebszählung vom 9. August 1905, Basel 1909. Mitteilungen... No. 18, Heft 2.
- Michels Robert, Die deutsche Sozialdemokratie, in: Archiv für soziale Gesetzgebung, Bd. 23 (1906).
- , Über die Arbeitsmittel zur Herstellung bibliographischer und historischer Schriften über die moderne Arbeiterbewegung, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Bd. 32 (1911).
- Müller Hans, Die schweizerischen Konsumgenossenschaften, ihre Geschichte und ihre Resultate, Basel 1896.
- , Die Stärkung der Gewerkschaftsbewegung durch Consumgenossenschaften, Ein Beitrag zur Förderung freiheitlicher Sozialreform, Basel 1896.
- , Leitsätze über das Verhältnis der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung zu den Konsumgenossenschaften, Basel VSK 1906.
- Schaffner Maria Tabitha, Die städtischen Heimarbeiter der Basler Seidenbandindustrie, o.O., o.J. (1910).
- Schneeberger Oskar, Beziehungen zwischen Gewerkschaften und Genossenschaften, Bern 1912.
- Schweizerische Fabrikstatistik für die Jahre 1882, 1895 und 1896.
- Statistische Vierteljahrsberichte des Kantons Basel-Stadt 4. Jg., 1914.
- Thun A., Die Vereine und Stiftungen des Kantons Basel-Stadt im Jahre 1881, Basel 1883.
- Vogelsanger J., Der Schweizerische Grütliverein, Dessen Entstehung, Geschichte und Tätigkeit, St. Gallen 1883.
- Vorwärts! Nr. 1 der dreimonatlichen Revue des Basler Arbeitersekretariates, Basel, Mai 1901 (Schweiz. Sozialarchiv Zürich).
- Wassilieff Dr. N., Aus meinen Erinnerungen, Bern o.J.
- , Die Arbeitsverhältnisse in unseren Bäckereien, Basel 1901.
- , Der Arbeiterbund Basel und seine Institutionen, Basel 1907.
- Wullschleger Eugen, Aus der Geschichte der Arbeiterbewegung in Basel, Zürich 1912.

C Mündliche Quellen

alt Bundesrichter Dr. Eugen Blocher
alt Nationalrat Friedrich Schneider
alt Gewerkschaftssekretär Emil Wirz
alt Grossrat Albert Abt
Alle vier Parteiveteranen sind indessen verstorben.

D Unveröffentlichte Manuskripte

Degen Bernhard, 100 Jahre Gewerkschaftskartell Basel, 1886–1986 (Arbeitstitel), Kapitel «Festigung».
Gruner Erich, Arbeiter, Arbeitgeber und Unternehmer in der Schweiz im Zeitalter des Hochklassenkampfs.
Hirter Hans, Die Arbeitskämpfe in der Schweiz von 1880 bis 1914, Auszug für Basel.
Müller Arthur, Die Einführung des proportionalen Wahlrechts in Basel, Liz.arbeit der Universität Basel 1979.
Wirthlin Claudia, Der Basler Maurer- und Handlangerstreik vom April 1903, Liz.arbeit der Universität Basel 1986.

E Neuere Darstellungen

Abendroth Wolfgang, Sozialgeschichte der europäischen Arbeiterbewegung, Frankfurt a.M. 1965.
Aemmer Robert, Die Sozialdemokratie im Kanton Bern 1890 bis 1914, Diss. Bern, Zürich 1973.
Arbeitsalltag und Betriebsleben. Zur Geschichte industrieller Arbeits- und Lebensverhältnisse in der Schweiz, Zürich 1981.

- Arbeitsgruppe für Geschichte der Arbeiterbewegung Zürich, Schweizerische Arbeiterbewegung, Zürich 1975.
- Bartholmes Herbert, Bruder, Bürger, Freund, Genosse und andere Wörter der sozialistischen Terminologie. Wortgeschichtliche Beiträge. Diss. Göteborg 1970.
- Bauer Hans, Basel, gestern – heute – morgen. Hundert Jahre Basler Wirtschaftsgeschichte, Basel 1981 (Bauer, Basler Wirtschaftsgeschichte).
- Bergier Jean-François, Die Wirtschaftsgeschichte der Schweiz. Von den Anfängen bis zur Gegenwart, Zürich 1985 (Bergier, Wirtschaftsgeschichte).
- Bieler Peter, Albert Steck (1843–1899), der Begründer der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz, Diss. phil./hist. Bern, Olten 1960 (Bieler, SPS).
- Blaser Fritz, Bibliographie der Schweizer Presse, 2 Bde, Basel 1956/58.
- Bodmer Walter, Die Entwicklung der schweizerischen Textilwirtschaft im Rahmen der übrigen Industrien und Wirtschaftszweige, Zürich 1960.
- Böhi Hans, Konjunkturverlauf, in: Handbuch der schweiz. Volkswirtschaft, Band 2, Bern 1955.
- Bolliger Markus, Die Basler Arbeiterbewegung im Zeitalter des Ersten Weltkriegs und der Spaltung der Sozialdemokratischen Partei, Basel und Stuttgart 1970.
- Bonjour Edgar, Geschichte der schweizerischen Neutralität, Band 2, Basel 1965.
- Braunthal Julius, Geschichte der Internationale, Band 1, Hannover 1961.
- Bretscher Willi und Steinmann Ernst, Die sozialistische Bewegung in der Schweiz, 1848–1920, Bern 1923.
- Brin Hennoch, Zur Akademiker- und Intellektuellenfrage in der Arbeiterbewegung, Diss. phil. I, Basel/Strassburg 1928.
- Broschüre 1900–1950, 50 Jahre BWG.
- Brupbacher Fritz, 60 Jahre Ketzer, Zürich 1935.
- Bürgin Alfred, Geschichte des Geigy-Unternehmens von 1878 bis 1939, Basel 1958.
- Bürgin Kurt, Statistische Untersuchungen über das schweizerische Zeitungswesen 1896–1930, Diss. Leipzig 1939.
- Burckhardt-Sarasin Carl, Aus der Geschichte der Basler Seidenbandindustrie, Basel 1947 (Masch.schrift, Vervielfältigung).
- Burckhardt Paul, Die Geschichte der Stadt Basel von der Trennung des Kantons bis zur neuen Bundesverfassung, 1833–1848, in: 90. Neujahrsblatt der GGG 1912 und 92. Neujahrsblatt... 1914 (P. Burckhardt, 1833–1848).
- , Geschichte der Stadt Basel von der Zeit der Reformation bis zur Gegenwart, Basel 1942 (P. Burckhardt, Stadtgesch.).
- Conzett Verena, Erstrebtes und Erlebtes, Ein Stück Zeitgeschichte, Leipzig/Zürich 1929.
- Degen Bernard, Robert Grimm, in: Der öffentliche Dienst, Nr. 16, 17. April 1981.
- , Krieg dem Kriege! Der Basler Kongress der Sozialistischen Internationale, Gewerkschaftsrundschau, Heft 10, Oktober 1982.
- Denes Tibor, Lehr- und Wanderjahre eines jungen Schweizers (1845–48). Jakob Schabelitz, Herzog Karl II. von Braunschweig und die Deutsche Londoner Zeitung, in: Schw. Zs. f. Geschichte 1966.
- Devecchi-Bertschmann Anna (Hrsg.), Ausgewählte Kurzbiographien von sozial und politisch engagierten Basler Frauen, Basel 1977.
- Duverger Maurice, Les partis politiques, 3. A., Paris 1958.
- Ebbighausen Rolf, Die Krise der Parteiendemokratie und die Parteiensoziologie, Diss. Freie Universität Berlin 1969.
- Eberlin Alfred (Hrsg.), Die Presse der Arbeiterklasse und der sozialen Bewegungen, Bd. 1, Frankfurt 1968.
- Escher Nora, Entwicklungstendenzen der Frauenbewegung in der deutschen Schweiz, 1850–1918/19, Diss. phil. I, Zürich 1985.
- Festschrift, 100 Jahre Typographia Basel, 1857–1957, Basel 1957.

- Fetz Anita, Ein Schritt in die Öffentlichkeit. Sozialarbeit der bürgerlichen Frauenbewegung in der deutschsprachigen Schweiz um die Jahrhundertwende, in: Schw. Zs. f. Geschichte, 3/1984.
- Fritzsche Bruno, Städtisches Wachstum und soziale Konflikte, in: Schweiz. Zs. f. Volkswirtschaft u. Statistik 1977.
- Gagg Margarita, Die Frau in der schweizerischen Industrie, Zürich 1928.
- Gedenkschrift an Johann Frei-Sandmeier, Basel 1932.
- Giovanoli Fritz, Die Sozialdemokratische Partei in der Schweiz, hgg. von der SP des Kt. Bern, 1948.
- Gitermann Valentin, Geschichte der Schweiz, Thayngen/Schaffhausen 1941.
- Goldmann R., Fünfundsiebzig Jahre Typographia Basel 1857–1932, Basel 1932.
- Gridazzi Mario, Die Entwicklung der sozialistischen Ideen in der Schweiz bis zum Ausbruch des Weltkriegs, Volksw. Diss. Zürich 1935.
- Gruner Erich, Edmund von Steiger, Dreissig Jahre neuere bernische und schweizerische Geschichte, Bern 1949 (Gruner, von Steiger).
- , Die Stellung des Schweizer Arbeiters in Fabrik und Familie während des 19. Jahrhunderts, Schw. Zs. f. Gesch. 15/1965.
- , Die Arbeiter in der Schweiz im 19. Jahrhundert. Soziale Lage, Organisation, Verhältnis zu Arbeitgeber und Staat, Bern 1968 (Gruner, Arbeiter).
- , Die Parteien in der Schweiz, Bern 1969.
- Gruner Erich/Frei Karl, Die Schweizerische Bundesversammlung 1848–1920, Band 1: Biographien, Bern 1966.
- Haas Leonhard, Carl Vital Moor, 1852–1932, Ein Leben für Marx und Lenin, Zürich, Einsiedeln, Köln 1970.
- Haeberli Wilfried, Biel als Zentrum der europäischen Emigration 1833–1836 (Fortsetzung), in: Neues Bielefelder Jahrbuch 1964.
- , Die drei ersten Jahrzehnte des Basler Grütlivereins, Zur Geschichte der politischen Parteien in Basel, in: Basler Stadtbuch 1964 (Haeberli, Grütliverein).
- , Der erste Klassenkampf in Basel (Winter 1868/69) und die Tätigkeit der Internationalen Arbeiter-Association (1866–1876), in: Basler Zs. f. Gesch. u. Altertumskunde, Band 64, 1964 (Haeberli, Klassenkampf).
- , Geschichte der Staatspersonalorganisationen im Rahmen der Basler Arbeiterbewegung bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs, in: VPOD, Jubiläumsschrift 75 Jahre Sektion Basel, 1891–1966, Basel 1966 (Haeberli, VPOD).
- , Die sozialdemokratische Presse in Basel bis zum Ersten Weltkrieg, Basler Stadtbuch 1970.
- Handschin Hans, Der Verband schweizerischer Konsumvereine (VSK) 1890–1953, Basel 1954.
- Hardmeier Bruno, Geschichte der sozialdemokratischen Ideen in der Schweiz (1920–1945), Winterthur 1957.
- Haupt Georges, Programm und Wirklichkeit, Die internationale Sozialdemokratie vor 1914, Neuwied und Berlin 1970.
- Hauser Albert, Schweizerische Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Erlenbach/Zürich 1961.
- Hedtstück Heinrich, Die Sozialpolitik des Kantons Basel-Stadt, Diss. phil. I, Stetten/Basel 1936.
- Heeb Fritz, Der Deutsche Arbeiterverein Basel 1832–1907, Festschrift zum 75jährigen Jubiläum, Basel 1907 (Heeb, Dt. Arb.ver.).
- Heusler Andreas, Schweizerische Verfassungsgeschichte, Basel 1920.
- Hümbelin Peter, Eidgenössische Volksabstimmungen im Lichte der Statistik, Diss. phil./hist. Basel 1948.
- Isenschmid Heinz, Wilhelm Klein 1825–1887, ein freisinniger Politiker, Basel 1972.
- Jenny Dr. O.H. (Bearbeiter), Die Bevölkerung des Kantons Basel-Stadt am 1. Dezember 1910, Basel 1924, in: Mitteilungen des Statist. Amtes des Kantons Basel-Stadt, Nr. 28.
- Joneli Hans, Die bewegte Geschichte der Basler Arbeiterpresse, in: Jubiläumsnummer der Arbeiterzeitung, 1. Februar 1946.

- Jost Hans-Ulrich, Linksradikalismus in der deutschen Schweiz 1914 bis 1918, Diss. Bern 1973.
- Junker Beat, Eidgenössische Volksabstimmungen über Militärfragen um 1900, Diss. phil./hist. Bern 1953.
- Kaufmann W. u. Ackermann E., Die Bewegung der Milchpreise in Basel. Von 1896 bis 1914. In: Untersuchungen über die Lebenskosten in der Schweiz, hgg. von Stephan Bauer, München und Leipzig 1917.
- Keller Willy, Zeittabellen von 1800–1978, hgg. vom Schweiz. Gew.bund, Bern 1980.
- Kissel Margrit und Oettli Mascha, Sozialdemokratische Frauengruppen in der Schweiz, Werden und Wirken. SA aus der Zeitschrift «Die Frau in Leben und Arbeit», 2. A.
- Kreis Georg, Der Triumph des 1. Mai. Zur Offizialisierung des Arbeiter-Feiertages im Jahr 1923, in: Basler Zs. f. Gesch. u. Altertumskunde, Bd. 84, 1984.
- Lang Karl, Kritiker, Ketzer, Kämpfer. Das Leben des Arbeiterarztes Fritz Brupbacher, Zürich (1975).
- Langewiesche Dieter und Schönhorn Klaus, Arbeiterbibliotheken und Arbeiterlektüre im Wilhelminischen Deutschland, in: Archiv für Sozialgeschichte, Bd. XVI.
- Die Lebenshaltung schweizerischer Arbeiter und Angestellter vor dem Kriege. Ergebnisse der Haushaltstatistik des Schweiz. Arbeitersekretariats, Olten 1922.
- Lorenz Jakob, Die Kosten der Lebenshaltung in der Schweiz in den Jahren 1905–1916. Diss. Freiburg i. Ue., München/Leipzig 1917.
- Lüthi Walter, Die Struktur des Basler Grossen Rates von 1875 bis 1914 nach politischer Parteizugehörigkeit und sozialer Schichtung, in: Bde 62/63 der Basler Zs. f. Gesch. u. Altertumskunde, 1962/63 (Lüthi, Grosser Rat 1875–1914).
- , Der Basler Freisinn von den Anfängen bis 1914, 161. Neujahrsblatt der GGG, Basel 1983 (Lüthi, Freisinn).
- , Parteien, in: Das Politische System Basel-Stadt, Basel/Frankfurt a.M. 1984.
- Mangold Fritz, Statistisches zur Entwicklung und zum Niedergang der Basler Seidenbandindustrie, CIBA-Rundschau Nr. 27, Juli 1938.
- Masnata François, Le Parti socialiste et la tradition démocratique en Suisse, Neuchâtel 1963.
- Mattmüller Markus, Leonhard Ragaz und der religiöse Sozialismus. Band I, Zollikon-Zürich 1957, Band II, Zürich 1968.
- Meister Florian, Ein Russe in Bern – Niklaus Wassilieff. Der Bund, Nr. 137 vom 15.6.85 und Nr. 143 vom 22.6.85.
- Menzi A., Über die Preisentwicklung und die Belastung der Haushaltrechnungen durch die Preissteigerung in Basel, 1892/96–1900/1902–1912, in: Untersuchungen über die Lebenskosten in der Schweiz, hgg. v. Stephan Bauer, München und Leipzig 1917.
- Michels Robert, Psychologie der antikapitalistischen Massenbewegungen, in: Grundriss der Sozialökonomik, IX. Abt., 1. Teil, Tübingen 1926.
- , Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie. Untersuchungen über die oligarchischen Tendenzen des Gruppenlebens, Stuttgart 1957.
- Müller Hans, Geschichte der internationalen Genossenschaftsbewegung, Halberstadt 1924, in: Soziale Organisation der Gegenwart, Forschungen und Beiträge, hgg. v. Prof. Dr. Ernst Grünfeld, Nr. 1.
- Nef Clara, Chronik des Bundes Schweizerischer Frauenvereine 1899–1914, o.O., o.J.
- Pettermand Karl, Der Allgemeine Consumverein in Basel, Basel 1920 (Pettermand, ACV).
- Ragaz Christine, Die Frau in der schweizerischen Gewerkschaftsbewegung, Stuttgart 1933.
- Ragaz Jakob, Die Arbeiterbewegung in der Westschweiz, volksw. Diss. Zürich 1938.
- Renk Hansjörg, Bismarcks Konflikt mit der Schweiz, Basel und Stuttgart 1972.
- Ritter Gerhard A., Die Arbeiterbewegung im Wilhelminischen Reich, Berlin 1959.
- Rosenberg Hans, Wirtschaftskonjunktur, Gesellschaft und Politik in Mitteleuropa, 1873–1896, in: Hans-Ulrich Wehler (Hrsg.), Moderne deutsche Sozialgeschichte, Köln/Opladen 1966.
- Ruffieux Roland, Die Schweiz des Freisinns (1848–1914), Kapitel 7, Bd. 3 von: Geschichte der Schweiz und der Schweizer, Basel/Frankfurt a.M. 1983 (Ruffieux 1848–1914).

- Sarasin Philipp, Sittlichkeit, Nationalgefühl und frühe Ängste vor dem Proletariat. Untersuchungen zu Politik, Weltanschauung und Ideologie des Basler Bürgertums in der Verfassungskrise von 1846/47, in: Basler Zs. f. Gesch. u. Altertumskunde, Band 84, 1984.
- Schaadt Jörg und Schmierer Wolfgang (Hrsg.), Die SPD in Baden-Württemberg und ihre Geschichte. Von den Anfängen der Arbeiterbewegung bis heute. Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1979.
- Schaffner Martin, Die Basler Arbeiterbevölkerung im 19. Jahrhundert, Basler Beiträge zur Geschichtswissenschaft, Band, 123, Basel und Stuttgart 1972 (Schaffner, Arbeiterbevölkerung).
- , Geschichte des politischen Systems von 1833 bis 1905, in: Das politische System Basel-Stadt, Basel, Frankfurt a.M. 1984.
- Schaffendes Basel, 2000 Jahre Basler Wirtschaft, Basel 1957.
- Schenker Ernst, Die sozialdemokratische Bewegung in der Schweiz von ihren Anfängen bis zur Gegenwart, jur. Diss. Bern 1926.
- Schieder Wolfgang, Anfänge der deutschen Arbeiterbewegung, Die Auslandsvereine im Jahrzehnt nach der Julirevolution von 1830, Stuttgart 1963, in: Industrielle Welt, Schriftenreihe des Arbeitskreises für moderne Sozialgeschichte, Bd. 4.
- Schneider Friedrich, Hieronymus Roggenbachs Erlebnisse, 1. Band, Basel 1943 (Roggenbach).
- Schneider Willi, Die Geschichte der Winterthurer Arbeiterbewegung, Winterthur 1960.
- Schüddekopf Otto-Ernst, Deutschland zwischen Ost und West, Karl Moor und die russisch-deutschen Beziehungen in der ersten Hälfte des Jahres 1919, in: Archiv f. Sozialgeschichte, Bd. III, Hannover 1963.
- Schweizerisches Zeitgenossenlexikon, 2. A., Bern und Leipzig 1932.
- Siegenthaler Hansjörg, Die Schweiz 1850–1914, in: Handbuch der europäischen Wirtschafts- und Sozialgeschichte, ed. W. Fischer, Stuttgart 1985.
- Siegfried Paul, Basel im Neuen Bund, I. Teil, in: 103. Neujahrsblatt der GGG, Basel 1925.
- , Basel und der erste badische Aufstand im April 1848, in: 104. Neujahrsblatt der GGG, Basel 1926.
- Spiethoff Arthur, Die wirtschaftlichen Wechsellagen, 2 Bde, Tübingen/Zürich 1955.
- Staelin Andreas, Basel in den Jahren 1905–1945, in: Das politische System Basel-Stadt, Basel, Frankfurt a.M. 1984.
- Stoll Eugen, alt Direktor, Zum 90jährigen Jubiläum des Allgemeinen Consumvereins beider Basel, Ein geschichtlicher Rückblick, hgg. v. ACV beider Basel (Masch.schrift)
- Stolz Peter, Stadtwirtschaft und Stadtentwicklung: Basel in den Jahrzehnten nach der Kantonstrennung (1833–1860), Regio Basiliensis, XX. Jg., H. 2, Dez. 1979.
- , Technischer Wandel in der Wirtschaftsgeschichte Basels: Von der frühen Bandweberei bis zu den Anfängen der forschenden chemischen Industrie, in: Basler Zs. f. Gesch. u. Altertumskunde, Band 81, 1981.
- Suter Paul, Ein Reigoldswiler als Gründer der Basler Sektion der Internationalen Arbeiter-Association, in: Baselbieter Heimatblätter, 45. Jg., Nr. 3, September 1980.
- Totomianz V., Prof. Dr. (Hrsg.), Internationales Wörterbuch des Genossenschaftswesens, Basel 1928.
- Traber Alfred, Vom Werden der zürcherischen Arbeiterbewegung, Zürich 1952.
- Voigt Christian, Robert Grimm, Kämpfer, Arbeiterführer, Parlamentarier. Eine politische Biografie, Bern 1980.
- Vuilleumier Marc, Quelques jalons pour une historiographie du mouvement ouvrier en Suisse, in: Revue européenne des sciences sociales. Cahiers Vilfredo Pareto, tome XI, No 29, Genève 1973.
- Wachenheim Hedwig, Die deutsche Arbeiterbewegung 1844 bis 1914, Köln und Opladen 1967.
- Wecker Regina, Frauenlohnarbeit – Statistik und Wirklichkeit in der Schweiz an der Wende zum 20. Jahrhundert, in: Schweiz. Zs. f. Geschichte, Bd. 3/1984.
- Wullschleger Eugen, Aus der Geschichte der Arbeiterbewegung in Basel, Zürich 1912.
- , Die Sozialdemokratie, was sie ist und was sie nicht ist, Basel 1914.
- Wyss Edmund, Die soziale Politik des konservativen Bürgertums in Basel (1833–1875), Weinfelden 1948.
- Zumstein Otto, Beiträge zur Basler Parteigeschichte 1848 bis 1910, Diss. Basel 1936.

Anhang: Ausgewählte Kurzbiographien

Über die Grundlagen der biographischen Angaben vgl. Anm. 1 des 8. Kap. Diese erheben weder den Anspruch auf Vollständigkeit noch auf zweifelsfreie Richtigkeit. Eine nochmalige Nachprüfung wäre zeitlich nicht mehr möglich gewesen.

Dieser Anhang ist vor allem als Ergänzung des 8. Kapitels gedacht. Herrscht dort das Typische und Strukturelle vor, so soll hier das Individuelle zur Geltung kommen.

Es wurden nur Männer ausgewählt, deren Tätigkeit in die knapp 30 Jahre zwischen 1886 und 1914 fiel. So fehlen u.a. der Präsident des internationalen Arbeitervereins Josef Heinrich Frey, der erste Arbeiter im Basler Grossen Rat, und die erst im Krieg hervortretenden Dr. Eugen Blocher (später Bundesrichter), Gustav Wenk (später Reg.- u. Ständerat) und Gewerbeinspektor Dr. Walter Strub.

Da die Frauen auch in der Arbeiterbewegung bis 1914 nur eine untergeordnete Rolle spielten, musste auf entsprechende Kurzbiographien verzichtet werden. Vereinzelte biographische Angaben finden sich in den Abschnitten über die Arbeiterinnenbewegung, so über Maria Tabitha Schaffner, Frau Schmid und «Mutter» Arnold.

Die Formulierung ist bewusst lexikalisch gehalten.

Karl Bürgin-Haas

1842 als Posamentersohn in BL geboren. Umzug nach Basel. Wird Ferger. Seit 1887 in den ACV-Behörden. 1900 hauptamtlich ACV-Angestellter. 1898 Präs. GrV Kleinbasel. 1900–01 Kassier SP 1906–10 Präs. QV SP, 1899 – nach 1914 Gr R im Bläsiquartier, seit 1909 im Weiteren Bürgerrat. Als Grossrat auch ausserhalb der Partei hoch geschätzt: guter Aktenkenner, ergreift oft das Wort. «Grütlianer-Typ.» 1918 gest.

Wilhelm Arnold

1843 als Sohn einer armen Färberfamilie in Basel geboren. Mit 12 J. Schriftsetzerlehrling! Autodidaktische Bildung, Wanderjahre. Stark vom Vater beeinflusst, der an der internationalen Bewegung teilnimmt. Gründet in seinem Heimatdorf Altdorf einen GrV, deshalb mit Familie von dort vertrieben. In Basel längere Zeit Redaktor des Organs des Schweiz. Typographenbundes. Führende Tätigkeit im A.B. Basel und in der SP. Erster Redaktor des Arbeiterfreunds. Später Erschwerung seiner Redaktionstätigkeit am «Vorwärts» durch Abnahme der Sehkraft. Grossrat von 1887 bis zu seinem Tod 1914.

Cölestin Stadelmann

1848 in Luzern geboren, unehelich. Steigt im Baudept. vom Zeichner bis zum Dept. sekretär auf. Seit 1890 Gr R, zuerst linksfreisinnig, dann SP. Führende Tätigkeit im A.B. Basel, in der Partei (1898 Präs.) und im ACV. Frühzeitiger, aus gesundheitlichen Gründen beschwerlicher Ruhestand. Parteiaustritt im Zusammenhang mit der «Trennung» von Kirche und Staat. 1914 gest.

August Strub

1848 (?) geboren. In der Armenanstalt Augst erzogen. Durch Stipendium Lehrerausbildung in Küssnacht. Seit 1878 Sek. lehrer in Riehen. Als Linksfreisinniger 1890 in den Gr R gewählt, ab 1908 als Sozialdemokrat. Ausgesprochener Lokalpolitiker, langjähriger Präsident des Arbeitervereins Riehen. In der Verwaltung des ACV tätig, längere Zeit Präs. der Angestellten und Arbeiter des Kt. Basel-Stadt. Blieb im Grunde bis zu seinem Tod, 1922, sozial engagierter Linksfreisinniger.

Bruno Gutschmann

1848 in Schlesien als Sohn eines Steueraufsehers geboren. Schreinerlehre, anschliessend Wanderzeit. Beeinflusst von den Ideen Lassalles. Autodidakt, erstaunliche literarische Bildung. Schliesst sich 1869 in Zürich der internationalen Bewegung an. 1870 Freiwilliger in der Garibaldischen Legion. In Genf Verbin-

derung mit J.Ph. Becker, dem Führer der 1. Internationale in der Schweiz. 1873 Präsident des 1. Schweiz. Arbeiterbundes. Später in Bern Annäherung an den Anarchismus, beeinflusst von Paul Brousse. Dauerner Wohnsitz in Basel, wo er sich vom Anarchismus abwendet. Tätigkeit im Dt. Arb.verein und nach Erwerb des Bürgerrechts in der Basler Arbeiterbewegung. Gründet eigene Schreinerei. 1902–13 Gr R, 1904 erster soz. dem. Erziehungsrat. Mitglied des Genossenschaftsrats ACV. Starke Persönlichkeit, selbständiges Urteil, schlagfertiger Debattierer. 1913 gestorben.

Tobias Levy

1850 als Sohn jüdischer Eltern in Deutschland geboren. Vater Kaufmann. Handwerker, Wanderjahre. Schliesst sich während des Sozialistengesetzes der Sozialdemokratie an. Dauerner Wohnsitz in Basel. Mitglied des Dt. Arb.vereins, zeichnet sich als Sänger, Schauspieler und Unterhalter aus. Wird Eigentümer des Betriebs zur Verwertung von Abfällen und damit wohlhabend, bleibt aber seiner Überzeugung treu. Schweizer Bürger geworden, schliesst er sich dem Gr V und der SP an. Offene Hand, v.a. für das Parteiorgan. Benützt Geschäftsreisen ins Ausland zu Bekanntschaften mit führenden Parteigenossen der Nachbarländer. Reiseleiter bei Osterausflügen des A.B. Basel. 1899–1907 Gr R, 1900–02 Fraktionspräsident. 1904 Präs. Gr V Grossbasel. Konflikt mit einer Gewerkschaft führt zu Parteiaustritt, worunter er sehr leidet. Bleibt aber Mitglied des Gr V bis zu dessen Auflösung. 1926 gestorben.

Oskar Türke

1854 als Sohn eines Strumpfwirkers in Sachsen geboren. Sattler. Mit 17 J. auf Wanderschaft. 1874 Niederlassung in Basel. Mitglied des Dt. Arb.vereins, gründet mit Levy Gesangs- und Theatersektion, 4 J. Verwalter der Speisegenossenschaft. Nach Verheiratung Übernahme eigener Restaurants, Muster eines geschäftstüchtigen und beliebten Parteiwirts. 1896 eingebürgert. 1898–1920 Gr R. Wegen Mustermesse-Postulat oft als «Gründer der Basler Mustermesse» bezeichnet. 1928 gestorben.

Wilhelm Baerwart

1857 in armer Familie in Riehen geboren. Kaufmännische Lehre. Versicherungsangestellter bei der Bâloise bis Lebensende, 1922. Führende Tätigkeit im Gr V, im A.B. Basel und in der SP. 1890 Gr R. Schon 1893 Rücktritt, da die Bâloise keine öffentliche Tätigkeit ihrer Angestellten duldet. Intensive, der Öffentlichkeit weitgehend entzogene führende Mitarbeit in Partei, Arbeiterbund und ACV/VSK. Verbindet grosse Arbeitskraft, ausgeprägtes Pflichtbewusstsein und nüchternes, unabhängiges Urteil mit hohem Idealismus.

Nikolai Wassilieff

1857 als Sohn des berühmtesten russischen Sinologen in Petersburg geboren. Nach Studien in der Hauptstadt und an der Land- und Forstwissenschaftlichen Akademie in Novo Aleksandrow steht auch ihm eine glänzende wissenschaftliche Laufbahn offen. Bei einer Hausdurchsuchung werden aber verbotene Schriften (u.a. von Lassalle, Marx und russischen Sozialisten) entdeckt; W. wird daraufhin verhaftet. Nach der Haftentlassung wendet sich W. dem revolutionären Flügel der Narodniki (Volkstümler) zu und wird 1878 wegen Aufwiegelung bei Textilarbeiterunruhen erneut verhaftet und für fünf Jahre ins nördliche Gouvernement Archangelsk verschickt. Von dort flüchtet er, als Bauernmädchen verkleidet, nach fünf Monaten und gelangt über Deutschland in die Schweiz. (Dr. N. Wassilieff, Aus meinen Erinnerungen. Bern o.J.). Von 1878–1884 studiert er, grösstenteils in Bern, z.T. in Zürich Medizin und schliesst mit dem Staatsexamen und Doktorat ab. Nebenbei erlernt er in Zürich in der Druckerei von Conrad Conzett, dem ersten Marxisten der Schweiz, den Beruf eines Typographen. Erwirbt sich als Assistent am Physiologischen Institut und an der Gynäkologischen Klinik das Vertrauen seiner Vorgesetzten; mit ihrer Hilfe 1886 in Muri bei Bern eingebürgert. Eröffnung einer eigenen Praxis. Wenig Befriedigung, sucht Tätigkeit in der Arbeiterbewegung und findet sie: 1890–1900 Arbeitersekretär in Bern, einige Jahre Stadtrat. Wandelt zusammen mit Carl Moor die Berner Arbeiterbewegung zum klassenbewussten, kämpferischen Stosstrupp

um, u.a. durch Gründung einer Arbeiterschule zwecks Indoktrination. Gilt in Bern, obschon Schweizer geworden und orthodoxer Sozialist, als «russischer Nihilist, als Inkarnation des Hetzers, Anarchisten und blutbesudelten Revolutionärs». (Ms Gruner III, Kap. 8). 1900 als Arbeitersekretär nach Basel berufen. 1902–05 Gr R, daneben Mitgl. des Genoss.rats ACV. Kehrt im Frühjahr 1906, nach der Ersten Russischen Revolution, nach Russland zurück. Nach einem Vorwärtsartikel vom 27.1.56 (gezeichnet A., wohl Emil Arnold) soll er sich dort um eine Einigung der zersplitterten russischen Arbeiterbewegung bemüht haben, habe sich aber gegen Lenin nicht durchsetzen können. 1913 an das Polytechnische Institut in Leningrad berufen. Nach einer Bleistiftnotiz im Kontrollbüro Basel im April 1920 in Petrograd gestorben. Nach Florian Meister, Ein Russe in Bern – Niklaus Wassilieff, in: Der Bund, Nrn. 137 v. 15.6.85 u. 143 v. 22.6.85, ist es offen, ob W. 1920 in Leningrad eines natürlichen Todes gestorben oder in Odessa, wo auch seine Frau als Ärztin wirkte, ermordet worden ist. Seine Gattin, Dr. Nadiesda Wassiliowa (1874 in Leipzig geb., 1956 in Genf gestorben), lebte während Jahren als hochgeachtete Armenärztin im St. Johannquartier und soll der SP angehört haben. Die 1901 geborene Tochter Natalie wurde Chemikerin. Gruner fasst das Wesen Wassilieffs in der Formel zusammen «Gründernatur mit missionarischem Eifer». (Ms Gruner, III, 3. Kap.).

Adolf Gass

1857 als Proletarierkind in BL geboren. Verliert früh die Mutter. Schriftsetzerlehre in Basel. Mitglied der Typographia. Nach Streikniederlage auf der schwarzen Liste, deshalb vier Jahre in der Fremde. Seit 1880 zuerst in Binningen, dann in Birsfelden, wo er neben seiner Berufstätigkeit eine Wirtschaft betreibt. Kehrt nach 20 Jahren Parteiarbeit auf dem steinigen Boden von Baselland, wo er die Sozialdemokratie zusammen mit Gschwind im Landrat vertreten hat, nach Basel zurück. 1908 Verwalter der Typographia, bald danach Arbeitersekretär als Nachfolger Grimms. 1908 und 1913/14 Präs. des Arbeitervereins St. Johann, 1912 Präs. SP, Richter im Zivilgericht, Gr R im St. Johannquartier seit 1911, eine Amtsperiode im Bürgerrat, Büromitglied des Genossenschaftsrats ACV. Von Mitgliedern des Dt. Arb.vereins gelegentlich wegen Mangels an theoretischen Kenntnissen und Kampfgeist kritisiert, aber Meister der Vermittlung.

Emil Jauslin

1859 in BL geboren. Posamenter, später ACV-Arbeiter. 1893–1908 mit Unterbrüchen Präs. des Posamentervereins. 1898–1901 Präs. des Arb.vereins ACV, 1912–14 Präs. d. Prod.genoss. des Pos.vereins, 1912 Präs. des Eisenbahnarbeitervereins. 1894 – nach 1914 Gr R. Der Vertrauensmann und Vorkämpfer der Posamenterschaft.

Josef Baumgartner

1859 in Oensingen geboren. Schon mit 11 Jahren erwerbstätig in den v. Rollschen Werken. Schuhmacherlehre, dann Krankenwärter, kommt als solcher 1882 nach Basel. Tritt 1884 als Bremser in den Dienst der Zentralbahn, später der SBB. 1885 im GrV, bald auch in der neu gegründeten Eisenbahnergewerkschaft. Während Jahrzehnten im Güterarbeiter-Verein tätig. 1905–32 als Vertreter der Eisenbahner im Gr R. Lange Jahre Präs. des QV St. Alban-Breite, was dem ausgesprochenen «Praktizisten» den Übernamen «Herrgott der Breite» einträgt.

Gottfried Krebs

1860 in ärmlichen Verhältnissen geboren, mit 5 J. Halbwaise. Self-made-man: Ausläufer, Buchdrucker-geselle, Besitzer einer florierenden Buchdruckerei. Vorbildlicher Arbeitgeber. Unzählige Parteiämter, z.B. in Schulinspektion und Quartiervereinen. 1893–1920 Gr R, 1904–07 Fraktionspräs., 1907 erster soz.-dem. Gr R-Präs. Mitglied des Zivil-, später des Appellationsgerichts. Mitgl. und später Präs. der Kirchensynode, später des Kirchenrats als Vertreter der religiösen Sozialisten. Sympathien beim Bürgertum, nicht nur als Mitglied der Zunft zu Weinleuten und der Basler Liedertafel, sondern wegen seiner hohen Sachkompetenz und seines unabhängigen Urteils.

Gustav Fautin jun.

1861 geboren als Sohn eines Vaters, der sich als Handwerker von Weitlingschen Ideen zu einem revisionistisch-marxistischen Weltbild entwickelt hatte. Lehrerseminar, Sekundarlehrer. Als einziger Basler Sozialdemokrat der Vorkriegszeit Hauptmann. Tritt um die Jahrhundertwende aus dem Schuldienst aus und wird leitender Angestellter des ACV. Entwickelt sich vom Linksfreisinnigen zum Grütlianer und schliesslich zum «Genossenschaftssozialisten». Viele Ämter im A.B. Basel, in Partei und Genossenschaft. 1896 und wieder 1917 – 29 Gr R. 1941 gestorben.

Emil Angst

1861 in Wil bei Rafz als Bauernsohn geboren. Ausbildung zum Primarlehrer am Lehrerseminar Küssnacht, zum Sekundarlehrer an der Universität Zürich. Tätigkeit als Lehrer in der Ostschweiz, 1896–1910 sehr erfolgreicher Lehrer an der Mädchensekundarschule Basel. Seit 1900 im Genoss.rat des ACV, 1910–35 vollamtlicher Präsident der ACV-Exekutive. Seit 1902 in der Direktion des VSK. Tritt unter dem Einfluss seines Kollegen und Freundes Gustav Fautin vom Freisinn um die Jahrhundertwende zur SP über. Eher Verwaltungsmann als politischer Kämpfer. 1908–20 Gr R., 1914 Präs. Mitglied des Erz.rats. Nach Bernhard Jaeggi der bedeutendste Führer der Schweiz. Genossenschaftsbewegung. Seine parlamentarische und sozialpolitische Tätigkeit ist untrennbar mit der Schaffung der OeKK und später mit dem genossenschaftlichen Wohnungsbau verbunden. Trat in der Zwischenkriegszeit aus der Partei aus. 1941 gestorben.

Heinrich Gass

1862 als Posamentersohn in Birsfelden geboren. Mit 14 J. Schriftsetzerlehre in Liestal. Wanderzeit im In- und Ausland. Mitglied der verbotenen Soz.dem. Partei Deutschlands. Seit 1886 als Schriftsetzer in Basel. Gründung einer eigenen kleinen Druckerei, da auf der schwarzen Liste der Prinzipale. Zeitweilig Druck des Parteiblatts. Später wieder Setzer. Unter dem Einfluss von Prof. Runge, August Forel und Otto Lang wird der Weinliebhaber in schwerem Willensentscheid 1899 Abstinenter, Mitbegründer der Basler Sektion des Sozialistischen Abstinenterbundes. Leitet während zwei Jahren das alkoholfreie Johanniterheim. 1908 Abwart der Mädchensekundarschule St. Clara. Leitende Ämter in GrV, A.B. Basel, VPOD, SP, ACV, Soz. Abstinenterbund. Gr R. Stirbt 1951 mit 89 Jahren, «eine einsame Säule aus der alten Zeit».

Eugen Wullschleger

1862 als Sohn eines Blattmachers in Basel geboren. Gebürtiger Aargauer, erst 1904 ins Basler Bürgerrecht aufgenommen. Sechs Jahre HG, anschliessend aus finanziellen Gründen kaufmännische Lehre statt Übertritt ans Pädagogium. Hat ihn der unfreiwillige Verzicht auf das Studium zum Vorkämpfer der sozial Schwachen gemacht? Politisches Vorbild der Demokrat Wilhelm Klein; dieser habe keinen ebenbürtigen Nachfolger im Freisinn gefunden. Mai 1882– April 1883 weilt W. als Kommiss in Bern; Mitglied des urspr. linksfreisinnigen Allg. Arbeitervereins. Zurück in Basel bis 1893 als Kaufmann tätig, während seine Frau, Deutsche, urspr. Schneiderin, einen Laden führt. Mit 23 J. Präs. des GrV Grossbasel; übt diese Funktion auch in den Jahren 1885, 87–89, 94/95 aus. Gründer und wichtigster Führer des (zweiten) Arbeiterbunds Basel (1886). Nebenberuflich Redaktor des Arbeiterfreunds 1887–93. Gründer der SP Basel 1890, fast ununterbrochen deren Präsident bis 1902. Präs. SPS 1892–94. Hauptamtlicher Redaktor des Vorwärts 1893–97. Zentralsekr. des Schweiz. Gr V in Luzern 1896–1902, ferner der Eidg. Post-, Zoll- und Telefonangestellten 1898–1902. Gr R 1886–1902, Nat.rat 1896–1902 und wieder 1912–17, Ständerat 1925–28 (Rücktritt wegen Krankheit). Reg.rat 1902–20 (Inneres bis 1914, Finanzen bis 1920). Seither im Ruhestand. Zahlreiche weitere Ämter, u.a. Präs. des soz.dem. Horburg-QV, seiner «Hausmacht» neben den eidg. Angestellten.

Bernhard Jaeggi

1869 als Bauernsohn in Mümliswil (SO) geboren. Durchläuft Schulen in Mümliswil und Balsthal. Brand des elterlichen Bauernhauses nötigt ihn zum Verzicht auf das Studium. Banklehre in Balsthal. Autodidakt,

besucht einzelne Vorlesungen über Ökonomie und Recht in Basel. In den neunziger Jahren durch Stefan Gschwind für die Genossenschaftsbewegung gewonnen. Tritt 1900, dreissigjährig, in die Verwaltung des VSK ein; bereits neun Jahre später Präs. der Verwaltungskommission. Beitritt zum Gr V und zur SP. 1902–16 Gr R, 1910 Präs. 1911–16 Nat.rat 1903–20 Bankrat Basler Kantonalbank, 1902–14 Mitgl. der Inspektion der Mädchensek.schule Basel. 1929 Dr. h.c. der Universität Basel für seine Verdienste um das Genossenschaftswesen. Versöhnlich-vermittelnd, nicht klassenkämpferisch, was 1916 zum Austritt aus der Partei und zur Niederlegung der öffentlichen Ämter führt. Urteil von Reg.rat Dr. Mangold: «Geborene Führernatur, der den ideal gesinnten Genossenschafter mit dem genial veranlagten Grosskaufmann... in glücklicher Vereinigung verbindet.» 1944 im von ihm gegründeten Freidorf gestorben.

Johannes (Hans) Frei

1870 als Sohn eines Landwirts und Försters in Wölflinswil (AG) geboren. Der Vater, Gemeindeamann und Gr R, stirbt, als J.F. elfjährig ist. Dieser wird seither von einer Tante erzogen. Setzerlehre in Rheinfelden, Typograph in Rheinfelden und Basel 1888–1902. Sekretär und Präs. der Typographia Basel 1895–1902, Vorst.mitgl. des Schweiz. Typographenbundes seit 1898. 1888 im Gr V, 1892 in der SP. Redaktor des Vorwärts 1902–17, später Tätigkeit im VSK. Gr R 1902–19, Fraktionspräs. 1910–12. Präs. SP 1903–05, bis 1919 in der Geschäftsleitung. 1911–19 Nat.rat. Zahlreiche andere Funktionen, u.a. Präs. des Staatsarbeiterverbands BS, Präs. des Verbands der Versicherungsangestellten, Vorstandsmitgl. des NW-Schweiz. Pressevereins, Präs. des Gr V Kleinbasel, Präs. des soz.dem. Horburg-QV. Mit Wullschleger, Jaeggi und Krebs Führer des bis 1914 dominierenden «gemässigten» Flügels der Partei, aber als Redaktor und Parlamentarier durch die zugespitzte Klassenkampfsituation relativ draufgängerisch. 1914 im Gegensatz zu den meisten Intellektuellen der Partei Entente-freundlich. 1919 Austritt aus der Partei, 1932 im Freidorf gestorben.

Josef Knoerr

1872 als Sohn eines Küfers in Basel geboren. Kann sich höhere Bildung und Jus-Studium (Dr. iur.) nur unter grössten Schwierigkeiten erkämpfen, wobei er als Gymnasiast und Student gelegentlich seinen Vater als Siegrist in der Marienkirche vertritt. Diplomatischer Dienst (Sekretär beim schweiz. Generalkonsulat in Yokohama) befriedigt ihn nicht. Eröffnung eines eigenen Anwaltsbüros, bald eines der gesuchtesten der Stadt. Schon früh Kontakte mit der Sozialdemokratie in Form von Vorwärts-Artikeln: Rechtsbelehrungen für die Arbeiter. 1903 Beitritt zum Gr V und zur SP. Vertritt die Vorwärts-Redaktion und mittellose Angeklagte aus der Arbeiterschaft in zahlreichen Prozessen. Referent in den Parteivereinen. 1905–12 Gr R, hervorragende Mitarbeit in verschiedenen Kommissionen, zuletzt Präs. der Petitionskommission. Vorzüglicher Redner. Überarbeitung führt zu Herzkrankheit und 1912 zu frühem Tod. Bleibt auch nach dem Übertritt zur SP praktizierender Katholik gemäss der SP-Devise: Religion ist Privatsache.

Hermann Blocher

1872 als Sohn des wissenschaftlich interessierten und sozial aufgeschlossenen Direktors der Baumwollspinnerei in der Neuen Welt geboren. Glänzender Schüler des Oberen Gymnasiums, Verehrung für seinen Lehrer Jacob Burckhardt, dessen Vorlesungen er später als Student besuchen wird. Sein zweites Vorbild, Prof. v. Bunge, der Vorkämpfer der Abstinenz: Blocher wird Präsident der abstinenten Schülerverbindung. Auch Vater und Bruder (der spätere Bundesrichter) werden Abstinenten. Studium der Nationalökonomie in Basel, Berlin, Leipzig und Paris, Dr. phil. Starker Eindruck des «Kapitals» von Marx, Briefwechsel mit dem greisen Friedrich Engels. 1900 Sekretär Prof. Bauers bei der Volkszählung, dann in gleicher Funktion im Internat. Arbeitsamt an der Rebgrasse tätig. Beitritt zum Gr V Kleinbasel und 1902 zur SP, wo er Synthese zwischen dem wissenschaftlichen Sozialismus und dem Praktizismus des von ihm hochgeachteten Eugen Wullschleger anstrebt. Im gleichen Jahr erster kantonaler Gewerbeinspektor und Grossrat im Bläsiquartier, später Erziehungsrat. 1906/07 Reg.rats-Kandidat, 1910 kampflos zum Reg.rat gewählt. 1918 Rücktritt. Glänzender Debattierer, ausserordentlich belesen, aber nicht der geborene Ver-

waltungsmann, später z.T. im diplomatischen Dienst, z.T. im Verlagswesen tätig. 1942 in der kleinen Universitätsstadt Lund (Südschweden) gestorben.

Anton Rimathé

1874 in Samaden als Sohn eines Postbeamten geboren. Untergymnasium in Chur, 1889–94 HG in Basel. Studiert prot. Theologie in Basel und Strassburg; Staatsexamen 1897, übt aber den Beruf eines Pfarrers nicht aus. Im WS 1897/98 Studium der Nat.oek., der Philosophie und Pädagogik in Paris. 1899–1900 Privatlehrer in Basel, daneben journalistische Tätigkeit. Redaktor der Schweiz. Depeschenagentur in Basel und Zürich, daneben Hilfsredaktor der Schweiz. Eisenbahnzeitung 1902–06. Interimistisch Arbeitersekretär in Basel. 1904 Präs. des A.B. Basel. Zentralpräs. der Strassenbahnergewerkschaft in Basel. Verwaltungsrat ACV 1902–06. Seit 1908 in Zürich wohnhaft, wo er entscheidend an der Überführung der Eisenbahner ins sozialdemokratische Lager beteiligt ist und nacheinander der städtischen, kantonalen und eidgenössischen Legislative (Nat.rat 1916–19), ferner der Geschäftsleitung des Schweiz. Gr V angehört. 1943 in Luzern gestorben.

Arnold Jeggli

1874 als Sohn eines Bäckermeisters in Aarau geboren. Kaufmännische Ausbildung, dann bis 1905 Postbeamter. 1904/05 Präs. der Sektion Basel des Verb. Schweiz. Postbeamter. Übernimmt 1905 die Leitung der Genossenschaftsdruckerei, die er 1902 hat gründen helfen. Wichtige Stellung in den ACV- und VSK-Behörden. Tritt dem Gr V und der SP bei. 1907–09 Präs. des A.B. Basel. Fühlt sich aber nicht als Vertreter der radikalen Gewerkschaftsbewegung, sondern wie Jaeggi, Fautin und Angst als «Genossenschaftssozialist»; politisch steht er auf dem rechten Flügel der Partei. Von 1908 bis zum Lebensende, 1927, Gr R, 1924 Präs. Mitgl. des Weiteren Bürgerrats, des Straf-, dann des Appellationsgerichts. In der Zwischenkriegszeit seiner Kompetenz, seiner menschlichen Qualitäten und seiner Kunst des Vermittelns wegen von rechts (Bürgertum) bis links (KP) geachtet.

Albert Bürgi

1875 als Sohn eines Seidenfärbers geboren, der nach Massregelung eine Arbeiterwirtschaft eröffnet. Hilft als Jüngling während des Sozialistengesetzes beim Schmuggel verbotener Schriften nach Deutschland mit. Durch die Diskussionen und Zeitungen der dt. soz.dem. Mitgliedschaft in der elterlichen Wirtschaft politisch angeregt. Nach dem frühen Tod des Vaters entbehrungsreiche Jugend. Schreinerlehre in Rapperswil. Wanderjahre. 1895 wieder in Basel. Arbeit als Schreiner und Parkettbodenleger. Führende Tätigkeit in der Holzarbeitergewerkschaft, im A.B. Basel, im Bundeskomitee des Schweiz. Gew.bundes. Präs. des Gr V Grossbasel, des soz.dem. Steinen- und Aeschen-QV, der SP im Jahre 1909. 1911–14 Gr R. Nach der Jahrhundertwende Übertritt zum VSK, wo er es bis zum Prokuristen bringt. Wesentlich beteiligt an der Gründung der Genossenschaftsdruckerei. 1903–05 Präs. des Genossenschaftsrats des ACV, seit 1910 Mitgl. des Aufsichtsrats. Gewerkschaftlich, genossenschaftlich und politisch gleich intensiv tätig.

Franz Welti

1879 in Aarburg als Sohn des Direktors der Erziehungsanstalt geboren, Neffe des Bundesrates Emil Welti. Gymnasium Aarau. Studium in Basel und Deutschland, Dr. iur. in Leipzig. Burschenherrlichkeit als Helveter. Als Linksfreisinniger 1907 zum Untersuchungsrichter gewählt. 1908 aus sozialem Verantwortungsgefühl über den Gr V zur SP übergetreten. Anwalt der Armen und Verfolgten. Hervorragend und vielseitig begabt, ausgezeichneter Redner und Debatter: der geborene Volkstribun. Aber auch ehrgeizig, gelegentlich demagogisch und destruktiv. Rasche politische Karriere. 1911 Präs. des A.B. Basel; 1911/12 Sekretär, 1912/13 Präs. SP; seit 1911 Gr R, 1912/14 Fraktionspräs. 1914, wie alle Intellektuellen der Partei, germanophil (Studium in Deutschland!). Lange auf dem rechten Flügel der Partei, tritt er 1917 zur Linken über und trägt 1918/19 entscheidend zur Radikalisierung der Basler Arbeiterschaft bei. 1921 (bis 1927) erster Präsident der KP der Schweiz. Kommunistischer Nat.rat. 1934 gestorben.

Robert Grimm

1881 im Textilarbeiterdorf Wald (Zürcher Oberland) als Sohn eines Schlossermeisters und einer Weberin geboren. Sekundarschule in Wald, 1895–98 Buchdruckerlehre in Zürich-Oerlikon. Eintritt in den Typographenbund. 1899–1902 Wanderjahre (Schweiz, Frankreich, Luxemburg, Deutschland, Österreich, Italien), 1902–04 Buchdrucker in Porrentruy, 1904/05 in Bern. Wegen gewerkschaftlicher Tätigkeit auf der schwarzen Liste; findet in seinem Beruf in der Schweiz keine Arbeit mehr. 1905 kurzfristig Redaktor-Stellvertreter bei der Berner Tagwacht. 1905/06 Buchdrucker in Berlin. 1906 kurzfristig Arbeit auf dem Zentralbüro des SMUV, 1906–07 (08) Arbeitersekretär in Basel als Nachfolger Wassilieffs. 1906 Broschüre «Der politische Massenstreik». 1907–09 Sekretär des neugegründeten Verbandes der Handels- und Transportarbeiter in Basel und Redaktor des Verbandsorgans. 1907 Teilnahme am Stuttgarter Kongress der Zweiten Internationale. 1907–09 Gr R in Basel. Verhandlungen betr. Doppelfunktion Arbeitersekretär – Redaktor am Basler Vorwärts zerschlagen sich. G. findet in Bern seine endgültige Wirkungsstätte. 1909–18 Chefredaktor der Berner Tagwacht, Stadtrat in Bern. G. steigt zum Führer der SPS auf. 1910–38 Gr R, 1911–55 Nat.rat, 1946 Präs. 1918–38 Gemeinderat der Stadt Bern. 1918 Präs. des Oltener Aktionskomitees und damit der Streikleitung im Landesstreik. 1938–46 erster Berner SP-Reg.rat, 1939–47 Leiter der Sektion Kraft und Wärme im eidg. Kriegswirtschaftsamt. 1946–53 Direktor der BLS. 1958 gestorben. Vgl. Christian Voigt, Robert Grimm, Kämpfer, Arbeiterführer, Parlamentarier. Eine politische Biografie, Bern 1980. Zur raschen Orientierung: Bernhard Degen, Robert Grimm, in: Der öffentliche Dienst, Nr. 16, 17. April 1981.

Fritz Hauser

1884 als Sohn eines wortkargen deutschen Schneidergesellen in Basel geboren. Basler Schulen und Lehrerseminar. 1908 Mittellehrer. Berufstätigkeit im proletarischen Inselschulhaus. Tritt fast gleichzeitig mit seinem Schul- und Seminarfreund Gustav Wenk (dem späteren Regierungs- und Ständerat) in die SP ein, nicht durch Marx, sondern durch Einblick in die Lage der Arbeiterschaft als Lehrer dazu motiviert. Berufsbegleitendes Weiterstudium, Nationalökonomie (Michels!) und Geschichte, 1915 Dr. phil. I. Gr R 1911–17, Spezialist für Bildungsfragen; 1914 Erziehungsrat. 1918 Nachfolger Hermann Blochers als Reg.rat, 1919 Übernahme des Erz.depts., das er bis zu seinem Lebensende betreut. Nat.rat 1919–41, Präs. 1937/38. 1941 in Bern gestorben. Ausgesprochener «Mann der Mitte», «Praktizist» im Sinn Wullschlegers. Seine bedeutenden Leistungen in den Gebieten des Erziehungswesens und der Kultur gehören der Zwischenkriegszeit an.

Fotonachweis

Staatsarchiv Basel, Privatarhive, de Bary-Archiv, 751 O, 3, Umschlag
CIBA-GEIGY-Archiv, Seite 13
Staatsarchiv Basel, Bild 13, 363, Seite 22
Foto Peter Hemann 1959, Seite 40
Staatsarchiv Basel, Privatarhive 716, K 1, 7, Seite 52
Universitätsbibliothek Basel, Seite 63
Staatsarchiv Basel, Negativ ohne Signatur, Seite 85
Universitätsbibliothek Basel, Seite 97
Staatsarchiv Basel, Bild 13, 941, Seite 105
Universitätsbibliothek Basel, Seite 129
Universitätsbibliothek Basel, Seite 158
Passfoto im Besitze von Frau Jenny Grimm (Bern),
vergrössert durch die Universitätsbibliothek Basel, Seite 159